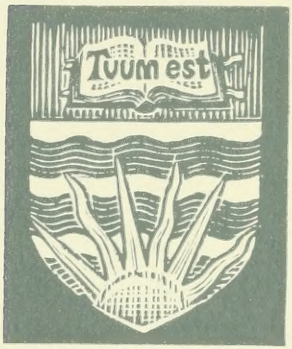
STORAGE-ITEM
MAIN

LP9-Q15D
U.B.C. LIBRARY

THE LIBRARY



THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of British Columbia Library

http://www.archive.org/details/problematischesz00kh

Problematisches zu Friedrich List.

Mit Anhang: **Lists Briefe aus Amerika**

in deutscher Übersetzung

von

Dr. Curt Köhler.

Leipzig
Verlag von C. L. Hirschfeld
1908.

Alle Rechte vorbehalten.

HB 107
L6
K7
1908

Inhaltsverzeichnis.

I. Kapitel:

Zur Entstehungsgeschichte des deutschen Zollvereins und die diesbezügliche preußische Handelspolitik 1

II. Kapitel:

Zur Entstehungsgeschichte der F. List'schen volkswirtschaftlichen Theorien 49

III. Kapitel:

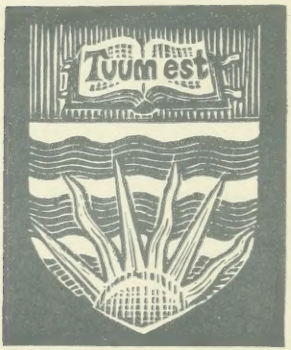
Friedrich List als Politiker 137

Anhang:

a) Umriß einer amerikanischen politischen Ökonomie, in einer Reihe von Briefen von Friedrich List etc. 171

b) Anhang zu dem Umriß einer amerikanischen politischen Ökonomie in 3 angefügten Briefen No. IX X XI von Friedrich List. Philadelphia, S. Parker 1827 233

THE LIBRARY



THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA

Vorwort.

Nach längerer Arbeit übergebe ich diese Schrift der Öffentlichkeit. Zuerst sollte es nur eine kritisch-historische Einleitung zu den bisher in Deutschland noch nicht gekannten Listschen Briefen aus Amerika sein; dann aber entschloß ich mich, noch zwei andere Kapitel zu schreiben, die auch zwei Fragen aus der List-Literatur behandeln. Nachdem Professor Böhtlingk noch vor einigen Jahren mit soviel Wärme dafür eintrat, den „Erdenker" des deutschen Zollvereines in Carl Friedrich Nebenius zu sehen und das Verdienst Badens bei dem Zustandekommen dieser großen deutschen Angelegenheit so rückhaltlos in den Vordergrund schob, mußte ich Wert darauf legen, nach Durchforschung Archivmateriales nachzuweisen zu versuchen, wie weit die geschichtlichen Tatsachen das Böhtlingksche Urteil bestätigen. Das zweite Kapitel soll ein Beitrag sein zur „Entstehungsgeschichte" des Listschen „Nationalen Systems". In ihm liegt, wenn überhaupt, das hauptsächlich Verdienstvolle meiner Studien. Und in dem Schlußkapitel wird der Versuch gemacht, all das zusammenzustellen, was sich über den Politiker List sagen läßt. So hat das Buch nur eine ideelle Einheit, die Person Lists.

Ich bin mir bewußt, mich in allem möglichst beschränkt zu haben, um nicht schon längst Bekanntes noch einmal zu sagen. Manches, so vor allem das letzte Kapitel, hätte ich gerne noch weiter ausgebaut; da ich aber annehmen mußte, daß meine beruflichen Pflichten mir sobald nicht die zu dieser noch weiteren Vertiefung des im letzten Abschnitt behandelten Themas die notwendige Muße lassen würden, so habe ich

lieber, um den Druck des fertigen Manuskriptes nicht noch länger hinauszuschieben, mich zu der vorliegenden Veröffentlichung entschlossen.

Danken möchte ich nur noch hier Herrn Professor Dr. August Oncken, der mir mancherlei Anregungen beim Verfassen dieser Arbeit gegeben hat; danken möchte ich meinem lieben Freunde Dr. Carl Müller-Wernberg, der mir bei der Übersetzung der Listbriefe wesentliche Dienste leistete, und danken möchte ich auch den einzelnen Archivverwaltungen, so der des Großherzoglichen General-Landesarchivs in Karlsruhe und der des Kgl. Preußischen geheimen Staatsarchivs, sowie der Verwaltung des Kgl. Württembergischen geheimen Staatsarchivs in Stuttgart und Ludwigsburg dafür, daß ich die erbetenen Akten über die behandelten Fragen bereitwilligst einsehen konnte. Bedauern aber muß ich hier, daß wir noch immer kein List-Archiv in Deutschland besitzen, wo das von List hinterlassene Material ohne große Schwierigkeiten Allen denen zugängig gemacht wird, die aktenmäßig über List arbeiten wollen. Das Reutlinger „Listarchiv" entspricht leider in keiner Weise den notwendig zustellenden Anforderungen; auch muß ich gestehen, daß mir die in Reutlingen lagernden Aktenstücke über List nicht mit der Bereitwilligkeit überlassen wurden, wie ich es gerne gewünscht hätte, und wie man es im allgemeinen Interesse wohl auch verlangen dürfte. Vielleicht erhält aber dennoch Deutschland einmal ein Listarchiv; — es wäre die Errichtung desselben eigentlich eine Dankespflicht gegen den großen deutschen Agitator: Friedrich List.

Köln, im Februar 08.

Der Verfasser.

Einleitung.

In seiner Gedenkrede bei der Enthüllung des Listdenkmals in Kufstein am 29. November 1896 sprach der österreichische Professor Rudolf von Skala:

„Größere Männer hat es gegeben, leuchtendere Helden der Wissenschaft und Kunst; so unermüdliche Rufer im Streite mit so reinem Herzen, so regsamen Geiste, so weitsehende Politiker und Propheten, wie den stillen Mann da unten, hat das deutsche Volk wenige besessen." Und Skala schloß seine warmen Worte: „Lorbeer mit den Farben unseres engeren Heimatlandes sei Dir auf Dein Grab gelegt, ein Sinnbild Deines grünenden Ruhmes auch in unserem Alpenlande, ein Zeichen dafür, daß es auch auf geistigem Gebiete eine Erhaltung der Kraft gibt, Friedrich List — Du lebst!"

Friedrich List Du lebst — und doch wie wenige kennen ihn und seine Werke. Aber wer nur einmal die Biographie seines Freundes Häußer gelesen hat, wer sich nur einmal ernstlich in das Studium des Lebens und des Lebenswerkes dieses eigenartigen Mannes vertieft hat, wird nur mit schwerem Herzen Abschied nehmen von dem, der da so tragisch seinen Tod gefunden hat. Man hat Friedrich List bald neben Goethe, neben Schiller, neben den Freiherrn vom Stein gestellt, man hat ihn und sein Lebensschicksal mit dem des großen preußischen Dichters Heinrich von Kleist verglichen, man hat ihn als den deutschen Luther gekennzeichnet und als den ökonomischen Bismarck Deutschlands, man hat ihn den O'Connell der deutschen Industrie nennen zu müssen geglaubt — und man hat ihn auch als Pamphletisten, unnützen Träumer, törichten Projektenmacher und als einen Mann hingestellt, der von englischem Gelde bestochen, das deutsche Wirtschaftsleben zu ruinieren trachte. Man hat List bald zum Himmel gehoben und schließlich doch — zu

Tode gehetzt; man hat seine Verdienste ihm abgesprochen zu seinen Lebzeiten und hat sie sich selbst vindizieren wollen. Man hat seine Hauptschrift, sein „nationales System der politischen Ökonomie“ als ödes Abschreibewerk hingestellt, und man hat andererseits sich von dem Werke verabschiedet als von einem, dem die Zukunft gehöre, als von einem Buch, das sein Jahrhundert überdauern werde. So mag es denn schwer gewesen sein für Häußer, den List-Biographen, der noch selbst mitten in der Geschichte stand, ein richtiges Urteil über Friedrich List zu fällen. Er hat es versucht, in der Geschichte Deutschlands sein Charakterbild fest zu umgrenzen; und es ist ihm geglückt, Friedrich List dem Herzen des deutschen Volkes näher zu bringen. Und doch, Häußer hatte wohl recht, wenn er 1850 schrieb: „Es ist in diesem gegenwärtigen Augenblik, wo wir noch mitten in der Entwickelung und an einem unklaren Ausweg stehen, sehr schwer, dieses reiche vielseitige Schaffen schon nach allen seinen Wirkungen zu überschlagen; aber einer künftigen historischen Betrachtung, die festere Ergebnisse und erreichte Ziele vor Augen hat, wird es obliegen, in einer Geschichte des deutschen Nationalgeistes, dessen Erweckung und Ausbildung, Friedrich List die hohe Stelle anzuweisen, die dem patriotischen Agitator gebührt.“ Auch heute ist die Geschichte des deutschen Nationalgeistes noch nicht geschrieben; langsam aber bricht sich immer mehr und mehr siegreich die Erkenntnis durch, daß Friedrich List es gewesen ist, dem wir die Entstehung so vieler nationaler Einrichtungen verdanken. Ob wir uns nun vertiefen in eine Geschichte der politischen Parteien Deutschlands, ob wir dem großen Problem ob Schutzzoll oder Freihandel: den großen wirtschaftlichen Fragen nähertreten, ob wir uns mit der Entwicklungsgeschichte der deutschen Industrie und des deutschen Verkehrswesens beschäftigen, ob wir der Geschichte des Werdens des großen preußisch-deutschen Zollvereins nachgehen: überall werden wir auf den Namen Friedrich Lists stoßen. Gewiß Häußer hat recht, wenn er meint, daß in der Geschichte literarischer Persönlichkeiten, die der Listschen einen ganz neuen Abschnitt für Deutschland bezeichne. Wir haben es seit-

dem kaum wieder erlebt, daß ein einziger Mann einen solchen Einfluß in Deutschland als Persönlichkeit ausübte. Richelot traf deshalb auch das Richtige, als er schon 1845 dieses seltsame Phänomen gebührend hervorhob. „Es lebe in Deutschland ein Mann, welcher ohne Amt, ohne Titel, ohne Reichtum, lediglich durch seine Vaterlandsliebe und sein Talent eine wahre Macht geworden sei.“ So steht Friedrich List vor unseren Augen als der große geniale Anreger alles dessen, was Deutschland an Erreichung großer wirtschaftlicher und politischer Ziele anstrebte und erhielt.

Noch besteht keine zusammenhängende Abhandlung über das Wirken Friedrichs Lists für das Entstehen eines deutschen Eisenbahnsystems, noch fließen die Quellen hierüber sehr spärlich, und oft sind es nur falsche Wege, die sie zeigen. Vielleicht wird auch diesem Übelstande bald abgeholfen, vielleicht versucht man es einmal in Gesamtheit, Friedrich Lists Verdienste für die Entwickelung des deutschen Eisenbahntransportsystems darzustellen. Zweck dieses Buches soll es nicht sein. Langsam aber gewöhnt man sich immer mehr und mehr daran, Friedrich List als denjenigen anzusprechen, dem bei der Popularisierung des Zollvereinsgedankens das meiste Verdienst zuzusprechen ist, langsam gewöhnt man sich auch daran, in Friedrich List den Theoretiker des Zollvereins zu sehen. So viel steht fest, zum mindesten erkannte Friedrich List später mit aller Klarheit und Deutlichkeit eines prophetischen Geistes, daß die Einheit Deutschlands in wirtschaftlicher Beziehung die politische Einheit notwendigerweise bringen mußte. So steht er da, als der mächtige Vorläufer des großen deutschen Junkers Bismarck. Der süddeutsche Demokrat, der rührige Agitator, der unermüdliche Hasser der Bürokratie und der große Patriot — und ihm gegenüber der preußische Beamte, der preußische Militär, der ostmärkische Junker, der harte Preuße Bismarck. Diese Beiden schufen das Deutsche Reich. Seltsam dieses Zweigespann; und doch verkörpern sie vielleicht überhaupt das innere Wesen des Deutschen Reiches selbst: die süddeutsche Beweglichkeit und Leidenschaftlichkeit: List, und den norddeutschen kühleren Verstand

und Schwerfälligkeit: Bismarck; Süd und Nord vereint zum Zwecke der nationalen Macht und Größe. Man könnte sich in diesem Vergleiche verlieren und ihn ausspinnen —; wunderbar charakteristisch aber ist er.

Das möge dann gleich hier festgestellt sein, daß Lists theoretisch-ökonomisches Streben und Schaffen einen praktischen Hintergrund hat, daß er sie schrieb seine Bücher, um praktisch wirken zu können. So suchte er mit Hilfe seiner Wissenschaft hineinzudringen in die Herzen des Volks, die Erkenntnisse und Resultate des Wissens der breiten Masse zu vermitteln, und so faßte er dann auch das Wesen seiner Reform in den ja schon so oft zitierten Worten zusammen: „Sollen in Deutschland die Nationalinteressen durch die Theorie der politischen Ökonomie gefördert werden, so muß sie aus den Studierstuben der Gelehrten, von den Kathedern der Professoren, aus den Kabinetten der hohen Staatsbeamten in die Kontore der Fabrikanten, der Großhändler, der Schiffsrheder, der Kapitalisten und Bankiers, in die Büros aller öffentlichen Beamten und Sachwalter, in die Wohnungen der Gutsbesitzer, vorzüglich aber in die Kammern der Landstände herabsteigen; mit einem Wort, sie muß Gemeingut aller Gebildeten der Nation werden.“ Seiner Zeit vorausblickend, hat er der Nationalökonomie hier schon die Wege gezeichnet, die sie heute geht und die sie gehen mußte, sollte sie Existenzberechtigung haben.

So sehen wir Lists Namen verknüpft mit allem Hohen und Hehren, was uns die Nationaleinheit brachte. Für deutsche Flotte und deutsches Parlament, für Einheit der deutschen Rechtsprechung, für die Befreiung des staatlichen Lebens von der erdrückenden „Geheimratsmaschine“ kämpfte List und in diesem Kampfe mußte er sein Leben lassen als der Schwächere, als der, dem alle die herrschenden Mächte durch seinen Kampf feindlich gegenüberstanden. Ein gewaltiger Dränger und Schieber, dem es aber nicht gelang, und dem es nicht gelingen konnte, sein schwerfälliges, noch kaum mit den alten Vorurteilen brechendes Zeitalter vorwärts zu drängen. Erst als er gestorben war, erfüllten sich alle die Ziele, die er in seinem rastlosen Leben gewollt hatte. Und nach seinem Tode begann

allmählich auch die Bitterkeit des Kampfes zu weichen und man lernte einsehen, was man in ihm verloren hatte. Manches Urteil wurde so später umgemodelt, Mancher sah wohl das Unrecht ein, das er dem vielgehetzten und vielgehaßtem Manne hatte angedeihen lassen. Aber wir dürfen wohl berechtigterweise fragen, ob das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ihm schon den Dank abgestattet hat, den es ihm, dem Vorkämpfer seiner Größe, darbringen muß?

Wer die List-Literatur einigermaßen kennt, wird wohl wissen, daß viel Ersprießliches über List noch nicht geschrieben ist und aus allen Schriften über List ragt in monumentaler Größe doch immer die Biographie seines Freundes Häußer hervor, auf die sich auch dann alle die späteren Schreiber über List stützen, der eine mehr, der andere weniger. Und doch sind noch nicht alle die Dunkelheiten aufgedeckt, die um die Person Lists schweben. Zunächst schlug ja nach Lists Tode die Entwickelung der Nationalökonomie als Wissenschaft einen anderen Weg ein, der ablenkte von der Dogmengeschichte derselben; man verlor sich in wirtschaftsstatistischen Abhandlungen, man suchte die Einzelheiten und verlor dabei die großen Persönlichkeiten aus dem Auge. Da war es denn vielleicht gut, daß eine so scharf ausgeprägte Persönlichkeit, wie Dühring es war, den Schild des Listschen Andenkens hoch hielt; schade, daß er so einseitig war in seiner Stellung zu List und in seinem Urteil über List! Das aber mag hier festgestellt sein, daß Friedrich List der letzte große bürgerliche Nationalökonom gewesen ist, den Deutschland in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts erzeugt hat; ob der Größere, auf den Friedrich List an verschiedenen Stellen seines Werkes hinwies, noch kommen wird, ist eine müßige Frage an die Zukunft. Wünschen kann man zunächst nur das Eine, daß es Friedrich List selbst gelingen möge, sich langsam immer mehr und mehr im deutschen Volke durchzusetzen. Daß dies ihm gelingen möge, dafür müssen aber viele eintreten; alle die, die mit Waentig erkannt haben, daß List uns ein Märtyrer seiner Überzeugungen zum Führer und Wegweiser auf der Bahn zu nationaler Größe und edlem Menschentum geworden ist.

Einen bescheidenen Teil zur Erreichung des oben gekennzeichneten Zieles soll auch diese Schrift beitragen, die in folgendem versucht, einige Dunkelheiten um Friedrich List zu klären. Angeregt durch die Liebe zu dem Schicksal und der Größe des Mannes soll sie dazu beitragen, einige Probleme um Friedrich List zu lösen. Wenn sie des weiteren dazu hilft, Friedrich List selbst einige neue Freunde zu werben, damit sein Andenken sich immer mehr und mehr im Herzen des deutschen Volkes festsetze, so hat sie mehr erreicht, als sie wollte.

Man mag mit dem Schicksal zürnen, daß es einem so hervorragenden Mann wie Friedrich List ein so herbes äußeres Leben bereitete, versöhnen aber wird man sich lassen in dem Gedanken, daß, wie Friedrich Paulsen es einmal ausdrückte: „Die Völker nur dadurch leben, daß die Besten und Selbstlosesten, die Kräftigsten und Reinsten sich selbst zum Opfer darbieten. Was die Menschheit an höchsten Gütern besitzt, durch die Aufopferung solcher ist es erworben und oft mit Verkennung, Ausstoßung und Tod gedankt worden.“ Wenn das Schicksal eines Mannes die Wahrheit dieser Worte zu beweisen vermag, so ist es wohl das Friedrich Lists. Trösten aber kann man sich auch hier mit der freudigen Zuversicht von Skalas, der wie schon oben zitiert und was auch wir wiederholen, seine Gedenkrede schloß: „Friedrich List . . . Du lebst“!

Kapitel I.

Zur Entstehungsgeschichte des Deutschen Zollvereins und die diesbezügliche preussische Handelspolitik.

Als Friedrich Goldschmidt 1878 sein Buch: „Friedrich List, Deutschlands großer Volkswirt" veröffentlichte, hatte er auch den Satz niedergeschrieben: „— ob der Ruhm der Erfindung des Zollvereinsgedankens Nebenius gebührt oder Friedrich List oder der preußischen Regierung, darüber ist ein wissenschaftlicher Streit entbrannt, der noch nicht geschlichtet." [1]) Damals war dieses Urteil entschieden richtig. Aber auch heute ist, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, dieser Streit noch nicht erledigt. Mit dem neuen und verstärktem Interesse an der Lebensarbeit Friedrich Lists wird auch die alte Frage nach der Priorität oder nach der intellektuellen Urheberschaft des Zollvereinsgedankens wieder angeschnitten. Und ich möchte noch weiter gehen und behaupten, das Urteil in dieser hochwichtigen und hochinteressanten Streitfrage ist bisher noch nicht mit der unbedingt notwendigen Unparteilichkeit und Wissenschaftlichkeit gesprochen worden. Wer die diesbezügliche Literatur kennt, wird über diese meine Behauptung vielleicht den Kopf schütteln. Haben doch — um nur die bekannteren Namen zu nennen — Heinrich von Treitschke und Roscher über diese Frage geschrieben, hat doch neuerdings erst A. Böhtlingk [2]) eine größere Abhandlung darüber veröffentlicht.

Die Stellung H. v. Treitschke's in dieser Prioritätsfrage ist bekannt, er der „hochgemute Bannerträger des einköpfigen schwarzen Adlers", wie ihn Böhtlingk zu nennen beliebt, [2]) hat

1) Friedrich Goldschmidt „F. List Deutschlands großer Volkswirt" Berlin 1878, S. 15.

2) A. Böhtlingk „Der Deutsche Zollverein, das Karlsruher Polytechnikum und die erste Staatsbahn in Deutschland", Karlsruhe 1899 a. a. O., S. 63.

eine Lanze für Preußens Verdienst gebrochen — und Böhtlingk selbst, der modernste Kämpfer für den Anspruch des „geistreichen Badeners", eben für Karl Friedrich Nebenius. Mit v. Treitschke und Böhtlingk werde ich mich hauptsächlich auseinander zu setzen haben. Böhtlingks Studie ist, wie er selbst im Vorwort schreibt, „konzipiert worden im Hinblick auf die Festschrift, welche unsere Karlsruher Hochschule gelegentlich der Einweihungsfeier einer Reihe neuer Institute und des Aulabaues herausgibt." Was ist wohl anders zu erwarten, als daß er die Wagschale des Verdienstes gern auf die Seite des als „den Erdenker und ersten Anreger des polytechnischen Institutes in der badischen Haupt- und Residenzstadt" (S. 71) gepriesenen Nebenius bringen möchte? Jedoch seine Arbeit tritt mit dem Anspruche auf, auch „eine von Grund aus berichtigte Darstellung der Genesis des Zollvereines zu sein" (Vorwort). Dies nötigt mich, auf die Böhtlingksche Arbeit näher einzugehen und die „neue" Darstellung des Werdens des Deutschen Zollvereines genauer zu prüfen.

Wilhelm Roscher,[1] der einzige Nationalökonom neben Fischer,[2] die über diese uns hier beschäftigende Frage geschrieben haben, ist bekanntlich auf Grund archivalischer Studien in Karlsruhe, wo er den Nebenius-Nachlaß eingesehen hat, zu dem Resultate gekommen: „Was in dieser Hinsicht für die Befreiungskriege der Hannoveraner Scharnhorst, der Rheinländer Stein, der Mecklenburger Blücher, der Sachse Gneisenau, das bedeutet für den Zollverein der Badenser Nebenius."

„Tragi-komisch wirkt dabei, meint seltsamerweise Böhtlingk,[3] daß Roscher ihn (Treitschke) besonders dadurch gereizt hat, daß er den Hannoveraner Scharnhorst, den Rheinländer (richtiger Nassauer) Stein, den Mecklenburger Blücher und den Sachsen Gneisenau aufmarschieren läßt, um ihnen, den Nicht-Preußen, den Lorbeer für die Freiheitskriege

1) W. Roscher, Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland, München 1874.

2) Fischer G., Über das Wesen und die Bedingung eines Zollvereins, in Hildebrands Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik I 317 ff.

3) Böhtlingk s. o. S. 63.

zu reichen, und dazu den — Badener Nebenius, um ihm den Lorbeer für den Zollverein darzubringen, wenn man bedenkt, daß Motz (dessen Entdeckung als großer Staatsmann Treitschkes Verdienst ist) von Geburt ein Kurhesse gewesen ist und Treitschke selber, der königlich preußische Historiograph, ein — Sachse tschechischen Ursprunges!"

Armer Treitschke! In Zukunft wird es also besser sein, immer den Heimatsschein mit sich herum zu tragen, um nach Gebühr und Verdienst beurteilt zu werden! —

Mit dem tragischem Tode Friedrich Lists in Kufstein (30. Nov. 1846) begann man in Deutschland das Verdienst des dahingeschiedenen Mannes überall zu würdigen und in Zeitungen machte man auch Propaganda für ein zu erbauendes List-Denkmal. Mit diesem Augenblick begann der Prioritätsstreit über den Zollvereinsgedanken seine Bedeutung zu erhalten. Die Cottasche „Allgemeine Zeitung" hatte sich in den Dienst der Listschen Anhänger gestellt und war mit warmen Worten für den „an seinem großen Vaterlande" verstorbenen Agitator eingetreten. Da regte sich als der scheinbar zunächst Beteiligte auch Karl Friedrich Nebenius. Diesen beleidigte es, daß man einem einzelnen Manne das Verdienst des Zustandekommens des großen Deutschen Zollvereines zuschreiben wollte und sein Zorn richtete sich zunächst gegen die „Allgemeine Zeitung": „Die Wärme, womit sich die Allgemeine Zeitung für das Andenken Lists in die Schranken stellt, schrieb [1]) Nebenius, entspricht vollkommen ihrem Verhalten, das sie gegen denselben während seines Lebens beobachtete. Uns scheint früher wie später der sonst so wohlverdiente Kredit dieses Organes der öffentlichen Meinung in fast kolossalischer Weise mißbraucht worden zu sein." Nachdem sich Nebenius so über das Cottasche Blatt geäußert hat, macht er sich daran, noch einmal in einem zusammenfassenden Briefe, den wohl Zeller (?) in Darmstadt erhalten sollte, sein eigenes Verdienst gegenüber dem Lists in das rechte Licht zu setzen. Es sei mir gestattet, diesen Brief-

1) Wo ich Nebenius ohne nähere Angaben zitiere, führe ich immer Material an, das sich in dem Nebenius-Nachlaß im Großherzoglichen General-Landesarchiv in Karlsruhe befindet.

entwurf, der sich ebenfalls unter dem Nebeniusschen Nachlaß in Karlsruhe befindet, hier wörtlich wiederzugeben, weil er zugleich als gute Einführung und als Beitrag zur Charakteristik von Nebenius dienen kann. Der Entwurf ist ohne Datum. Doch muß er kurz nach dem Tode Lists verfaßt worden sein. „Gebietet die Teilnahme an dem durch seine unglücklichen Schicksale verbitterten Manne und seiner Familie im Augenblicke einer Katastrophe die Ansprüche eines überschwenglichen Selbstgefühles und einer maßlosen Überschätzung mit Stillschweigen zu übergehen, so muß doch, wenn der Versuch gemacht wird, für diese Ansprüche eine allgemeine Beglaubigung zu gewinnen, die historische Wahrheit ihr Recht behaupten. Wahr ist nur und urkundlich nachgewiesen, daß List auf der Ostermesse zu Frankfurt im Jahre 1819 den Handelsverein, der für die Herstellung einer deutschen Maut zu wirken bezweckte, stiften half und zu ihrem Konsulenten gewählt wurde; daß er sofort mit den Abgeordneten des Vereines, und mit ihnen gemeinsam, dieser Absicht zu entsprechen, tätig war, eine Vorstellung vom 14. April 1819 an die Bundesversammlung richtete, darin in ganz allgemeinen Zügen die bekannte Lage des deutschen Handels und der deutschen Industrie ohne nähere Entwickelung dieser Maßregel bei einzelnen deutschen Regierungen und dem Kongresse in Wien mit seinem Kollegen Schritte tat und agitierte. Wahr ist aber ebenso, daß der Gedanke einer Zolleinigung weit früher ohne Mitwirkung Lists in mehreren Kreisen des Handels- und Gewerbsstandes angeregt und seine Verwirklichung als ein unabweisbares Bedürfnis öffentlich besprochen worden war, und daß das gleiche in einer Reihe von Zeitungsblättern und einzelnen Druckschriften geschah, wozu unter anderem auch meine Schrift vom Mai 1818 Bemerkungen über den Zustand Großbritanniens [1]) etc. Seite 100—148 gehört.

„Ebenso wahr ist, daß auf dem Kongresse in Wien die deutsche Handelsangelegenheit bereits einer Kommission von

1) Nebenius „Bemerkungen über den Zustand Großbritanniens in staatswirtschaftlicher Hinsicht nebst einem Worte über Deutschlands auswärtige Handelsverhältnisse“ Carlsruhe 1818.

Kongreßmitgliedern zur Beratung übergeben war, als die Abgeordneten des Vereines ihre Eingabe machten, welche aus diesem Grunde, und weil der Verein nicht anerkannt wurde, unberücksichtigt blieb. Ferner wahr ist, daß von Baden bereits früher eine Denkschrift über die Notwendigkeit, Möglichkeit und Ausführbarkeit der Maßregeln in Umlauf gesetzt worden war. Ferner nicht weniger wahr, daß, nachdem die Übereinkunft mehrerer deutscher Staaten auf dem Grund der badischen Denkschrift den Eingaben des Vereines vorangegangenen Vorschlägen getroffenen Übereinkunft vom . . . abgeschlossen war, List sich bald mit dem Verein entzweite und von der Agitation zurücktrat, deren Verdienst mit ihm zahlreiche Patrioten in allen, hauptsächlich in den süddeutschen Ländern, mit ihm teilten, und ohne seine fernere Mitwirkung fast 15 Jahre lang auf eigene Kosten und nicht auf Kosten des Vereines. (!) Ferner ist wahr, daß bei den begonnenen Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten weder zu Darmstadt noch zu Stuttgart, welche im Wesentlichen die Organisation und die Bedingungen der Zollvereinigung betrafen auf den Grundlagen der badischen Denkschrift beruhten, und daß weder bei diesen Verhandlungen noch bei späteren je auch nur eine von List herrührende Schrift nur entfernt zur Sprache gekommen wäre und daß er allem, was bis zum Abschluß des großen deutschen Vereines im Jahre 1833 geschah, gänzlich fremd blieb und seine Wirksamkeit für die Sache der Industrie und des Handels Deutschlands erst nach Begründung des Vereinssystemes wieder begann. Und er soll der intellektuelle Begründer des Zollvereines sein? Weise man nur eine Urkunde von früherem Datum nach, worin er vor der badischen Denkschrift die Ausführbarkeit der Maßregel, die allein in Zweifel stand, zu begründen gesucht hätte. Noch einmal, was sagen die Darmstädter dazu? Die Männer, die auf eigene Kosten fort agitierten oder ihre Nachkommen? was namentlich der Hoffmann? Kannst du mir nicht von Darmstadt Materialien zur Kenntnis des Streites zwischen Hoffmann und List, wenn ich nicht irre, vom Jahre 1816(?)—27 verschaffen, sowie Nachricht geben, ob von dort aus sich ein Widerspruch — es ver-

steht sich nicht gegen das Denkmal, sondern nur gegen die Behauptung, daß er der intellektuelle Urheber des Zollvereines sei — erhebt? — — — Ich meines Teiles werde vorderhand schweigen und wünsche vorerst nicht, daß bei dieser Gelegenheit auch nur meines Namens gedacht werde; später aber werde ich sprechen und schon geschehen die Vorbereitungen dazu, wozu unschätzbare Materialien, Erinnerungen und Beweisstücke zu Gebote stehen. (Anonym werde ich jedenfalls mich nicht vernehmen lassen.) Ich halte es im höchsten Grade für unpatriotisch, irgend einem Einzelnen das Verdienst der größten nationalen Maßregel zu zuerkennen, das, man kann es in Wahrheit sagen, wesentlich nur der Weisheit, der Selbstbeschränkung und der Beharrlichkeit der Regenten, womit sie alle Schwierigkeiten zu überwinden suchten, zu verdanken ist. Hätte man List ein Denkmal für seine Wirksamkeit nach der Gründung des Vereines und nach seiner Rückkehr aus England setzen wollen, eine Wirksamkeit, wodurch er sich die Gunst der zahlreichen Freunde hoher Schutzzölle erwarb, und wenn man will, für seine nationalökonomischen Lehren, worüber übrigens das Urteil immer ein sehr geteiltes bleiben wird, ein Denkmal stiften und dafür Beiträge sammeln wollen, so würde dagegen nichts zu sagen sein. Warum aber haben seine Freunde und zum Dank verpflichteten Anhänger dem unglücklichen Manne bei seinem Leben eine fruchtbare Anerkennung, die ihm wohlgetan hätte, versagt?“

Damit endigt dieser so hochinteressante und für sich selbst sprechende Briefentwurf. Auf eine Kritik der darin behaupteten Tatsachen und Vorgänge kann ich mich hier nicht einlassen [1]). Wie Nebenius versprochen hatte, sammelte er das ihm zur Verfügung stehende Material, schrieb an seinen Freund und Vertrauten, Professor Rau in Heidelberg, und Rau gab dann im Jahre 1858 in einem Aufsatze in der Kölnischen Zeitung [2]) „Zur

1) Es war nicht meine Absicht die ganze Literatur über diese „Prioritätsfrage“ u. s. w. hier aufzuzählen; mir lag nur daran, die hauptsächlichsten Vertreter der verschiedenen Standpunkte genannt zu haben.

2) „Kölnische Zeitung“ 1858 Nr. 102 u. 103.

frühesten Geschichte des Zollvereines" eine Darstellung im Sinne des damals allerdings schon erblindet verstorbenen Nebenius. Dann kam Dr. Joseph Beck, welcher im Anhang zum Konversationslexikon „Unsere Zeit" 1864 und 1866 in seiner Nebenius-Biographie das Verdienst des Zustandekommens des Zollvereines Nebenius zuschrieb. Ihm zur Seite trat Gustav Fischer mit seiner schon oben genannten geistvollen Abhandlung. Sodann ergriff auch Roscher, wie bereits erwähnt, die Partei des badischen Staatsrates, ebenso wie neuerdings in der erwähnten Abhandlung, Böhtlingk. Für Lists Verdienst plaidierte zunächst in seiner List-Biographie L. Häusser und zu Lists Lebzeiten schon Richelot [1]) und dann auch List für sich selbst in der Vorrede zu seinem „Nationalen System — . ." 1841. Dann kam vor allem v. Treitschke und machte in seiner Deutschen Geschichte und in dem „Anhang" zum III. Bande 773 ff. energisch Front gegen Nebenius und dessen Verteidiger, ebenso wie gegen die Ansprüche Lists und suchte, auf Ranke [2]) und Aegidi [3]) gestützt, Friedrich Wilhelm III und die preußischen Staatsmänner auf den Schild zu erheben.

Es ist bekannt, worum es sich in dieser Streitfrage handelt. Kann man einen einzelnen Mann deutscher Abkunft als den intellektuellen Urheber, Erdenker oder Vater des großen Deutschen Zollvereins ansprechen oder nicht? Und wenn diese Frage mit einem „ja" zu beantworten ist, wer ist dann dieser Mann? Diese Frage ist uns so wichtig geworden, weil der Deutsche Zollverein selbst uns die Erfüllung unseres so lange und so heiß gehegten Wunsches einer deutschen nationalen Einheit vorbereitet und geschaffen hat, weil der Zollverein den deutschen Traum eines machtvollen Kaisertums verwirklichen half und mit dem Kaisertum ein großes deutsches Volk mit einem gemeinsamen Vaterlande.

---

1) Richelot: „L'association douanière allemande et le Zollverein", Paris, Capelle 1. ed. 1845.

2) Ranke: „Zur Geschichte der deutschen, insbesondere der preußischen Handelspolitik". Historisch-politische Zeitschrift II Berlin 1833.

3) Aegidi, „Aus der Vorzeit des Zollvereines", Hbg. 1865.

Als nach dem Zusammenbruche des alten deutschen Kaiserreiches 1806 und der Niederzwingung Napoleons I. der Deutsche Bund ins Leben trat, hatte man bei der Abfassung der Bundesakte auch einen Paragraphen mit aufgenommen, welcher sich über die Aufgaben des Bundes in bezug auf die kommerziellen und industriellen Interessen des deutschen Volkes aussprach. Es war dies der so berühmte und wohl auch berüchtigte Artikel XIX der Bundesakte, der eine einheitliche Regelung der Verkehrsverhältnisse innerhalb des Bundesgebietes vorsah. Diese Regelung aber blieb aus. Sie blieb aus, auch als die Not der Industriellen in Deutschland immer größer wurde, als das Einströmen zumal englischer Waren immer verhängnisvoller für den deutschen Gewerbestand sich gestaltete.[1]) Die Mautlinien, mit denen sich jeder einzelne deutsche Staat umgeben hatte, halfen nur das Übel vergrößern und unerträglich zu machen. Man bat um Hilfe und um Erfüllung der Versprechungen des Art. XIX am Rhein, in Sachsen und im südlichen Deutschland. Aber man wurde nicht gehört. Eine gemeinsame Zolllinie aller deutscher Staaten gegenüber dem Auslande war eine Unmöglichkeit oder schien es wenigstens den deutschen Regierungen. Die Kammern der Landstände der süddeutschen Staaten gebrauchten ihr Petitionsrecht, um den Klagen der Gewerbsleute abzuhelfen — aber alles ohne Erfolg.

Zunächst hatte jeder Staat Deutschlands für sich selbst zu sorgen gemeint, wenn er die Binnenzölle aufhob und an seine Grenzen verlegte; so Bayern 1807, Württemberg 1808, Baden 1812. In Preußen war man ebenfalls Schritt für Schritt einer besseren Regelung der Verkehrsverhältnisse entgegen gegangen und hatte bei Gelegenheit der Aufhebung der Wasserzölle, der Binnen- und Provinzialzölle zunächst in den alten Provinzen zum erstenmal die Absicht der Regierung ausgesprochen, „ein allgemeines und einfaches Grenzzollsystem statt der in älteren Zeiten gebildeten, verwickelten Zoll-, Durchgangs- und Handelsabgaben-

1) Über die traurige wirtschaftliche Lage damals berichten fast alle Zollvereinsgeschichtsschreiber; sonst siehe auch noch Ehebergs historisch-kritische Einleitung z. 7. Aufl. des Listschen nationalen Systems, Stuttgart 1883 und auch Schippel, Grundzüge der Handelspolitik 1903, S. 71 ff etc

verfassung einzuführen.“ Im Mai 1817 war der Entwurf der neuen preußischen Steuerverfassung wenigstens in der Hauptsache vollendet.[1]) So war denn das entscheidende Jahr 1818 herangekommen, nachdem gerade 1816—17 eine Teuerung und eine wirtschaftliche Krise[2]) in Deutschland die allgemeine Notlage noch bedeutend verschlimmert hatte. Und doch begann es schon überall heimlich zu keimen, schon wurden die großen Taten und Ereignisse in aller Stille vorbereitet, die endlich viel später allerdings eine Besserung herbeibringen sollten. „Deutschland glich damals,“ schrieb List[3]), „einer durch den Krieg zerrütteten Wirtschaft, deren frühere Eigentümer, jetzt aber wieder zu ihrem Besitztum gelangt und Meister desselben geworden, in Begriff stehen, sich aufs neue häuslich einzurichten. Die Einen verlangten die früher bestandene Ordnung mit allem alten Geräte und Gerümpel; die Anderen vernunftgemäße Einrichtungen und ganz neue Instrumente.“ Als man im preußischen soeben geschaffenen Staatsrate mit der Vorberatung des neuen Zollgesetzes begann, hatte Frankreich gerade die alten Prohibitionen des Jahres V wieder hergestellt. Rußland, im Osten, hatte zwar sein seit 1810 angenommenes Prohibitivsystem 1816 zu Gunsten einiger Manufakturwaren gemildert, doch war dies nur für den Seeweg geschehen zum Vorteile Englands und zum Nachteile Preußens. Österreich beharrte fest auf seinem Prohibitivsystem und auch die Niederlande waren, vom industriellen Belgien getrieben, schon vorher im reaktionären Sinne vorwärts geschritten.[4]) Und dennoch hatte schon die Kabinettsordre Friedrich Wilhelm III. vom 1. August 1817[5]) mit lapidaren Worten „das Prinzip der freien Einfuhr für alle Zeiten“ statuiert, dennoch wurden in dem am 26. Mai 1818 erlassenen neuen preußischen Zollgesetze die Ideen und For-

---

1) Falke, Zollwesen S. 349.

2) Über die Ursachen dieser wirtschaftlichen Krise siehe auch Nebenius, „Denkschrift für den Beitritt Badens . . .“ Karlsruhe 1833, S. 4.

3) F. List „Das nationale System der politischen Ökonomie . . . 1841“ Einleitung S. 3.

4) Öchelhäuser, Die Tarifreform von 1879. S. 86.

5) Brodnitz, „Bismarcks national-ökonomische Ansichten“ S. 12/13.

derungen des Freihandels zum erstenmale in die Praxis übertragen. Die leitenden preußischen Staatsbeamten waren eben nicht umsonst bei dem überzeugten Smithianer Kraus in Königsberg in die Schule gegangen. Als aber die Bestimmungen dieses preußischen Gesetzes in Deutschland bekannt wurden, erhob sich ein Schrei der Entrüstung und der bitteren Enttäuschung. Von Preußen, dem größten deutschen Bundesstaate, hatte man die rettende Tat erhofft, und nun umgab es sich selbst mit einem Mauthsystem, behandelte die deutschen Nachbarn als Ausland und erhob die härtesten Transitzölle. Was half es denn, daß Preußen eingangs seines neuen Gesetzes versicherte: Handelsfreiheit solle bei den Verhandlungen mit anderen Staaten in der Regel zur Grundlage dienen, Erleichterungen, welche der preußische Handel in fremden Staaten findet, sollen erwidert, Beschränkungen vergolten werden. Zur Beförderung des wechselseitigen Verkehrs sollen besondere Handelsverträge von Staat zu Staat geschlossen werden. Was sollten alle diese Versicherungen dem bedrückten Gewerbestand und dem nach Export verlangenden Ackerbau helfen? Preußen vollzog mit diesem so schmerzlich damals empfundenen Gesetze übrigens nichts anderes als was die anderen Bundesstaaten schon vor ihm getan hatten. Aber in Deutschland verlangte man damals Erfüllung des Art. XIX der Bundesakte. Man wollte ein Bundeszollsystem — ein **Retorsionssystem** an den Grenzen der gesamten deutschen Lande, eventuell sogar mit Einschluß Österreichs, der Präsidialmacht des Bundes. Diese Bundeszölle unter gemeinsamer Verwaltung aller in Betracht kommenden Staaten verlangten auch die aufgeklärtesten Männer dieser bewegten Zeit, auch Karl Friedrich Nebenius, auch der Reutlinger Professor der Staatswirtschaft in Tübingen, Friedrich List. Der erstere in seiner Denkschrift, die er 1819 seinem Minister v. Berstett vorlegte und der andere in seiner Denkschrift an die Bundesversammlung in Frankfurt vom 25. April 1819. Und weil sie Beide die Hand zurückwiesen, die Preußen geboten hatte, indem es zur Abschaffung des kommerziellen und industriellen Notstandes Verträge der einzelnen Staaten mit ihm vorschlug, verkannten sie auf das augenscheinlichste Preußens groß-

deutsche Politik, das ja mit diesem so angefeindeten Gesetze schon den späteren deutschen Zollverein zu schaffen im Auge hatte, wie wenigstens vornehmlich Ranke, Ägidi und v. Treitschke uns glauben machen wollen! Für diese ist ja, wie schon erwähnt, Preußen der Schöpfer des großen deutschen Zollvereins. Schon 1817 soll sich ja nach v. Treitschke[1]) das preußische Kabinett und vor allem Friedrich Wilhem III. selbst mit diesem Plane bestimmt getragen haben. „Im März 1817 war der Staatsrat zusammengetreten und hier, sagt v. Treitschke, in lebhaften Verhandlungen zwischen den tüchtigsten Kräften der altpreußischen Bureaukratie ist im Sommer 1817 der Gang der deutschen Handelspolitik auf Jahrzehnte hinaus entschieden worden."

Nebenius, der nach seinem eigenen Geständnis als badischer Bevollmächtigter bis zu den Stuttgarter Verhandlungen tief in die Handelsangelegenheiten eingeweiht gewesen ist, meint dagegen einmal: „Preußen zeigte anfänglich durchaus keine Neigung, zu einer Zollvereinigung die Hand zu bieten. Man hielt die Idee eines solchen Vereins noch im Jahre 1823 für schlechthin unausführbar; die entschiedene Abneigung, welche das Berliner Kabinett bei den Wiener Ministerialkonferenzen (November 1819 bis Mitte 1820) gegen eine Zollvereinigung an den Tag legte, dauerte noch lange fort, nachdem die süddeutschen Staaten ihre Verhandlungen begonnen hatten und es bereits klar geworden war, daß eine Vereinbarung um so leichter fallen müsse, je mehr deutsche Gebiete in den Verband eines gemeinsamen Zollsystemes aufgenommen würden."

Doch von Preußens Handelspolitik in diesen Jahren später, wenn ich auf den Briefwechsel des preußischen Gesandten v. Otterstedt in Darmstadt mit dem preußischen Auswärtigen Amte näher eingehen muß! Zur damaligen Haltung Preußens[2]) mögen nur noch hier einige Verhandlungen erwähnt werden, die es mit Sachsen-Weimar, mit der herzoglich sächsisch-gothaischen Regierung und der herzoglich Nassauischen im Anschluß an die Einführung seines Gesetzes vom Mai 1818

1) v. Treitschke „Deutsche Geschichte a. a. O. II. Bd. S. 220.

2) Falke, „Deutsches Zollwesen" S. 352 ff.

pflog. Sachsen-Weimar sah einen Handelsvertrag mit Preußen zunächst für unmöglich an, da ein solcher die Umänderung dieses Systems in seinen Grundprinzipien erfordere (!). Deshalb wünschte es entweder einen Bund unserer deutschen Staaten gegen Preußen oder aber, daß ein Versuch gemacht werde, Preußen zur Bildung eines Zollvereines mit sämtlichen deutschen Staaten gegen das eigentliche Ausland zu bewegen. Hier sprach Sachsen-Weimar also zuerst deutlich und klar aus, daß nur ein deutscher Zollverein allen deutschen Staaten helfen könne. Die Not hatte ihm den einzig richtigen Ausweg finden helfen; zunächst aber blieb dieser Weg unbeschritten. Die herzoglich sächsisch-gothaische Regierung sprach sich übrigens am 8. Juni 1819 im ähnlichen Sinne aus. Das Herzogtum Nassau wünschte mit Berufung auf die Eingangsbestimmungen des preußischen Gesetzes ebenfalls einen Handelsvertrag. Preußen aber lehnte damals die weiteren Verhandlungen mit den betreffenden Staaten ab, weil ihm einerseits die abzuschließenden Handelsverträge unvorteilhaft zu sein schienen für seinen eigenen Handel und Verkehr und bestand andererseits immer auf der Forderung: man solle sich Preußens System anschließen.

Die süddeutschen Staaten, die ja zunächst nicht so unmittelbar von den Bestimmungen des preußischen Gesetzes getroffen wurden, verhielten sich anders.

Da man sehen mußte, daß der Bundestag in Frankfurt am Main für die langsam immer mehr und mehr dem vollständigen Ruin zusteuernde Industrie ebensowenig wie für die durch die infolge der Teuerung überall sich furchtbar geltend machende Hungersnot rettende Maßnahmen im nationalen Sinne durchführen wollte und konnte, setzte man alle seine Hoffnungen zunächst auf die Ministerialkonferenzen in Karlsbad (August 1819) und dann in Wien. Fürst Metternich, Österreichs damals so übermächtiger Minister, hatte aber die Ministerialkonferenzen in Karlsbad nur deshalb einberufen, um die deutschen Regierungen im reaktionären Sinne zu beeinflussen, um den nach den Freiheitskriegen überall entstehenden nationalen Geist mit Zwangsmaßregeln zu unterdrücken und abzutöten, um die

„Burschenschaft", den Hort aller nationaler Gesinnung büßen zu lassen, für die törichte Ermordung des russischen Spions und Dramenschreibers Kotzebue und für das Wartburgfest.[1]) Am Schlusse der neunten Karlsbader Konferenz zeigte der badische Minister von Berstett zu Protokoll an, daß er einen Aufsatz wegen des freien Verkehrs unter den deutschen Bundesstaaten zur Mitteilung bei den Mitgliedern der Konferenz in Umlauf setzen wolle.[2]) Dieser Aufsatz berief und stützte sich auf einen Antrag der beiden Kammern der badischen Ständeversammlung, worin diese einhellig und dringend auf Freiheit des Handels im Innern Deutschlands drangen. Die betreffende Motion vom 30. April 1819, die der Deputierte von Lotzbeck einbrachte und die Freiherr v. Liebenstein in einer begeisterten Rede begründete, lautete: „den Großherzog zu bitten, beim Bundestage zu Frankfurt, oder wenn dieser Weg nicht zu dem erwünschten Resultat führen sollte, bei einzelnen deutschen Regierungen Schritte tun zu lassen, um die Freiheit des Verkehrs im Innern von Deutschland möglichst herzustellen." Ein frommer Wunsch! Württemberg unterstützte übrigens Baden auf das entschiedenste in Karlsbad und verlangte auch seinerseits eine Erleichterung der bestehenden Handelsbeschränkungen und eine dahingehende Interpretation des Artikels XIX. Metternich aber, unangenehm überrascht von diesen Anträgen, appellierte an das jüngst erst von Napoleons Gnaden erhaltene Souveränitätsrecht der einzelnen Staaten und daran, daß diesem Souveränitätsrechte die Regelung des Handels usw. in jeder Beziehung unterstehe. Diese Anrufung einer niedrigen Eitelkeit verfehlte übrigens ihren Zweck nicht; Metternich kannte sich aus in dem Dünkel der eben erst „erhöhten" süddeutschen Regierungen und erreichte so, daß die Handelsangelegenheit auf die Konferenzen in Wien verwiesen wurde.

Noch in demselben Jahre, am 25. November 1819, nachmittags 2 Uhr, wurden die Wiener Ministerialkonferenzen von Metternich eröffnet. Auf eine detaillierte Wiedergabe dieser

1) cf. auch Kaufmann: „Politische Geschichte im XIX. Jahrhundert", Berlin 1900, S. 113 ff.

2) cf. Aegidi: Aus der Vorzeit des Zollvereines, S. 17. Hbg. 1868.

armseligen Verhandlungen gehe ich hier nicht ein, da sie wohl allgemein aus den Geschichten des Zollvereins usw. bekannt sein dürften. Auf Metternichs Betreiben bildete man einen besonderen Ausschuß zur Erledigung des Art. XIX, den zehnten, den der Preuße Graf Bernstorff leitete. Am 12. Januar 1820 war endlich die erste Sitzung dieses Ausschusses.

Der preußische Gesandte war übrigens der Zielpunkt maßloser Feindseligkeiten, vor allem von Seiten der mitteldeutschen und von Preußen eingeschlossenen Staaten, die das Gesetz vom 28. Mai 1818 unter jeder Bedingung abgeschafft wissen wollten. Auch Baden war dieser Richtung nicht allzufern. Preußen vertrat diesen gehässigen Angriffen gegenüber mit zäher Energie, genau übrigens wie alle anderen Staaten, seinen partikularen Standpunkt und verteidigte demgemäß sein Gesetz von 1818, das bereits segensreich genug in seinem Gebiete gewirkt hatte. Am 22. September 1820, als die Darmstädter Verhandlungen der süddeutschen Staaten untereinander bereits beginnen wollten, faßte Bernstorff seine Haltung in einer Note an von Otterstedt einmal kurz folgendermaßen zusammen: „Ich habe mich bei den Wiener Verhandlungen vielmehr stets im entgegengesetzten Sinne, nämlich dahin ausgesprochen, daß ich nur von Verträgen mit Einzelnen und zunächst nur über einzelne Gegenstände des Verkehrs eine wahre, dauerhafte und fortschreitende Verbesserung der Handelsverhältnisse im Innern Deutschlands erwarten zu dürfen glaubte.“ Erwähnen möchte ich noch, daß der Badenser von Berstett hier in Wien übrigens die weiter unten näher zu besprechende Denkschrift seines Nebenius in Umlauf setzte, die aber ohne jeden Erfolg blieb. Da man am Ende die ganze Handelsangelegenheit unter allgemeiner Heiterkeit wieder an den Bundestag zurückverwies, versuchten nun die süddeutschen Staaten sich für sich selbst zu verständigen. Diese Anregung ging offiziell von Hessen-Darmstadt aus. Baden entwarf nun erst eine Punktation, auf deren Grundlagen die weiteren Verhandlungen stattfinden konnten. Unter dem 19. Mai 1820 kam so eine Konvention zwischen Bayern, Württemberg, Baden, Großherzogtum Hessen, Sachsen, den herzoglich sächsischen Häusern, Nassau und den fürstlich

reußischen Häusern zu stande, wodurch man sich verpflichtete, binnen drei Monaten eigene Bevollmächtigte nach Darmstadt abzuordnen zum Abschluß eines die sämtlichen beteiligten Staaten bindenden Vertrages über die wechselseitigen Handelsverhältnisse auf bereits vereinbarten Grundlagen.[1]) Das war der ganze Erfolg der Wiener Ministerialkonferenzen trotz Lists[2]) ganz hervorragender Agitation, die er in Wien auf Veranlassung und als Rechtskonsulent des 1819 gegründeten allgemeinen deutschen Handels- und Gewerbevereins inszeniert hatte, trotz Lists begeisterter, von echt patriotischem Gefühl getragener Denkschrift, welche er am 15. Februar 1820 den Ministern einreichte, die aber der „engherzigen partikularistischen Interessenpolitik" der Wiener Versammlung wildfremd erschien; und nicht nur wildfremd, sondern auch im allerhöchsten Maße revolutionär und staatsgefährlich. Wurde doch selbst der Art. XIX beschlossen, um der revolutionären Partei den hervorragendsten Agitationsgrund zu nehmen! Metternich hatte ja auch ausdrücklich in der Konferenz erklärt, mit den Individuen, welche sich für die Vertreter des deutschen Handelsstandes ausgäben, könne man sich auf keinerlei Verhandlungen einlassen, da der Bundestag bereits den deutschen Handelsverein als ein gesetzwidriges und unzulässiges Unternehmen verurteilt habe. List war diesen ängstlichen Seelen, die überall Demagogen und Sands wittern zu müssen glaubten, viel zu sehr warmherziger und überzeugter Patriot. Und alle die Zeitungsartikel, Korrespondenzen, Besuche und nationalen Pläne dieses „großen Anwaltes der deutschen Sache" waren den damaligen,

1) cf. Weber „Der Deutsche Zollverein", auf welchen ich mich auch in dem Folgenden des öfteren berufen muß. S. 15.

2) Über Friedrich Lists agitatorische Tätigkeit in Wien kann ich mich hier nicht im Zusammenhang auslassen, cf. weiter unten. Bemerkt sei hier aber, daß List am 6. Januar 1820 in Wien erschien. Am 10. Januar fragte Metternich an, welchen Bescheid man ihm zu erteilen hätte und stellte sich auf den Bundestagsbeschluß von 1819 (v. Martens Referat). Am 8. Januar bereits hatte sich der X. Ausschuß, der die Handelsangelegenheit besprechen sollte, konstituiert. Am 15. Februar 1820 reichte List seine Denkschrift an den Kongresse ein und am 6. März hatte er auf Metternichs Vermittelung (!!) hin, eine Audienz beim Kaiser.

nur auf ihre besonderen Interessen eingeschworenen Staatsmännern, geradezu unheimlich.

Daß auch der Badener von Berstett die allgemeine Furcht vor dem Listschen Vereine und vor List selbst hegte, beweist folgende hochinteressante Instruktion, die er seinem geheimen Referendär Nebenius mit nach den Darmstädter Verhandlungen, die der Abmachung vom 19. Mai 1820 gemäß bereits am 13. September 1820 eröffnet wurden, erteilte. Böhtlingk stellt ja fest, daß auf diesen Verhandlungen und auf den folgenden in Stuttgart Baden und dessen Vertreter Nebenius allein immer unentwegt und uninteressiert zum Vorteile des großen deutschen Vaterlandes, den Zollverein erstrebt hätten! Doch davon hernach!

Wie vielleicht bekannt, hatten auch List und andere Vertreter seines Vereines sich in Darmstadt bei Beginn der Verhandlungen eingefunden; auch sie berührt, wie bereits gesagt, die v. Berstettsche Instruktion an Nebenius, deren Wortlaut ich hier teilweise wiedergeben muß. Das hochinteressante Aktenstück beginnt: „Euer Hochwohlgeboren — muß ich als Nachtrag zu den mündlichen und schriftlichen Bemerkungen über die nun beginnenden Verhandlungen der Darmstädter Kommission noch auf einige Punkte aufmerksam machen, welche durch verschiedene neuere Anzeigen ein eigentümliches Gewicht erhalten und aus vielen triftigen Gründen überhaupt ein geschärfteres Beobachten in Anspruch nehmen. Ich berufe mich dabei auf alles das, was ich Ihnen früher bereits über die Notwendigkeit gesagt habe, von diesen Verhandlungen allen möglichen Schein besonderer, den klar bezeichneten Zweck fremder Nebenabsichten zu vermeiden. — Nun sind mir Anzeigen von mehreren Seiten zugegangen, welche mich fast mit Gewißheit vermuten lassen, daß es an Versuchen nicht fehlen wird, die vorhabende Regulierung der kommerziellen Verhältnisse als Werkzeug zur Ausführung von Zwecken zu benutzen, die ganz außerhalb dem Kreise des im Vertrag bezeichneten Zweckes liegen. Ich bezeichne Ihnen zunächst als solche die Einwirkung des sogenannten deutschen Fabrikanten-Vereins, dessen Organ, Professor List mit mehreren Teilnehmern bereits seit einiger Zeit in Frankfurt und

nun auch wahrscheinlich in Darmstadt angekommen sind. Die Ideen [1]) dieser Herren sind Ihnen bekannt, sowie die Darstellungen, durch die sie während der Ministerialkonferenzen in Wien denselben Eingang zu verschaffen suchten. Es kann nicht fehlen, daß sie dieselben in allerlei Formen nunmehr reproduzieren werden und ich fürchte fast, sie haben durch die schimmernde finanzielle Seite ihrer Vorschläge schon hie und da eine günstige Stimmung sich zu verschaffen gewußt. Ich habe zu meiner wahren Beruhigung vernommen, wie vollkommen richtig Euer Hochwohlgeboren die Unstatthaftigkeit derselben zu würdigen wissen. . . . Es ist unwiderruflich erwiesen, daß es für die Ruhe Deutschlands gefahrdrohende Verbindungen gegeben, welche teils förmlich ausgebildet, teils formlos für ihre Pläne tätig waren und noch sind." Diese Gefahren seien zwar momentan für Süddeutschlend behoben, weil hier eine Konstitution gegeben sei, aber man müsse sich jedenfalls hüten, den Verhandlungen in Darmstadt bedenkliche Erweiterungen der zu behandelnden Gegenstände zu geben. „Eine solche bedenkliche Ausdehnung würde durch Berücksichtigung oder gar durch direkte Einwirkung des sogenannten Vereins der deutschen Fabrikanten und Handelsleute stattfinden. Ich hebe von ihren verschiedenen Plänen nur den einer allgemeinen Pachtung und Verwaltung der Zolleinkünfte der verschiedenen deutschen Länder hervor. Ich weiß, daß sie in diesem Betreff schon hie und da große Summen, ja bedeutendere als der eigentliche Mautvertrag, geboten haben. Es bedarf blos der einfachen Betrachtung, wie durch eine solche Einrichtung eine Privatkorporation zu einer Regierungsbehörde gestempelt werden würde, um mit einem Blicke alle die Folgen zu übersehen, die die Beweglichkeit des Kapitales der Teilnehmer ihren

1) Die Regierungen, und so auch von Berstett, fürchteten am meisten den von List des öfteren ausgesprochenen und propagierten Vorschlag der Verpachtung der gemeinsamen Douanenergebnisse an den Kaufmannsstand. Dieses Vorschlages wegen hat man sich in späterer Weisheit weidlich über List lustig gemacht. Und doch lag dieser Vorschlag damals einem historisch denkenden Manne garnicht so fern, wenn man sich erinnern möchte, daß die Verpachtung von Zöllen im heiligen römischen Reiche deutscher Nation gar nichts so Seltenes, ja meist das Übliche war!

vielfachen, nicht immer vaterländischen, Interessen und ihrer steten Einwirkung auf die große Masse unausbleiblich stattfinden würde. Ich kann solche nicht anders als für durchaus unvereinbar mit dem allgemeinen Wohl erklären und muß deshalb, ohne auf die nähere Berührung mehrerer, aus der Beschaffenheit jenes Vereines hervorgehender Punkte einzugehen, Euer Hochwohlgeboren aufs dringendste die größte Umsicht überhaupt und insbesondere in allem dem anempfehlen, was auf die Schritte des Professors List und Konsorten Bezug hat. Geben Sie unter keiner Bedingung irgend ein Einwirken derselben zu; ich möchte es bis dahin ausgedehnt sehen, daß Euer Hochwohlgeboren selbst im Umgange allen Verkehr mit denselben geflissentlich vermeiden, um über die Absichten Ihres Gouvernements keinen Zweifel zu belassen."

Anders konnte Metternich übrigens selbst nicht schreiben! Daß so der Einfluß des Listschen Vereins kein großer war, versteht sich von selbst, da auch die anderen süddeutschen Regierungen der Metternichschen und der badischen Ansicht über ihn huldigten. List hatte, da er natürlich diese geheime Instruktion nicht wissen konnte, Nebenius einen Besuch gemacht. Und Nebenius berichtet im September 1820 an seinen Vorgesetzten darüber: „Als Professor List mir einen Besuch machte, sagte ich ihm offen und geradezu, daß ein Prohibitivsystem, wie der Handelsverein es wünschte, durchaus den Ansichten meines Hofes nicht entspreche; daß der Fabrik- und Handelsstand durch eine freie Bewegung auf dem Markte der vereinigten Staaten viel zu gewinnen hoffen dürfe, daß man aber, um allmählich einer weiteren Verbesserung des deutschen Handels entgegen zu gehen, alle Gehässigkeiten gegen jeden Staat, insbesondere aber gegen alle Bundesländer, in Worten und Schriften sich enthalten müsse, daß es nicht anders als nachteilig sein könne, wenn der Meinungsstreit über die Frage des freien Verkehrs und der Prohibitivsysteme mit soviel Leidenschaftlichkeit wie bisher fortgesetzt werde, und hier wie in allen Dingen nur bei Ruhe und Mäßigung das Gute gedeihen könnte. Ich machte ihm bemerklich, daß seine und seiner

Kollegen Anwesenheit ganz überflüssig wäre und durch Gerüchte, welche sie leicht veranlaßten, vielleicht selbst nachteilig wirkten. Sie würden sich wohl bescheiden, daß hier nicht daran zu denken sei, einen Einfluß zu gewinnen, daß die Notizen, deren man bedürfe, von dem Handelsstande eines jeden Landes erhoben würden und daß ihnen auch von dem Gange der Verhandlungen nicht das mindeste bekannt gemacht werden dürfe." Ich glaube nicht, daß man deutlicher zu sprechen brauchte. Hatte doch Nebenius sogar auf von Berstetts Wunsch und auf Bayerns erste Anregung hin sich mit du Thiel und von Aretin in Verbindung gesetzt und mit allen anderen Bevollmächtigten der einzelnen vertretenen Staaten verabredet „den Handelsverein nicht als eigentliche Korporation anzusehen und ein gleiches Benehmen sämtlicher Bevollmächtigten gegen jene Agenten an den Tag zu legen." Diese Verabredung wurde in aller Form sogar in das 3. Protokoll (18. November 1820) niedergelegt. Ja, Nebenius hatte sogar seinem Sekretär jeden Umgang mit „diesen Agenten" untersagt. Immerhin komisch muß es uns nun berühren, wenn wir erfahren, daß Schnell, der in Darmstadt nach Lists Abreise als Vertreter des genannten Vereins geblieben war, bei Nebenius im Mai 1821 anfragt, ob er noch bleiben solle, da er kein Geld unnötiger Weise ausgeben möchte. Die Antwort des Nebenius ist mir nicht bekannt; aber wenn eine solche überhaupt gegeben worden ist, so braucht es wohl keiner besonderen Verstandesschärfe, um zu ahnen, wie sie gelautet haben mag. Soviel noch zur Geschichte des Listschen Vereins.[1])

Das endgültige Resultat der Verhandlungen in Darmstadt ist bekannt. Man trennte sich, da man sich nicht über die Höhe der Zölle, über das Verteilungsprinzip der Revenüen, über das Lagerhaussystem und über das Stimmenverhältnis einigen konnte.

---

1) Am 25. Sept. 1820 berichtet auch v. Otterstedt nach Berlin, Nebenius habe die Kongreßsitzungen nicht in Frankfurt a. M. gewollt (Bayerns Vorschlag), um so den gefürchteten Einwirkungen des Kaufmannsvereins, dem er nach Kräften entgegenarbeite, eher entgehen zu können!

Ohne auf alle die Einzelheiten hier eingehen zu wollen — ich verweise auf Weber, Geschichte des Zollvereines und auf die anderen Darstellungen der Darmstädter Verhandlungen der Zollvereinshistoriker — muß ich mich doch hier und im folgenden mit Badens Stellung und der seines Vertreters ein wenig eingehender beschäftigen, da Böhtlingk ja uns glauben machen will, Nebenius und Baden hätten fast allein die ehrliche und unentwegte Absicht gehabt, selbst mit eigenen Opfern für Baden einen Zollverein zu gründen. Ich stütze mich hier teilweise auf die Berichte der sicherlich ziemlich unparteiischen preußischen Gesandten in Darmstadt und München.[1]) Die Haltung Preußens zu diesen Verhandlungen ebenso wie zu den Stuttgartern, werde ich später im Zusammenhang kurz darzustellen versuchen.

Zunächst möchte ich einmal festgestellt wissen, daß die süddeutschen Staaten und mit ihnen selbstverständlich auch Baden weiter nichts erreichen wollten, als einen „Zollverein" Süddeutschlands gegen Preußen. Es ist eine beweislose Behauptung, wenn man sagt, Baden habe von vornherein nichts weiter als den großen preußisch-deutschen Zollverein gewollt, wie er dann 1833 wirklich zustande kam. Diese groß-deutsche Haltung Badens, wie sie uns Nebenius selbst in seiner Denkschrift von 1850 darlegen will, ist durch nichts aus den Jahren der Darmstädter und Stuttgarter Verhandlungen belegt. Baden jetzt aus seinem Streben, möglichst seine partikularsten Interessen vertreten zu haben, einen Vorwurf zu machen, ist aber ebenfalls grundlos. Man müßte dann allen deutschen Staaten denselben Vorwurf machen. Baden hat es selbst einmal ausgesprochen, was es wollte: „Festentschlossen, alle Bedingungen einzugehen", sagte eine diesbezügliche badische Note, „durch deren Annahme, nach ihrer Überzeugung die Lage des Landes nicht schlimmer als die dermalige der Isolierung würde, sei sie bereits von verschiedenen Forderungen, die sie für gerecht und billig gehalten, abgestanden, nur glaube sie demnach bei ihrer definitiven Erklärung über

1) cf. Die Akten des Berliner Geheimen Staats-Archives betreffend Zollsachen und betreffend „den Handelsverein Darmstadt" 1820—1825.

die noch streitigen Punkte den Zusammenhang des Ganzen beachten zu müssen — —". Baden hatte schließlich 4 Anträge gestellt[1]): „innerhalb der Grenzen der vereinigten Staaten keine Anordnung zu treffen, nach welcher zu Lande versandte Güter zwangsweise gelagert oder umgeladen werden müssen. 2. von den Waren und Erzeugnissen, welche bestimmt sind durch das Gebiet des Vereines nach einem auswärtigen Staate gebracht zu werden, in der Regel statt eines bloßen Durchgangszolles, bei ihrer Ankunft an der gemeinschaftlichen Zollinie den Eingangs- und bei ihrem Austritt den Ausgangszoll zu beziehen, 3. mehrere benannte Artikel von der gemeinschaftlichen Zollbelegung auszunehmen, dagegen den Grenzstaaten in ihrem Verkehr mit dem Auslande zu gestatten, solche für sich zu belegen, 4. über den Antrag, daß die Krahnen und die Niederlagsplätze in sämtlichen Rheinhäfen als vor der Zollinie betrachtet werden sollen." Hierzu urteilte man[2]): Daß bei diesen Baden allzu nackt das eigene Interesse durchblicken lasse, erhelle daraus: „daß durch den 1. und 2. Antrag den Grenzstaaten resp. einigen Punkten derselben der ganze Zwischen- und Kommissionshandel gesichert, durch den 3. der partielle Finanzvorteil sogut als möglich gerettet und durch den 4ten vollends nicht nur erhalten, was etwa im 1. u. 3ten aus Konvenienz scheinbar geopfert werden mußte, sondern es wird dadurch den eigenen Untertanen noch ein Privilegium, vorzugsweise Kontrebande treiben zu können, zugewandt etc." Ein großer Teil der Schuld des Nichtzustandekommens eines geplanten süddeutschen Zollvereines lag jedenfalls an der badischen Regierung und ihrem Vertreter Nebenius.[3]) Die Stuttgarter Verhandlungen zeigen übrigens dieselbe Situation; auch sie scheiterten an Badens Forderungen und Anträgen.[4]) Ob dieses Scheitern der Unterhandlungen der süddeutschen Staaten für den späteren großen Zollverein ein Glück war oder nicht,

1) Die sonstigen Anträge Badens u. s. w. siehe Weber, der deutsche Zollverein S. 16 ff.

2) cf. Akten des Berliner G.St.A. „betr. Zollsachen", Nr. 17.

3) Auch hier Weber „der deutsche Zollverein."

4) Siehe später.

konnte damals noch kein Mensch wissen! Nebenius war sicher eine Einfluß gebietende Autorität auf dem Gebiete des Zollwesens, und diese Autorität benutzte er auch zur eventuellen Verwirklichung seiner Ideen und zum möglichsten Vorteil seines von ihm vertretenen Staates. Die große Wahrheit aber, daß Zolltarifvereinbarungen zwischen mehreren Staaten nur auf dem Wege zustande kommen können, daß sich alle kleineren, dem bewährten und bestehendem Tarife des größeren mit gewissen natürlichen Abänderungen anschließen — und nicht etwa dadurch, daß man einen vollkommen neuen Tarif entwirft, wie z. B. Nebenius wollte, war damals noch lange nicht von den auf ihre Souveränität so stolzen süddeutschen Staaten und von ihren jeweiligen Vertretern erkannt, das haben erst alle die späteren Verhandlungen gelehrt! Gleich hier möchte ich übrigens noch bemerken und feststellen, daß Nebenius bei der Verteilung der gemeinsamen Vereinsrevenüen die Kopfzahl der Bevölkerung und die Ausdehnung der Grenze der einzelnen Staaten gegen das Ausland (!) durchgesetzt wissen wollte.[1]) Keineswegs also nach der Kopfzahl allein. Es entspricht dieser Vorschlag in Darmstadt ganz der Ansicht, die Nebenius schon in seiner so oft weit überschätzten Denkschrift entwickelte. Es heißt dort Seite 24 ausdrücklich: „Die natürliche Grundlage der Repartition ist die Bevölkerung der Staaten, wonach sich auch ihre Kriegskontingente richten, jedoch mit billiger Rücksicht auf die für einzelne Länder etwa eintretenden besonderen Bestimmungen.“ Also von einer Verteilung lediglich nach dem Maßstabe der Bevölkerung, wie eine solche aber Preußen schon tatsächlich durchgeführt hatte in seinem Vertrage mit dem kleinen Sondershausen (25. Okt. 1819), will Nebenius nichts wissen. Daß übrigens Nebenius bei dem Verteilungsmaßstab die Grenzen der einzelnen Staaten gegen das

1) Böhtlingk will das Verdienst der Erfindung der Verteilung der Zolleinahmen nach der Kopfzahl als Maßstab für seinen Nebenius in Anspruch nehmen und den preußischen Staatsmännern das Verdienst gegen v. Treitschke absprechen! Wem das Verdienst tatsächlich zukommt, geht wohl aus den angeführten Stellen zur Genüge deutlich hervor! (siehe Böhtlingk Seite 61 ff.).

Ausland berücksichtigt wissen wollte, beweist wohl wieder, daß ihm das Wohl seines Heimatlandes oberstes Gesetz war.

Doch genug davon! Die Stuttgarter Verhandlungen, die nach dem gescheiterten Versuche sich zu vereinigen, 1824 langsam wieder begannen, zeigten von vornherein eine andere Konstellation. Auch hier lasse ich mich selbstverständlich auf die Details der einzelnen Verhandlungen nicht ein, ebenso wie ich die Sonderunterhandlungen der einzelnen süddeutschen Staaten unter einander oder mit dem Auslande (vor allem mit der Schweiz) hier übergehen zu können glaube. Der Versuch, den Nebenius im Auftrage seiner Regierung in Württemberg unternahm, letzteres zu bewegen, dem von Baden mit Hessen-Darmstadt abgeschlossenem Handelsvertrage [1]) beizutreten, scheiterte an der Haltung des Stuttgarter Hofes. Die beiden süddeutschen größten Staaten, Bayern und Württemberg, wollten sich zunächst einmal allein verständigen, ehe sie sich in Unterhandlungen mit den anderen Nachbarstaaten einließen. Diese Absicht verstimmte vor allen Dingen Baden, das die Initiative nicht aus den Händen verlieren wollte. Bayern andrerseits zeigte anfangs wohl keine besondere Lust einen neuen Versuch einer Vereinigung zu machen; nur weil sein Rheinkreis so entsetzlich litte, habe es in neue Unterhandlungen eingewilligt. Dann aber begeisterte sich der bayerische Minister von Lerchenfeld für einen süddeutschen Zollverein. [2]) Wie gesagt, Nebenius war zunächst in Stuttgart hingehalten worden, damit man in Württemberg, wie der Preuße Maltzan [3]) zu melden weiß, Zeit gewänne, das gemeinschaftliche System ohne Zuziehung Badens auszuarbeiten und dann Baden gezwungen werde, das bayrisch-

1) Unterm 17. September 1824 berichtete v. Otterstedt aus Bern nach Berlin von dem abgeschlossem Vertrage Hessen-Baden und meint, es werde nun eine gewisse Beruhigung in Süddeutschland gegen Preußen eintreten, da diese beiden Staaten bisher immer die Ruhestörer gewesen seien. Dieser Bericht ist noch in anderer Hinsicht interessant genug cf. weiter unten!

2) Beriehte des preußischen Gesandten v. Küster aus München an seine Regierung. (3. Oktbr. 1824).

3) cf. Berichte des preußischen Gesandten Maltzan an das preußische Auswärtige Amt. (8. Dez. 1824).

württembergische System anzunehmen, wie es ihm vorgelegt werde. „Der Grund dazu ist," fährt Maltzan fort, „ein Zweifel, den diese Staaten hegen in bezug auf die von Seiten Badens aufrichtige, zum Zwecke führende Mitwirkung. Sie behaupten Beweise zu haben, daß Baden unter der Hand alles tue, um den Verband zu hintertreiben und geben zu verstehen, daß es durch fremde Influenz dazu gebracht worden sei." Baden habe sich deshalb bei Hessen bereits beklagt, daß keiner von beiden den Verhandlungen beigezogen werde. Der Badenser von Blittersdorf soll sogar auf der Bundesversammlung den Antrag gestellt haben, die Regelung der süddeutschen Verhältnisse der Bundesversammlung (!) zu überlassen, deswegen beschleunige nun Bayern seinerseits die Verhandlungen, weil es keine fremde Einmischung leiden wollte. Baden hatte auch aus Furcht, daß Hessen-Darmstadt sich von Bayern-Württemberg gewinnen lassen könnte, die sogenannte Heidelberger Zusammenkunft (Ende November 1824) zustande gebracht. Diese gemeinsame Beratung Badens, Hessens und Nassaus bezeichnete von Berstett selbst in einem Berichte an Blittersdorf (27. Nov. 1824) als ein Gegengift gegen die Umtriebe Württembergs und Bayerns! Das hier festgesetzte „Heidelberger Protokoll", der höchste Trumpf des Partikularismus, um mit v. Treitschke zu reden, verpflichtete die verbündeten Staaten, nur gemeinsam gegen Bayern und Württemberg vorzugehen und an dem Grundsatze festzuhalten, daß jeder Staat in einem etwaigen Zollverein seine eigenen Beamten zur Grenzbewachung stelle — und nicht etwa die Errichtung einer Zentralverwaltung zuließe. Baden vor allem bestand ganz im Widerspruch zu seinem früheren Verhalten auf diesem Vorschlag. Es hatte wohl Furcht vor Bayern![1])

1) Am 22. Dezbr. 1824 berichtet Küster wieder: Baden mache große Anstrengungen gegen das Gelingen der eingeleiteten Unterhandlungen „die man in München nur aus den Besorgnissen und der Eifersucht dieses Hofes herleitet, die Initiative an die Königreiche verlieren zu sehen." Infolge der Heidelberger Konvention beginne auch schon Hessen-Darmstadt Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn Baden austrete, schade es nichts. Wenn aber auch Hessen austrete, werde wohl Bayern die Unterhandlungen aufgeben (weil dann der bayr. Rheinkreis wieder isoliert bleiben mußte).

Als dann im Januar 1825 ein Grundvertrag, eine Zollordnung und ein Tarif zwischen Bayern und Württemberg tatsächlich fertig vorlagen, erließ Württemberg im Januar 1825 die Einladungen nach Stuttgart. Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau folgten der Einladung. Von ihnen gab Nassau eigentlich nur den Zuschauer ab; es wollte wissen, was eigentlich geschah; Österreich stand hinter ihm. Und nun wieder dasselbe Bild kleinstaatlichen Partikularismus'! Zuerst entfachte die von den beiden Königreichen vorgeschlagene Zentralverwaltung einen heftigen Meinungsstreit, der unerledigt blieb. Sodann brachte Baden gleich eingangs der Verhandlungen das schon in Darmstadt viel resultatlos umstrittene Lagerhaussystem zur Sprache, und auch das Stimmenverhältnis verursachte neue Differenzen und Uneinigkeit. Keiner wollte zum Vorteil eines Vereines wesentliche Zugeständnisse machen. Gerade dieses Baden, das Nebenius und seine Anhänger dann so herauszustreichen sich bemühten, als habe Baden nichts als einen großen Verein gewollt, gerade dieses Baden berief 1825 (Ende März), die Minister von Hessen und Nassau wiederum nach Heidelberg und Mainz, um sie in ihrer gemeinsamen Opposition gegen Bayern zu stärken und der Badener v. Berstett konnte nicht genug vor Bayern und seinen gefahrvollen Absichten warnen. Die bayrische Diktatur war der gefürchtete Popanz Badens, der es in Aufregung versetzte. Daß unter diesen Verhältnissen auch die Stuttgarter Verhandlungen resultatlos verlaufen mußten, kann nicht wundern. Am 6. August 1825 endlich erklärte Württemberg und Bayern, die badischen Anträge nie annehmen zu können — und damit war der Würfel gefallen. Am 28. Juli hatte schon Baden sein neues Zollgesetz erlassen, das in der Niedrigkeit des Tarifes ganz den Interessen des Landes entsprach. Die Haltung Badens hatte am Stuttgarter Hofe sehr verletzt, nicht minder aber in München. Am 21. September 1825 schrieb Küster nach Berlin: „Man würde es hier (München) unerklärlich finden, warum der badische Hof es von Anfang augenscheinlich darauf angelegt hat, die Unterhandlungen scheitern zu lassen, anstatt von der glücklichen Lage seines Landes Gebrauch zu machen, die

einen ausgedehnten Transithandel in seine Hände gibt und ihm erlaubt, zum Vorteil seiner Finanzen hohe Zölle aus demselben zu ziehen, wenn man nicht die eigentliche Ursache den persönlichen, besonderen Ansichten des dortigen Bevollmächtigten, Geheimen Rates Nebenius, als eines mehr gelehrten und theoretischen wie praktischen Staatsbeamten und vielleicht auch noch dem Umstande beimessen wollte, daß die badischen Untertanen einen sehr bedeutenden Schmuggelhandel[1]) mit ihren, sie so nahe umgebenden Nachbarn treiben, dessen Gewinn man nicht einem gemeinschaftlichem Zollsystem größtenteils aufopfern wollte"! Und unterm 17. August hatte schon von Otterstedt berichtet, daß der Verein sich durch Baden[2]) auflösen werde. Otterstedt begrüßt dies aus politischen Gründen, weil er überzeugt sei, der süddeutsche Verein sei nur aus dem Grunde beabsichtigt gewesen, einen Bund im Bunde zu haben. Wie nachteilig dies aber sei, zeige sich schon in der fortwährenden Opposition Bayerns und Württembergs am Bundestage!

Trotz alledem schrieb Beck in seiner 1866 erschienenen Biographie seines Freundes Nebenius: Unstreitig gebührt der badischen Regierung der Ruhm zuerst und vor allen den Gedanken einer kommerziellen Einheit Deutschlands erfaßt und in offizieller Weise ausgesprochen zu haben. — — Der Gründer und zugleich der tüchtigste und beharrlichste Vertreter dieser Handelspolitik seines Heimatlandes ist Nebenius". Dieser Ruhm ist doch wohl ein wenig zu modifizieren! Und wenn außerdem

1) cf. auch Weber, S. 44.

2) Baden selbst erklärte bekanntlich in einer Note, daß es die Schwierigkeit der Verhandlungen in der Verschiedenheit der Ansichten über die anzunehmenden Zollsätze finde. Es bedauere zwar lebhaft, den Verein nicht zustande kommen zu sehen — aber es finde eine Beruhigung darin, daß die Hindernisse „in der Verschiedenheit der Lage der Verhältnisse und der Bedürfnisse der verschiedenen Länder gelegen sei, über welche der beste Wille der Regierungen nicht zu gebieten vermöge (!) und daß der beabsichtigte Verein nicht habe gegründet werden können, ohne die Interessen des einen Landes dem entgegengesetzten Interesse des andern Landes zum Opfer zu bringen." Deutlicher brauchte man badischerseits wohl nicht zu sprechen! —

Böhtlingk betont „nur eine Verständigung mit Preußen konnte Nebenius, dem ständig der „große" deutsche Zollverein vorschwebte, ans Ziel bringen", so ist zunächst zu bedauern, daß keiner der offiziell Beteiligten von dieser gewiß löblichen und verdienstlichen Absicht des badischen Bevollmächtigten wußte, und dann, wenn Nebenius selbst einmal vor 1825 diese seine Absicht ausgesprochen hätte, so wäre sie zwar die richtige Auffassung gewesen, schon — aus rein partikularem Interesse für Baden. Es war ja in dieser ganzen schwierigen Angelegenheit für Baden und Nebenius so unendlich leicht, große nationale Politik im Sinne des später entstandenen Zollvereines zu treiben. Denn diese „nationale Politik" deckte sich diesmal voll und ganz mit seinen ureigensten, selbstischen Interessen. Baden war ja ein Durchgangsland, das aus dem Transitverkehr seine Einnahmen zog und dem deshalb möglichst niedrige Zölle vorteilhaft waren. Wiederum entsprach es voll und ganz dem wohlverstandenen eigenen Interesse, wenn die badischen Bevollmächtigten in Darmstadt und Stuttgart nur dann einen Verein eingehen wollten, wenn durch denselben ein großes Marktgebiet geschaffen und die drohende Hegemonie Bayerns durch die Größe Preußens zum mindesten ausgeglichen und für das kleinere Baden unschädlich gemacht würde; diesem „großen" Vereine, der Frankreich gegenüber speziell einen viel stärkeren Schutz gewähren konnte, irgend welche „Opfer" zu bringen, beweist noch keineswegs die „groß-deutsche" Haltung Badens. Es ist ja so unendlich leicht und auch bequem dazu, jemandem oder irgend einer Idee ein Opfer zu bringen, — wenn dieses Opfer nur tausenderlei Vorteile bringen kann, tausenderlei Vorteile bringen muß. In diesem Sinne hatte ja Nebenius selbst einmal geschrieben, der doch immer ehrlich ist, wenn er sich wohl auch nicht immer über die Entstehung seiner späteren Meinungen und Ansichten klar geworden sein mag: „Ich habe es nie für meine Aufgabe angesehen, um jeden Preis einen Vertrag zustande zu bringen. Die Aufgabe ist vielmehr, eine Vereinigung auf solchen Bedingungen zu erzielen, wobei jeder Teil mehr oder wenigstens ebenso viel gewinnt, als er opfert. Alle Staatsverträge müssen, wo sie

die Gewalt nicht diktiert und festhalten machen kann, auf den gegenseitigen Nutzen basiert sein, wenn sie Bestand haben sollen.“ Finanzieller oder politischer Vorteil und Nutzen, das ist dabei vollkommen gleich. Nach dieser Nebeniusschen Staatsklugheit haben damals nicht nur Baden und die süddeutschen Staaten überhaupt, sondern auch Preußen gehandelt und ihre Politik eingestellt.

Nachdem sich, oder besser, weil sich die Stuttgarter Verhandlungen zerschlagen hatten, schlossen Bayern und Württemberg schließlich einen Zollverein „zu Zweien“. Unterdessen hatte sich aber auch das Berliner Kabinett besonnen. Seitdem dort der geniale Motz das Finanzministerium übernommen hatte, begann Preußen seine passive Beobachterstellung aufzugeben. Motz hielt endlich die Schwierigkeiten, sowohl wie die Opfer, welche die Verschiedenheit der Interessen und Steuersysteme einer engeren Handelsvereinigung mehrerer Staaten mit Preußen entgegenstanden, nicht mehr für unüberwindlich und für ohne Vorteil, sodaß er an ein planvolles Vorgehen denken konnte, um so Preußen an die Spitze eines zollgeeinten Deutschland zu stellen. Wollte Preußen nicht für lange Zeit vielleicht den richtigen Moment zur Erlangung dieses Zieles schwinden lassen, so mußte es Hessen zu gewinnen suchen, um dessen Gunst auch Bayern und Württemberg buhlten; Hessen, das schon mehrmals unter der Hand an Preußen Anträge zwecks einer kommerziellen Vereinigung gestellt hatte, da es politisch zwar nach Süddeutschland tendierte, seine Handelsinteressen es aber nach dem Norden verwiesen. Außerdem war dem Berliner Auswärtigem Amte bestimmt gemeldet worden, daß König Ludwig von Bayern bei seinem Zollverein politische Nebenpläne verfolge. So galt es also jetzt Preußens Machtstellung zum mindesten zu wahren. Am 15. Febr. 1828 kam auf diese Weise der berühmte Vertrag Preußens mit Hessen zu stande, der eine enge Zolleinigung der beiden Staaten brachte, aus welcher sich dann der große Deutsche Zollverein auswachsen sollte.

Preußens Stellung in der Frage der Entstehung dieses großen Zollvereines ist wie schon des öfteren gesagt, eine um-

strittene. Ranke, Aegidi und besonders von Treitschke glauben, Preußen das Verdienst der intellektuellen und tatsächlichen Urheberschaft des Zollvereines zuschreiben zu können und zuschreiben zu müssen. Dagegen hat man natürlich gekämpft und auch Böhtlingk zieht gegen v. Treitschke und damit gegen Preußens Verdienst zu Felde. In seinen ganzen Ausführungen benutzt nun Böhtlingk besonders einen Bericht, der den Anteil von Otterstedts, des schon öfter genannten preußischen Gesandten in Darmstadt, an der Begründung des Zollvereines, behandelt. Auch ich glaube mit Böhtlingk, daß dieses Schriftstück aus der unmittelbaren Umgebung oder vielleicht sogar von Otterstedt selbst stammt.[1] Dieses Aktenstück ist ohne Datum, Böhtlingk glaubt es „nicht allzu lange nach dem Tode von Motz" ansetzen zu sollen. Warum? Motz starb bekanntlich schon am 30. Juni 1830. Das Schriftstück selbst aber weiß noch von den Einwirkungen v. Otterstedts auf den Herzog von Nassau bezüglich der Zollangelegenheit zu berichten und daß in seinen Zurechtweisungen der Grund zu „dessen (des Herzogs) dermaligen umgekehrten Benehmen" zu suchen sei. Der Herzog von Nassau hatte bekanntlich am 19. September 1833 einen Handelsvertrag mit Frankreich geschlossen. Der Umschwung in Bieberich aber begann im März 1834, wo Blittersdorf meldete, man sehe in Nassau die Notwendigkeit des Anschlusses an den Zollverein ein. Am 10. Dezember 1835 waren die Verhandlungen dann abgeschlossen und das Herzogtum Nassau dem Vereine beigetreten.

Ganz abgesehen aber von dieser Datierung des Aktenstückes hat ihm Böhtlingk auch zu viel geglaubt. Meine Nachforschungen und Anfragen im Berliner Geheimen Staatsarchiv haben nun zunächst ergeben, daß die Korrespondenzen aus dem Jahre 1818 und die Berliner Antworten auf dieselben sich nicht haben finden lassen. Sonst lassen sich aber die von dem Aktenstück angezogenen Berichte v. Otterstedts ziemlich alle nachprüfen. Die Antworten und Instruktionen des Auswärtigen Amtes in Berlin an von Otter-

1) cf. Böhtlingk, Anhang zu seiner Arbeit.

stedt und an die anderen Gesandten geben uns aber die Möglichkeit, nach diesem authentischen Material einmal die leitenden Gesichtspunkte in der preußischen Handelspolitik bis zum Vertrag mit Hessen zusammenzustellen. Es ergibt sich aber auch, daß auch ohne die Otterstedtschen „Ermahnungen" und „Warnungen" von Motz wohl der richtige Moment nicht verpaßt worden wäre, um Preußens Politik aktiv zu gestalten. Soviel aber ist auch weiter sicher, daß Preußen und seine Staatsmänner 1818 oder gar 1817 noch nicht an die Gründung eines Deutschen Zollvereines unter Preußens Führung dachten, wie Treitschke u. s. w. behaupten zu können glauben.

In Wien hatte von Bernstorff, wie wir gesehen haben, lediglich das neue preußische Zollgesetz verteidigt und die sich beklagenden Staaten auf die Eingangsbestimmung des Gesetzes vom 26. Mai 1818 hingewiesen, wonach Preußen Verträge von Staat zu Staat zu schließen bereit sei. Dennoch aber hatte es auch Vertragsangebote zurückgewiesen, da es glaubte, aus denselben keinen Vorteil für sich ziehen zu können (vgl. oben S. 11/12). Nach der resultatlosen Auflösung der Wiener Ministerialkonferenzen hat sich Preußen dann nicht mehr um die sogenannten Zollvereinsbestrebungen der süddeutschen Staaten in aktiver Form gekümmert. Seine Gesandten hatten die Instruktion, lediglich die Verhandlungen zu beobachten, ohne in dieselben irgend wie eingreifen zu sollen. Es ist wahr, v. Otterstedt hatte schon immer seine Regierung zu beeinflussen gesucht, aus dieser passiven Haltung sich aufzurütteln und selbst den Anschluß an sein System bei den anderen Staaten zu betreiben, aber aus rein politischen Befürchtungen. „Da ich, so schreibt er einmal, das Treiben der genannten (süddeutschen) Regierungen und der liberalen Partei darin zu genau kenne, um mich irgend wodurch täuschen zu lassen, so bleibt meine seit Jahren so bestimmt ausgesprochene Meinung deshalb auch unerschütterlich fest, nämlich: keine finanziellen Opfer zu scheuen, um zu verhindern, daß nicht einmal zwei, desto weniger mehrere Regierungen in einen Verein ohne Preußen zusammentreten, weil ich überzeugt

zu sein glaube, daß sonst der versteckte Zweck eines jeden Vereines in Deutschland für das Allerhöchste Interesse Ew. Königlichen Majestät nicht anders als nur unvorteilhaft sein kann.“ Das war der v. Otterstedtsche Standpunkt, den er in allen seinen Berichten, wenn irgend möglich, immer wieder vertreten hat.

Am 8. Juni 1822 taucht dann, soweit ich wenigstens übersehen kann, zum erstenmal die Frage auf, was Preußen tun solle, wenn tatsächlich der Verein (in Darmstadt) zustande käme, was damals so geschienen habe. Die Antwort auf diese Frage deckt sich mit dem Inhalte einer Denkschrift aus dem Jahre 1824, auf die ich hernach kurz eingehen werde.

Zur Charakterisierung der Meinung des leitenden preußischen Staatsmannes bei Beginn der süddeutschen Zollvereinsbestrebungen, möchte ich hier noch eine Antwort Bernstorffs an v. Otterstedt nicht unerwähnt lassen, die derselbe am 22. September 1820 schrieb. Damals hatten die Darmstädter Verhandlungen gerade begonnen und v. Otterstedt scheint mit der Haltung seines Vorgesetzten dem Großherzog und den Herzögen von Sachsen gegenüber unzufrieden gewesen zu sein. Darauf schreibt ihm Bernstorff: Nur auf einem Irrtum kann es beruhen, wenn Ew. Hochwohlgeboren gesagt worden ist, daß ich den Großherzog und den Herzögen von Sachsen zum Beitritt zu der jetzt beabsichtigten Verbindung mit der Äußerung angeraten, daß Preußen keine Separatverträge in Zoll-Angelegenheiten abschließen, eher aber vielleicht mit diesem großen Vereine in Übereinkunft treten werde. Ich habe mich bei den Wiener Verhandlungen vielmehr stets im entgegengesetzten Sinne, nämlich dahin ausgesprochen, daß ich nur von Verträgen mit einzelnen und zunächst nur über einzelne Gegenstände des Verkehres eine wahre, dauerhafte und fortschreitende Verbesserung der Handelsverhältnisse im Innern Deutschlands erwarten zu dürfen glaubte.“ Ganz verschieden aber von diesen Separatverhandlungen sei der Versuch in Darmstadt, der Süddeutschland isolieren wolle.

v. Otterstedt hatte wohl ganz richtig erkannt, daß alle diese süddeutschen Bestrebungen zunächst gegen Preußen

gerichtet waren und er wollte die Folgen dieser Politik dadurch ausschalten, daß er Preußen ein Mitverhandeln bei den süddeutschen Projekten anriet. Ganz aus denselben Motiven heraus schrieb v. Otterstedt dann 1824 seinen großen Bericht an den König, der Gegenstand eifriger Untersuchungen in Berlin wurde, und auf welchen das Auswärtige Amt v. Otterstedt ein Jahr später definitiven Bescheid mit den notwendig gewordenen Instruktionen übersandte.

Die Kammern zu Darmstadt hatten ein neues Verbrauchssteuergesetz erlassen und da man damals, so schreibt v. Otterstedt unterm 3. März 1824 in seiner Eingabe, mehr als sonst in der Handelsfreiheit allein Hilfe und Rettung sah, so stellte es die hessische Regierung so dar, als ob sie zu ihrem Gesetz nur durch die Nachbarstaaten getrieben sei. Und diese gehässige Verbreitung wurde ihr gern geglaubt. Die gehässige Stimmung gegen Preußen werde sich wohl noch vergrößern, wenn erst das neue Zollsystem in Hessen in seiner Wirkung empfunden werde. Zwar sollte man glauben, daß das Mautsystem in Hessen auch die öffentliche Meinung gegen die übrigen Nachbarstaaten gereizt habe, allein das sei weit weniger oder gar nicht der Fall, „weil man hier allgemein der Meinung ist, daß die Identität der Verfassungen und andere Lieblingsideen, welche in Süddeutschland im Gange sind und auf eine politische Vereinigung dieser Staaten unter sich hindeuten, auch mehr zu der Hoffnung eines Handelsvereins o h n e Preußen berechtigten." Hessen werde sich also gern dem Verein anschließen. Was Preußen in finanzieller Hinsicht hierbei tun solle, will er nicht sagen; in politischer Hinsicht glaubt er sich aber durch lange 10jährige Geschäftstätigkeit in Süddeutschland befähigt, ein Urteil zu fällen: „Preußen kann sich nur durch die öffentliche Meinung in derjenigen Bedeutsamkeit unter den großen europäischen Staaten erhalten, in welcher es nach den Großtaten der Jahre 1813—15 stand. Damals war in ganz Deutschland nur eine Stimme für Preußen. Seit jener Zeit aber und besonders seit dem eingeführten Mautsystem im Jahre 1818 haben sich die Feinde Preußens bemüht, alles und besonders diese damit verbundenen Zolleinrichtungen in einem gehässigen Lichte

und überhaupt Preußen als das hemmende Prinzip für das Erreichen des Guten erscheinen zu lassen."[1]) Durch die beengten Handelsverhältnisse werde die Unzufriedenheit nur noch gesteigert und von den Ruhestörern benutzt, um den Haß gegen Preußen zu schüren. „Hierzu kommen die Trugbilder, deren sich die Liberalen bedienen, um, öfter im Einverständnisse mit den kleineren Regierungen, ganz gegen die vereinte Tendenz der Allerhöchsten Monarchen, das monarchische Prinzip aufrecht zu erhalten, im nachteiligsten Sinne zu handeln." Da Österreich ja weit entfernt sei, so sei die Stimmung eben zunächst allein gegen Preußen. „Wenn ich gleich meine unvorgreifliche Ansichten hier ehrfurchtsvoll vorzutragen keinen Anstand genommen habe", schließt v. Otterstedt, „so halte ich mich doch nicht für befugt, so wenig mich zu äußern, ob und welche Modifikationen dem preußischen Zollsysteme zu unterwerfen sein dürften. Ebensowenig erlaube ich mir eine Meinung, ob Preußen etwa ausschließlich für das Großherzogtum Niederrhein und das Herzogtum Westfalen mit den süddeutschen Regierungen gegen die Niederlande und Frankreich in eine Handelsverbindung treten, oder ob höherer politischer Rücksichten wegen, Preußen im engen Einverständnis mit Österreich (!) für ganz Deutschland dem 19. Artikel der Bundesakte Folge zu geben für angemessen findet[2]); nur erlaube ich mir hier ehrfurchtsvoll zu wiederholen, daß ich für das Allerhöchste Interesse in politischer Hinsicht angelegentlichst wünsche, daß der Zustand der Dinge, wie er dermalen in Süddeutschland ist, daß nämlich der Handelsverhältnisse wegen ein deutscher Bundesstaat gegen den anderen eine feindselige Stimmung behalte, wovon Preußen als Grundursache betrachtet wird, aufhören möge."[3])

1) Dieselben Worte will v. Otterstedt nach dem oben angezogenen, von Böhtlingk im Anhang s. Schrift veröffentlichten, Aktenstücke schon 1818 (18. Aug.) Fürsten v. Herdenberg gegenüber angewandt haben.

2) Diese v. Otterstedtschen Vorschläge sehen übrigens wenig einem großen Deutschen Zollverein unter Preußens alleiniger Führung ähnlich!

3) Böhtlingk (S. 29) gefällt sich übrigens in der Erzählung: Nebenius habe v. Otterstedt, seine weitausschauenden Ideen mitgeteilt und ihn so vollständig für dieselben gewonnen, daß er in seiner Eigenschaft als preußischer Gesandter in den peinlichsten Zwiespalt geraten sei" darunter

Otterstedt hatte auf diese Weise Preußen aus seiner vermeintlich fälschlich eingehaltenen Passivität zu treiben gesucht. Es ist klar, daß dem Könige eine derartige Darstellung eines seiner Gesandten nicht gleichgültig sein konnte. Friedrich Wilhelm hatte das v. Otterstedtsche Schreiben aufmerksam gelesen und die ihm wichtig scheinenden Stellen besonders angestrichen und das Staatsministerium beauftragt, ihm seine Ansicht über die in Frage stehende Angelegenheit mitzuteilen. Am 28. April 1824 schon lag das Votum des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten vor. Der damalige Legationsrat v. Bülow hatte dasselbe zuerst niedergeschrieben, v. Eichhorn hatte dasselbe dann stark umgeändert. In demselben wird nun untersucht: 1) „ob und in welchem Maße die unvorteilhafte Wirkung des diesseitigen Zollsystems in den Rheinprovinzen auf die Stimmung in Süddeutschland als Tatsache gegründet sei und 2) je nachdem diese Wirkung vorhanden ist, ob und welche Maßregeln zur Abwendung eines solchen politisch nachteiligen Einflusses anzuwenden seien." Zunächst betrachtet das Ministerium die v. Otterstedtsche Behauptung, die gehässige Stimmung in Hessen richte sich allein gegen Preußen, als eine unbewiesene, da auch ein Abgeordneter der Hessischen Kammer geraten habe, einmal statt im Süden, im Norden das Heil zu suchen. So wenig wie diese Äußerung sprächen auch noch andere dafür, daß Preußen besonders in Süddeutschland gehaßt werde. Und wenn man in Süddeutschland annähme, durch Preußen seien die Darmstädter Verhandlungen mißlungen, so müsse das Ministerium hervorheben, daß von Otterstedt die Weisung erhalten habe, ruhig den Gang der Verhältnisse zu beobachten; aber hier scheine v. Otterstedt entschieden seine Instruktionen übertreten zu haben. Die Retorsion sei zwar die

habe dann v. Otterstedt „dermaßen gelitten", daß er sich unterm 5. März 1824 direkt an S. Maj. den König gewandt habe! Erstens möchte ich feststellen, daß v. Otterstedt meist sich an S. Maj. den König wandte. Ferner bedurfte es wahrhaftig des Darmstädter Begegnens mit Nebenius nicht, damit v. Otterstedt im oben skizzierten Sinne handelte. Böhtlingk weiß übrigens selbst (S. 26), daß Otterstedt schon lange vor seinem Zusammentreffen mit Nebenius dieselben Ansichten vertreten und Bernstorff gegenüber geäußert hatte!!

Hauptsache bei den süddeutschen Zollmaßregeln, sei aber doch selbstverständlich nur auf die betr. Nachbarstaaten gemünzt. Die neuen Zolllinien würden ja übrigens als Mittel zur Vereinbarung angesehen, „das preußische Zoll- und Verbrauchsgesetz vom 26. Mai 1818 ist zwar nicht in der Absicht oder Hoffnung gegeben und zur Ausführung gebracht worden, Preußen dadurch die besondere Zuneigung seiner süddeutschen Nachbarn zu erwerben; man kann jedoch mit Recht behaupten, daß jenes Gesetz ganz dazu geeignet ist, den deutschen Kunstfleiß im allgemeinen zu schützen und zu fördern und insofern Preußen den Dank seiner deutschen Nachbarn zu verdienen. . . . Und um fremden Nachbarn rücksichtsvolle Milde zu zeigen, erkläre das Gesetz, daß Erleichterungen, welche die königlichen Untertanen in anderen Ländern bei ihrem Verkehre genössen, erwidert und zur Beförderung des wechselseitigen Verkehrs besondere Handelsverträge abgeschlossen werden sollten. Es war also Sache der deutschen Nachbarstaaten dieserhalb mit Preußen in Beratung zu treten. Wenn sie dies aber nicht getan und es vorgezogen, unter sich einen Verein zustande zu bringen, dessen Mißlingen zum Teil voraus zu sehen war, so trifft sie, nicht Preußen der Vorwurf, den Verkehr gehemmt zu haben.“ Gewiß sei auch ihm volle Verkehrsfreiheit das Liebste.

Und nun kommt das Ministerium auf Punkt 2 zu sprechen. Hier geht man von dem Gesichtspunkte aus, die indirekten Abgaben seien bei dem Stand der momentanen Verschuldungen der einzelnen Staaten notwendig und die Erhebung dieser Abgaben machten Zolllinien notwendig. Der Hauptgrund des Übels liege also in der politischen Zerstückelung, „welches eben in dem Maße als die Unabhängigkeit der deutschen Bundesstaaten als eine Wohltat erkannt werde, getragen und durch dieselbe aufgewogen werden müsse.“ Um dieser Zerstückelung abzuhelfen, könne Preußen aber nicht etwa sein bestehendes System für die westlichen Provinzen, wie von Otterstedt vorgeschlagen hatte, aufgeben, sondern es seien nur besondere

Verträge zu schließen, die die gegenseitigen Interessen zu wahren vermöchten. v. Otterstedt habe noch den Art. 19 zur gemeinsamen Erledigung mit Österreich vorgeschlagen. Dieser Weg sei ohne alle Schuld Preußens unbetreten geblieben. Schon die Verhandlungen wegen Freiheit des Verkehrs der notwendigen Lebensmittel und über die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck seien ohne Erfolg geblieben, wie viel weniger würden demnach Verhandlungen über gemeinsame Steuereinrichtungen usw. von Erfolg begleitet seien! „Gerade in der Eifersucht, mit welcher die einzelnen Staaten ihre Unabhängigkeit bewahren, liegt ein großes Hindernis zu gemeinsamem Vorgehen und aus dieser Tatsache resultiert auch das lediglich passive Verhalten des Ministeriums."

Nach diesen Auseinandersetzungen kommt man zum Schlusse: v. Otterstedt habe vergessen, Preußens Geneigtheit, besondere Handelsverträge abzuschließen, besonders zu betonen und ins rechte Licht zu setzen. Ferner sei v. Otterstedt darauf aufmerksam zu machen, daß man dem Steuersystem weder im ganzen noch für die drei westlichen Provinzen entsagen könne, und es seiner Sorge überlassen bleibe, den süddeutschen Regierungen, namentlich aber der großherzoglich hessischen, auf eine geeignete Weise in Erinnerung zu bringen, daß etwaige Anträge auf Begünstigungen des gegenseitigen Verkehres mittels gänzlicher oder teilweiser Anschließung(!) an das preußische indirekte Abgabensystem hier möglichste Berücksichtigung finden werde."

Die Antwort des Finanzministeriums vom 15. Juni 1824 schließt sich im großen und ganzen der des Auswärtigen Amtes an. Bemerkenswert für uns ist aus derselben folgender Passus: „Die Ansprüche und Forderungen der westlichen Provinzen auf Gleichstellung mit den übrigen hinsichtlich des in- und ausländischen Verkehres waren schon wegen ihres veränderten Verhältnisses zu Frankreich und den Niederlanden so gebieterisch, daß man nicht länger als bis 1818 mit der neuen

Zolleinrichtung zögern, noch weniger sie bis zu einer weitaussehenden, praktisch fast für unausführbar zu haltenden Vereinigung unter den deutschen Bundesstaaten in bezug auf Handel und auswärtigen Verkehr vertagen konnte, zumal da sich die Idee einer solchen Vereinigung damals noch gar nicht entwickelt hatte." Und dann heißt es weiter: „Das Projekt eines süddeutschen Handelsvereins hat bei mir sowenig als dem Herrn Minister Grafen von Bernstorff Besorgnisse erregt, die mich auch nur zu dem Wunsche hätten veranlassen können, daß solches mißlingen möge. Ich habe vielmehr gleichfalls immer die Überzeugung ausgesprochen, daß man ruhig die Resultate der Unterhandlungen darüber abwarten und den etwaigen diesseitigen Anteil daran einer reiferen Ausbildung des Projektes und den Anträgen der Staaten, welche ein größeres Interesse an der Sache haben, abhängig machen könne, ohne solcher im geringsten entgegen zu sein." Auch das Finanzministerium hält von Otterstedt für schuldig, seine Instruktionen übertreten und dadurch einigen Grund zu der Meinung gegeben zu haben, der Darmstädter Kongreß sei durch fremde, namentlich Preußens, Machinationen vereitelt worden. „Preußen hat am wenigsten dringende Veranlassung," schließt dann dieses Gutachten, „die Verwirklichung einer solchen (Vereins-)Idee selbständig zu betreiben, denn es bedarf ihrer nicht zu seinem eigenen Wohl, und selbst das reinste Bestreben für das Gesamtwohl der für den Verein zu gewinnenden Staaten würde, die Wahrscheinlichkeit des Mißlingens abgerechnet, weit größeren Mißdeutungen unterliegen als ein passives Verhältnis bei der Sache. Um einer soweit aussehenden, in ihrem Erfolg so problematischen Idee willen aber das dermalige Steuersystem in den westlichen Provinzen aufgeben zu wollen, würde ziemlich eben so gut sein, als die Taube in der Hand über den Sperling auf dem Dache fahren zu lassen."

von Otterstedt erhielt dann, wie schon gesagt, im Sinne dieser beiden Voten Antwort unterm 3. März 1825. Ebenfalls wurde von Küster in München von der Benachrichtigung an

von Otterstedt in Kenntnis gesetzt und beiden noch einmal Preußens eventuelle Geneigtheit, besondere Verträge zu schließen, zu betonen eingeschärft.

Vorher aber, schon am 28. Dezember 1824, war eine große Denkschrift über die Frage „Wie sich Preußen bei den Bemühungen mehrerer süddeutschen Staaten, sich zu einem gemeinschaftlichen Zoll- und Handelssystem zu vereinigen, gegen seine deutschen Nachbarstaaten zu verhalten hat" ausgearbeitet worden. Hier wird die Frage nicht vom politischen, sondern vom staatswirtschaftlich-finanziellen Gesichtspunkte aus näher untersucht. Es wird zunächst festgestellt, daß die Idee eines Staatenvereins zu einem gemeinschaftlichen Zoll- und Handelssystem in Süddeutschland entstanden sei, nnd dort auch dieselbe am ehesten eine Verwirklichung erwarten lasse. Ferner erkennt die Denkschrift an, „daß 1819 in Frankfurt und Nürnberg der deutsche Handels- und Gewerbsverein entstand, und Veranlassung zu dem Darmstädter Handels-Kongreß gab." Sie handelt dann von den Schwierigkeiten in Darmstadt und von den Staaten, welche kein Interesse hatten, diesem Kongreß beizutreten usw., von dem schlimmen Zustande nach dem Kongresse und von den neuesten Bestrebungen, hier abzuhelfen. Auch sie empfiehlt eher die Begünstigung des Zustandekommens einer süddeutschen Einigung als eine Hintertreibung dieser Bestrebungen von Seiten Preußens. Preußen habe absolut keinen Grund, sein Isolierungssystem aufzugeben oder anderen Staaten Vereinigungsprojekte zu machen. „Um daher ein Nachbarland in den freien Verkehr mit der preußischen Monarchie aufzunehmen, ist die Annahme des preußischen Zollsysteme die erste Bedingung. Es muß in derselben Art und durch dieselben Behörden wie bei uns verwaltet, diese müssen mit den preußischen Zollbehörden in gehörige Verbindung gesetzt und eine Garantie dafür gegeben werden, daß die Verwaltung gleichmäßig geschieht, da dieses sonst gegen jenes nicht ohne die größte Gefahr geöffnet werden kann. . . . Gegen Zahlung des verhältnismäßigen Revenuenanteiles kann Preußen auch nur die Verwaltung allein in Händen haben und nur darin eine befriedigende Garantie

finden.“ Sonst steht die Denkschrift auf rein finanziellem Boden. Wo man nicht gewinnen könne, solle man nicht opfern. Sie will ferner untersuchen, mit welchen deutschen Staaten Preußen ohne seinem Finanzsystem und den Einnahmen zu schaden, in Handelsverbindungen treten könne. Der Beitritt wird dabei gewünscht für die oldenburgischen, koburgischen und homburgischen Herrschaften, der fürstlich Lippeschen Länder und besonders für Kurhessen, da dieses letztere mitten zwischen den westlichen und östlichen Provinzen läge; hier müßte und könnte man auch gewisse Zugeständnisse bezüglich des Verteilungsmaßstabes und der gemeinsamen Verwaltung machen.

Die geschichtliche Entwickelung brachte allerdings diese hier in der Denkschrift erlaubten Zugeständnisse nicht zuerst gegen Kurhessen, sondern gegen Hessen-Darmstadt[1]) in Anwendung! Schon am 25. Juni 1825 berichtete Maltzan aus Darmstadt, Hoffmann[2]) habe ihn gesprochen, bezüglich eines Anschlusses Hessens an Preußen, da die Stuttgarter Konferenz doch an der Weigerung Badens scheitern würde, andere als niedere Zölle anzunehmen, Hessen könne aber seinerseits ohne Baden nie einem süddeutschen Vereine beitreten. Am 20. Juli betont dann Maltzan bereits die politischen Vorteile einer eventuellen kommerziellen Verbindung mit Hessen, das auf jeden Fall bereit sei, entgegen zu kommen, wenn seine Souveranitätsrechte gewahrt würden. Aus den in der Denkschrift entwickelten Gründen wollte Preußen aber damals nur noch mit Hessen und Kurhessen unterhandeln und dann einen Verein auf der Basis eines gemeinschaftlichen, völlig gleichen, indirekten Steuersystemes schließen — keinen Handelsvertrag: „Daß eine solche Gleichstellung mit großen Schwierigkeiten

1) cf. auch Oncken, W., Allgemeine Geschichte IV, Zeitalter Kaiser Wilhelm I, I. Bd.

2) v. Hoffmann, Darmstädtischer Geh. Staatsrat, der dann als Kommissar in Berlin wegen des Anschlusses Hessens an Preußen die Unterhandlungen führte.

3) Antwort des Ministeriums der Ausw. Angelegenheiten an Maltzan vom 6. Aug. 1825.

verbunden ist, ist dann unserem Ministerium durch mannigfaltige desfallsige Verhandlungen einleuchtend geworden, wie es sich auch nicht hat verbergen können, daß die allergrößte Bereitwilligkeit zur formellen und materiellen Sicherung der Hoheitsrechte desjenigen Staates, welcher dem diesseitigen Steuersysteme beizutreten geneigt war, nicht immer die gehoffte Aufnahme und Anerkennung gefunden hat."

Wie dann aber durch die Dazwischenkunft des Ministers von Motz und die politische Konstellation doch der Vertrag Hessen-Preußen zustandegekommen ist, ist bekannt und oben schon erwähnt. Preußen hatte seine Mission erkannt. Der in Opposition gegen Preußens Politik entstandene „mitteldeutsche Zollverein" unter Sachsens und Hannovers Führung wurde durch Motz' Bemühungen gesprengt und die Verständigung Preußens mit Württemberg-Bayern konnte nicht fehlen. Die Präliminarverträge mit den beiden süddeutschen Königreichen zwecks Zollanschlusses an den Preußisch-Hessischen Verein wurden bekanntlich unter Vermittelung des Buchhändlers Cotta[1]) am 27. Mai 1829 in Berlin ausgefertigt. Damit war in Süddeutschland Baden vollkommen isoliert. So blieb auch ihm wohl oder übel nichts weiter übrig, als den Anschluß an den großen Verein zu bewerkstelligen. Im Mai 1835 waren dann endlich die diesbezüglichen Verhandlungen abgeschlossen.

Im Juni 1829 hatte der geniale Motz seinem Könige sein „Memoria über die Wichtigkeit der von Preußen mit den süddeutschen Staaten geschlossenen Zoll- und Handelsverträge" übergeben, in dem er 4 wichtige Vorteile aufzählte. Das neue große Handels-System, sagt hier v. Motz[2]), bringt Preußen kommerziellen, finanziellen, politischen und endlich militärischen Gewinn. „Wenn es staatswissenschaftliche Wahrheit ist", heißt es, „daß Zölle nur die Folge politischer Trennung verschiedener Staaten sind, so muß es auch Wahrheit sein, daß Einigung dieser Staaten zu einem Zoll- und Handelsverbande zugleich

1) Böhtlingk läßt natürlich auch Cotta von Nebenius beraten sein (S. 33)!

2) v. Treitschke, historische und politische Aufsätze IV, S. 353 (aus den Papieren des Staatsministers von Motz).

auch Einigung dieser Staaten zu einem und demselben politischen Systeme mit sich führt." Und diese hochwichtige, für Motz weitausschauenden, staatsmännischen Geist zeugende Denkschrift schließt mit den prophetischen Worten: „In dieser auf gleichem Interesse und natürlicher Grundlage ruhenden und sich notwendig in der Mitte von Deutschland erweiternden Verbindung wird erst wieder ein in Wahrheit verbündetes, von innen und von außen festes und freies Deutschland unter dem Schutze und Schirm von Preußen bestehen. Möge nur das noch Fehlende weiter ergänzt und das schon Erworbene mit umsichtiger Sorgfalt noch weiter ausgebildet und festgehalten werden."

Damit war die Parole ausgegeben: unter Preußens Führung ein einheitliches Deutschland! Von nun an arbeitete die preußische Bureaukratie mit gewohnter Ausdauer, Mut und Geschicklichkeit an diesem großen Ziele — aber auch erst von diesem Momente ab und nicht schon früher! Bisher hatte Preußen an keinen großen Zollverein unter seiner Leitung ernstlich gedacht, sondern wenn die preußischen Beamten an eine Vereinigung bisher gedacht hatten, so erschien ihnen dieselbe im Gewande einer großen preußischen Zolladministration, in welcher Preußen die alleinige unbeschränkte Direktion zustände. [1])

Die weitere historische Entwickelung des Zollvereines kann uns hier nicht mehr interessieren, wollten wir doch den Streit zu schlichten versuchen, der dadurch entstanden, daß man Preußen, Nebenius oder List das größte Verdienst um das Zustandekommen des Zollvereines zuschreiben wollte. [2]) Nach dem Vorangegangenen dürfte wohl unser Urteil nicht mehr schwankend sein.

---

1) cf. Weber S. 61.

2) Neben diesen Namen sind wohl auch noch als für die Urheberschaft in Betracht kommend König Ludwig I von Bayern, und der Kaufmann Elch sogar (cf. Konversationslexikon) genannt worden. Daß der Anspruch dieser Beiden ernstlich nicht in Frage steht, darüber sind sich alle die einig, die über die Frage geschrieben haben.

Derselbe Treitschke, der Preußen und seinen Staatsmännern, wie wir gesehen haben und beweisen konnten mit vollkommenem Unrechte, die Urheberschaft des Zollvereinsgedanken und das größte Verdienst um dessen Realisierung zusprechen wollte, hat gegen den „Nebeniusmythus", wie Treitschke sagt, entschieden gekämpft. Er sieht nun einmal alles Verdienst bei Preußen — es war dies ein Irrtum, der entscheidend festgestellt worden ist. Gegen Heinrich v. Treitschke, den „sächsischen Renegaten mit seinem fanatischen Preußentum", wie ihn Artur Böthlingk bezeichnen zu müssen glaubt, nimmt derselbe Böthlingk den Badenser Nebenius mit parteilicher Leidenschaft in Schutz. Er seinerseits kommt zu dem Schlusse: „War er (Nebenius") auch nicht, wie Roscher mit wenig glücklicher Wendung sagt, der Erfinder des preußisch-deutschen Zollvereines, so war er doch dessen Erdenker und obendrein einer der wirksamsten Förderer seiner Entstehung, der intellektuelle Urheber desselben!". (S. 65) Danach hätte also Nebenius den großen deutschen Zollverein — zwar nicht erfunden, nein — sondern bloß „erdacht!" Daß ich dem Böhtlingkschen Urteil nicht beizustimmen vermag, geht aus dem Obigen wohl deutlich genug hervor. Aber ich bin auch weit davon entfernt, einem anderen Manne, etwa Friedrich List, die Urheberschaft des preußisch-deutschen Zollvereines zuschreiben zu wollen. Auch List wollte etwa 1818 lediglich der deutschen Industrie helfen, genau wie Nebenius. Dies Bestreben haben sie beide mit den Besten ihrer Zeit zu teilen. Deswegen schlugen beide auch ein Bundeszollsystem vor. List blieb bei diesem Vorschlag, weil er genau wußte, und er selbst hat es ausgesprochen, daß die einzelnen Regierungen selbst am besten die einzelnen umstrittenen Maßregeln zur Erreichung des gewünschten Zollsystems festsetzen könnten. List glaubte, daß, wenn nur erst der Wille zu einem gemeinsamen „Retorsionssystem" bei den maßgebenden Kreisen vorhanden sei „auch der Weg zur Ausführung desselben gefunden werden würde." In diesem Sinne half er den Handels-Gewerbeverein gründen, in diesem Sinne wurden die einzelnen Höfe bereist, in diesem Sinne schrieb List seine Denkschriften, gründete und leitete das

„Organ“ und verfaßte Artikel für dasselbe. In demselben Sinne aber hatte auch Nebenius seine Schilderung des Elendes und der Notlage des deutschen Gewerbsstandes in seinen „Bemerkungen über den Zustand Großbritanniens“ etc. geschrieben. Den vereinten ernsten Bestrebungen von Regierung und Volk würde es auch gelingen, den niedergetretenen Wohlstand unseres Vaterlandes wieder aufzurichten und wenigstens die wichtigsten Hindernisse hinwegzuräumen, die dem Aufblühen des deutschen Gewerbefleißes und der Entwickelung unserer Kräfte hinderlich sind (S. 157/8) und ferner: „vielleicht darf man sich noch der Hoffnung hingehen, daß nach und nach zu bewirken möglich sei, was nach aller Wahrscheinlichkeit mit einem Schlage nicht geschehen kann und nicht geschehen wird.“ Dann schreibt Nebenius seine oft umstrittene Denkschrift und überreicht sie seinem Vorgesetzten v. Berstedt, eine Arbeit, die von dem praktischen Sinne des Verwaltungsbeamten das beste Zeugnis ablegt und zeigt, daß Nebenius nicht umsonst in Frankreich [1]) gelernt hatte. Aber sollte diese Denkschrift, die keinem größeren Publikum bekannt wurde, die Grundlage zum großen Zollverein abgeben? Nein! Nebenius veröffentlichte dieselbe bekanntlich als Anhang zu seiner Schrift: „Denkschrift für den Beitritt Badens —“ 1833 und wollte sich, wie er selbst einmal schreibt, dadurch die „Autorschaft der Idee der Zollvereine vindizieren.“ Daß „diese Idee der Zollvereine“ aber eine viel ältere und damals oft erörterte gewesen ist, hat Nebenius selbst gewußt! [2]) In Wien aber hatte die Nebeniussche Arbeit keinen Einfluß, da eben der Gedanke des Zollvereines im Sinne des späteren preußisch-deutschen Ver-

1) cf. Beck; Nebenius hatte sich 2 Jahre in Besançon und Paris aufgehalten und dort das französische Finanz- und Zollsystem genau studiert.

2) Schon während des Feldzuges in Frankreich hatte übrigens der Frh. v. Stein zu Cheaumont in einer Denkschrift die Grundzüge einer Staatsverfassung für Deutschland niedergeschrieben, worin auch die Bestimmung sich fand: les douanes intérieures, les prohibitions de marchandises entre les différents États de la Fédération seront abolies.“

eines noch gar nicht geworden war, wie übrigens die preußische, oben besprochene Denkschrift ebensogut bestätigt wie Äußerungen des Nebenius selbst, und als die Denkschrift dann 1835 im Druck erschien und allgemeiner bekannt wurde, da war sie veraltet insofern, als sie ein Bundesdouanensystem vorschlug, damals aber Preußen schon seine große Mission erkannt hatte. Das aber ist entschieden mit Treitschke festzuhalten, daß die Grundlage zum Zollverein der preußische Tarif gebildet hat und nicht etwa die Denkschrift des Nebenius! Somit hat auch die Nebeniussche Arbeit mittelbar keinen Einfluß auf die Gründung des Zollvereines ausgeübt.

Es kann sich demnach also für uns garnicht darum handeln, die unglücklich gestellte Frage zu beantworten: „wer ist als der geistige Vater, Urheber etc. des Zollvereines anzusprechen", sondern die, wessen praktische Tätigkeit einen größeren Einfluß hatte auf die Gestaltung des Zollvereines sowohl als auf die Klärung und Verbreitung der „Idee der Zollvereine" insbesondere. Noch einmal, für die Vaterschaft, Urheberschaft etc. des Zollvereines könnte nur Preußen in Betracht kommen, wenn es wahr wäre, was Aegidi und Treitschke behaupten, daß der Zollverein der ureigenste Gedanke Friedrich Wilhelm III und seiner Berater gewesen wäre, wenn es wahr wäre, daß das Gesetz von 1818, indem es auf Verträge von Staat zu Staat, von Grenze zu Grenze, von Land zu Land hinwies, die bewußte und bestimmte Grundlage des Deutschen Zollvereines unter Preußens Führung und Leitung hätte sein sollen. Diese „Treitschkiade" aber, wie Böhtlingk sich auszudrücken beliebt, ist zum mindesten eine Selbsttäuschung des großen Treitschke gewesen — und somit kann auch kein Anderer als der intellektuelle Urheber etc. des Zollvereines angesprochen werden. Wenn mir nun aber die Vertreter des badischen Staatsrates Nebenius entgegenhalten möchten, es wäre doch seltsam, daß Nebenius selbst auf diese intellektuelle Urheberschaft Anspruch gemacht habe, so möchte ich erwidern: Dieser Anspruch so formuliert, ist allerdings von Nebenius am Ausgang seines Lebens gemacht worden, und es ist ein Dualismus in der Anschauung des Nebenius selbst, über welchen er

nie hinausgekommen ist. Denn fühlt sich auf der einen Seite Nebenius selbst beleidigt, einem einzelnen Manne das Verdienst um diese große nationale Angelegenheit zusprechen zu wollen und plädiert er selbst des öfteren für das Verdienst der Regierungen, so macht er andrerseits doch wieder für sich dieses Verdienst auf Grund eines 1819 verfaßten Entwurfes geltend. Ich möchte behaupten, dieser Gedanke, er, Nebenius, sei durch seine Denkschrift der „Urheber" des Zollvereines geworden, ist Nebenius erst a posteriori geworden, erst dann, als man nach dem tragischen Tode F. Lists für diesen die „Vaterschaft" des Zollvereines in Anspruch nahm und öffentlich vertrat. Das aber konnte der ehrgeizige Mann nicht dulden. Nur so sind die verschiedenen Aussprüche des um sein Heimatland sicher hochverdienten Nebenius psychologisch einigermaßen zu erklären.

Und wenn Nebenius immer und immer wieder gegen die Ansprüche F. Lists protestierte, so ist das mir ein weiteres Zeugnis, daß er selbst Lists Verdienst um den Zollverein nicht leugnen konnte. Weil schon Aristoteles dereinst immer gegen die Ideenlehre Platos kämpfte und sich von ihr unbeeinflußt erklärte, ist Gomperz[1]) dies nur ein Beweise, daß er sich nicht frei von ihr fühlte!

Hätte man Friedrich Lists Verdienst für den Zollverein, für den er, wie Eheberg[2]) mit Recht betont, gleich am Anfang der Entwickelung mehr geleistet als irgend ein anderer, herabsetzen wollen, so wäre Nebenius und seine Denkschrift wahrscheinlich schon längst vergessen, zum mindesten hätte man nie einen so heftigen und einen — teilweise — so unnützen Streit um die intellektuelle „Urheberschaft" des Zollvereinsgedankens inauguriert. Denn darin sind sich auch alle Gegner Lists vollkommen einig, daß Friedrich List es gewesen ist, der durch seine Beredsamkeit und unermüdliche Agitation am meisten dazu beigetragen hat, den Gedanken in weiten Kreisen

1) Theodor Gomperz, Griechische Denker a. a. O.

2) Eheberg, Kritisch-historische Einleitung zur 7. Auflage des nationalen Systemes F. Lists etc.

zu verbreiten.[1]) Und wenn Treitschke[2]) einmal sagt: „Es ist der Ruhm des großen politischen Denkers die Zeichen der Zeit als ein Seher zu deuten, die Geister vorzubereiten für die Erkenntnis des Notwendigen", so paßt dies auf niemand besser als auf den großen Patrioten Friedrich List. Als der Schöpfer des Zollvereines, wie er sich selbst wohl einmal nannte, oder wie ihn Richelot den Franzosen vorstellte, kann natürlich auch er nicht gelten. Was er tat, war vielleicht nicht minder groß und verdienstvoll. Das Volk mußte dem Zollvereinsgedanken erst gewonnen werden, das deutsche Volk mußte einsehen lernen, daß es sich hier um das Sein oder Nichtsein seiner materiellen Existenz und Prosperität handelte, daß die heiße, brennende Sehnsucht nach nationaler Einheit, daß der verlockende Traum eines machtvollen glänzenden Kaisertumes nur auf dem Wege und durch die Verwirklichung einer Handelsvereinigung der deutschen Bundesstaaten sicher erreicht werden konnte. Und dieses Bewußtsein in die breite Masse getragen zu haben, mit flammenden, von heißer und wahrer Liebe für ein einheitliches, großes, freies deutsches Vaterland durchbebten Worten die Zeitgenossen, vor allen die Süddeutschen, bei denen die Entscheidung lag, dem großen Gedanken zugänglich gemacht zu haben, ist Friedrich Lists nicht hoch genug zu schätzendes Verdienst. „List s'est approprié l'idée du Zollverein, en s'y dévouant tout entier."[3]) Denn allein derjenige macht sich unsterblich um eine große nationale Bewegung, welcher das Volk gewinnt, welcher die schon längst heißgesuchten Stichwörter in die Masse wirft; der, welcher dem Volke die Zunge löst, selbst für seine Angelegenheiten einzutreten. Und der Mann, welcher die Deutschen lehrte, für sich selbst zu sprechen, ihre eigene Sache auch zu vertreten, war Friedrich List. Das wußte auch sein Antipode Nebenius. 1847, also nach dem Selbstmorde Lists, schreibt er einmal: „Die allgemeine Zeitung vom 5. Januar 1847 hat ganz recht, wie sie sagt: Daß List der Agitator des Zollvereines

1) cf. Böhtlingk, S. 53.
2) v. Treitschke, Deutsche Geschichte Bd. III, S. 774.
3) Richelot II ed. S. 30.

war, ein O'Connel der deutschen Industrie . . . Eine solche tief eingreifende Maßregel (Handelseinheit) mußte aber, auch wenn an ihrer Ausführbarkeit nicht mehr zu zweifeln war, durch den unberechenbaren Einfluß, den sie auf bestehende Zustände ausübte, sowohl im Publikum als in der Mitte der Regierungsbeamten auf mannigfaltige Zweifel und Widersprüche stoßen. Nur die entscheidende Stimmung des Publikums, nur die Überzeugung der Regierungen, daß sie durch eine solche Maßregel einen allgemein gefühlten, einen heißen Wunsch der deutschen Bevölkerung befriedige, konnten aber zur Ausführung drängen. Auf die öffentliche Meinung wohltätig gewirkt, die denkende, wie die nachbetende Masse der Bevölkerung in den meisten deutschen Ländern für eine Zollvereinigung gewonnen, sie für dieselbe begeistert zu haben, war das unbestreitbare Verdienst des Handelsvereines und seines eifrigsten rührigsten, talentvollsten Führers, des verewigten List." —

Dies Urteil darf und wird, und ich kann wohl jetzt hinzufügen, hat die Geschichte unterschrieben. Die Frage nach der intellektuellen Urheberschaft etc. des Zollvereines ist eine müßige. Friedrich List wird aber der Agitator des Zollvereines sein und bleiben. Die Geschichte aber ist noch weiter gegangen und hat Friedrich List auch als den Theoretiker des Zollvereines verewigt. Als den Theoretiker des Zollvereines deswegen, weil er 1841 sein „nationales System der politischen Ökonomie" herausgab. Auch Karl Friedrich Nebenius hat 1855 ein Buch geschrieben: „Der deutsche Zollverein, sein System und seine Zukunft."[1]) Aber zeigte sich vorher List als der weitaus größere Agitator, so hat sich auch List als der größere Theoretiker offenbart. Es zeigt sich, daß alle die geistreichen Äußerungen und Beobachtungen des tüchtigen Nebenius, so treffend und wertvoll sie im einzelnen auch sein mögen — doch Aperçüs geblieben sind, vermischt und verborgen in allgemeinen Beobachtungen über diese oder jene die Zeit gerade

1) Nebenius, Der deutsche Zollverein, sein System und seine Zukunft Carlsruhe 1855, Müllersche Hofbuchhandlung.

berührende praktische Frage. List aber formte aus diesen Gedankenblitzen, die er mit anderen offenen Geistern seiner gährenden, nach Erfüllung ringenden Epoche gemeinsam hatte, ein ganzes, großes System. Und das ist neben seinen agitatorisch hervorragenden Leistungen sein zweites unsterbliches Verdienst, das ihm bestimmt kein Nebenius, kein Motz, kein Friedrich Wilhelm oder sonstwer je streitig gemacht hat und je wird streitig machen können. Ausgehend von dem Fichteschen Gedanken der Erziehung des Volkes baute List, seine Theorie auf, die auch dann die des Zollvereines war und sein mußte, sollte und wollte der Zollverein überhaupt die Zwecke erfüllen, zu deren Realisierung er geschaffen war. Daß List vielleicht auch bei der Aufstellung dieses Systemes seine Vorgänger hatte, wer wollte dies ernstlich leugnen? Und welcher Gedanke wäre wohl nicht schon einmal gedacht worden? Alles was wir Menschen Neues schaffen können, ruht auf den Schultern und auf der Arbeit derjenigen, die vor uns lebten und vor uns dachten; deswegen aber haben sie nicht auch für uns gedacht. Die Tat des großen Mannes ist und bleibt wohl immer — nicht mit anderen ähnliche Gedanken zu teilen — sondern diese Gedanken zu einem großen Ganzen zusammen zuschweißen, zu einem monumentalen Geistesbau zusammenzufügen, aus dem auch nicht ein Stein zum Schaden des Ganzen genommen werden kann. Friedrich List aber hat uns so ein großes Ganzes hinterlassen. Mit seinem „nationalen Systeme der politischen Ökonomie“ gab List die Theorie des Zollvereines und begründete in unausgesetzter literarischer und agitatorischer Verbreitung dieser seiner Gedanken den deutschen Zollverein, wenn ich so sagen darf, zum zweitenmal!

Kapitel II.

F. Lists „Briefe" aus Amerika in ihrer Bedeutung für das Werden seiner nationalökonomischen Theorien.

Die umstrittene Stellung Lists zur Entstehungsgeschichte des Zollvereins hatte ich im ersten Kapitel festzulegen versucht. Jetzt harrt meiner eine entschieden schwierigere Aufgabe, soll es sich jetzt doch darum handeln, den wissenschaftlichen Streit um die Originalität der Listschen nationalökonomischen Theorien und Lehren zu schlichten und zu entscheiden.

Schon zu seinen Lebzeiten ist bekanntlich List von seinen Gegnern des öfteren ein Plagiator genannt worden. Bald sollte er sein „Nationales System der politischen Ökonomie" einem Paragraphen eines Werkes eines Gießener Staatsrechtslehrers [1]) entnommen haben, bald sollte Adam Müller Lists Fundgrube gewesen sein. List selbst hat sich selbstverständlich gegen diese harten Vorwürfe einer jetzt längst vergessenen Clique zu verteidigen gesucht. In seinem Zollvereinsblatt suchte er die Behauptungen seiner literarischen Gegner, die leider allzu oft auch persönliche waren, zu entkräften. List hat in diesen Kämpfen nie eine Quelle seiner wissenschaftlichen Überzeugungen genannt. Es mag sein, daß er tatsächlich auch keine anzugeben vermochte. In der Vorrede zu seinem Hauptwerke gesteht er uns, Schicksal und Beruf hätten ihm letzten Endes seine Anschauungen geboren. Seit 1818 habe er begonnen, an seinen 1841 veröffentlichten Ideen geistig zu arbeiten. So sei er dann allmählich geleitet durch die Ereignisse seiner Zeit und die Erfahrungen, die er besonders in Amerika habe machen müssen, zu seinem System gekommen. Diese Entstehungsgeschichte seines nationalökonomischen Credo scheint auf den ersten Blick einleuchtend. Und doch, studiert man Lists Arbeiten nacheinander,

1) Schmitthenner: 12 Bücher vom Staate. 1839 V. p. 483.

wie sie geschrieben sind, so wird man sich nicht verhehlen, daß zwischen den Aufsätzen und Abhandlungen, die List in Deutschland und dann in Amerika veröffentlichte, ein großer, unüberbrückbarer Gegensatz besteht. List selbst redet nie von demselben; ob derselbe ihm nicht zum Bewußtsein gekommen ist, vermag ich nicht zu entscheiden; will es List aber gern glauben; schon aus rein psychologischen Motiven. Das darf und soll mich aber nicht hindern, zu versuchen, diesen Gegensatz einmal darzulegen. Es wird dies am besten dadurch geschehen können, daß ich im Folgenden Lists volkswirtschaftliche Anschauungen aus seinen Veröffentlichungen in Deutschland und dann in Amerika herauskristallisiere. Es ist das ein Versuch, der hie und da schon gemacht worden ist. Ich brauche bloß an Lesers kurze Darstellung in der allgemeinen deutschen Biographie zu erinnern oder etwa an die diesbezüglichen Äußerungen Ehebergs in seiner historisch kritischen Einleitung zur 7. Auflage des „nationalen Systems". Bisher fehlt aber eine zusammenhängende, wenn auch kurze Darstellung der Listschen Ideen vor Amerika. Diese Arbeit soll die bestehende Lücke ausfüllen. Ferner fehlt die genaue Kenntnis der amerikanischen Listschen Broschüren. Erst bei gemeinsamer Darstellung des wesentlichen Inhaltes der Listschen Arbeiten aus den genannten Perioden, wird es möglich sein, sich klar zu werden über das Werden des Listschen Systems.

Es muß immerhin auffallen, daß List selbst nie in seinen Verteidigungen auf den Inhalt seiner amerikanischen Abhandlungen zu sprechen gekommen ist, um so mehr, als er auf diese Weise doch am besten die meisten Vorwürfe seiner Gegner hätte entscheidend entkräften können. Zwar spricht er in der Vorrede einmal von den zwölf Briefen „in welchen ich mein System entwickelte" und von dem Erfolge dieser „outlines of a new system", aber er hält es weder hier noch auch an einer anderen Stelle seiner zahlreichen Veröffentlichungen für angebracht, darauf hinzuweisen, daß in dieser amerikanischen Arbeit die Grundzüge seines nationalen Systemes bereits enthalten sind. Ich meine, das ist seltsam, und ich gestehe offen, mir keinen genügenden Grund für dies Verhalten

Lists geben zu können. Nach seinem Tode versuchte dann Häußer kurz, leider allerdings zu kurz, den wesentlichen Inhalt der Listschen „Briefe“ zu skizzieren. Daß mit diesem äußerst dürftigem Referate allerdings der Listschen Sache nicht gedient war, nicht gedient sein konnte, werden wir später sehen. Seitdem waren die „letters“ verloren. Wo man auf dieselben in der Literatur zu sprechen kam, stützte man sich auf Häußer und tat den Wert der Briefe selbst mit einigen allgemeinen Worten ab. Damit war natürlich für die Genesis der Listschen Theorie selbst wenig oder nichts gewonnen.

Bei einem Manne wie List, der fast zu jeder Zeit seines reichen, seines überreichen Lebens schriftstellernd tätig war, ist es aber nicht allzu schwer, bei Kenntnis aller in Betracht kommenden Schriften sich eine klare Vorstellung von dem langsamen Keimen und Reifen seines wissenschaftlichen, nationalökonomischen Systems zu bilden. Andererseits ist es oft schwer, die Wurzeln seiner Anschauungen klar zu legen. In seiner ersten Periode, also während seiner Tätigkeit als Konsulent des Handels- und Gewerbevereines und als Redaktor des „Organes...“ deswegen, weil seine sich hier findenden Anschauungen mit denselben oder ähnlichen anderer Männer sich decken, die älter als List gewesen sind, von denen er also lernen konnte und wahrscheinlich doch auch gelernt hat. Die Quellen seiner amerikanischen Arbeiten sind aber schon deswegen für uns schwerer nachzuweisen oder auch nur aufzudecken, weil die Beschaffung der amerikanischen Literatur jener Zeit und die genaue Kenntnis derselben ungemein schwierig ist. Was den ersten Satz anbelangt, so hatte ich in einer früheren Ausarbeitung mich auf eine Darstellung der „Systeme“ der Männer eingelassen, die Lists Lehrer gewesen sind oder gewesen sein konnten. Es handelte sich hier vor allem um die Arbeiten eines Fulda[1]) und von Jakob.[2])

1) Um Fulda deswegen, weil er zu Lists Zeiten bereits in Tübingen Professor war und List so wohl am ehesten, wenn nicht seinen Vorlesungen persönlich gefolgt, so doch mit seinen Büchern bekannt gewesen ist. Außerdem aus rein persönlichen Beziehungen zu List. cf. unten.

2) Um v. Jakob deswegen, weil in dem geheimen Berichte des

Wer die nationalökonomische Literaturgeschichte einigermaßen kennt, wird sich bei dem bloßen Namen Fuldas und Jakobs auch etwas denken können. Roscher hat ja auch die Stellung der beiden Männer kurz festzulegen versucht. Dabei muß allerdings festgestellt werden, daß sich Roscher [1]), wie in so vielem, auch in der Kritik dieser beiden genannten Männer geirrt hat. Neuere Spezialstudien [2]) haben dies nachgewiesen. So darf ich wohl auf diese verweisen und mir selbst eine kurze Darstellung der Lehren beider Nationalökonomen ersparen.

Einer von diesen Beiden, Friedrich Carl Fulda [3]) (1794—1847) hat ja außerdem in Lists Leben eine Rolle gespielt. Es sei mir wegen des allgemeinen Unbekanntseins der hierher gehörenden Tatsachen gestattet, mit einigen Worten auf diese Beziehungen einzugehen. Als bekannt darf ich voraussetzen, daß Friedrich List im Herbst 1817 auf Vermittelung und besonderen Wunsch des liberalen Ministeriums von Wangenheim Professor der Staatswirtschaft an der neu geschaffenen Fakultät in Tübingen geworden war. Zum Dekan derselben Fakultät war aber gleichzeitig Fulda ernannt worden. Und nun begannen die Streitigkeiten zwischen List und Fulda, die weniger in der Abweichung ihrer wissenschaftlichen Lehren als vielmehr in rein persönlichen Angelegenheiten gelegen haben mögen. List wurde ja nicht nur von Fulda, sondern auch von den anderen akademischen Lehrern als homo novus und als solcher ver-

Senates an das württembergische Kultusministerium auf Frage No 3 „ob List wirklich den Gegenstand seiner angekündigten Vorlesungen verfolge", die Antwort gegeben wird: für das begonnene Sommersemester 1819 habe List Vorlesungen angekündigt nach v. Jakobs Grundsätzen der Polizeigesetzgebung und -Verwaltung mit besonderer Rücksicht auf württembergische Verhältnisse und über Staatskonstitutionslehre."

1) W. Roscher, Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland, München, 1878.

2) cf. über v. Jakob Potozki, Jakob als Nationalökonom, Berner Dissertation 1907.

3) Über Fulda vergleiche auch die interessante Charakteristik Rob. Mohls in seinen Lebenserinnerungen, Stuttgart 1902 Bd. I S. 92/3. Mohl nennt hier Fulda einen Physiokraten, der seine Schüler noch gegen die Mitte des XIX. Jahrhunderts vor A. Smiths Werke gewarnt habe, weil es ihm (Fulda) eine bedenkliche Neuerung gewesen sei!

ächtlich angesehen. Wangenheim war nicht mehr der allmächtige Mann. Die Zeit war also günstig, den nach wahrer Liberalität verlangenden List zu verdächtigen. Fulda [1]) ist es gewesen, der unseren genialen Stürmer und Dränger bei der württembergischen Regierung denunzierte. Seine Privataudienz beim Könige brachte das Verfahren gegen List, das schließlich mit der Demission Lists endigte, ins Rollen. [2]) List seinerseits hatte ja auch bereits ein ihm mehr zusagendes Arbeits-

1) cf. auch Artur Meyer: F. Karl Fulda, ein Beitrag zur Geschichte der Smithschen Schule in Deutschland, Berner Dissert. 1908.

2) Das Verhältnis Fuldas zu List ist in der obigen Skizze bei weitem nicht erschöpft. Daß Carl Fulda hier nicht als Ehrenmann gehandelt hat, ist zuzugeben. Sicher ist, daß Fulda den neuen Professor der Staatswirtschaft mit seinen wenig professoralen, pedantischen Allüren nicht mochte. List war ihm wohl der kleine Schreiber, der durch die Gunst eines (1818) jetzt gestürzten Ministers auch ein Wort in der allein gepachteten Wissenschaft mitreden wollte. Die Verhältnisse an der Tübinger Universität waren zu der damaligen Zeit nicht die besten. Die Lehrstühle waren fast erblich geworden; so hatte allein eine Familie Gmelin, wie Robert von Mohl in seinen Lebenserinnerungen S. 92/3 berichtet, 5 ordentliche Professoren gestellt. Die Verwaltung der Universität glich einer Familienoligarchie, obgleich gerade damals (1816) König Friedrich die Universität dem Kultusministerium zu unterstellen versucht hatte. Zu bemerken ist noch, daß der Senat der Universität über die ohne seine Befragung erfolgte Errichtung der neuen staatswirtschaftlichen Fakultät nicht gerade erfreut war. Der Senat hatte schon, wie uns Jolly, Zur Geschichte der staatswissenschaftlichen Fakultät in Tübingen, Jahrbuch für Gesetzgebung . . . . im Deutschen Reiche XIII S. 162) meldet, dem Ministerium zur Zeit berichtet, daß die Anstellung eines Lehrers für Staatsverwaltungspraxis bedenklich sei, da der praktische Unterricht die Studierenden von der zunächst zu erlernenden Theorie abziehen werde, daß ferner die betr. Fächer bereits von anderen Professoren gelesen wurden oder gelesen werden könnten. Ferner, daß die zu Lehrern der wirtschaftlichen Fächer geeigneten Personen zum Teil keine wissenschaftliche Bildung besäßen und daher nicht zum Eintritt in den Senat und zur Führung des Rektoramtes geeignet seien etc. Unter den Personen, die zum Teil keine wissenschaftliche Bildung besäßen, war wohl niemand anders als unser List gemeint! Er mußte dafür büßen, daß das Ministerium sich erkühnt hatte, eigenmächtig Lehrstühle zu errichten und diese noch dazu mit Männern zu besetzen, die nicht einer dafür allein berechtigten Familie entstammten. Andrerseits machte es List aber auch seinen Feinden leicht. Robert von Mohl, der damals als junger Student nach Tübingen gekommen war, erzählt uns, List habe seine

feld gefunden: er war Konsulent des Handels- und Gewerbevereines geworden und als solcher arbeitete er seine erste Denkschrift aus, die uns nun näher zu interessieren hat.

Auch bei dieser ersten Denkschrift Lists ist die Entstehungsgeschichte derselben zur richtigen Beurteilung keines-

---

Professur hauptsächlich als ein Mittel angesehen, seine vielfach gärenden Gedanken an den Mann zu bringen. Von der Ordnung einer Vorlesung und dem nötigen Ballaste literarischer und geschichtlicher Gelehrsamkeit habe List keine Ahnung gehabt. Auf der Universität sei er von Lehrern und Schülern gehaßt und mißachtet gewesen, als nicht zunftmäßig gebildet; hauptsächlich aber, weil er, der später sein Leben in der heftigsten Opposition und in politischen Kriminalprozessen zubrachte und jahrelang als Flüchtling in Amerika hatte leben müssen, damals als ein unbedingter Anhänger der Regierung in dem württembergischen Verfassungsstreite gegolten habe, und man dieser Schildknappenschaft, nicht aber seiner Befähigung, die Ernennung zum Professor zugeschrieben habe. Dieser üble Eindruck sei noch gesteigert worden, als sich bei seiner lateinischen Antrittsrede gezeigt habe, daß er die von einem andern übersetzten Worte nicht einmal quantitativ richtig habe auszusprechen gewußt. So sei es denn gekommen, daß in seiner ersten Vorlesung zwar viele, aber nicht freundlich gesinnte Zuhörer dagewesen seien. Als nun List mit einer sehr phrasenhaften und pathetisch gehaltenen Einleitung begonnen habe und auch im Verlauf der Rede nicht aus diesem Tone hinausgekommen sei (Mohl erinnere sich z. B. noch der Phrase: Das Rauchhuhn schreie nach Rache!), so wäre allmählich der Studiosus unruhig und ungezogen geworden. „List kam dadurch in Verlegenheit," fährt Mohl fort, „las immer heftiger und schneller, sodaß er lange vor dem Glockenschlage mit dem fertig war, was seiner Meinung nach wohl für viele Stunden hatte vorhalten sollen und zog sich nun unter ziemlich unverhehltem Hohne der Zuhörer zurück. Damit war wenigstens damals die ganze Vorlesung zu Ende, und ich glaube nicht, daß es richtig ist, wenn in einer Lebensgeschichte Lists steht, daß er später wieder einen Versuch gemacht und wirklich eine Vorlesung gehalten habe." Seines besten Erinnerns und Wissens ging er nach dem ersten verunglückten Anlaufe noch einige Jahre (Herbst 1817 — Frühjahr 1819) in Tübingen ohne amtliche Beschäftigung umher und legte dann die Stelle nieder, welche ihm selbst zur Last war und nicht zur Ehre gereichte. „Merkwürdig", schließt Mohl, „wird es aber immer bleiben, daß ein Mann, welcher Geisteskraft und Gedanken genug hatte, um Deutschland nicht nur in einzelnen volkswirtschaftlichen Fragen, sondern durch eine ganze Theorie aufzuregen, und welcher unstreitig von dem größten Einflusse auf die nationalökonomischen Ansichten von Tausenden wurde, bei seinem ersten Auftreten in diesem Fache nicht

wegs aus dem Auge zu lassen. Häußer erzählt ja, daß List auf einer Reise nach Göttingen begriffen, mit dem sich gerade konstituierenden Handels- und Gewerbeverein in Frankfurt a. M. zusammentraf, und diesem selbst durch sein tatkräftiges Eingreifen zum Leben verhalf. Es mag sein, daß sich List auch

---

Stoff genug hatte, um einer Stube voll Schülern auch nur eine Stunde zu genügen; und auffallend ist es, daß er, welcher später eine so große Zähigkeit bewies, hier gleich bei dem ersten mißglückten Versuche mutlos abstand.“ (S. 93/4 Bd. 1 Lebenserinnerungen). So merkwürdig ist diese Begebenheit eigentlich nicht; sie beweist nur, daß jemand ein glänzender politischer Agitator aber ein schlechter akademischer Lehrer sein kann und umgekehrt. Jedenfalls hatte Fulda leichtes Spiel. Als Dekan hatte er diese Angelegenheit zu führen. Er reiste nach Stuttgart zum König und brachte die Klagen des Senates vor. Am 19. April 1819 forderte das Ministerium wegen der Listschen Angelegenheit Bericht vom Senate ein: 1. über die Vorlesungen, die Professor List zu Tübingen im verflossenen Winterhalbjahr gehalten, sowie über diejenigen, die er im bevorstehenden Halbjahr zu halten gedenkt; 2. über die Frage, welchen Erfolg seine Vorlesungen hatten; 3. ob er wirklich den Gegenstand seiner angekündigten Vorlesungen verfolgte. Auf Frage Nr. 1 antwortete der Senat am 29. April, List habe nur einige Stunden über Staatsverwaltung gelesen, vor wie viel Zuhörern sei nicht zu ermitteln, da List abwesend sei, und ferner 5 Stunden wöchentlich über württembergische Verfassung. Im laufenden Winterhalbjahr 1818/9 habe er wöchentlich 5 Stunden über Korporationslehre vor 8 Zuhörern Ende Oktober zu lesen begonnen. Für das Sommer-Semester 1829 habe er wenigstens Vorlesungen angekündigt. Über den stattgehabten Erfolg könnte man nicht berichten, weil die Zeit zu kurz und außerdem der Dekan, Fulda, durch das Benehmen des Professor List so tief gekränkt sei, daß er nicht votieren wolle. Außerdem habe Fulda ja schon privatim in Stuttgart über diese Angelegenheit sich ausgesprochen. Schließlich schlägt der Senat dem Könige eine geheime Abstimmung vor mittels versiegelter Zettel. Das Weitere des Verlaufes dieses Konfliktes ist ja von Häußer mitgeteilt worden. List beschwerte sich beim Senat über das geheime Verfahren. Vorher aber hatte er schon seinen Abschied eingereicht und die Mitteilung gemacht, daß er seine Vorlesungen nicht halten könne, da ihm nach ärztlicher Verordnung eine Kur im Bade Cannstadt notwendig sei. Darauf teilte das Rektorat ihm mit, daß man nur auf die eingelaufene ministerielle Note (!) über ihn berichtet habe und wies Lists Forderung, ihm die einzelnen Abstimmungen mitzuteilen, als befremdend zurück. Nach einigen Schreibereien an das Ministerium und an den König erhielt dann bekanntlich List Ende Mai 1819 seinen Abschied als Professor der Staatswissenschaften an der Universität Tübingen.

schon vorher mit dem Gedanken der Gründung eines solchen Vereines getragen haben mag — sicher ist das, daß er den von Elch ausgearbeiteten Petitionsentwurf in seinem Sinne ummodelte oder überhaupt neu entwarf. Diese Petition ist die erste Äußerung Lists, die für uns als sein ökonomisches Programm ernstlich in Betracht kommt. Was der Professor der Staatswirtschaft vorher an größeren Abhandlungen veröffentlichte, ist für die Entwickelung seines volkswirtschaftlichen Systemes unbeträchtlich; interessant, äußerst interessant dagegen für den Listschen stürmenden, nach wahrer Liberalität verlangenden Geist. Es mag schon hier einmal ausgesprochen sein, List war doch mehr Politiker als Volkswirt, zum mindesten legte er seine volkswirtschaftlichen Erkenntnisse lediglich aus politisch-praktischen Absichten nieder. In der Konsequenz dieses Gedankens gipfelt ja auch seine Politik der Zukunft, wurzelt aber andererseits auch seine oft überraschend richtige Deutung der politischen zukünftigen Ereignisse. Wenn ich auch diese Andeutungen erst dann erschöpfend werde ausbauen und anwenden können, wenn ich von dem „Politiker List" rede, so wird man doch gut tun, diesen Gesichtspunkt nie ganz aus dem Auge zu verlieren. Auch diese erste Petition an den Bundesrat von der Ostermesse 1819 in Frankfurt a. M. ist eine politische Äußerung eines allerdings wirtschaftlichen Vereines; sie muß gesondert betrachtet werden, weil sie, ein Kind des Augenblickes, einer sorgfältigen Ausarbeitung entbehren mußte. Gerade dieser Umstand aber verleiht ihr auf der anderen Seite einen um so größeren Wert, weil wir hier rein Listschen Geist um so eher vermuten dürfen. Was er über die damals Deutschland so heftig aufregenden volkswirtschaftlichen Fragen dachte, finden wir wohl hier aufgezeichnet, ohne daß List erst die Literatur seiner Zeit groß hätte durchstudieren und befragen können.

Und so geht denn eines aus dieser Denkschrift hervor: List hatte damals in volkswirtschaftlichen Dingen und Fragen noch kein selbständiges Urteil. Gewiß hatte er wie jeder andere deutsche Professor gelesen, was über die einschlägigen Fragen geschrieben und gedacht worden war; er hatte wohl

zu Fuldas Füßen in Tübingen gesessen und so die volkswirtschaftlichen Theorien dieser, in wissenschaftlicher Beziehung, so herzlich unbedeutenden Zeit kennen gelernt. Sein Lehrstuhl dann in Tübingen wies ihn mehr auf die Praxis als auf die Theorie hin, sodaß er sich mit einem ökonomischen neuen System ernstlich wohl kaum befaßt hatte. Und doch war 1814 bereits die Kontinentalsperre gefallen, List hatte dies miterlebt; miterlebt auch die für Deutschlands Industrieentwicklung so verhängnisvollen Folgen dieser Aufhebung. Wenn es wahr ist, was List später geschrieben hat, so ist ihm ja gerade durch diese, auf Deutschlands junge Industrie so schädlich einwirkende Aufhebung der Kontinentalsperre „der erste Zweifel an der Wahrhaftigkeit der herrschenden Theorie der politischen Ökonomie“ aufgestiegen, und er hatte 1819 bereits angefangen, sich abzumühen „ihre Irrtümer und deren Grundursachen“ zu erforschen. Um so mehr müssen wir uns wohl wundern, daß sich in seiner genannten Denkschrift auch nicht die leiseste Spur einer anderen als der herrschenden Theorie der politischen Ökonomie findet.

Wie alle anderen führt auch er das Wort von der „vernünftigen Freiheit“, diesem Reagens auf die Theorien des absoluten Regimes mit seiner einschneidenden Bevormundungspolitik, im Munde. Auch er meint, „nur dann werden die Völker der Erde den höchsten Grad des physischen Wohlstandes erreichen, wenn sie allgemeinen, freien, unbeschränkten Handelsverkehr unter sich festsetzen.“ Ja List, der spätere Vorkämpfer eines nationalen Schutzzollsystemes, meint sogar vornehm von seinem damaligen Standpunkte herab: „Es sei unter den Staatspraktikern eine Meinung Lehrsatz geworden, deren Irrigkeit jedem gebildeten Kaufmann und Fabrikanten als ausgemachte Sache erscheint: daß nämlich die inländische Industrie durch Zölle und Mauthen geweckt werden könne.“ Wer die Dogmen-Geschichte der Nationalökonomie kennt, wird sich freuen, mit welcher Naivität und Reinheit hier der aus England hauptsächlich stammende ökonomische Liberalismus gepredigt wird, dessen Propaganda sich vor allem die englische Bourgeoisie im Namen der Freiheit zu ihrem ur-

eigensten Nutzen angelegen sein ließ. Smith (aber der falsch verstandene Adam Smith) wurde eben nicht umsonst von den damaligen zünftigen und unzünftigen Nationalökonomen gelehrt. So kennt eben auch unser List nur eine Ausnahme für das Bestehen eines Zollsystemes: das aus Gegenwehr geschaffene. Aber auch dieses geduldete Retorsionsprinzip in der Handelspolitik sollte nur dazu dienen, „zur allgemeinen Handelsfreiheit, durch welche Europa allein den höchsten Grad der Zivilisation erreichen könne, die Hände zu bieten." Wie oft und richtig hat sich Friedrich List dann gegen diesen falschen Standpunkt gewandt, wie oft ihn als törichten Philanthropismus lächerlich und am Ende dann — unmöglich gemacht; Zoll und Mauth aber können ihm damals noch, nur, wie der Krieg, als Verteidigungsmittel gerechtfertigt werden. Ich gebe dabei gern zu, daß die besonderen Verhältnisse Deutschlands, mit seinen 38 bestehenden Zoll- und Mauthlinien, List den Blick ein wenig verwirrt haben mögen und daß die praktische Tendenz dieser Denkschrift ja die Unsinnigkeit der inneren Zollinien beweisen sollte und mußte, wenn sie Erfolg haben und in den Kaufmannskreisen Anklang finden wollte. Bin aber andererseits auch der festen Überzeugung, hätte List damals schon die „Irrtümer der herrschenden Theorie" erkannt, hätte er nicht die Denkschrift so geschrieben, wie sie uns vorliegt, ja hätte sie garnicht so abfassen können, weil sie ganz prinzipiell einen anderen, später durchaus bekämpften Standpunkt einnimmt. Denn er hält ja damals noch nicht nur die 38 Douanenlinien im Innern Deutschlands für schädlich, sondern auch die — geforderte eine Zollinie an Deutschlands Grenzen. Und der verhältnismäßig lose in den Zusammenhang gebrachte Satz: „Ein Staatenbund, wie jede andere bürgerliche Gesellschaft, wird immer nur der Form, nie dem Wesen nach bestehen, wenn derselbe nicht auf der Einheit der Interessen aller Individuen beruht" beweist wohl mit ziemlicher Deutlichkeit, in welcher Strömung ökonomischen Denkens List damals noch schwamm. Das soll natürlich kein Vorwurf sein; soll denen aber doch zum mindesten zu denken geben, die, wie besonders Eheberg und Losch, annehmen zu sollen glauben, daß die ersten Wurzeln

der Listschen Theorien bereits in diesen Jahren fußen. So interessant und ahnungsvoll zugleich auch die kurzen Listschen Ausführungen zum preußischen Zollgesetz vom Mai 1818 sein mögen, so beweisen doch gerade die an diese Besprechung angeknüpften Forderungen Lists, wie wenig List damals noch seinem späteren Gedankenkreise nahe stand. Es wird da erbeten:

1) Daß die Zölle und Mauthen im Innern Deutschlands aufgehoben; dagegen aber

2) ein auf dem Grundsatz der Retorsion beruhendes Zollsystem gegen fremde Nationen aufgestellt werden möchte, bis auch sie den Grundsatz der europäischen Handelsfreiheit anerkennen.

Daß der praktische Volkswirt List auch aus seiner späteren ökonomischen Weltanschauung heraus die erste Forderung vertreten hatte, versteht sich von selbst; was unter 2 gefordert wird, würde der Verfasser des „nationalen Systems“ ebensowenig wie der Verfasser der „outlines of a new system“ befürwortet haben.

Doch vielleicht finden sich in seiner zweiten, großen Wiener Denkschrift vom 15. Februar 1820 Anklänge und erste Keime seiner späteren Theorien. List war ja unterdessen Redakteur an dem „Organ für den deutschen Handel- und Gewerbestand“ geworden und hatte sich als solcher ex officio mit handelspolitischen Fragen eingehender zu beschäftigen. Es ist ja sein Beruf gewesen, schrieb List 1845, der ihm die erste Veranlassung dazu gab, die betretene Bahn des Zweifels an der Richtigkeit der herrschenden Theorie und der Forschung nach den Grundursachen der Irrtümer weiter zu verfolgen. Ich möchte hier zunächst die Aufsätze Lists im „Organ“, die ja zeitlich der Wiener Denkschrift vorangehen, außer Acht lassen, um sie vielleicht nur gelegentlich heranzuziehen. Es ist dies nicht etwa ein taktisches Moment, sondern ich tue dies lediglich des besseren Zusammenhanges wegen und weil ja, die etwa neu in den vorhergegangenen Zeitschriftenartikeln vertretenen theoretischen und praktischen wirtschaftlichen Einsichten, in dieser größeren, sauber ausgearbeiteten Listschen

Arbeit von selbst zu erkennen sein werden. Diesmal kann ich auch von der Entstehungsgeschichte dieser Denkschrift absehen und mich sofort zu dem Inhalte derselben wenden. Selbstverständlich interessieren mich auch hierbei zunächst nur die Stellen, aus denen sich eine Beurteilung der volkwirtschaftlich-theoretischen Ansichten des Verfassers ergeben kann.

Charakteristisch ist dabei zuerst für den Smithianer List, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, die Auffassung, daß Privat- und Nationalökonomie sich nicht nur nicht gegenseitig beeinflussen, sondern gleiche Begriffe sind. Anders läßt sich wohl der Satz schwerlich deuten: „und wenn dem allgemeinen Verfall der Privatökonomie immer auch die Zerrüttung der Staatsökonomie unausbleiblich folgen muß, so ist von dieser Seite für die Unabhängigkeit der Nation nicht minder zu besorgen, als für das Wohl des Vaterlandes." Es ist das nicht etwa eine aus dem Zusammenhang gerissene Stelle; sie wird ferner aber noch viel treffender erläutert durch den Satz „Der Familienvater gelangt, wie die Nation, nur dann zum Wohlstand, wenn er recht viele Dinge von Wert erschafft — wenn er mehr produziert als konsumiert". Die Konsequenz dieses Standpunktes, die in der sogenannten Werttheorie gipfeln muß, hat List hier nicht gezogen; daß er sie vertritt, ergibt sich aber aus der Anerkennung des oben wörtlich zitierten Satzes. Später soll es uns aber gerade beschäftigen, wie ganz anders List schon in seinen amerikanischen Broschüren zu denken gelernt hatte! Da macht er sich lustig über diese elende Theorie der Werte, und da trennt er dann auch mit aller Entschiedenheit Privat- und Nationalökonomie, in einer Entschiedenheit, die oft nahe daran ist, über das Ziel hinaus zu schießen. Es sind dies zwei Kernpunkte seiner späteren Theorien geworden; denn in der Erkenntnis, daß es nicht blos darauf ankomme für die Nationalökonomie mehr zu produzieren als zu konsumieren, daß es nicht darauf ankomme, bloß möglichst viele Werte zum Austausch zu schaffen, in dieser so fruchtbaren Erkenntnis gipfelt die ganze große und weittragende Theorie der produktiven Kräfte, wie sie dann List — ob ohne oder mit Einfluß von anderen Schriftstellern, soll noch

festgestellt werden — formulierte. Und erst mit dieser These gelang es List, auf einen Ruck die deutsche, in unfruchtbaren Erläuterungen und Ummodelungen des Smithschen Werkes „vom Völkerreichtum“ steckende Nationalökonomie weiter zu bringen. Hatte er einmal erst in Amerika den fundamentalen Unterschied kennen gelernt, der zwischen der Theorie der Werte und der der produktiven Kräfte klaffte, war ihm der Unterschied aufgegangen, der zwischen privater uud nationaler Okonomie besteht, so waren für alle weiteren Folgerungen, ich möchte beinahe sagen, die Grundsteine gelegt zum Ausbau seines „nationalen Systemes.“ Das muß man im Auge behalten; vergessen aber darf man auch nicht, daß diese Erkenntnis List eben erst in Amerika gekommen ist — plötzlich, wie es scheint, so plötzlich, daß ich nicht glauben kann, er habe sie selbständig vor einem Manne gefunden, der sie bereits in Amerika veröffentlicht hatte, als unser Friedrich List drüben landete.

Wie tief aber List noch in dieser Zeit der Wiener Ministerialkonferenzen in Smithschen Anschauungen befangen war, wird wohl auch der Satz beweisen: „Jedes einzelne Land ist beflissen, durch Auflagen auf die Produkte des Nachbarlandes seine Produktion zu heben, und zugleich einen Teil seines Staatsbedürfnisses zu gewinnen. Wenn aber schon bei ganzen Nationen dieses Verfahren verwerflich ist, indem man sich gegenseitig zu Produktionsarten zwingt, welche der Natur des Landes, zu dessen Vorteil der Zwang stattfindet, nicht angemessen sind, und dagegen in eben denjenigen Produktionszweigen sich gegenseitig beschränkt, welche seiner Natur entsprechen, so erscheint diese traurige Wirkung des Merkantilsystems hier um so greller, als die deutschen Länder durch ihre Lage und Bedürfnisse von der Natur auf das Innigste aneinander gekettet sind.“ So richtig das Letzte auch sein mag, so fremd ist aber auch das Erste der späteren Listschen Auffassung von der Berechtigung einerseits und von der traurigen Wirkung andererseits des sogenannten „Merkantilsystems“. Man denke zunächst nur einmal daran, wie List später schon das bloße Wort „Merkantilsystem“ verpönte. Seine Gegner, die ihm vor-

warfen, er wolle nichts als das Merkantilsystem wieder in Deutschland einführen, haben ihm ja dann das Leben sauer genug gemacht! Ich möchte meinerseits hier nur festgestellt haben, daß List das Wort Merkantilsystem für das handelspolitische System anwendet, das man landläufig wohl mit dem Namen des Schutzzollsystemes belegt. Gewiß hat List auch später nicht auf dem Standpunkte gestanden, Schutzzoll à tout prix, daran aber hat er immer geglaubt, man könne zunächst einmal mit Hilfe des Schutzzolles den Versuch machen, eine neue Industrie zu schaffen.[1]) Kann sie auch mit der Hilfe des Schutzzolles nicht aufkommen, dann allerdings weg mit dieser Industrie; denn „Treibhauspflanzen", wie seine Gegner ihm vorwarfen, hat List niemals züchten wollen. Das aber ist etwas ganz anderes von dem, was er oben ausführt. Es kann — ich möchte dies gleich hier erwähnen, nicht meine Aufgabe sein, nun zu jeder Listschen Stelle, die ich als „smithianisch" bezeichne, die entsprechende in dem epochemachendem Werke des „großen Schotten" als Beleg herauszusuchen. Das wäre denn doch ein wenig zu philologisch; außerdem darf ich aber wohl voraussetzen, daß die Stellen, auf die sich List bezogen haben könnte, selbstverständlich unbewußt, heutzutage, wo man ja langsam mehr und mehr auf unsere Klassiker der Nationalökonomie wieder zurückgeht, bekannt sind. Aber mein Beweismaterial ist noch nicht erschöpft. List meint sogar einmal (S. 24): diese (inneren) Zölle hemmten nicht nur den inneren Verkehr, was ja unbestritten ist, sondern seien auch ein Haupthindernis, daß Deutschland mit seinen Fabrikaten nicht auf dem Weltmarkte konkurrieren könne, „indem dadurch die Industrie in ihrem ersten Aufschwung gelähmt" und das Binnenland durch Zollinien von den Seestädten getrennt sei. Das letztere ist wohl die Erklärung dafür, daß Deutschland auf dem Weltmarkte nicht mit seinen Produkten konkurrieren könne. Was da List aber schreibt von der lähmenden Wirkung der Zölle für das erste Aufkommen einer Industrie, hätte er erstens später nie und nimmer anerkannt und hätte er auch

1) cf. „Das nationale System" etc. in der Fischerschen Ausgabe, S. 427.

damals nicht zu behaupten brauchen, wenn er nur einen Blick auf Preußens Entwickelung seit dem Jahre 1818 geworfen hätte. Diese Listsche Behauptung mag für ganz kleine und kleinste Länder richtig gewesen sein, die bei jeder Meile meinetwegen an der Grenze eines neuen Ländleins waren, in seiner Allgemeinheit konnte sie aber auch 1820 nicht voll und ganz zutreffen. Aber diese traurigen Wirkungen des Merkantilsystems veranlassen List einmal noch zu einer anderen bezeichnenden Äußerung über dasselbe: „denn nichts sei auf Erden, was der Freiheit und der Wohlfahrt der Völker so großen Abbruch getan habe, wie der unglückselige Wahn, der die Nationen verführt habe, ihre Freiheit auf die Unterdrückung, ihren Reichtum auf die Armut anderer Staaten zu gründen. Diesem Wahne habe das Merkantilsystem seine Entstehung zu danken, das unter den Völkern, welche eine gütige Vorsehung bestimmt habe, sich gegenseitig die Last des Lebens zu erleichtern und angenehm zu machen, einen ewigen Wohlstands-Krieg nähre!“ Und weiter: Eine vollkommene Glückseligkeit könne unter den Völkern nur bestehen, wenn Freiheit jeglichen Austausches gestattet sei (!), dieses verhaßte Merkantilsystem, schließt er dann, sei nur zum Vorteil allein Englands, eine Notwehr aber allen anderen Völkern Europas! Und wie hat dann List sich lustig gemacht, über solchen philanthropistischen Standpunkt der Nationalökonomen! Der oben wiedergegebene Satz ist überhaupt für Lists Denkungsart damals charakteristisch. List betont immer in dieser Zeit das Wort Notwehr, wenn er von einem Douanensystem an Deutschlands Grenzen spricht. Das ist entschieden festzuhalten, denn es beweist am deutlichsten, daß Lists System eben nicht in seinen Haupttheorien bis in jene erste Zeit hinabreicht. Von dem Standpunkt, den List selbst im 26. Kapitel seines Hauptwerkes mit den kurzen Worten ausdrückt: „Wir haben hier nur von der Douanengesetzgebung als Mittel zur industriellen Erziehung zu sprechen“ ist er damals noch weit entfernt; diese Auffassung von dem Zweck eines Zollsystemes spricht er erst, wenn auch nicht mit so deutlichen Worten, wie eben angeführt, in seinen amerikanischen Briefen aus. Was List will (1820) ist das Prinzip

der Retorsion, das heißt nur dann will er ein Zollsystem gelten lassen, „im Fall eine fremde Nation unsere Ausfuhren beschränke und Hoffnung vorhanden sei, sie durch Repressalien zur Zurücknahme ihrer Beschränkungen zu vermögen.“ So definiert List 1840 das Wesen des Retorsionssystemes; es sei dies der erste von den 3 Fällen, die Smith zur Beschützung der inneren Industrie zulasse. 1820 formuliert er seinen Standpunkt ein wenig anders. Er schreibt (S. 35): „wo einmal der natürliche Lauf der Industrie durch feindliche Dämme abgeleitet wird, da muß man zu gleichen Maßregeln schreiten, um den schlimmen Einwirkungen derselben zu begegnen, oder um den Feind zu billigen Verträgen zu nötigen, und allein auf diesem Wege kann man zur Welthandelsfreiheit gelangen, wodurch einzig nur die höchste Stufe menschlichen Wohlstandes erreichbar scheint.“ Nur auf diesem Wege! — — Auch darüber dachte List später anders. Erst sollten durch sein „nationales System“ die einzelnen Nationen innerlich vollkommen saturiert sein, erst sollten ihre Industrien durch Schutzzölle so stark gemacht sein, daß von selbst ein Fallenlassen der bestehenden Zölle eintreten könne. Erst wenn dieser Zustand eingetreten sei für jede einzelne Nation, könne man an eine allgemeine Welthandelsfreiheit denken, die allerdings auch später noch am Endziel der Listschen Entwicklung der Völker stand! Auch schon in seinen amerikanischen Veröffentlichungen will List erst eine Erziehung der Nationen zu innerer, vollkommener Selbständigkeit, ehe er einer Welthandelsfreiheit das Wort redet. Auch zu dieser bedeutenden Auffassung mußte sich List also erst durchgerungen haben, ob allein oder mit anderer Hilfe, ist und soll die Frage sein, die uns im zweiten Teil dieser Abhandlung zu beschäftigen haben wird. Interessant ist aber dabei, daß List auch 1821 schon zu einem Gegensatze zu „irrigen Schulbegriffen bloßer Theoretiker oder zu falschen Ansichten bloßer Praktiker“ kommt. Ja schon 1819 schreibt List im Organ (II S. 119) es gäbe nur 2 Arten von Leuten, die blind wären gegen das Prinzip der Retorsion: „Die eine Klasse, weil Privatvorteil sie verstockt macht und die andere, weil sie gewohnt sind, durch die Brille einer falschen Theorie zu

beobachten, einer Theorie, die linkisch und von aller Erfahrung entblößt ist, warum auch kein Mensch an sie glauben will, dem noch einige Kraft selbst zu denken, übrig ist, weil sie, statt ihr Gebäude auf Natur und Erfahrung zu gründen, es auf die Namen einiger berühmter Männer stellen, die sie nicht begreifen.“ Diese berühmten, mißverstandenen Männer konnten nur sein: Say und Smith. Nun — an Say war in dieser Beziehung nichts falsch zu verstehen, denn er war Nurfreihändler und ein extremer Smithianer, der allerdings seinen Herrn und Meister nie verstanden hat. Insofern ist also der Vorwurf gegen Say unberechtigt! Und Smith? Smith war allerdings falsch verstanden worden, denn Smith war kein Manchestermann, zu dem man ihn willkürlich damals stempelte; er ließ ja in 3 Fällen Zölle zu: 1. im Falle der Retorsion, im obigen Sinne, 2. im Falle der „Nationalverteidigung“, 3. als Gleichstellungsmittel wie List sagt; wir würden diesen Zoll wohl Ausgleichszoll heute nennen. Unser List stand damals also als ein Mann, der seinen Smith besser verstanden hatte als die Anderen, auf dem Standpunkt Nr. 1 der angeführten Arten. So 1819. Und 1840 schreibt derselbe List: „Es ist demnach Adam Smith, der das Prinzip der Retorsion in die Handelspolitik einführen will, ein Prinzip, das zu den törichtsten und verderblichsten Maßregeln führen würde, zumal wenn die Repressalien, wie Smith verlangt, zurückgenommen werden sollen, sobald die fremde Nation sich zur Zurücknahme ihrer Beschränkungen versteht.“ Und doch hatte List 1819 genau dieses törichtste und verderblichste Prinzip nicht etwa einmal, sondern grundsätzlich verlangt. Daß List 1840 anders dachte oder zu denken gelernt hatte oder besser, daß List 1819 noch so „törichtes“ dachte, soll ihm hier nicht zum Vorwurf gemacht werden. Feststellen wollte ich nur, daß List seine Anschauungen grundsätzlich geändert hat, und zwar werde ich nachweisen, daß er schon in seinen amerikanischen Arbeiten seinen ersten Standpunkt verlassen hat. Wie er zu diesem Frontwechsel kam und welches Glück es ist für unsere Wissenschaft, daß er zu dieser besseren Einsicht kam, soll uns später beschäftigen.

Aus dem Kampfe gegen Says Manchestertum, gegen Says Behauptung, eine Handelsbilanz gäbe es nicht, die kaufende und die verkaufende Nation, beide gewännen bei einem Austausch ihrer Produkte, gleichgültig ob die eine Geld gäbe und die andere Ware, da ja auch Geld eine Ware wie jede andere sei, aus diesem Kampfe kommt nun List zu Äußerungen die, wenn man sie herausgegriffen liest, den Eindruck hervorrufen, als habe List schon damals ähnliche, wenn nicht sogar dieselben Ideen vertreten, wie 1841 in seinem Hauptwerke. Die Überzeugung Loschs und Ehebergs und der Anderen, die annehmen zu sollen glauben, Lists nationales System wurzele schon in diesen ersten Publikationen, ist scheinbar durch diese Sätze irregeleitet worden. Diese Möglichkeit liegt gewiß nahe, für die Genannten aber umso näher, da sie bisher die „outlines of a new system" nicht kannten oder nicht so genau auf ihren Inhalt angesehen haben. Im Kampf gegen diese oben kurz dargestellten Lehrmeinungen Says schreibt nämlich List (Seite 34): dieser Satz der Theorie, nämlich, daß es antinationalökonomisch sei, die innere Industrie vermittelst Erschwerung der Einfuhr zu heben auf Kosten der Konsumenten, da man ja wohlfeiler von dem Auslande beziehen als selbst fabrizieren könne, „dieser Satz", meint List, „mag der Theorie nach richtig sein, wenn man eine Welt voraussetzt, in welcher dem natürlichen Lauf der Industrie noch von keiner Seite künstliche Dämme entgegen gestellt worden sind, so seltsam aber und gefährlich erscheint die Anwendung desselben auf Deutschland unter den gegenwärtig in Europa obwaltenden Verhältnissen." Billig kaufen wir in der Zeit des Friedens, teuer aber in der Zeit des Krieges — so setzt List diesen Gedankengang 1827 fort; teuer kaufen wir auch nur für den Anfang, bis dann die Industrie durch Zölle groß und selbständig gemacht, die innere Konkurrenz selbst wieder für eine Verbilligung der Produkte arbeitet. 1821 aber fährt List ganz anders fort. Aus den in Europa obwaltenden Verhältnissen schließt hier nur List: „Sollte da Deutschland sich lediglich leidend verhalten? sollte es die feindseligen Maßregeln nicht erwidern, um wenigstens billige Handelstraktate auszuwirken?

Bei näherer Beleuchtung dieser letzteren Frage erscheint es recht sonnenklar, wie jene Theorie in der Luft schwebt.“ Deshalb also schwebt die Saysche Theorie in der Luft! Und wieder hat List nur einen Schluß: Retorsionsmaßregeln! List scheint das Unlogische seiner obigen Ausführungen gar nicht gemerkt zu haben. Er bringt ja auch keine neue Theorie, sondern er will nur eine praktische Maßnahme angenommen wissen, die ihm damals nun einmal der Schlüssel ist zu seinem handelspolitischen Paradiese der Menschheit. Man muß den „späteren“ List genau kennen, wenn man einsehen will, daß List hier ein ganz anderer ist, daß er wichtige Konsequenzen, die sein „Nationales System“ dann ausmachen, hier noch gar nicht kennt. Daß er diese Schlußfolgerungen aus denselben Vordersätzen, wie später, nicht zieht, ist aber wohl der deutlichste Beweis, daß sein Denken noch einen anderen Weg einschlug, um es kurz zu sagen daß sein „Nationales System der politischen Ökonomie“ ihm geistig damals noch nicht geboren war. Noch eine Ausführung möge das zu beweisen suchen. In seiner Wiener Denkschrift (S. 35) setzt er sich auch mit der Behauptung auseinander, daß es dem Prinzip der Nationalökonomie zuwiderlaufe, wenn man auf Kosten der Konsumenten ein Fabrikat verteure, das man weit wohlfeiler vom Auslande beziehen, als selbst fabrizieren könne. Bemerkenswerterweise benutzt List auch dieses Beispiel dann in seinen amerikanischen Briefen, um neue Konsequenzen ziehend, sein neues System uns klar zu machen. Diese Behauptung, urteilt List, sei nur dann richtig, wenn wechselseitiger freier Verkehr angenommen werde. Dasselbe sagt er auch in seinen „letters.“ Nur sind eben wieder die Schlußfolgerungen hier und dort weit verschieden. Er exemplifiziert das Obige hier auf England und Deutschland und schreibt: das Alles sei nur richtig, wenn England keine Sperre für deutsche Waren habe. Da wir jetzt englische, eingeführte Produkte nicht mit Waren unsererseits saldieren können, so müssen wir zum Vorteil unserer Urproduzenten die englischen Waren ausschlagen. Die teure, deutsche Industrie belästige aber die Urproduzenten nicht; „denn würde die Fabrikation des Inlandes nicht durch Retorsion be-

günstigt, würden die Fabrikate fortwährend vom Auslande bezogen, so fände er, der Urproduzent, ja für den Überflußseiner Produkte keinen Konsumenten, und der Preis derselben müßte sinken. Durch den höheren Preis der Urprodukte also bezahle derselbe den höheren Preis der inländischen Fabrikate. Und nun lese man einmal, was List zu denselben Vordersätzen in seinen „Briefen" schreibt, wie er die ganze Sache ganz anders anpackt und selbstverständlich auch zu anderen Schlüssen kommt. Es ist ganz sicher, in List hat sich eine Revolution des Denkens über die volkswirtschaftlichen Vorgänge bis zur Veröffentlichung seines „Grundrisses eines neuen Systems der amerikanischen Ökonomie" vollzogen, die Jeder eigentlich einsehen müßte. Auch hier wieder soll und muß aber die Frage unbeantwortet bleiben, was hat den ersten Anstoß zu dieser geistigen Entwickelung gegeben; lag diese in Lists Denken von vornherein begründet, was wir ja verneinen, oder aber bedurfte es für List eines äußeren Einflusses und Anstoßes. Darüber sind sich ja die Gelehrten noch nicht einig; mein Ziel ist es, diese Einigkeit nach Kräften herbeizuführen.

Unbemerkt aber darf ich in diesem Zusammenhange auch Lists Stellung zur Lehre der Handelsbilanz nicht lassen und ich möchte angeführt haben auch seine Äußerungen zur Kontinentalsperre. Bekanntlich hat die Theorie der Handelsbilanz eine eigene Geschichte in der Nationalökonomie. Je nach dem vertretenen Standpunkte leugnete man eine Handelsbilanz überhaupt oder legte andrerseits dem Aussehen der Handelsbilanz für die Beurteilung des Reichtums eines Volkes vielzuviel Gewicht bei. Wir wissen, daß die verkehrte Auffassung der Merkantilisten vom Wesen und der Bedeutung der Handelsbilanz eine falsche Politik mit sich brachte, eine Politik, die dann ihrerseits rückwirkend werden sollte auf die Beurteilung der Handelsbilanz selber. David Hume und dann vor allem Adam Smith kämpften gegen die verkehrte merkantilistische Auffassung vom Werte und der Bedeutung einer günstigen Handelsbilanz und wiesen nach, daß bei einem stattfindenden Tausche beide Kontrahenten gewinnen könnten, eine dauernde Unterbilanz andrerseits gar nicht möglich sei. Say machte darauf aufmerksam, daß eine günstige Handelsbilanz

auch über den Stand der Dinge täuschen könne. Man begann mehr und mehr einzusehen, daß es ebenso töricht als irreführend sei eine günstige oder ungünstige Handelsbilanz als untrügliches Merkmal des Reichtums eines Volkes anzusprechen. Gerade Englands Beispiel lieferte den Beweis, daß ein Volk trotz einer ungünstigen Bilanz an Reichtum und Wohlstand sehr wohl zunehmen könnte. Das Manchestertum wollte deshalb auch nichts von einem regulierendem Einfluß des Staates auf die Handelsbilanz wissen.

Die schriftstellernden Nationalökonomen zu Lists Zeiten neigten in der Theorie der Handelsbilanz mehr den Äußerungen Says zu als den radikaleren des A. Smith. List selbst nimmt auch in seiner Wiener Denkschrift zu dieser Frage Stellung und schreibt: „Wie man ferner noch vor nicht gar langer Zeit in gewaltigem staatswirtschaftlichen Irrtum sich befand, wenn man den Nationalreichtum einzig vermittelst edler Metalle festhalten zu können vermeinte, so ist heutzutage der entgegengesetzte Irrtum herrschend geworden, indem jetzt die Ausfuhr edler Medalle gar nicht beachtet, und die Existenz eines Passivhandels gänzlich geleugnet wird. Deutschland scheint bestimmt zu sein, auch die Irrigkeit dieser Theorie durch eigene traurige Erfahrung aufzudecken.“ List glaubt an die Möglichkeit eines Passivhandels, also an eine dauernde Unterbilanz, die dann einträte und vorhanden sei, wenn eine Nation ihre Einfuhr nicht mit eigenen Erzeugnissen, sondern mit ihrem Nationalkapital bezahlen müsse. Daß er auch in dieser Bekämpfung der falschen Schulsysteme Smith und Say in einen Topf zusammenwirft und die Verschiedenheiten in der Auffassung beider von diesem Gegenstande nicht berücksichtigt, mag nur als Charakteristikum von Lists Art hier kurz gestreift sein. Bekanntlich entwickelte er später aus dieser „Lehre der passiven Handelsbilanz“ eine Art Krisentheorie. Es käme nicht darauf an, setzt er 1839 auseinander[1]), daß die Einfuhren und Ausfuhren in kurzen Zeiträumen, womöglich von einer Ernte zur anderen sich balanzierten; denn in diesem Falle seien

1) Häußer, F. Lists gesammelte Schriften, Cotta 1850, II S. 137.

Krisen überhaupt unmöglich. In seinem „Nationalen System“ kommt er dann der modernen Auffassung von der Wichtigkeit und der wahren Bedeutung der passiven Handelsbilanz noch näher, wenn er schreibt: „Die herrschende Theorie hat offenbar den Besitz der edlen Metalle von der Dispositionskraft über die edlen Metalle im internationalen Verkehr nicht unterschieden.“

Doch diese Ausführungen haben eigentlich im Rahmen dieser Arbeit keinen Wert, da sie uns ja nicht unmittelbar notwendig sind, um beurteilen zu können, ob Lists Theorien schon in diesen ersten Jahren seiner publizistischen Tätigkeit wurzeln. Dasselbe gilt auch von seinen Äußerungen über die Kontinentalsperre. Immerhin sind die Gegenstände doch wichtig genug, um auch hier kurz erörtert zu werden. List hat sich ja in seinen späteren Jahren immer darauf berufen, daß ihn die Erkenntnis von den Wirkungen des Wegfallens der Kontinentalsperre auf den richtigen Weg zur Findung seines Systemes geführt habe. Und da muß nun einmal mit aller Entschiedenheit betont werden, daß sich im allgemeinen in der zeitgenössischen Literatur dieselben Beurteilungen der Wirkung der Kontinentalsperre finden. Nicht nur Lists Mitarbeiter und Strebensgenossen wie Weber, und Arnoldi, sondern auch andere Männer, wie Nebenius, waren der Ansicht, daß „die durch die Kontinentalsperre neu entstandenen Industriezweige anfingen seit Aufhebung derselben zugrunde zu gehen durch die Konkurrenz der Ausländer, da dieselben kein Opfer scheuten, um durch Wohlfeilheit der Fabrikate die Konkurrenten an sich zu ziehen.“ Diese „Ausländer“, waren natürlich die Engländer. Zweifelhaft ist dem einen oder dem anderen nur, ob England damals absichtlich blos zu dem Zwecke, die junge deutsche Industrie zu erdrücken, seine Produkte zu Spottpreisen auf den deutschen Markt warf, oder ob es durch die ungeheuren Aufspeicherungen an Waren während der Dauer der Sperre gezwungen war, Absatz zu jedem Preise zu suchen; die Niedermachung der jungen deutschen Industrien also nur eine — allerdings notwendige — Begleiterscheinung war. Sicher ist, daß sich auch List, von der Zeitströmung getragen und beeinflußt,

mit der Ergründung der Ursachen des Elendes des deutschen Handels und Gewerbes seit 1816 beschäftigte. Ich neige zu der Ansicht, daß List später dann selbst diesen ersten Anstoß, den er ja von außen erhalten hat, weit überschätzt hat. Denn hätte List durch die Wirkungen der Aufhebung der Kontinentalsperre auf das deutsche Wirtschaftsleben veranlaßt, wirklich die Gedanken zu seinem 1841 epochemachendem System konzipiert, so müßte man doch in seinen eben besprochenen Denkschriften oder in seinen Aufsätzen im „Organ“ eine leise Spur, einen leisen Anklang seiner späteren Theorien finden können.

Daß dies aber nicht der Fall ist, haben wir ja soeben gesehen. Das ist unser erstes Resultat, das mir von ausschlaggebender Wichtigkeit zu sein scheint. Wie mit einem Schlage vielmehr tauchen plötzlich dann in seinen amerikanischen Veröffentlichungen die Grundlinien seines „Nationalen Systemes“ klar und deutlich hervor. Auf einmal präsentiert er uns eine neue Theorie. List ist nicht der Einzige gewesen, der in der ersten Hälfte der Zwanziger Jahre des XIX. Jahrhunderts an der Richtigkeit der „herrschenden Theorie“ gezweifelt hat. Schon von Soden, Lists Mitarbeiter am „Organ“, schon von Jakob, Adam Müller und andere hatten die Lehren Says und Smiths umgearbeitet, und, den deutschen Verhältnissen entsprechend, hie und da korrigiert oder auch heftig bekämpft. List stand mitten drin. Kein Wunder, daß auch er langsam irre geworden war an der Unfehlbarkeit der importierten Doktrinen. Kein Wunder schon deswegen und vor allem deswegen nicht, weil er ja Kraft seiner angewiesenen Stellung praktisch wirken mußte. Und in der Politik jagt man nicht so leicht bleichen Systemen nach, die keine praktische Lebensfähigkeit besitzen. Die Kaufleute, deren Interesse List zu vertreten hatte, hatten die Wirkungen einer falschen Politik am eigenem Leibe gefühlt, sie protestierten deswegen auch am ersten gegen dieselbe. England war ihnen allen der gemeinsame, gefährliche, abzuwendende Feind, und so wurde List dann in diese erbitterte Gegnerschaft gegen England hinein getrieben. Gerade weil dieses mächtig emporstrebende England in seiner eigenen Handelspolitik all' das nicht tat, was es den anderen Nationen

empfahl oder durch seine Schriftsteller empfehlen ließ, erweckte es Verdacht sowohl an seiner Ehrlichkeit als auch an der Richtigkeit der Lehren, die es auf dem Kontinent einheimisch zu machen suchte. Sein Schaden war es ja nicht, daß ihm und den Interpreten seiner Lehren die deutschen, unfruchtbaren Gelehrten entgegenkamen und so Theorien im eigenen Vaterlande vertraten, die den anders gearteten Verhältnissen des Heimatlandes absolut nicht entsprachen, dasselbe vielmehr bei konsequenter Befolgung dem Ruin entgegenführen mußten. Mitten aus diesen zwiespältigen Verhältnissen kam nun Friedrich List durch sein eigenes Schicksal verschlagen nach einem Lande, das soeben im Vollgenuß seiner jüngst erkämpften Freiheit sich heimisch auf seinem Boden machen wollte. Und in dem Selbstbewußtsein, das blutig umstrittene Unabhängigkeit und Freiheit mit sich zu bringen pflegen, verwarf Amerika all' die unnützen Theorien und suchte dem zum Siege zu verhelfen, das ihm helfen, das ihm praktisch dienlich sein konnte. So vollzogen die amerikanischen Staatsmänner eigene Maßnahmen zur Stärkung ihres Vaterlandes, und es ist kein Wunder, daß sich auch allmählich Männer fanden, die, die praktisch-günstige Wirksamkeit dieser Maßnahmen vor Augen, sich daran machten, die Praxis in die Theorie zu übertragen und ein System zu schaffen, dessen theoretische Grundsätze der Wirklichkeit und dem politischen Leben entsprachen. Freilich in Deutschland war dies Verhältnis gerade umgekehrt. Zu wessen Vorteil, oder besser zu wessen Schaden, hat ja deutlich genug die Geschichte bewiesen. Die deutschen Gelehrten stritten sich noch um die Falschheit oder Richtigkeit derselben Theorie, die Deutschlands Wirtschaftsleben schon nahe an den völligen Ruin gebracht hatte. Da mußte erst der in Amerika geschulte List kommen, um die erhitzten Geister eines Besseren zu belehren. Es ist das eine der vielen Ironien der Geschichte, daß gerade der Mann sein Vaterland retten mußte, den es einst als Landesverräter ausgewiesen hatte! Ob wir Deutsche doch noch einmal klug werden? — oder aber ist es der Gang der Geschichte, deren notwendigen Lauf Niemand aufzuhalten vermag?

Die Tatsachen und Umstände, die Lists tragisches Schicksal ausmachen und bedingen, sind ja bekannt. Uns genügt es zu wissen, daß List 1825 sein ihm so über alles teures Schwabenland und damit auch den Kontinent verlassen mußte, um sich in Amerika eine neue Heimat vergebens zu gründen. Interessant ist nun eine Briefstelle, die List auf seiner Reise zum Auswanderungshafen Havre aus der Normandie schon niederschrieb. „Ich habe sie (die Ad. Smithsche Theorie) schon in den für den Handelsverein verfaßten Aufsätzen bekämpft; aber der Gegenstand verdient, daß man ihn besonders bearbeitet und dabei die eigenen Worte des Stifters zugrunde legt.“ Daß List mit vielen Anderen Zweifel aufgestiegen waren, hatte ich oben schon feststellen können. Manches von der herrschenden Theorie hatte er schon nach Vorangang Anderer zurückgewiesen, aber noch ist ihm in Deutschland nicht klar geworden, wie man an die Stelle der alten, falschen Theorie eine neue, richtige setzen könne. Die Kritik hat schon überall angesetzt, aber die einzig gute Kritik, die auch zugleich positiv Neues leistet, war in Deutschland damals noch nicht geboren und ist nie bei uns geschaffen worden. List scheidet von Europa mit der Absicht, die Lehren eines Smith einer kritischen Durchsicht zu unterziehen und mit dieser ausgesprochenen Absicht kommt er dann nach Amerika, wo gerade diese Listsche Absicht schon in die Tat umgesetzt war, wo sich schon große Parteien dieser Aufgabe gewidmet hatten!

Doch noch eines möchte ich gleich hier festgestellt haben. Es handelt sich für mich in dieser Untersuchung um den Theoretiker List! Ich will nachweisen, daß erstens List in Deutschland, also vor Amerika, noch in den ausschlaggebenden Punkten mit der herrschenden Theorie einen Weg ging und daß er sich in der Kritik mit Anderen zusammenfand, die teils lange vor ihm, teils neben ihm die Fehler der nationalökonomischen Lehren sich aufzudecken bemüht hatten und sich bemühten. Zweitens will ich versuchen festzustellen, wo die dann in Lists amerikanischen Arbeiten plötzlich auftauchenden Grundzüge seines neuen Systemes sich schon in der amerikanischen Literatur finden lassen. Daß Friedrich List in seiner

Stellung England gegenüber nie die Front gewechselt hat, ist selbstverständlich und ist auch nie in Frage gestellt worden. Der Politiker List ist sich in seiner Färbung, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, immer derselbe geblieben, wenn er auch, den Gang der Verhältnisse entsprechend, über dieses oder jenes politische Ereignis dann sein Urteil gemodelt hat. Unter diesem Gesichtswinkel gefaßt, ist es um so leichter zu erklären und zu verstehen, daß List gern und sofort diejenige amerikanische Literatur in sich aufnahm, welche seiner politischen Auffassung nicht nur nicht entsprach, sondern noch mit einem festen logisch aufgebauten System umgab, das in seiner exakten Durchführung und seinem Ausbau vielleicht noch mangelhaft, doch eben die Grundpfeiler einer neuen wirtschaftlichen Auffassung abgab. Es mag nicht nur, sondern es muß sogar so als ein Glück angesehen werden, daß List gerade zu einer Zeit in Amerika landete, wo die amerikanische Volkswirtschaft sich zu einer neuen Struktur durchrang, wo die Frage ob Freihandel oder Schutzzoll nicht nur einen theoretischen, sondern einen politisch äußerst wichtigen Streit entfacht hatte, ja daß, je nach Ausgang dieses Kampfes, es sich für die junge amerikanische Nation darum handelte, ob sie in Zukunft auch in wirtschaftlicher Beziehung eine eigene, fest in sich geschlossene Nation sein wollte und konnte oder nicht. Das alles ist wichtig. Ja ich meine sogar, daß der, welcher sich diese gegebenen amerikanischen Verhältnisse für List nicht ganz klar gemacht hat, nie die Listschen „Briefe“ ganz verstehen kann. Wie alles beinahe, was List veröffentlicht hat, griffen auch diese seine Abhandlungen in eine augenblickliche politische Situation ein. Sie waren für den Moment geschrieben, sie sollten an ihrem Teil auf eine Frage klärend wirken, die die Geister mächtig entflammt hatte. In diesem Sinne war auch die Aufforderung an List von Ingersoll, dem Präsidenten der pennsylvanischen Gesellschaft zur Beförderung der Manufaktur, ergangen. Eine wirtschaftliche Partei wollte eine politische Maßnahme eingeführt wissen, und so suchte sie Männer für sich zu gewinnen, die publizistisch ihre Interessen vor dem großen Publikum und vor dem Parla-

mente vertreten konnten. Es muß hier erwähnt werden, daß List durch Lafayettes, des amerikanischen Freiheitshelden, liebenswürdige und freundschaftliche Bemühungen bald in Amerika mit den führenden Geistern der jung aufstrebenden Nation bekannt geworden war. Festgestellt muß ferner werden, daß seit der Tarifakte von 1816 die wirtschaftlichen Parteien zugleich auch politische geworden waren. Damals hatte der heiße Kampf um Freihandel oder Schutzzoll das amerikanische Leben zum erstenmal aufgeregt und in seinen Bann gezogen. Und wie rücksichtslos das politische Ringen zu werden pflegt, wenn wirtschaftliche Interessen dasselbe erregen, ist ja bekannt. Schon nach 1824 war die brennende handelspolitische Frage reine und nur Parteisache geworden. 1827 mußte ja auch die amerikanische Wollindustrie infolge der englischen Maßnahme der Herabsetzung des Zolles auf Rohbaumwolle bei der Einführung derselben in England eine schwere Krisis durchmachen. So machte man die großartigsten Anstrengungen, um den amerikanischen Tarif zu erhöhen, um die englischen Maßnahmen unschädlich zu machen und um England andere Begünstigungen abzuzwingen. Dabei aber stieß man seitens der Industriellen auf die Abneigung der großen Mehrzahl der freihändlerisch gesinnten Kongreßmitglieder sowohl als die der Bürger im allgemeinen. Noch war ja die blutig errungene Freiheit zu jung, um nicht auch die Handelsfreiheit als Segment der politischen und staatsrechtlichen anzusehen. Dazu kam wohl auch, daß die freihändlerischen Schriften eines Smith und Say und Ricardo Alles erdrückten durch den Glanz des Namens ihrer Verfasser, was etwa von schutzzöllnerischer Seite geschrieben wurde. Wichtig ist eben wieder, daß sich in diesem Kampfe die wissenschaftliche Seite nicht von der praktischen trennen ließ. Dies leiht dann auch der bald näher zu besprechenden Listschen Schrift ihr eigentümliches Kolorit. List selbst war ja auch kein Professor, sondern ein Politiker. Immerhin ist es interessant, bei Häußer zu erfahren, daß unser List ein dickleibiges Buch über die brennende, nach einer Lösung förmlich schreiende, politische Tagesfrage schreiben wollte, bis ihm diesen Plan der Ameri-

kaner Ingersoll gründlich ausredete. Wir freilich von unserem Standpunkt müssen bedauern, daß statt des gelehrten, mit Zitaten und Quellenangaben ausgestatteten Listschen Buches ein paar flüchtig hingeworfene Briefe entstanden, die ohne jeden wissenschaftlichen Apparat den Charakter einer Flugschrift annahmen. So müssen wir denn selbst mühsam nach der Literatur suchen, die List zur Ausarbeitung seiner Schrift benutzt hat. Freilich einen kleinen Anhalt gibt er uns in einer Stelle am Anfang des 1. seiner „letters", die folgendermaßen heißt: . . „Nachdem ich die verschiedenen Denkschriften der Philadelphia-Gesellschaft für die Beförderung nationaler Industrie durchgelesen habe, die verschiedenen Reden, die auf dem diesbezüglichen Kongresse gehalten wurden, Niles Register etc. etc., wäre es nur eine Anmaßung meinerseits, wollte ich versuchen, das praktische Material zu ergänzen, das von den ersten Politikern der Nation so geistreich und scharfsinnig beleuchtet worden ist." Das alles ist scheinbar nur praktisch-statistisches Material und Niles Register mag neben Sammlung solchen Materiales noch etwa die einschlägige Literatur registriert haben. Sollte doch in diesem „Register" auch das Buch eines Mannes angezeigt sein, das uns noch näher zu beschäftigen haben wird. Das Angeführte ist Alles, was wir aus Lists eigenem Munde über die Quellen seiner Arbeit wissen. Annehmen und als selbstverständlich voraussetzen müssen wir wohl, daß List sich über die einschlägige Literatur fortlaufend unterrichtet und so dieselbe gekannt hat. Mit diesen Feststellungen mag es zunächst genügen.

Mit Bedauern muß ich hier nur berichten, daß es mir leider bisher nicht möglich gewesen ist, die Artikel Lists, die er während seiner amerikanischen Redaktorzeit an den „Adler" schrieb, einzusehen und für meine Zwecke durchzustudieren. Ich hoffe aber, aus bestimmten, hier nicht weiter zu erörternden Gründen annehmen zu dürfen, daß diese Artikel nichts wesentlich Neues bringen, was nicht auch in diesen Briefen stünde, die ich demnächst besprechen muß.

Und nun zu diesen Briefen selbst. Auch hier wieder muß es bedauert werden, daß der Inhalt derselben in Deutschland

bisher so wenig bekannt war. Häußer nennt zwar die Briefe und gibt auch ein kleines Referat, das aber so knapp ist, dass es nicht den Anspruch machen kann, zu einer wissenschaftlichen Arbeit als authentisches Material benutzt zu werden. Häußer war eben doch zu sehr Historiker, um bei Herausgabe des II. Teiles der Listschen Schriften einzusehen, daß es für die richtige Beurteilung der theoretisch-wissenschaftlichen Leistungen, vor allem aber zur Beurteilung der Entwickelung des Listschen Systemes, unbedingt notwendig sei, diese erste, flüchtige Niederlegung des gefeierten „Nationalen Systemes“ mit zu veröffentlichen. Daß nicht schon früher diesen Listschen „Briefen“ nachgespürt worden ist, ist wohl genügend damit erklärt, daß man zur Zeit der wirtschaftsstatistischen Epoche unserer Wissenschaft für die Dogmengeschichte derselbe keine Zeit übrig hatte.

Von vornherein erklärt nun List in der ersten Abhandlung seines „outlines of a new system of political economy“, die er am 10. Juli 1827 in der „National-Zeitung“ von Philadelphia erscheinen ließ, daß er nicht das praktische Material des Harrisburger Kongresses vermehren wolle, sondern sich allein auf die Widerlegung der Theorie Ad. Smith u. Co., deren Grundirrtümer noch nicht so klar erfaßt worden seien, als sie es sein sollten, beschränken zu wollen. Denn diese Theorie gäbe den Gegnern des amerikanischen Systemes die geistigen Waffen in die Hand. Es sei auch Pflicht der Generalversammlung zu Harrisburg, diesem Smithschen Systeme den Krieg zu erklären, indem sie Schriftsteller einlade, die Falschheiten der Smithschen Lehre aufzudecken und indem sie volkstümliche Vorträge über das amerikanische System einrichte und für Förderung des amerikanischen Systemes in Schulen, Universitäten u. s. w. Sorge trage. Dies Alles sei um so notwendiger, als jetzt das Coopersche Werk das einzige Elementarbuch der Jugend sei, ein Buch, das alle Männer des Kongresses und Förderer des amerikanischen Systemes als Idioten brandmarke, da sie die Industrie durch Zölle fördern wollten, wenn doch die Waren billiger vom Auslande zu beschaffen seien. Die Vereinigten Staaten könnten sonst eventuell an einem Druckfehler zugrunde gehen

„indem sie sich auf das gefeierte System von A. Smith verlassen." Er selbst wolle in strengen Beweisen diesen falschen Theoretikern zu Leibe gehen, und er habe zunächst gefunden, daß die Bestandteile der politischen Ökonomie folgende seien: 1. individuelle Ökonomie, 2. National-Ökonomie, 3. Ökonomie der Menschheit. Smith habe nur die Einzelwirtschaft und die Weltwirtschaft behandelt und nur gelehrt, wie der Einzelne in Gesellschaft mit anderen sich Reichtum verschaffe, vermehre und konsumire und habe dabei ganz vergessen, wovon der Titel seines Buches „wealth of nations" zu handeln versprochen habe. Unter der Annahme, daß die menschliche Rasse nicht in Nationen geschieden sei, enthalte sein Buch entschieden große Wahrheiten. „Wenn der ganze Erdball geeint wäre durch eine Union, gleichwie die 24 Staaten von Nordamerika", meint List in seiner populären Schreibweise, „so würde der Freihandel in der Tat ebenso natürlich und wohltätig sein, wie er es jetzt innerhalb der Union ist." Dieser Stand der Dinge sei zwar sehr ersehnenswert und ehrenvoll für das Herz eines Philosophen — sei aber nicht der Zustand der gegenwärtigen Welt. Er selbst glaube auch in der Tat „es sei eine Forderung der Vernunft, daß die Nationen ihre Zwistigkeiten nach einem Gesetze schlichten, wie es jetzt die Vereinigten Staaten unter einander tun. Aber was würde man wohl von einem Kriegsminister denken," fährt List in bekannter Argumentation fort, „der abrüste deshalb, weil die Menschheit ohne Krieg glücklicher wäre?" Einem solchen Kriegsminister aber seien diejenige zu vergleichen, die das A. Smithsche System kritiklos annähmen, ihre nationalen Interessen fremden Interessen aufopferten, weil in einem vollkommneren, aber durchaus eingebildetem Zustande der menschlichen Rasse der Freihandel eine Wohltat für die Menschheit sein würde. Sicher sei Smiths Verdienst um die Wissenschaft ein großes — aber Smith habe eben die besondere Wirtschaft der Nation zu behandeln vergessen; dies aber sei Pflicht der Nationalökonomie.

Hat hier List in großen Zügen sein Programm entwickelt, so betont er in dem II. Briefe, daß mit dem Festhalten der obengegebenen Dreiteilung die Wissenschaft „ans Licht ge-

gebracht sei." Die Verschiedenheit der Lehren und Forderungen der Einzel-National- und Weltwirtschaft sei festzuhalten, sonst könne man mit Dr. Cooper dazu kommen, Politik nicht als einen Teil der politischen Ökonomie aufzufassen und somit blos von kosmopolitischer Ökonomie zu reden. Der Begriff „nationale Ökonomie" aber entstehe von selbst mit dem Begriffe der Nation. Eine Nation faßt hier List als das Bindemittel zwischen Individuen, die im Besitze einer gemeinsamen Regierung, gemeinsamer Gesetze, Rechte, Institutionen, Interessen, einer gemeinsamen, ruhmreichen Geschichte, gemeinsamer Verteidigung und Sicherheit ihrer Rechte, Reichtümer und Leben, eine Körperschaft bilde, frei und unabhängig mit Bezug auf andere unabhängige Körperschaften nur den Vorschriften ihres eigenen Interesses folgend, und im Besitze der Macht, die Interessen derjenigen Individuen zu regulieren, welche diese Körperschaft bilden, um so die größtmögliche gemeinsame Wohlfahrt im Inneren und die größtmögliche Sicherheit anderen Nationen gegenüber zu schaffen. Ziel dieser nationalen Wirtschaft sei Reichtum und Macht zu schaffen. Daher seien ihre leitenden Grundsätze nicht nur ökonomische, sondern auch politische. Denn Macht sei für eine Nation zunächst wichtiger als Reichtum und da Macht den Reichtum sichere und der Reichtum die Macht erhöhe, so — zögen Macht und Reichtum zu gleichen Teilen Nutzen aus einem harmonischen Zustande des Ackerbaues, Handels und der Industrie innerhalb der Grenzen des Landes selbst. Ohne diese Harmonie gäbe es keine mächtige und reiche Nation. Aber es sei erstens fraglich, ob die Regierung ein Recht habe, den Betriebsfleiß des einzelnen zu beschränken, und so die 3 Zweige des nationalen Betriebsfleißes zur Harmonie zu bringen und zweitens sei es fraglich, ob die Regierung gut tue, wenn sie es in ihrer Macht habe, die Harmonie durch Gesetze und Beschränkungen zu schaffen. Auf die 1. Frage antwortet List, es sei nicht nur Recht, sondern Pflicht der Regierung, und bezüglich der Zweckmäßigkeit, diese Harmonie dadurch zu schaffen, daß man fehlende Industrien durch Schutzzölle ins Leben rufe, so hänge die Entscheidung dieser Frage von dem Zustande jeder einzelnen

Nation ab. Es gäbe unter den Individuen genau so auch unter den Nationen natürlich Riesen, Zwerge, Jünglinge, Greise, Krüppel, abhängige oder anders beschaffene Nationen und für eine jede dieser Art sei die oben aufgeworfene Frage besonders zu entscheiden. Man könne nicht Amerika und England über einen Kamm scheren; denn die englische Nationalökonomie suche zu erdrücken, die amerikanische habe es lediglich darauf abgesehen, Amerika unabhängig zu machen. Habe er so den fundamentalen Irrtum von Smith und Say erläutert, schließt List den II. Brief, der darin bestehe, kosmopolitische Ökonomie mit politischer zusammengeworfen zu haben, so werde er in den folgenden zu zeigen versuchen, warum irrtümlicherweise diese gefeierten Autoren behauptet hätten, der Reichtum und die Industrie einer Nation könnten nicht durch Beschränkungen vermehrt werden.

Sähen nun die falschen Theoretiker, fährt List im III. Briefe fort, die Taten eines Eduard III., Colbert, Turgot, Hamilton usw. als solche von Dummköpfen an, und sei er selbst auch bis zu seinem reifen Mannesalter Anhänger dieser falschen Theoretiker gewesen, so habe ihn erst die traurige Wirkung der Aufhebung der Kontinentalsperre auf das wirtschaftliche Leben Deutschlands davon überzeugt, daß die Maßregeln der genannten Männer nicht ganz so töricht gewesen seien als Smith usw. meinten, und er habe sich vorgenommen, von der Unfehlbarkeit der alten Theorie abzugehen und an der letzteren zu zweifeln. So habe er denn in Deutschland schon für ein System deutscher Nationalökonomie gekämpft. List schildert nun kurz seine Tätigkeit als Konsulent, wobei ihm manche Entstellungen unterlaufen und die Schritte der Regierungen, um ein nationales System praktisch durchzuführen. Sodann beschuldigt er Canning und Huskisson der Spiegelfechterei; beide seien nur deshalb Anhänger und Lobredner Smiths und Says, um die anderen Nationen mit dem falschen System zu übertölpeln und so die englische produktive und politische Macht allmächtig in der Welt zu machen. Dies sei der Zweck und das Ziel des Edenvertrages; wie es Zweck und Ziel des Methuenvertrages gewesen sei. Zugleich mit dieser Aufdeckung des falschen Spieles

des Mr. Cannings und Mr. Huskisson warnt er die Amerikaner vor einer Teilnahme an der Begeisterung des Präsidenten Cooper für die beiden englischen Minister. Und dann erörtert er den Grund der hohen Autorität des Smithschen Werkes. Auch hier gibt List das Verdienst Smiths zu und fährt dann fort: „Diktiert von einem Geiste des Kosmopolitismus wurde es (des S. Werk) von einem Zeitalter des Kosmopolitismus aufgegriffen.“ Überdies habe es den schwächeren Nationen einen guten Trost geboten; da diese letzteren nicht ein nationales System sich hätten schaffen können, hätten sie anstatt an die Bayonnette an das geliebte System des Freihandels appelliert, um sich zu verteidigen. Und nicht zuletzt habe die Einfachheit des Smithschen Systemes, das in den 3 Worten „let it alone“ zusammen zu fassen sei, seinen Erfolg begründet. Aber die Zeit sei kosmopolitischen Institutionen und dem allgemeinen Freihandel jetzt nach der französischen Revolution und der Emanzipation der südamerikanischen Republiken alles weniger als geneigt und reif: „Zuerst muß festgestellt werden,“ sagt List am Ende des III. Briefes, den er selbst eine lange Abschweifung nennt, „ob das soziale System Napoleons oder das Englands oder das der Vereinigten Staaten auf Erden sich behaupten wird. Es können noch mehrere Jahrhunderte vergehen, ehe diese Entscheidung getroffen ist, und diejenigen, die ernstlich so handeln, als ob sie schon wirklich getroffen wäre, mögen sehr ehrenhafte, sehr hochherzige Menschen sein, aber sie sind kurzsichtige Politiker. Indem sie wünschen, der Sache der Menschheit zu dienen, ruinieren sie ihr Land.“

Im folgenden IV. Briefe will nun List die Hauptstützpfeiler des Systemes der Herren Smith und Say angreifen, indem er die Aufgabe, weniger wesentliche Punkte zu attakieren, jenen überlassen will, die sich nicht in der Lage fühlen, das ganze Gebäude umzustürzen. List wirft seinen Gegnern vor, sie hätten das Endziel der politischen Ökonomie mißverstanden. Dieses bestände nicht darin, Produkte zu gewinnen und diese gegen einander auszutauschen, sondern darin „produktive und politische Macht vermittelst des Austausches mit anderen Nationen zu gewinnen, oder das Sinken der produktiven und

politischen Macht zu verhindern, indem man diesen Austausch beschränkt." Smith und Co. hätten fälschlicherweise den Betriebsfleiß eines Volkes bloß auf den Kapitalswert beschränkt oder auf den Vorrat an Produkten und dabei vergessen, daß die Produktivität des Kapitales von den von der Natur zur Verfügung gestellten Mitteln und von den intellektuellen und sozialen Verhältnissen einer Nation abhänge. Der allgemeine Ausdruck Kapital für den vorhandenen Vorrat von Produkten sei auch ungenügend, denn es gäbe doch 1. ein natürliches, 2. ein geistiges, 3. ein Produktenkapital,[1]) von denen allen zusammen die produktiven Kräfte einer Nation abhängig seien. Mit dieser Auseinandersetzung glaubt List die Grundsätze des neuen Systemes gegeben zu haben und sucht nun mit praktischen Beispielen die Richtigkeit desselben zu beweisen. Wenn Say behauptet habe, die Ausgestaltung der Produktivkräfte könne nur durch den Freihandel und die Vermehrung des Kapitales bewerkstelligt werden, so gibt List zu, diese Behauptung sei teilweise richtig, nämlich nur für die Individual- und für die kosmopolitische Ökonomie, nicht aber für die politische Ökonomie, denn erstens tendierten Bevölkerung, Kapital und produktive Gewandtheit immer dahin, sich überall hin auszubreiten und vor allem stets dahin zu gehen, wo Mangel an ihnen wäre, zweitens sei es nicht wahr, daß die Produktivkräfte einer Nation durch ihr Produktenkapital beschränkt sei. Der größere Teil der Produktivkraft bestehe, betont hier List wieder, in der intellektuellen und sozialen Lage der Einzelnen; was List geistiges Kapital nennt. Ferner sei allein die Frage zu untersuchen, ob eine Nation: a) infolge ihrer natürlichen Hilfsmittel ihre Produktivkraft steigern könne, b) ob es bei ihrem gegenwärtigen geistigen Kapital vernünftigerweise erwartet werden könne, daß sie die nötige Gewandtheit erwerben kann, um in kurzer Zeit ihre Produktivkraft durch Fabrikanlagen auszugestalten und ob sie politische Macht genug besitze, die letztere auch zu beschützen c) ob Produktenkapital genug vorhanden sei, um gute Fortschritte zu machen. Alle 3 Fragen beantwortet List dann bejahend für Amerika. Schließ-

1) Cf. S. 96.

lich wäre aber die alte Theorie irrig, wenn sie behaupte, es sei unökonomisch, momentane Opfer an Werten zu bringen, um eine künftige Produktivkraft sich zu erwerben. Damit unterschätze sie die Vorteile, die aus einer vollkommneren „Nationalökonomie“ einer Nation erwüchsen. Die genannte Behauptung sei ebenso falsch wie die, Einfuhrzölle brächten den Fabrikanten ein Monopol. Früher hätten wohl Schutzzölle solche Monopole hervorrufen können, aber nicht mehr jetzt, wo die innere Konkurrenz bald die Monopole aufheben werde. Ja, fährt List fort, 5. könne man auch durch politische Maßregeln (Prämienerteilung etc.) Kapital und Gewandtheit von auswärts in ein Land, das an diesen Mangel leide, hereinziehen. Gerade Amerika hätte hierfür besondere Anlagen. Er schließt dann diese Abhandlung mit den Worten: „Die Union kann nur mächtig werden, wenn sie das Fabrikinteresse fördert, das, glaube ich, ist die wahre amerikanische politische Ökonomie.“

Am Beginn des nächsten V. Briefes stellt List nun die 3 Lehrsätze auf: 1. Jede Nation habe ihre eigene politische Ökonomie, 2. Individualökonomie sei nicht politische Ökonomie, 3. politische Ökonomie sei nicht kosmopolitische Ökonomie. Brief V bringt den Beweis für die 1. Behauptung, Brief VI beschäftigt sich mit No. II und Brief VII und die folgenden suchen die 3. These zu erhärten. In dem V. Briefe zeigt sich zunächst Lists relativer Standpunkt. Er wirft nacheinander die Fragen auf: ob das Wachsen der Bevölkerung den Zweck der politischen Ökonomie befördert oder die Arbeit; ob Beschränkungen in allen Ländern in gleicher Weise wirkungsvoll und ratsam seien; ob Kanäle und Eisenbahnen, ob Maschinen, neue Erfindungen, starke Konsumtion und Sparsamkeit für jedes Land von Vorteil seien, ob Advokaten, Ärzte, Prediger, Richter, Gesetzgeber, Verwalter, Literaten, Lehrer, Musiker, Spieler, ob die Einfuhr von Geld die Produktivkräfte überall vermehrten? Und er kommt zu dem Schlusse, daß jede einzelne Nation gemäß ihrer besonderen wirtschaftlichen kulturellen und sozialen Verhältnisse ihren besonderen Weg bei der Entwickelung ihrer Produktivkräfte verfolgen müsse.

„Individualökonomie ist nicht politische Ökonomie“ lautet

die Uberschrift des VII. Briefes. Ein Individuum setzt hier List auseinander, sorgt allein für sich selbst und die gegenwärtigen Bedürfnisse; die Nation dagegen sorgt für die Mehrzahl ihrer Mitglieder und für die Zukunft usw. Ein Einzelner, der sein eigenes Interesse fördere, mag das allgemeine Interesse schädigen; eine Nation, die das allgemeine Wohl fördert, mag das Interesse eines Teiles ihrer Mitglieder stören. Im Interesse aller müsse sich der Einzelne Einschränkungen gefallen lassen, denn „Einzelne, ohne die Regeln einer Gemeinde sind Wilde." „Gewiß" meint List, „es ist eine schlechte Politik, alles zu regulieren und alles zu fördern durch Verwendung sozialer Macht, wenn die Dinge sich selbst besser regulieren können und besser gefördert werden können durch Privatanstrengungen; aber es ist eine nicht weniger schlechte Politik, jene Dingen ihren Lauf nehmen zu lassen, welche nur durch das Dazwischentreten der sozialen Macht gefördert werden können." Das laissez faire, laissez passer wäre nur dann richtig, wenn der Einzelne immer das Interesse der Gesamtheit verfolge, aber daß dies nicht der Fall ist, lehrten unendlich viele Beispiele. Möge auch der einzelne oft leiden — die Nation könne doch blühen. Ein Einzelner vermöge schon durch Sparsamkeit reich zu werden, eine sparsame Nation aber würde verarmen. Aber ohne nationale Macht gäbe es ferner keine Sicherheit, kein Geld, keine Flotte, keine Eisenbahnen usw. Eine Nation, die alles gehen ließe, wie es mag, würde Selbstmord begehen. Und nun kämpft List gegen die alte Theorie und gegen Cooper, die nicht nur nicht die Nation als solche verkannt, sondern die Existenz von Nationen überhaupt geleugnet hätten. Die Absurdität der Cooperschen Behauptung: Nation sei nur eine grammatikalische Erfindung, zu widerlegen, fällt List dann nicht schwer.

Der folgende Brief gilt nun dem Beweise des Satzes, politische Ökonomie ist nicht kosmopolitische. Die Geschichte schiene beweisen zu wollen, schreibt List zunächst, es sei im Plan der Vorsehung gelegen, die Lage der menschlichen Rasse zu verbessern und ihre Macht und ihre Fähigkeiten durch einen ewigen Kampf zu heben. Und was von dem politischen Kampfe

gelte, könne auch von dem industriellen gesagt sein. Es sei doch zum mindesten zweifelhaft, ob bei allgemeinem Freihandel die Produktivkräfte in gleicher Weise gefördert würden, wie bei dem industriellen Kampfe der Nationen. Dem Ideale der allgemeinen Handelsfreiheit jedoch in den jetzigen Verhältnissen die eigene Stärke und Unabhängigkeit zu opfern, widerspreche dem Selbsterhaltungstriebe und damit dem ersten Grundsatze jeder Politik. Wenn auch die Anhänger der alten Theorie, Cooper besonders, meinten, kein Handelszweig, keine Manufaktur sei einen Krieg wert, so wäre es doch wohl leicht, die Torheit dieses Satzes einzusehen. Der Handel verlange ebenso wie Agrikultur und Manufaktur einen starken Schutz gegen fremde Angriffe, selbst wenn dieser Schutz dem Lande große Opfer bringen würde. Und die Manufakturkraft bedürfe um somehr eines sichernden Schutzes, weil sie ebenso wie die Seemacht nur durch langdauernde Anstrengungen erworben werden könne. Und nun entwickelt List die Hindernisse, die einer jungen, aufstrebenden Industrie im Wege stehen, wie jeder einzelne Fehlschlag alle anderen neuen Unternehmungen desselben Landes zugleich entmutige usw. Das Gegenteil hiervon aber herrsche in Ländern, wo die Manufaktur schon lange betrieben werde. Da seien gelernte Arbeiter, der nötige Kredit und die notwendigen Anstalten usw. in Menge vorhanden, sodaß eine neue Unternehmung leicht existieren könne. Ein neues Land sei überdies umso weniger in der Lage gegen die Manufakturmacht eines alten Landes anzukämpfen, je mehr der innere Markt dieses alten Landes durch Zölle geschützt sei und jemehr seine Konkurrenz in dem neuen Lande durch Rückzölle und durch ein Fehlen von Zöllen in dem letzterengestützt sei.

Brief VIII erörtert nun die Vorteile, die ein vernünftiges Tarifsystem gewährt. List kennt 4 große Vorteile: 1. durch Sicherung des inneren Marktes für unsere Industrie werde die Fabrikationskraft selbst gesichert gegen alle Ereignisse, Preisschwankungen und gegen jeglichen Umschwung in den politischen und ökonomischen Zuständen anderer Nationen; 2. werde durch ein derartiges System nicht nur die Fabrikationskraft für die Versorgung unserer eigenen Bedürfnisse für alle Zeiten

gegen Wechselfälle und Ereignisse im Auslande gesichert, sondern es werde unserer Fabrikationskraft auch eine Überlegenheit in der Konkurrenz mit anderen, die diesen Vorteil in ihrem eigenen Lande nicht genossen, geschaffen. Aus der Beweisführung dieses 2. Satzes kommt List zu dem Resultate: Smith und Say hätten ganz mit Unrecht Zölle, Rückzölle, Schiffahrtsgesetze: Monopolien genannt, sie seien es nur im kosmopolitischem Sinn, indem sie einer ganzen Nation ein Privilegium für gewisse Industriezweige verschafften. 3. sei es falsch zu behaupten, Zölle erlegten den Zwang auf, Waren im Inlande teurer herzustellen als wir dieselben Waren ohne Tarifsystem im Auslande kaufen könnten: „Nur für wenige Jahre kaufen wir billiger von fremden Ländern", lehrt List, „aber für Menschenalter kaufen wir teurer — wir kaufen billig für die Zeit des Friedens, aber wir kaufen teurer für die Zeit des Krieges — wir kaufen offenbar billiger, wenn wir die Preise nach ihrem augenblicklichen Geldwerte schätzen, aber wir kaufen unvergleichlich teurer, wenn wir die Mittel schützen, mit denen wir in Zukunft kaufen können." Smith und Say hätten eben nur den Gewinn an Produkten bei dem Austausch von Produkt gegen Produkt ins Auge gefaßt, aber nicht die Ursachen des Steigens und Fallens der Produktivkräfte einer Nation berücksichtigt. Und 4. endlich bringe ein vernünftiges Tarifsystem die Stetigkeit in der Verfolgung eines gewissen Industriezweiges, der einmal für nötig erachtet und für praktisch befunden worden sei. Diese Stetigkeit als Ursache des nationalen Gedeihens hätte die alte Theorie vollkommen übersehen. „Eine der ersten Absichten, die eine Nation in ihre Ökonomie aufzunehmen hat, ist daher," so meint List und damit sind wir am Kernpunkte seiner Arbeit angekommen, „durch politische Maßnahmen eine Stetigkeit zu bewirken, um, soviel es möglich, jeden Rückschritt zu verhindern; und das Hauptmittel zur Erlangung dieser Stetigkeit ist ein vernünftiger Tarif." Eine Nation, so schließt List diesen ersten Teil seiner Briefe, „die ihre Industrie dem geringsten Sturm von außen preisgibt, wie kann sie mit einer Nation konkurrieren, die ihre Etablissements für alle Zukunft schützt?"

In seinem „Anhange zu dem Umriß einer amerikanischen Ökonomie“ in 3 Briefen (IX—XI) fährt List fort das Thema: „Politische Ökonomie ist keine kosmopolitische Ökonomie“ abzuhandeln. In dem ersten dieser weiteren Briefe kritisiert er eingehend die englische Politik seiner Zeit, wie sie von den damaligen englischen Ministern Canning und Huskisson vertreten wurde. Er hat wenig theoretischen Wert. List versteigt sich hier wieder zu der Behauptung, beide genannten Männer gebrauchten das Smithsche System nur, um die anderen Völker zu übertölpeln. England sei weit davon entfernt, selbst nach den Grundsätzen dieses Systemes zu handeln; sein Ziel wäre es immer und immer, die Manufaktur und den Handel seines eigenen Landes und dabei seine Flotte und seine politische Macht hoch hinaus über die Möglichkeit eines Wettbewerbes seitens anderer Nationen zu heben und immer passe England sein Benehmen wohlweislich den besonderen Umständen an, indem es zu einer Zeit und an einem Orte liberale Grundsätze angewandt habe, zu anderer Zeit und anderswo Gewalt oder Geld, um so entweder die Freiheit zu fördern oder zu unterdrücken. Ziel der Mr. Canningschen Politik sei aber — und dies sagt List zur Warnung Amerikas — den kontinentalen Mächten in ihrem Bestreben, eine eigene Manufaktur zu erschaffen, entgegenzuarbeiten und den südamerikanischen Markt zu monopolisieren.

In seinem vorletzten Briefe behandelt dann List den Satz: „Eine Nation kann abhängig werden, sowohl durch ihre Ausfuhr als auch durch ihre Einfuhr von anderen Nationen, und ein großer Absatz von Rohmaterialien und Nahrungsmitteln an fremde Länder kann öfter eine Quelle des Unglückes, der Schwäche im Innern und der Abhängigkeit von fremden Mächten werden, denn des Gedeihens.“ Canning strebe wohl danach, das englische Parlament zu freier Einfuhr amerikanischen Weizens zu gewinnen, um gegen dieses Äquivalent die amerikanischen Bauern dem Freihandel zu gewinnen und so dann die amerikanische Industrie zu vernichten. List schildert weiter die Gefahren, die aus einem solchen Zustande für Amerika analog dem früherer Fälle erwachsen werden. und

fügt dann hinzu, das kosmopolitische System hätte ebenso vergessen, etwas über die Ursachen des Steigens und Fallens der Bodenpreise und auf die Einwirkung dieses Bodenpreises auf das ökonomische Leben einer Nation zu sagen. Diese Bodenpreise entwickelt dann List seinerseits, seien abhängig von dem wirklichen Marktpreise des Bodens; dieser aber stehe im engsten Zusammenhange mit dem Preise der Produkte. Daher bewirke jede Ursache, die ein Fallen der Preise der Rohprodukte hervorrufe, in gleicher Weise ein Fallen der Bodenpreise und umgekehrt. Daneben behauptet List noch, auch ein Banksystem, das auf den Grund und Boden basiert sei, werde von den Bodenpreisen selbstverständlich affiziert. Stetigkeit des Marktes der Ackerbauprodukte, geschaffen durch ein nationales System, welches große Schwankungen verhindere und zu welchem man nur dadurch gelangen könne, daß man den Bodenprodukten durch eine Manufakturindustrie den heimischen Markt sichere, sei die Hauptsache und Hauptaufgabe einer nationalen Politik.

Der letzte und XI. Brief ist dann wieder einer praktischen Frage gewidmet. Hatte List vorher klar zu machen gesucht, daß ein ausländischer Getreidemarkt, der tagtäglich durch die Verfügungen einer fremden Macht zerstört werden könne, eher eine Quelle der Schwäche als der Macht sei, so sucht er jetzt ausführlich nachzuweisen, daß dies auch der Fall sei mit einem ausländischen Baumwollmarkte, der von einem Lande abhängig sei, das, wie England, durch seine überwiegende Macht in der Lage ist — und durch seine Rivalität gegen andere Nationen veranlaßt wird, — seinen Bedarf nach einer kurzen Zeit von anderen, unterworfenen Ländern zu decken. List erörtert hier also speziell die Verhältnisse des amerikanischen Baumwollenmarktes und kommt zu dem Schlusse: „Die Vereinigten Staaten erwarben sich ihre politische Unabhängigkeit, indem sie sich von England trennten und mit Frankreich sich vereinigten — und auf diesem Wege, nur auf diesem Wege — können sie sich ihre ökonomische Unabhängigkeit erobern."

Dieses in großen Zügen der Inhalt der Listschen amerikanischen Broschüren! Ein flüchtiger Blick genügt wohl, um

sofort den großen und bedeutenden Unterschied dieser Theorie vor der vor 27 vorgetragenen zuerkennen. Wie weit in diesen 11 Briefen das nationale System steckt, wird jeder leicht herausfinden, der das Listsche Hauptwerk auch nur oberflächlich kennt; dies näher zu untersuchen, kann an dieser Stelle natürlich nicht unsere Aufgabe sein. Hier tritt zum erstenmal klar gefaßt das ökonomische Nationalitätsprinzip auf, hier schon finden wir die Theorie der produktiven Kräfte im Gegensatz zu der der Tauschwerte, die Theorie der Werkfortsetzung und Stetigkeit, die Betonung der gesellschaftlichen Zustände usw. usw. Alle die Kapitel, die das 2. Buch des Listschen „nationalen Systemes der politischen Ökonomie . . .“ „Die Theorie“ brachte, sind hier schon vorgebildet. So nennt auch Lepelletier in seinem unten näher zu besprechendem Artikel diese Listschen Briefe „La préface de son Système national d'Ekonomie politique“. Der Theoretiker List ist also in seinem „outlines of a new system of political economy . . .“ ein ganz anderer geworden. Gewiß liegen 6 Jahre ziemlich zwischen seinen Artikeln im „Organ“ und diesen seinen Briefen; 6 Jahre eifrigen Lernens, 6 Jahre praktischer Erfahrung. Und doch — sollte List alles diese Neue selbstschöpferisch aus sich herausgebildet haben? — —

Vorher aber noch einige Zurechtstellungen! Wie ich schon oben gesagt hatte, erschienen diese Briefe zuerst in der „National-Zeitung“ von Philadelphia, von der sie dann in allen großen amerikanischen Zeitungen abgedruckt wurden. Ludwig Häußer belehrt uns nun auf Seite 162 seiner verdienstvollen Listbiographie, auf welche sich dann alle späteren Arbeiten [1]) über Friedrich List berufen, diese 12 Briefe seien unter dem Titel: als „outlines of american political economy in a series of lettres [2]) adressed by F. List Esq. Last professor of political Economy of the University of Tubingen in Germany to Charles J. Ingersole Esq. etc. etc. Philadelphia, Printed by Samuel Parker 1827“ erschienen. Auf Seite 163 sagt aber Häußer,

1) cf. Ehebergs Einleitung S. 123 und K. Jentsch „F. List“, Geisteshelden Bd. 41 S. 58.

2) Muß wohl letters heißen.

die Briefe seien von der pennsylvanischen Gesellschaft als „outlines of a new system of political economy" besonders herausgegeben worden. Unter dem zuerst angegebenen Titel sind aber nur die ersten 8 Briefe erschienen; die Briefe IX bis XI kamen unter dem Titel: Appendix to the outlines of American Political Economy in three additional Letters (IX/XI) addressed by professor F. List .... Philadelphia, Samuel Parker, 1827, heraus. Hier ist demnach Häußer ein Irrtum untergelaufen. Sodann aber enthalten beide Broschüren, vereint, immer nur 11 Briefe. Seltsamerweise spricht List in der Vorrede zu seinem nationalen System auch von 12 Briefen, die unter dem schon des öfteren zitiertem Titel als Propaganda — Broschüre von der Pennsylvanischen Manufakturgesellschaft herausgegeben worden seien. Mir persönlich hat die geeinte Schrift nie vorgelegen. Eine diesbezügliche Anfrage beim britischen Museum in Londou und anderswo ergab auch kein Resultat. List spricht zwar in seinem letzten, also 3. Briefe des „appendix . . .", davon noch einen weiteren Brief verfassen zu wollen, der die Verwendung der Sklaven [1]) im Wirtschaftsleben abhandeln sollte; aber ich konnte nicht feststellen, ob dieser versprochene Brief tatsächlich auch geschrieben worden ist.

Die Briefe erfüllten jedenfalls ihren Zweck. Ingersoll und sein Anhang waren mit List zufrieden und forderten ihn auf, „ein größeres Werk über politische Ökonomie" auszuarbeiten. List machte sich auch tatsächlich an diese Arbeit heran. Noch im Dezember 1827 konnte eine Aufforderung der Buchhandlung zur Subskription auf ein neues Listsches Werk ergehen. Dieses sollte den Titel tragen „The American Economist", sollte in 2 Bänden erscheinen und die Haupttendenz vertreten: „to give to the American System a scientific basis and developement, or in other words, to establish a home made system for home use." Es sollte ein Handbuch werden, im besten Sinne des Wortes. Aber obgleich sich die Pennsylvanische Gesellschaft selbst verpflichtete 50 Exemplare abzu-

1) Übrigens auch ein Thema, das der unten noch näher zu besprechende Raymond vor List gründlich behandelt hat!

nehmen und andere Subskribenten heranzuschaffen, ist die Drucklegung doch nicht zustande gekommen. List berichtet in seiner Einleitung zum „Nationalen System“, daß schon die Einleitung zu diesem neuen Buche gedruckt gewesen sei, da habe sich ihm ein anderes Unternehmen dargeboten, das ihn für lange Zeit verhindert habe, seine Zeit literarischen Beschäftigungen zu widmen. Somit ist wohl sicher, daß das Buch auch nie geschrieben worden ist. Interessant ist nur das eine dabei, daß das Listsche Werk eine systematisch, wissenschaftliche Darstellung der bereits anerkannten amerikanischen Staatspraxis geben sollte. Man möchte mir einwerfen, das verstehe sich von selbst und sei gar nicht so überaus interessant. Und doch war es in Deutschland damals noch umgekehrt. Dort herrschten noch die Männer, die bei Kraus in Königsberg in die Schule gegangen auch die Politik nach einem System umarbeiteten, nach einem wissenschaftlichen System, das in allen seinen vorgetragenen Konsequenzen eben nicht mehr oder besser nie für Deutschland hätte angewandt werden dürfen und sollen. Andrerseits erklärt mir aber diese oben ausgesprochene Absicht des Listschen Buches manches, was mir sonst vielleicht nicht so selbstverständlich wäre. Es war für List nicht zu schwer, sein „neues“ System zu finden. Ein Mann, wie er, der gewohnt war, mit offenen Augen durch die Welt zu gehen, der es sich angewöhnt hatte, aus dem praktischen Leben zu gewinnen, konnte und mußte seine mitgebrachte Anschauung umändern, wenn er die neuen Verhältnisse eines anderen politischen Lebens sowohl erkannt als auch für richtig befunden hatte. Seine Vernunft mußte ihm sagen, daß das, was für das eine Volk richtig sei, nicht auch für ein anderes Volk, das sich in einer anderen Lage befindet, ebenfalls richtig sein muß. Hier wurzelt wohl Lists relativer Standpunkt, der ihm zur Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Wahrheit den Schlüssel lieferte. Das hat auch List eingestanden. Für uns aber, die wir dem Werden seiner Theorie nachspüren, ist dies unbedingt festzuhalten. Und hier liegt ferner auch die Möglichkeit vergraben, Lists Umschwenken in seinen theoretischen Anschauungen nicht nur zu verstehen, sondern demselben auch gerechter zu werden. Das ist

allerdings die weiteste Konzession, die ich den Vertretern der Ehebergschen Richtung zum achen vermag. Daß List von den amerikanischen politischen und volkswirtschaftlichen Bedingungen gelernt, fleißig gelernt hat, ist selbstverständlich; daß sich sein nationalökonomisches Denken in neuen Richtungen und Bahnen bei genauer Durchstudierung der amerikanischen Verhältnisse bewegen mußte und daß er von den „modernen" Strömungen, die er in sich aufnahm und verarbeitete, diejenigen anerkannte, die praktisch nicht nur allein ausschlaggebend waren, sondern die auchbereits wissenschaftliche Verteidiger und Anhänger gefunden hatten, ist aber ebenso selbstverständlich für einen Mann wie List, der noch dazu sich eng mit einer Gruppe amerikanischer Bürger liierte, denen der Sieg dieser „neuen" Richtung nicht nur eine Herzenssache, sondern eine Lebensfrage war. Auch hier wieder muß man Lists soziale Stellung berücksichtigen. Das Listsche Leben war ein besonderes und sein Schicksal ein außergewöhnliches; aber so schwer dasselbe auch auf dem Menschen List manches mal gelegen haben mag — es war doch sein Glück, denn es machte ihn zu dem, was er in der Geschichte ist! Ich möchte in diesem Zusammenhange nun nicht etwa die Frage nach dem kausalen Bedingtsein zwischen dem „Schicksal" und dem einzelnen Menschen erörtern, soviel aber wird man mir wohl zugeben können, daß es nicht immer der Charakter allein ist, der ein menschliches Leben formt, sondern, daß bei der Gestaltung desselben doch oft äußere Momente mitspielen, die außerhalb der Machtsphäre des Individuums stehen. Daß auch in Lists Leben solche „äußeren Momente" eine Rolle gespielt haben, werden mir wohl auch die eingeschworensten Listanhänger zugeben können.

Kurz List kehrte eben in einer anderen Welt ein, die in ihrer Struktur der deutschen doch fremd genug war. Hierauf könnte wenigstens ein geringer Teil der neuen Resultate zurückgeführt werden, die List in diesen seinen dargestellten Briefen bringt.

Noch einmal aber, was ist neu in diesem Listschen „neuen System" — nicht der politischen, sondern der amerikanischen politischen Ökonomie?

Neu ist sein Kampf gegen das Smithsche System in dieser geschlossenen Phalanx, wenn ich so sagen darf. Er hat sich sein bei dem Verlassen Europas gegebenes Versprechen hier in dieser Abhandlung selbst eingelöst. Er sucht jetzt dem Smithschen ein eigenes neues System entgegenzustellen. Die Aufgabe, weniger wesentliche Punkte anzugreifen, will er ja jenen überlassen, die sich nicht stark genug fühlen, das ganze falsche Gebäude jener trügerischen und völkerverderbenden Theorie umzustürzen. Ferner unterscheidet er scharf zwischen individueller, politischer und kosmopolitischer Ökonomie. Diesen Unterschied hatte List in Deutschland noch nicht gekannt, ebenso aber ferner nicht den Unterschied der Theorie der produktiven Kräfte von der Smithschen Theorie der Tauschwerte. Erst so ist ihm auch in Amerika das ökonomische Nationalitätsprinzip (Dühring) klar geworden und von ihm vertreten worden. Daß er schon in Deutschland „nationale Politik“ getrieben habe, beweist hiergegen nichts! Denn ohne seine ebenfalls in seinen Briefen neuvertretene „Schutzzollpolitik“ hat dieses ökonomische Nationalitätsprinzip keinen Sinn. Kannte und forderte List in Deutschland nur ein Retorsionssystem in der Handelspolitik, so tritt er erst jetzt mit der Forderung eines verständigen Tarifes auf zum Schutz des einheimischen Marktes und Gewerbefleißes, zur Entwickelung von jungen Industrien und zur Sicherung der Stetigkeit und Unabhängigkeit der einheimischen Produktion und zur Entfaltung der Harmonie in Ackerbau, Handel und Industrie. Das alles ist neu! Und wir stehen noch einmal vor der entscheidenden Frage ist es möglich, daß List sich alles dieses Neue seiner Anschauungen selbstschöpferisch aus den amerikanischen Verhältnissen gebildet hat? Wenn auch List „die Natur, das große Buch“ war, aus dem er mit Vorliebe und mit besonderem Verständnis seine Belehrungen zog, so möchte dieser Umstand doch kaum genügen, den ganzen großen Unterschied seiner angezogenen vor und in Amerika veröffentlichten Arbeiten restlos zu erklären. Ich vermag es List nicht zu glauben, daß alles dieses plötzlich auftauchende Neue seines ökonomischen Systems nur allein sei „das Ergebnis seiner Betrachtungen über politische Ökonomie, nur das Pro-

dukt seines langjährigen Studiums nicht nur, sondern auch das seiner langjährigen Tätigkeit in seiner Eigenschaft als Rechtskonsulent deutscher Fabrikanten zwecks Erlangung eines Systems deutscher Nationalökonomie." — — Während er Rechtskonsulent war, hatte er dieses „Produkt" in seinem Geiste noch lange nicht geerntet! Ja ich glaubte List vielleicht aber doch, wenn ich mich nicht hätte überzeugen lassen, daß, als List nach Amerika kam, schon ein Buch geschrieben war und in Pennsylvanien gerade in dem List nahestehenden Kreise großen Beifall gefunden hatte, das alles das schon enthält, was List hier als Produkt seines langjährigen Studiums hinstellt, das alle die Gedanken schon lang und breit, so oft gerade systemlos, darstellt, die mir bei List in seinen kurzen skizzenhaft gehaltenen Briefen neu erschienen sind. Doch von meiner Ansicht später; ich möchte erst einmal die sprechen lassen, die sich schon vor mir mit der hier angeschnittenen Frage eingehender oder auch nur flüchtig beschäftigt haben.

Da ist zunächst hervorzuheben, daß man in der Beurteilung des Listschen Lebenswerkes sich nicht einig ist. Treibt die eine Partei ihre zollpolitische Ansicht zu einer Gegnerschaft zu Friedrich List, so beruhen auf der anderen Seite aber auch die lobenden Urteile, die dieser oder jener über Friedrich List und sein Lebenswerk gefällt hat, auf einer persönlichen Sympathie, einer Sympathie, die wohl jeder gerne dem Manne entgegenbringt, der für Deutschland so viel Verdienste beanspruchen darf. Wenn man auch als Wissenschaftler sich die Mühe geben wird, objektiv zu urteilen, so wird man doch allzu leicht in diese „Objektivität" auch seine persönlichen Gefühle mit hineinspielen lassen. Interessant ist es nun, festzustellen, daß Friedr. List, ich möchte beinahe sagen, seine härtesten Gegner gefunden hat auf englischer Seite. Es muß dies ja von den Zeitgenossen Lists leicht verständlich sein, galt er doch diesen als der Vorkämpfer Deutschlands gegen England. Daß sich aber auch neuerdings hervorragende englische National-Ökonomen zu Urteilen hergeben, die nichts weiter als eine absolute Verkennung des Lebenswerkes Friedr.

List bezeichnen, ist wohl auffallend genug. Wenn es jetzt meine Aufgabe sein wird, die Urteile, die man bis zur neuesten Litteratur herauf über List gefällt hat, Revue passieren zu lassen, so werde ich auch einige dieser englischen Kritiken zu berücksichtigen haben.

Zunächst aber möchte ich einmal bei den deutschen Gegnern Lists beginnen:

Soweit auch Leser in seiner Abhandlung in der allgemeinen deutschen Biographie, Band 18 (1883) über das Ziel hinausschießt, so hat doch gerade er in mancher Beziehung ein richtiges Urteil über List gefällt. Er ist wohl auch der erste in Deutschland, der in diesem Zusammenhange von den Listschen Broschüren spricht, die derselbe in Amerika veröffentlicht hatte und Leser ist es auch, der, soweit ich übersehe, in Deutschland zum ersten Male angab, daß die Outlines of a new system zerfallen in 2 Teile, von denen der zweite Teil sich benennt: „Appendix to the outlines.“ Leser urteilt, List sei als wesentlicher Freihändler nach Amerika gekommen; da er aber stets die Praxis der Theorie und Wissenschaft untergeordnet habe, so habe er in seinen zwei oben genannten Broschüren eben im schutzzöllnerischen Sinne schreiben können. Seine Behauptung, List sei vor seiner Amerikafahrt Freihändler gewesen, sucht er mit Stellen aus den Veröffentlichungen Lists zu beweisen, die derselbe in Deutschland vorher veröffentlicht hatte. Über seine erste Denkschrift an dem Frankfurter Bundestag urteilt Leser, die Aufgabe, die List gestellt war, habe er in einem Geiste erfüllt, der sich vollständig von der freien Theorie der Engländer beherrscht zeigte. Nicht auf Begründung eines deutschen Grenzzollsystems, sondern auf die Beseitigung der bestehenden Binnenzölle sei der Nachdruck gelegt. Leser verkennt ebenfalls nicht, daß List in der Handelspolitik nur das System der Retorsionszölle nach Smithschem Vorgange propagiert habe. In politischer Beziehung, so meint Leser, brächte die Denkschrift Lists freiheitliche Gesinnung zum Ausdruck. Aus der Wiener größeren Denkschrift Lists vermag Leser ebenfalls nur eine Bekräftigung seines Standpunktes zu finden. Auch er bezieht sich hier auf die Worte Lists von den traurigen Wirkungen des Merkantil-

systemes, auf die Forderung Lists einer allgemeinen Handelsfreiheit usw. Den Vorwurf, den Leser dann so nebenbei Friedr. List macht, daß, abgesehen „von der Angemessenheit dieses theoretischen Standpunktes“ der Hauptmangel der Angaben darin liege, daß sie zu allgemein gehalten seien und zu sehr an das Gefühl sich wenden,“ vermag ich, wie ich schon oben gezeigt habe, nicht zu teilen. Auch er macht sich dann des weiteren lustig über den Vorschlag Lists, die Zölle an eine Aktiengesellschaft zu verpachten, vergißt aber dabei ganz, daß Friedr List diese Verpachtung der Zölle einem belgischen Vorgange abgesehen hatte. Auch Eheberg, von dem ich später zu handeln habe, versteht diesen Listschen Vorschlag nicht. Vielleicht verzeiht auch er ihm nun, daß er diesen Verpachtungsvorschlag gemacht hat.

Leser nennt zwar in seiner kurzskizzierten Kritik die Listschen amerikanischen Broschüren, scheint sie aber persönlich nicht gekannt zu haben, da er auch mit keinem Worte weiter auf dieselben eingeht. Interessant ist nun wieder zu sehen, wie Leser sich das Neue in diesen amerikanischen Broschüren zu erklären sucht. Er meint, List habe wohl die Unterscheidung der produktiven Kräfte in persönliche Eigenschaften, gesellschaftliche Zustände und materielles Kapital von Say abgeguckt und nennt des weiteren als den Vater der Listschen Ideen den Grafen Soden. Ich persönlich vermag hierin Leser nicht recht zu geben. Es mag sein, daß Soden vor Allen in gewisser Beziehung auf Friedrich List eingewirkt hat — war doch Soden ein ziemlich eifriger Mitarbeiter an dem „Organ“. — Jedoch möchte ich deswegen eine Beeinflussung von Sodenschen Gedanken nicht annehmen, weil sich auch in den in dem „Organ“ veröffentlichten Aufsätzen Lists keine finden, die in theoretischer Beziehung seiner amerikanischen Theorie als Vorläufer gelten könnten. Zurückweisen aber möchte ich entschieden die häßlichen Worte Lesers, mit denen er seine Darstellung über Friedrich List schließt: „List sei gestorben, weil er trotz seiner gemeinnützigen Pläne keine amtliche Stellung hätte finden können“. Es mag immerhin auffallen, daß Leser schon den richtigen Sachverhalt

geahnt zu haben scheint, wenn er schreibt, die Listschen Ausführungen „möchten den Amerikanern nur als eine bloße systematische Formulierung von Sachen und Anschauungen erscheinen, denen sie in den Verhandlungen ihrer politischen Körperschaften und in den Aussprüchen hervorragender Staatsmänner schon begegnet waren“.

Ein Vertreter der entgegengesetzten Anschauungen ist Eheberg. Dieser bemüht sich, in seiner „Kritisch-historischen Einleitung zur 7. Auflage des nationalen Systems“ eifrig, die volle Originalität der Listschen Gedanken und des Listschen Systems aufrecht zu halten. Er gibt zwar zu, im allgemeinen habe List, als er in Deutschland noch seine Denkschriften und seine Artikel im „Organ“ veröffentlicht habe, ebenso wie die Mehrzahl des gebildeten Publikums wohl mehr auf Seite des Freihandels gestanden, wenn List auch weit davon entfernt gewesen sei, zur Smithschen Schule zu gehören. Diese, wenn auch nur bescheidene Betonung der tatsächlichen Verhältnisse möchte ich einmal festgenagelt haben. Eheberg fährt dann fort, es scheine, daß List damals noch die Zölle als Retorsionsmaßregeln gegen fremde Staaten, „bis auch sie den Grundsatz der europäischen Handelsfreiheit angenommen haben,“ angewandt wissen wolle. Nun, daß dies nicht bloß so scheint, davon hätte sich Eheberg bei einer kritischen Durchsicht der Listschen Arbeiten vor dessen Amerikafahrt leicht tatsächlich überzeugen können. Wenn dann Eheberg später einmal urteilt, „zugleich aber liegt in der oben genannten Petition schon eine deutliche Hinweisung auf eine nationale Wirtschaftspolitik und auf die Bedeutung der Nationalität für wirtschaftliche Verhältnisse. Es ist ein schöner Beweis für Lists politischen Verstand, daß er in einer Zeit, wo man unverkennbar unter dem Einfluße Smithscher Doktrinen das wirtschaftliche Heil zunächst in einem Hinwegräumen aller Zoll- und Maut-Schranken sowie im Innern wie nach außen suchen zu müssen glaubte, ein rationelles Schutz-Zollsystem als eine vorläufig durchaus notwendige Ergänzung einer inneren Zollfreiheit hinstellte“ und wenn dann Eheberg fortfährt: „Wir finden bereits in derselben (Petition), allerdings in embryonenhafter Gestalt, viele Kernpunkte seiner

späteren Ausführungen: die Betonung der nationalen Politik gegenüber den Lehren des Weltbürgertums, die Forderung von Schutzzöllen als handelspolitische Maßregel und den Hinweis auf die Bedeutung der Handelsbilanz;" — so vermag ich meinerseits diesem Ehebergschen Urteile absolut nicht zuzustimmen. Ich hatte oben ausgeführt und nachzuweisen gesucht, auf welchen Bahnen ökonomisch-theoretischen Denkens sich List damals noch bewegte; wer die Denkschriften Lists mit dem Auge des Kenners der damaligen ökonomischen Literatur durchliest, wird nicht in der Lage sein, diese Ehebergschen Ausführungen zu unterschreiben, umsoweniger, wenn er die Listschen Briefe kennt. Ich glaube des ferneren, daß meine obigen Ausführungen den strikten Beweis gebracht haben dafür, daß man nicht sagen kann, das nationale System gehe in seinen theoretischen Grundsätzen auf diese ersten Listschen Arbeiten zurück. Daß ich zugebe, List sei in seinen praktisch politischen Auffassungen im großen und ganzen derselbe geblieben, habe ich oben sowohl zu begründen versucht als eingestanden. Die Sätze, die für diese Listsche Stellung ausschlaggebend waren, habe ich schon oben kurz skizziert. In Deutschland ebenso wie in Amerika diente List einer Gruppe von Interessenten, die einen gemeinsamen Gegner hatten, das war England. Deutschland und Amerika mußten sich des ferneren, das eine so gut wie das andere, wehren gegen die übermächtig aufkommende Industriemacht Großbritanniens. So ist sich denn List auch in seiner Kampfstellung gegen diese John Bullsche Handels-Suprematie, wie List sie später nannte, stets derselbe geblieben. Die Behauptung, aber, daß er auch schon 1819—24 mit denselben Waffen theoretischer Art diesen Kampf geführt habe, wie er ihn später im nationalen System führte, ist eine beweislose Behauptung.

Es mag hier gleich des Zusammenhangs wegen erwähnt sein, daß auch Dr. H. Losch neuerdings noch denselben von mir zurückgewiesenen Standpunkt Ehebergs bezüglich der Entwickelungsgeschichte des nationalen Systems teilt. Auch Losch ist in einer Abhandlung, die er in der „Patria", Jahrbuch der Hilfe 1906, „Ein deutscher Amerikafahrer" ver-

öffentlichte, der Ansicht, „wer die Denkschriften Lists von 1819—1820 kennt, weiß, wie z. B. Eheberg mit Recht darlegt, genau, daß die von List in seinen im Jahre 1827 erschienenen Outlines entwickelten Gedankengänge eine theoretische Entlehnung aus amerikanischer Quelle keineswegs wahrscheinlich machen.“

Daß auch Dühring nichts davon wissen will, daß List aus amerikanischen Quellen geschöpft habe, versteht sich bei der Stellung Dührings zu List eigentlich von selbst. Wie weit in dieser Beziehung Dühring gehen zu sollen glaubt, möchte kurz noch folgender Passus beweisen, den Dühring in seiner Abhandlung in der „Deutschen Vierteljahresschrift,“ Jahrgang 1867 macht:

„Wenn nun auch List den amerikanischen Eindrücken mindestens ebensoviel verdankt, als ihm die Amerikaner bezüglich der theoretischen Gestaltung des nationalen Systems schulden (!), so ist doch gerade die Idee des letzteren schon auf deutschem Boden gewachsen und reicht in die Zeit zurück, in welcher sich unser Nationalökonom um die Anbahnung eines deutschen Zollbundes bemühte. Wir können also das nationale System als unsere eigenste nationale Schöpfung betrachten und werden auch voraussichtlich von unserem Eigentum noch mancherlei eigenen Gebrauch zu machen haben.“ Diese Dühringschen Worte schließen von selbst in sich ein, daß Dühring nicht glaubte, eine Wandlung der Listschen theoretischen Gedanken annehmen zu dürfen.

Es müssen diese hier angeführten Kritiken zunächst genügen. Ich werde mich später noch einmal mit diesen Kritiken zu beschäftigen haben, wenn ich erst das System des Mannes dargelegt haben werde, der nach meiner festen Überzeugung die Quelle zu den plötzlich bei List auftauchenden neuen Gedanken gewesen ist. Gewiß, man ist auch bisher schon des öfteren der Meinung gewesen, daß List einen „Vorgänger“ in Amerika gehabt habe. Der erste wohl, der dieses ausgesprochen hat, ist Hildebrand gewesen, der in seiner 1848 erschienenen „National-Ökonomie

der Gegenwart und Zukunft" Hamilton als den Vorläufer Lists kennzeichnet. Auch Eheberg nennt Alexander Hamilton als einen der Listschen „Vorgänger", fährt aber dann fort, „wie auch der Amerikaner Raymond ähnliche Ideen ausgesprochen habe." Damit läßt sich Eheberg genügen. Er nennt zwar den Namen des Raymond hier an dieser Stelle einmal, verfolgt aber diese Spur nicht weiter. Ich vermag nicht zu sagen, ob Eheberg schon bei der Abfassung seiner „Kritisch Historischen Einleitung" die Raymondschen Werke gekannt hat, ich glaube es aber nicht. Wäre dieses doch der Fall, so müßte ich mich wundern darüber, daß er über Raymond und sein System nichts Weiteres zu sagen hat, als daß er „ähnliche Ideen" wie List gehabt habe. Soweit ich zu übersehen vermag, ist Eheberg in der Deutschen Literatur über Friedrich List der Einzige, der Daniel Raymond wenigstens dem Namen nach kennt. Auch Eheberg legt wohl das Schwergewicht auf Alexander Hamilton.

Ich möchte es neuerdings beinahe für überflüssig halten, in diesem Zusammenhange weitläufig auf die ökonomischen Theorien Hamiltons einzugehen. Persönlich hat mir leider trotz vieler Bemühungen niemals der Hamiltonsche „Manufaktur-Bericht", den er 1791 für die amerikanische Regierung verfaßte, vorgelegen.

Ich stütze mich deswegen bei meiner Kenntnis dieses Werkes auf eine Wiedergabe, die ein Schüler Conrads, ein Amerikaner, Harrower, „Alexander Hamilton als National-Ökonom" Halle 1887 in dieser seiner Abhandlung gegeben hat. Dabei möchte ich doch nicht unerwähnt lassen, daß Alexander Hamilton seinen erwähnten Bericht zu einem ganz besonderen Zwecke verfaßt hat, nämlich zu dem Zwecke, der amerikanischen Regierung Mittel und Wege zu zeigen, die Industrie des Landes neu in Blüte zu bringen. Es kann schon aus diesem Gesichtspunkte heraus diese Abhandlung keinen systematisch wissenschaftlichen Charakter tragen. Der Zweck, den sie erfüllen sollte, verbot dem Verfasser von selbst diese Form. Da nun aber der oben genannte Harower, der

doch die Hamiltonschen Werke ziemlich genau zu kennen scheint, ebenfalls zu der Ansicht kommt, daß Friedrich List in Hamilton einen Vorgänger gehabt habe, so muß ich einmal in kurzen Worten auf die Hamiltonschen Vorschläge zu sprechen kommen, um den Unterschied der Listschen Abhandlung von diesem „Manufakturbericht“ vor Augen zu führen.

Im 1. Teile seiner Arbeit unterzieht Hamilton die vier Einwendungen, die man gegen die Unterstützung der Industrie gewöhnlich geltend mache, einer eingehenden Kritik. Erstens habe man sich immer bisher darauf berufen, daß die Natur die einzig reichtumschaffende Quelle sei, auch des Einkommens eines Landes, die Landwirtschaft demnach einzig und allein produktiv genannt werde. Zweitens glaube man, daß ein Eingreifen der Regierung bei der Industrie gleichbedeutend sei mit der Ableitung der Kapitalien in widernatürliche, falsche Kanäle, drittens halte man die Geldvorräte Amerikas ebenso wie die Bevölkerungszahl für zu klein, um eine blühende Industrie schaffen zu können. Schließlich sei man der Überzeugung, daß ein staatlicher Manufakturschutz lediglich Monopole erzeugen und ein großes Opfer für die Gesamtheit bedeuten werde. Man solle deshalb die Manufakturwaren vom Auslande beziehen und lediglich für das Gedeihen der Landwirtschaft Sorge tragen. Hamilton widerlegt seinerseits diese vier Argumente. Die Industrie sei nicht nur nicht auch produktiv, sondern gerade für Amerika mit seiner stetig wachsenden Bodenkultur äußerst wichtig, da die überschüssigen Produkte der Landwirtschaft ihren sichersten und beständigsten Markt durch eine einheimische blühende Manufaktur fänden. Wenn auch Amerika noch viel Boden erst zu kultivieren habe und man zuerst wohl auch die Manufakturwaren billiger vom Auslande kaufen könne, so müsse Amerika doch jetzt bei der Lage der Dinge verarmen, da man zwar Produkte kaufen, die eigenen aber nicht verkaufen könne — solange eben nicht vollständige Handelsfreiheit zwischen allen Nationen herrsche. Jetzt komme es vor allem darauf an, daß jeder Staat für sich selbst sorge und sich von der Politik anderer Staaten

unabhängig mache. Ein staatlicher Manufakturschutz sei ferner zur Überwindung des menschlichen Trägheitsgesetzes gut, kraft dessen selten und nur bei besonderen Verhältnissen neue Gewerbe und Erwerbszweige in Angriff genommen würden. Auch erzeuge die Furcht vor Mißerfolgen denselben Effekt, sodaß hier Garantien des Staates geboten werden müßten — auch schon deshalb, um den eigenen jungen Industrien eine erfolgreiche Konkurrenz mit den älteren des Auslandes zu ermöglichen, zumal wenn dieses letztere selbst seine Industrie schütze und Ausländer mit Kostenaufwand die einheimische Gewerbskraft zu vernichten strebten. Sodann beweist Hamilton die ökonomische Entwickelung anderer Länder, daß auch Amerika zu einer industriellen Blüte gelangen könne. Schließlich gibt Hamilton wohl zu, daß ein Schutzzoll für die Industrie anfänglich die einheimischen Preise der einzelnen Waren höher treiben werde als das Ausland uns die Waren verkaufen könne. Aber diesen Zustand hält er nur für vorübergehend. Die innere Konkurrenz und dann die Ersparnis der Transportkosten werde bald den Preis zum mindesten ebenso niedrig gestalten als das Ausland uns seine Waren anbieten könne. Und diese Preiserniedrigung würde dann auch dem Landwirt zu gute kommen, da dieser dann seinen Bedarf an Fabrikaten mit weniger „Arbeit“ decken könne, weshalb der Wert seiner Einnahmen und seines Eigentums zunehmen werde.

Weiter betont Hamilton noch die Wichtigkeit eines auswärtigen Handels, durch welchen ein industriereiches Land eher eine günstige Handelsbilanz sich verschaffen und einen größeren in Geld bestehenden Reichtum sich erwerben könne. Daneben dürfe man nie die National-Unabhängigkeit, Sicherheit und die Harmonie der Interessen aller Landesteile aus dem Auge verlieren, die letztere vor allem deswegen nicht, weil die Befriedigung der gegenseitigen Bedürfnisse ein starkes Band der Solidarität und des Zusammenhaltens der verschiedenen Landesteile sei.

Als Mittel zur Industrieförderung schlägt Hamilton die üblichen vor: 1. Schutzzölle; nicht auf Rohstoffe, 2. Prohibitiv-

zölle als Kampfzölle nur dann, wenn die betreffende Industrie genügend entwickelt sei, sodaß durch die nötige innere Konkurrenz und durch ein ausreichendes Angebot niedrige Preise von selbst erhalten werden; sie sei eben ein Mittel, andere Länder zu Konzessionen zu zwingen. 3. Ausfuhrverbote von Rohstoffen — nur dann, wenn das Rohmaterial überhaupt nicht oder nur von geringerer Qualität im Auslande erzeugt werde. 4. Prämien; diese betont Hamilton besonders als günstige und dem glücklichen Industrieschutze dienende Maßregeln. Dabei unterscheidet er noch Produktionsprämien von solchen Prämien, welche individuell als Belohnung und zur Erweckung des Wetteifers zu geben seien. Ferner empfiehlt er die Freiheit der Einfuhr von Rohmaterial, Ausfuhrprämien, Patentgesetze, Maschinenausfuhrverbote, Inspektionseinrichtungen zur Ausübung einer Gewerbepolizei, Erleichterung von Geldsendungen durch Errichtung einer Nationalbank usw. und plaidiert schließlich noch für Verbesserung der Transportmittel.

Dabei aber soll nicht etwa alle und jede Industrie an diesen zu gebenden Vorteilen partizipieren, sondern nur diejenigen Gewerbszweige: 1. die Rohmaterial verarbeiten, die das betreffende Land selbst zu erzeugen vermag, 2. solche, deren Fabrikation es bis zu einem gewissen Grade gestattet, Handarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen; 3. deren Fabrikationsprozeß einfach, und 4. welche Artikel von vielseitigem Gebrauche herstellen, und 5. schließlich solche Gewerbe, die auch Beziehungen zu anderen Interessen speziell zu denen der Landesverteidigung haben.

Die Zölle sollen Wertzölle sein und möglichst 15 Proz. nicht übersteigen.

Dies der „report on manufacturers“ Hamiltons seinem allerdings nur hauptsächlichsten und uns interessierendem Inhalte nach. Als wie genial auch derselbe in Anbetracht der Zeit, in der er entstand, angesprochen werden muß, wie sehr er auch für die staatsmännische Befähigung und Tüchtigkeit seines Verfassers gültiges Zeugnis ablegen mag, ich halte es dennoch verfehlt, dieser Hamiltonschen Arbeit einen wesentlichen

und bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung des Listschen Systemes zuzuschreiben.

Das hierhergehörende Urteil Ehebergs habe ich bereits mitgeteilt; schon 1848 hatte Hildebrand[1]) geschrieben: „List hatte in seinen nationalökonomischen Bestrebungen bereits im vorigen Jahrhundert einen sehr berühmten Vorgänger in dem Amerikaner Alexander Hamilton.“ Schon Harrower macht hier wohl mit Recht darauf aufmerksam, daß Hildebrand ebensowenig wie Eheberg den Report on Manufacturers näher kannten, sondern sich auf die bei Sartorius (Vorrede zu dem Handbuch für Staatswissenschaft 1796) gegebene kurze und ungenügende Darstellung beriefen. Dem möchte ich noch meinerseits hinzufügen, daß ebenso wie die Genannten auch Harrower die Outlines Lists nicht kannte, es sei denn, daß sie alle mit Ausnahme Hildebrands das äußerst kurze und mangelhafte Referat Häußers in der List-Biographie gelesen hatten, welches aber zu einer sicheren Urteilsbildung über die hier zu entscheidende Frage bei weitem nicht ausreichen dürfte. Neuerdings hat übrigens auch Ingram, dessen Geschichte der National-Ökonomie“ trotz aller ihrer Mängel und ihrer oft erstaunlichen Oberflächlichkeit eine zweite Auflage in Deutschland erleben konnte, behauptet, daß man wohl mit einiger Sicherheit den Einfluß Hamiltons bei List annehmen könne. In der amerikanischen neueren Literatur selbst tritt, soweit ich zu übersehen vermag, auch Sherwood in seiner Schrift „Tendencies on american economic thought“, Baltimore 1897 (S. 15) für die Abhängigkeit Lists von Hamilton ein, jedoch vermag ich ihm in der Art, wie er es an der betreffenden Stelle tut, nicht zu widersprechen.

Von Franzosen, die sich ihrerseits mit der hier interessierenden Frage beschäftigten, kommt Rambaud in seiner geistreichen und vorzüglichen „Histoire des doctrines oeconomiques“, Paris 1902, II. ed. zu dem Urteil: „Ses (List) inspirations lui viennent vraisemblablement d'Amérique, peut-être d'Hamilton . . .“

---

1) Hildebrand: „Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“ S. 58; 1848 erschienen.

Soviel wird man aber zugeben müssen, formell konnte List die Hamiltonsche Arbeit nichts, gar nichts geben. Wohl ließen sich Übereinstimmungen Lists und Hamiltons bezüglich ihrer Ansichten über ein Schutzsystem und bezüglich ihrer praktischen Vorschläge zur Realisierung eines solchen nachweisen und einen Anlauf dazu hat auch schon Harrower in seiner genannten Schrift gemacht, jedoch sind diese aufgezählten Ähnlichkeiten alles solche, die sich bei der Verteidigung eines Schutzsystems im allgemeinen ganz von selbst ergeben müssen. Bei Hamilton ist nichts von alledem zu finden, was die Listschen Briefe zunächst so unverkennbar charakterisiert. Gewiß lehrte List der „Report", die Zölle aus einem anderen als aus dem Gesichtspunkt der Retorsion zu betrachten. Gewiß konnte er aus ihm entnehmen, daß Zölle auch als Mittel zur Erweckung und Großziehung von Industrien, dann mittelbar zur nationalen Selbständigkeit und Sicherheit des einheimischen Marktes usw. verwendet werden können; in theoretischer Hinsicht aber konnte List nicht viel aus ihm entnehmen. Dabei will ich nicht einmal besonders hervorheben, daß es mir noch gar nicht ausgemacht scheint, daß List überhaupt den Hamiltonschen Manufakturbericht selbst gelesen hat. Hamilton hatte ja seinen genannten Bericht auch nur für das Repräsentantenhaus als „amtliches Gutachten" geschrieben, und ist es wohl anzunehmen, daß seine Arbeit als solche zunächst nicht veröffentlicht wurde. Es wäre vielleicht aber denkbar, daß die Pennsylvanische „Gesellschaft zur Beförderung der Manufactur" List die Einsicht in diesen Report vermittelt habe; das Gegenteil allerdings vermag ich nicht zu beweisen. Es genügt aber auch, noch einmal hier festzustellen, daß ich nicht zu glauben vermag, daß dieser Bericht auf die Entwicklung des Listschen Systems einen ausschlaggebenden Einfluß gehabt hat.

Nachdem wir also so die Stellungnahme zu denjenigen gefunden haben, die ihrerseits annehmen zu sollen glaubten, List habe in Hamilton einen Vorgänger seines Systems besessen; bleibt uns nur noch ein Name übrig, das ist der Name des Daniel Raymond. Wie oben schon gesagt, kannte in der deutschen Literatur wenigstens Eheberg den Namen Raymonds. Auf

dem Kontinent machte auf Raymond als auf den Vorgänger Lists zuerst, soviel ich im Augenblick zu ersehen vermag, der Italiener Cossa in seiner Einleitung in „das Studium der politischen Ökonomie“ aufmerksam und wies kurz auf sein System hin; ihm folgte auf französischem Boden Rambaud in seinem oben bereits zitierten Werke. Sodann erschien 1897 eine eigene amerikanische Arbeit von Charles P. Neill: „An early chapter in the history of Economic theory in the United States“. Auf diese kurz gefaßte und klare Darstellung stützt sich seinerseits der Pariser Professor Lepelletier in seinem präzisen Aufsatze: „Daniel Raymond, un précurseur de List“ in der „Revue d'Economie politique“, Jahrgang 1900.

Wer war nun Daniel Raymond und welches war vor allem seine Theorie?

Wenn wir die Arbeit Raymonds', „Thoughts on political Economy“, Baltimore 1820, richtig verstehen wollen, so müßten wir, sagt Neill, uns gegenwärtig halten, daß diese Thoughts die erste Abhandlung über politische Ökonomie in Amerika darstellen. Vorher hatte man nur über die schwebenden Tagesfragen Artikel und Essays geschrieben und sich bezüglich großer national-ökonomischer Systeme an die Übersetzungen der Werke Smiths, Says, Ricardos und Malthus' gehalten. Was nicht praktische Tagesfragen behandelte, fand weder Verleger noch Leser, und als Daniel Raymond seine Thoughts erscheinen ließ, mußte auch er erkennen, daß das Interesse seiner Landsleute auf ganz andere Systeme gerichtet war. Im allgemeinen nämlich war die dem Werke zu Teil werdende Kritik eine ablehnende, oft recht herbe und vernichtende. Die Ideen der Handelsfreiheit auf allen Gebieten, die die englischen Freihändler beseelten, machten das Publikum nicht zugänglich für die Raymondschen Forderungen einer nationalen Politik und Ökonomie. Nur wenige Männer, unter diesen M. Carey, selbst Schutzzöllner und Vater des berühmten Henry Carey, ermunterten Raymond durch lobende Kritik, teils aber begeisterten sie sich für die „Thoughts“, vor allem der letztgenannte Carey, der auch seinerseits mit der „Pennsylvanischen Gesellschaft zur Beförderung der einheimischen Manufaktur“ in

enger Beziehung stand. Dennoch hatte Raymond, der 1786 in Connecticut (Pennsylvanien) geboren und seit 1814 Rechtsanwalt in Baltimore war, den Mut, sein Werk, das, wie er selbst erzählt, aus seiner Beschäftigungslosigkeit als Anwalt entstanden war, 1823 in einer zweiten, wenig veränderten Auflage erscheinen zu lassen, der 1836 ein dritter und 1840 ein vierter Abdruck folgte. Dabei möchte ich nicht unerwähnt gelassen haben, daß das Werk des eben genannten Raymond in denselben Kreisen Anklang fand, welche dann später auch die Schriften Friedrich Lists unterstützten. Neill weist darauf hin, daß das Buch ebenfalls in „Niles-Register“ angezeigt worden war, in demselben „Register“, von dem doch Friedrich List selbst eingestand, daß er es vor der Abfassung seiner Outlines durchstudiert habe. Des weiteren darf nicht unerwähnt bleiben, daß der oben genannte Carey sich für dieses Buch warm interessierte, ja, daß er dem Verfasser desselben einen Betrag aus seiner Tasche aussetzte, damit er an der Universität von Maryland als Professor der politischen Ökonomie über das in diesem seinen Buche veröffentlichte System Vorträge zu halten in der Lage wäre. Daß dieser Carey aber auch der „Gesellschaft zur Beförderung der pennsylvanischen Manufaktur“ nahe stand, hatte ich oben bereits erwähnt. Interessant ist es doch sicher, daß dann später auch der Präsident derselben Gesellschaft unseren Friedr. List aufforderte, seine Letters zu schreiben. Vielleicht gelingt es einmal einem besseren Kenner der Listschen Biographie, aufzudecken, ob List nicht tatsächlich auf diesem Wege mit dem Raymondschen Buche bekannt geworden ist. Zu beweisen vermag ich diese Bekanntschaft durch sicheres biographisches Material nicht. Ich werde aber versuchen, mit einigen Stellen aus den Schriften beider Männer meine feste Überzeugung zu stützen, nämlich die, daß Friedr. List das oben genannte Buch gekannt hat.

Abgesehen aber von allen diesen Äußerlichkeiten, auf die ich am besten auch dann wohl zurückkommen werde, wenn ich mich mit Neill auseinandersetzen muß, dürfte doch eine kurze Darstellung des Inhalts des Raymondschen Werkes am besten dafür den Beweis liefern, daß es nicht allzufern liegt,

an meiner Uberzeugung festzuhalten. Dabei muß ich allerdings erwähnen, daß mir persönlich nur die erste Auflage des Raymondschen Werkes, also die vom Jahre 1820 vorliegt.

Das Buch selbst zerfällt in 2 Teile mit insgesamt 23 Kapiteln. In der Einleitung gesteht nun Raymond zunächst, daß er es mit seinem Buche versucht habe, einmal eine zusammenfassende Darstellung über die politische Ökonomie zu geben und damit eine Lücke auszufüllen, die in der amerikanischen Literatur sich vorfände. Ja, er behauptet sogar, außer dem Hamiltonschen Bericht gäbe es keine größere amerikanische Abhandlung über politische Ökonomie, und auch dieser sei ja nur eine Spezialstudie. Er schreibt also sein Buch mit der ausgesprochenen Absicht, den Amerikanern ein eigenes System zu geben, damit ein solches über politische Ökonomie nicht mehr importiert zu werden brauchte (List sagt dann später, „a home made system for home use"). Sein erstes Kapitel beginnt Raymond mit einer Definition dessen, was er unter politischer Ökonomie versteht: „Die politische Ökonomie sei eine Wissenschaft, welche die Aufgabe habe, die Natur und die Ursachen des öffentlichen oder Nationalreichtums zu untersuchen." Er untersucht dann des weiteren, warum die Politiker des Altertums und die des Mittelalters nichts von politischer Ökonomie gewußt hätten; früher hätte ja das System gegolten, sich durch Plünderung Reichtümer zu verschaffen, nicht durch eigene Arbeit. Diesem System entgegenstehend sei aber die Wissenschaft der politischen Ökonomie, da sie festzustellen suche, wie die Nation sich durch eigene Arbeit möglichst im Überfluß die Notwendigkeiten und Komforts des Lebens verschaffen könnte, nicht durch die Arbeit anderer. Im zweiten Kapitel untersucht er dann die Frage: „Was ist Nationalreichtum?" Eine exakte Definition des Nationalreichtums hält er für schwer, da es aber notwendig sei, bevor man verständig über einen Gegenstand schreiben könnte, sich eine klare und deutliche Vorstellung von diesem Gegenstand selbst zu schaffen, so will er zunächst nur zeigen, worin der Nationalreichtum besteht. Dann will er die Definition des Nationalreichtums der berühmtesten Schriftsteller untersuchen und nachweisen, welche

schwerwiegenden Irrtümer sie mit ihren verschiedenen Definitionen verursacht hätten. „Die größte Quelle des Irrtums bei diesem Gegenstande“ fährt er fort, „ist die Verwechselung des nationalen mit dem individuellen Reichtum gewesen, zwei Dinge, von denen keine anderen so verschieden und unterschieden sein könnten“. Eine Nation sei nicht mehr verschieden von einem Individuum als Nationalreichtum verschieden und unterschieden sei von Individual-Reichtum. Es sei sehr unglückselig für die Wissenschaft der politischen Ökonomie, daß das Wort „Reichtum“ ohne Unterschied angewandt worden sei auf Individuen und Nationen und dies ist für ihn die Ursache gewesen, von sehr viel Zweideutigkeit und Unsicherheit in dieser Wissenschaft. Er setzt nun des weiteren auseinander, einen wie verschiedenen Sinn das Wort Reichtum haben könne, angewandt bei Nationen und angewandt bei Individuen. Wenn wir eine korrekte und klare Vorstellung vom Nationalreichtum haben wollten, so müßten wir wohl vor allem eine sichere Vorstellung von dem Wesen der Nation selbst haben und diese nicht verwechseln mit den Individuen oder einem Teil der Individuen, aus denen die Nation zusammengesetzt sei. Die Nation, das sei wahr, sei ein künstliches Wesen (being) oder eine gesetzliche Einheit (or a legal entity), zusammengesetzt aus Millionen von natürlichen Wesen. „Die Nation ist eine Einheit und besitzt alle die Eigentümlichkeiten einer solchen, sie besitzt die Einheit der Gesetzgebung, eine Einheit der Interessen und eine Einheit des Besitzes.“

„Die Interessen der Nation und die Interessen der Individuen, die die Nation ausmachen, können sein, es ist wahr, und sind oft im Einklang. Sie dürfen identisch sein, aber dies ist nicht notwendig.“ Es bestehe auch oft die Tatsache, daß sie entgegengesetzt seien. So möge auch National- und Individualreichtum ein und dasselbe sein, aber es brauche dies nicht notwendig der Fall zu sein. Raymond will dann später beweisen, daß Individualreichtum für Nationalreichtum Ersatz bedeute und er will dann auch klipp und klar beweisen, daß das Wort „Reichtum“, angewandt auf Individuen, niemals mit Recht bei einer ganzen Nation angewandt werden könne. Individueller

Reichtum ist der Besitz von Eigentum, für dessen Gebrauch der Besitzer eine Quantität von „Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens erlangen“ kann, (The possession of Property, for the use of which, the owner can obtain a quantity of the Necessaries and Comforts of Life).

Er sucht dann des weiteren das Wort „Reichtum“ genau zu umfassen und stellt fest, derjenige sei reich, der sich ohne jede eigenhändige Arbeit die Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens verschaffen könne. Diese Bedeutung des Reichtums aber könne nie bei einer Nation angewandt werden; nationaler Reichtum sei etwas ganz anderes als Individualreichtum. Er weist dann des weiteren den Fehler nach, daß die Schriftsteller der politischen Ökonomie so gerne einen wesentlichen Teil der Nation verwechselt hätten mit der ganzen Nation. Demgegenüber betont Raymond, daß die Nation einig und unteilbar sei und jedes wahre System der politischen Ökonomie müsse deshalb auf diese Idee als auf sein erstes fundamentales Prinzip gebaut sein. Je mehr Fähigkeit (capacity) eine Nation besitze, sich die Notwendigkeiten und Komforts des Lebens zu verschaffen, um so reicher sei sie auch. Das höhere oder geringere Maaß dieser Fähigkeit, diese Güter sich zu beschaffen, sei der einzige und wesentliche Maßstab für die Beurteilung, ob eine Nation reich oder arm ist. Man sieht, daß auch Raymond hier schon mit aller Entschiedenheit sich wehrt gegen die von List später sogenannte Spartheorie. Auch ihm ist dann die Nation am reichsten, welche die meisten produktiven Kräfte besitzt, d. h., welche in sich die größte Fähigkeit angesammelt hat, sich die notwendigen Güter des Lebens zu verschaffen. Auch List weiß, daß die günstige Entwickelung dieser produktiven Kräfte einer Nation von vielen anderen Umständen abhängen wird, nicht allein von der günstigeren Lage, sondern vor allen Dingen durch die Natur der Regierung. Wörtlich schreibt Raymond: „Die Kräfte (energies) einer Nation können besser entwickelt werden unter einer freien als unter einer willkürlichen und tyrannischen Regierung.“ Des weiteren aber wird die Entwickelung dieser

Fähigkeit abhängen in Wirklichkeit von dem Klima und dem Boden des Landes, von der Ausdehnung der Ländereien im Verhältnis zur Zahl der Einwohner, von der Dichte der Bevölkerung, von der gleichen oder ungleichen Verteilung des Eigentums etc. Besonders aber hängen sie ab, von den fleißigen Gewohnheiten des Volkes; denn wenn eine Nation einen größeren Fonds von Betriebsamkeit besitzt als eine andere, so besitzt sie auch zugleich natürlich eine größere Fähigkeit zur Erlangung der notwendigen und freien Güter als die andere Nation und hat daher einen um so größeren Nationalreichtum. Die militärische Macht oder die Größe der Nation habe damit nichts zu tun, denn die Ausdehnung des National-Territoriums und der großen Mengen dieses Eigentums müsse in Verbindung gesetzt werden in einem jeden System der politischen Ökonomie mit der Zahl der Bevölkerung, unter die es verteilt sei.

Hat so Raymond in diesem Kapitel seine Ansichten über National- und Individualreichtum mitgeteilt, so führt er in dem 3. Kapitel einige Definitionen des Nationalreichtumes an. Der Kardinalfehler, den alle diese Schriftsteller gemacht hätten, Smith mit einbegriffen, sei der, daß sie immer Nationalund Individualreichtum zusammengeworfen hätten. Smith vor allen Dingen macht er den Vorwurf, daß er in seinem ganzen Werke „über den Reichtum der Nationen“ keine Definition gegeben habe von dem Nationalreichtum; er habe drei Bände über einen Gegenstand geschrieben, ohne auch nur zu sagen, was eigentlich sein Gegenstand bedeute. Auf alle die feinsinnigen Unterscheidungen und Umschreibungen der Worte Reichtum, Eigentum und Wert einzugehen, hat für mich in diesem Zusammenhange keine Bedeutung. Unbedingt hervorgehoben muß werden, daß Raymond mit aller Entschiedenheit gegen die Smithsche Spartheorie (Reymond nennt sie: „this absurd doctrine of augmenting national wealth by accumulation“, und ein anderes Mal schreibt er: „a nation therefore, cannot augment its wealth by parsimony“) kämpft. Sicherlich könne man keinen Nationalreichtum durch Sparsamkeit vermehren; diesen Smithschen Fehler könne man nur begehen, wenn man, wie er, Reichtum und Kapital zusammen-

werfe. Ja, er versteigt sich sogar dazu, diese ganze Theorie der Anhäufung des Überflußes der Produkte über die Konsumtion oder des Einkommens über die Ausgaben eine unsinnige zu nennen, wenn es sich um Nationalreichtum handelt. Auch hier kann es nicht meine Aufgabe sein, alle die Gründe anzuführen, mit denen Raymond seine Behauptungen zu stützen sucht. Für mich handelt es sich ja nur darum, die neuen Ideen kurz zu entwickeln, die Raymond brachte, unbekümmert darum, ob es ihm gelungen ist, dieselben auch wissenschaftlich uneinwendbar zu begründen. Hatte er so die ganze Anhäufungstheorie als absurd erklärt, so meint er, Adam Smith und seine Anhänger hätten zu diesem Irrtum nur kommen können, weil sie die Nation nicht als eine Einheit behandelt hätten. „Anstatt zu handeln von öffentlicher Ökonomie, handelten sie in der Tat von privater Ökonomie, anstatt zu sprechen von Nationen, sprachen sie von Individuen." Das ist als ob man Friedrich List sprechen höre!

In einem weiteren Kapitel handelt Raymond dann von dem Begriff der Arbeit. Auch hier ist es interessant, festzustellen, daß Raymond mit aller Entschiedenheit Front macht gegen die Unterscheidung der Arbeit in produktive und unproduktive. Ob eine Arbeit produktiv sei oder nicht, hänge allein davon ab, ob sie die Resultate produziere, zu welchen sie angewandt worden sei.

Ein weiteres Kapitel über „Standard of Value" bringt für meine Zwecke nicht viel Neues. Daß er hier Smith bekämpft, versteht sich eigentlich von selbst. Raymond sucht dann des weiteren „die Quelle und Ursache des nationalen Reichtums" und betont, daß die Erde die erste, die einzige Quelle des Nationalreichtums sei, der Brunnen zur Schöpfung desselben. Die Arbeit aber ist ihm die Ursache, die einzige Ursache, welche den Nationalreichtum produziert. Die Kraft, welche Nationalreichtum produziert, sitze in den Knochen und Sehnen des Menschen und es sei vergeblich, sie irgend wo anders zu suchen. Betriebsamkeit, Industrie sei die vornehmste Quelle, das Fundament, das unerläßliche Prinzip eines jeden wahren Systems der politischen Ökonomie. Betriebsamkeit und National-

reichtum seien nicht von einander zu trennen. Wer den Nationalreichtum vermehren wolle, müsse vorher die „Industrie“ vermehrt haben. Auch hierbei wieder setzt es Schläge ab gegen Smith, und immer von neuem wiederholt er den Vorwurf gegen denselben, er habe nationalen und individualen Reichtum nicht zu unterscheiden vermocht. Interessant ist hier in diesem Kapitel, daß Raymond sehr wohl weiß, daß Lord Lauderdale als Einziger Nationalreichtum von Individualreichtum unterschieden hat, er macht ihm aber seinerseits den Vorwurf, daß Lauderdale die Einheit der Nation übersehen habe, demnach auf Irrtümer geraten sei und so die wahre Quelle des Nationalreichtums hätte verkennen müssen. Nachdem er in einem folgenden Abschnitte noch einmal den höheren Wert von Agrikultur und Manufakturarbeit abgewogen und dann eine Untersuchung angestellt hat über die vorherrschenden Theorien „über den vergleichsweisen Vorteil der Landbau- und der Manufakturarbeit“, behandelt er das sogenannte Merkantilsystem. Aus diesem Teile der Raymondschen Arbeit will ich wenigstens das hervorgehoben haben, was mir für die Beurteilung der Listschen „Originalität“ wichtig zu sein scheint. Raymond ist der Überzeugung, daß derjenige der bestregulierte Staat sei, wo Agrikultur- und Manufakturarbeit in einem angemessenen Verhältnis zu einander stünden. Hier handelt er auch kurz von der Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll zu empfehlen seien und meint, die Frage, ob die Einzelnen die Erlaubnis haben sollen, zu verkaufen, wo sie am teuersten verkaufen und zu kaufen, wo sie am billigsten kaufen könnten, solle nicht von den engherzigen und verächtlichen Prinzipien der Privatinteressen, sondern von den größeren und edleren des öffentlichen Interesses entschieden werden. Öffentliche und private Interessen aber seien oft unmittelbar von einander unterschieden, darum sei es Pflicht der Regierung, die bösen Folgen einer partikulären Politik abzuwenden oder gegen diese zu schützen. Von einem Privatmann könne man nur verlangen, weise für sich selbst zu sein, seine Pflicht sei es nicht, nach den öffentlichen Interessen zu sehen, da er nicht der Erhalter des Nationalreichtums sei;

dies sei die Regierung. Die wahre Politik für jeden weisen Gesetzgeber aber sei, die Nation als unvergänglich zu betrachten und Gesetze zu machen, als sollten sie für ewig bestehen. Den Anhängern des Merkantilsystems macht er dann zwei große Vorwürfe, erstens, sie hätten angenommen, Nationalreichtum bestehe in der Anhäufung von edlen Metallen und darüber gefolgert, daß, wenn die Handelsbilanz zugunsten der Nation stehe, notwendig auch der Reichtum gewachsen sein müsse und umgekehrt; zweitens, daß sie nicht die Einheit der Nation im Auge behalten hätten. Raymond kämpft entschieden gegen die Ansicht, daß bei einer günstigeren Handelsbilanz der Reichtum immer wachsen müsse und umgekehrt. Die Handelsbilanz ist ihm ein ganz falscher Maßstab zur Beurteilung des Wachstums des Nationalreichtums und sogar des Individualreichtums. Der nationale Reichtum hänge nicht ab vom Handel, sondern von dem Betriebsfleiß eines Volkes und so lange dieser zunähme, müsse auch der Nationalreichtum wachsen, möge die Handelsbilanz nun so oder so ausfallen.

Im zehnten Kapitel mit der Überschrift „Unproduktive Beschäftigungen“ bekämpft er die landläufige Ansicht, daß eine bestimmte Art von Arbeit immer unproduktiv genannt werden müsse; ob eine Arbeit produktiv oder unproduktiv sei, hänge immer von der Vorstellung des Einzelnen ab; produktiv aber ist ihm eine Beschäftigung immer, solange sie nicht unnütz oder schädlich für die Gesellschaft ist.

Auch sein Schlußkapitel „Private economy-Luxury“ bringt für uns nichts Neues, sodaß wir es zu übergehen vermögen. Es sei mir gestattet, auch aus dem zweiten Teile des Buches, das sich aus 12 Kapiteln mit den Überschriften: 1. Introduction, 2. Equality, 3. Pauperism, 4. Stimulants to national industry, — War — Expenditure of public money, 5. Banking system, 6. Labour saving machines, 7. Monopolies-Colonial systems, 8. Protecting duties, 9. National debt, 10. Corporations, 11. Slavery, 12. Conclusion zusammensetzt, dasjenige herauszunehmen, was meinen Zwecken dienlich zu sein scheint. Besonders interessieren wird uns deshalb zunächst einmal sein Kapitel „Schutzzölle“. Raymond setzt hier auseinander, daß

bei der Auflage von Zöllen auf die Einfuhr die Regierungen zwei verschiedene Gesichtspunkte verfolgten. Der eine sei, durch Schutzzölle Einnahmen zu verschaffen, der andere, die eigenen Bürger, ihre Vorteile und Privilegien vor den Bürgern einer fremden Nation im einheimischen Handel und Betriebsfleiße zu schützen. Alle Schriftsteller politischer Ökonomie seien sich darüber einig, Auflagen zu Einnahmezwecken zuzulassen, dagegen seien die verschiedenen Schriftsteller verschiedener Meinung bezüglich der zweiten Wirkung der Schutzzölle. Bei allen Gegenständen, die die politische Ökonomie angehen und besonders bei den Schutzzöllen möge man sich aber immer in das Gedächtnis zurückrufen, daß das öffentliche Interesse über dem privaten Interesse stehen müsse, daß ein privater Schaden oder Nachteil gelitten werden müsse für das öffentliche Wohl. Die Nation sei nun einmal eine Einheit und ihr Wohl müsse dem Wohl der Einzelnen vorangehen. Der Bürger solle so viel Freiheit haben, als es sich mit dem Gesamtwohle vertragen lasse. Ihm über dieses Maß seine Freiheit zu entziehen, sei Tyrannei, andererseits aber solle er auch nicht mehr verlangen. Daher müsse jede Frage bezüglich des Tarifs oder der Schutzzölle „sein eine solche der Zweckmäßigkeit, nicht aber eine des Rechtes“ (Seite 350). Smith habe bei seiner Stellungnahme zu dieser Frage vollkommen übersehen, daß nationale Interessen und die Interessen der Individuen oft ganz verschiedene sind, und so sei er auch bezüglich der Schutzzölle zu ganz falschen Resultaten gekommen. Wenn es auch erlaubt sei, als allgemeine Regel anzunehmen, daß es gut sei, wenn Individuen oder eine Nation einen Artikel lieber dort billiger kaufen, wo er billiger sei, als daß sie diesen Artikel selbst herstellten, daß man also besser täte, ihn zu kaufen, als ihn selbst zu produzieren, so gäbe es doch zu dieser Hauptregel mannigfaltige Ausnahmen. „Diese Ausnahmen machen eben die Politik der Schutzzölle aus.“ Die Anwendung dieser Hauptregel hänge mit ab von den besonderen Umständen. Man müsse bei dem Gegensatz der Individuen und dem Gegensatz der Nation in ihren Interessen stets berücksichtigen, daß das, was einer bestimmten Klasse des

Volkes wohltuend sein möge, nicht der ganzen Nation notwendig wohltuend sein müsse. So möge denn auch die Politik, die Güter dort zu kaufen, wo sie am billigsten zu haben seien, die beste für Individuen sein, während die Politik, die Güter, dort zu kaufen, wo sie am teuersten sind, die beste Politik für die Nation sein könne. Solange jedenfalls könne die Smithsche Doktrin nicht als allgemeingültig angesprochen werden, solange er nicht beweisen könne, daß Individualinteressen niemals verschieden seien von nationalen Interessen. Die vornehmste Pflicht des Gesetzgebers sei es, Beschäftigung für die ganze Nation zu schaffen und im besonderen dafür Sorge zu tragen, daß keine andere Nation die einheimische Industrie störe. Er darf nicht erlauben, daß die eine Hälfte der Nation müßig und hungrig verbleibt, während die andere Hälfte Güter kaufen könne, wo sie am billigsten sind; denn die Nation hat ein Recht, daß solche Regulierungen erlassen werden, welche das öffentliche Wohl verlangt. Dann kämpft Raymond gegen die Korngesetze, weil er sie für schädlich für die arbeitende Klasse hält, und dann kommt er im Laufe seiner Darstellung auf diejenige Theorie zu sprechen, die Friedrich List später ausbaute zu der Theorie der „Werkfortsetzung", wie man sie genannt hat. Anfangs möchte man wohl die Herstellung eines Gegenstandes mit Mehrkosten bewerkstelligen und man täte daher nach Smith besser, diesen Gegenstand wo anders zu kaufen, als ihn selbst zu machen. Nach einer gewissen Zeit aber, führt Raymond aus, werde man diesen Gegenstand viel billiger selbst herstellen können, sodaß es dann besser sei, ihn selbst herzustellen, als ihn anderswo zu kaufen. In der unqualifizierten Art, wie Smith es getan habe, sei jedenfalls diese Theorie des Billigerkaufens absurd und falsch. Sie ist sogar eine miserable, kurzsichtige und armselige Politik, weil sie damit rechnet, aller Entwickelung in der „Capacity" aller Individuen und Nationen vorzubeugen (to prevent); Nationalreichtum ist ihm nun einmal das Resultat des nationalen Betriebsfleißes. Man könne diesen nur vermehren, wenn man jenem neue Stärke und Kraft hinzufüge. Die wirksamste Methode aber, dies zu tun, sei dem einheimischen Betriebsfleiße ein Monopol auf dem heimischen

Markte zu geben. Ein anderer wichtiger Vorteil eines Monopols auf dem einheimischen Markte sei aber ferner auch die Sicherheit und die Stabilität der Nachfrage des Produktes des Industriefleißes selbst. Des weiteren weist Raymond darauf hin, wie vorteilhaft es für ein Volk ist, einen eigenen unabhängigen Markt zu haben, der durch keine fremde Nation unterbrochen werden kann, solange eine Nation ihre Unabhängigkeit behauptet. Außerdem aber gewöhne und erziehe ein einheimisches Marktmonopol das Volk zur Industrie und zu den Industriegewohnheiten; diese letzteren aber bildeten auch einen Teil des Nationalreichtums. Des weiteren sei ein Monopol das beste Mittel, die innere Kultur eines Landes zu fördern und zu heben. Das bedeute aber zugleich auch wieder eine Hebung des Nationalreichtums. Gewiß passe dieses Monopolsystem nicht in eine Politik privater Ökonomie und in eine solche öffentlicher Ökonomie, wenn diese letztere nur schaue auf die Gegenwart und die Zukunft gering achte. Dabei betont aber Raymond, daß eine vernünftige Politik der Schutzzölle bei den einzelnen Nationen geregelt und gebildet werden müßte durch die besonderen Umstände jeder einzelnen Nation. List braucht später den populären Vergleich von den Kinder-, Männer- und Riesennationen; was der einen recht sei, sei nicht immer der anderen billig.

Um erschöpfend zu sein, möchte ich auch nicht die Ausführungen unerwähnt lassen, die Raymond im Kapitel 7 seines zweiten Teiles macht, welches den Titel trägt: „Monopolies-Colonial-systems.“ Daß er auch hier ein ausgemachter Gegner Smiths ist, dürfte ja nun nicht weiter wunder nehmen; interessant aber sind die Gründe, die er gegen Smith zu Felde führt. Was List später hervorhob gegen all die Redereien der englischen Freihändler, England sei groß geworden nicht trotz, sondern wegen seines Schutzzollsystems, betont auch schon mit allem Nachdrucke Raymond! Er schreibt wörtlich: „England ganz besonders und alle andern Nationen haben, die eine mehr, die andere weniger, fortgesetzt das Monopolsystem (Monopolising-system) verfolgt und ohne Zweifel werden sie fort-

setzen, es zu verfolgen, solange die Welt geteilt sein wird in verschiedene unabhängige Nationen" und dann erklärt er, warum er sein „Kolonialsystem" abhandelt unter dem Gesamttitel „Monopolies". Es sei ja doch nur eine besondere Art des Monopolsystems und werde nach denselben Prinzipien angewandt. Alle Einzelheiten hier anzuführen, die Raymond für ein Monopolsystem vorbringt, dürfte zu weit führen. Ich möchte nur diejenigen Stellen herausgreifen, die ohne den Sinn abzuändern, für meine Untersuchung wichtig sind. Er kämpft hier mit aller Entschiedenheit dagegen, daß eine Regierung sich von jedem Monopolsystem fernhielte. Wenn die einzelnen Staaten nach den vollkommenen Grundsätzen einer universellen Philanthropie regiert würden, dann möchte vielleicht eine Nation sich verleiten lassen, von diesem Systeme abzugehen. Deswegen aber einen Vorteil aufzugeben, weil es die Interessen einer anderen Nation verlangten, möchte von sehr zweifelhaftem Werte sein. Auf jeden Fall würde es aber angesichts des gegenwärtigen Zustandes der Welt bis zum äußersten chimärisch sein, diese Frage zu diskutieren, wie es ebenso chimärisch für eine Nation sein würde, nach dieser Politik der universalen Philanthropie verwaltet zu werden gegen andere Nationen. In der Gegenwart gehe die Pflicht der Regierung nicht weiter als auf den Schutz ihrer eigenen Bürger und auf die Beförderung ihres eigenen Nationalreichtums. Auch hier natürlich verläßt Raymond seinen relativen Standpunkt nicht und empfiehlt immer und immer wieder, die Politik nicht nach einem einzigen System zu regeln. Jetzt könne das Kolonialsystem oder auch das Monopolsystem günstig für eine Nation sein, zu einer späteren Zeit aber möchte es dies nicht sein. Daß er die Monopole dann einteilt in öffentliche und private, versteht sich wohl von selbst. Ein öffentliches Monopol gebe einer Nation Vorteil über eine andere Nation ein privates Monopol gebe aber nur einen Vorteil über die eigenen Bürger. „Die ganze Welt als eine große Einheit von Nationen betrachtet, könne man das öffentliche Monopol ebenso ansprechen als wie im Augenblick das Privatmonopol." Auf die Einzelheiten seines

Systems möchte ich mich hier nicht einlassen. England bietet auch ihm das beste Beispiel für den Segen eines vernünftigen Schutzsystemes und, ganz ähnlich wie List, hält auch er den Vorteil des Monopolsystems vielleicht wirksamer in seinem unmittelbaren Vorteil als darin, daß es den nationalen Betriebsfleiß anspornt und in Tätigkeit setzt. Auch Raymond erwähnt in diesem Zusammenhange den berühmten Handelsvertrag zwischen England und Portugal, den sogenannten Methuen-Vertrag und zieht dieselben Schlußfolgerungen aus diesem Vertrage wie später Friedrich List. Er sei das beste Beispiel dafür, was ein durch einen Vertrag zugesichertes Monopol bei einer fremden Nation auszurichten vermöge. Und so kommt er denn am Schluße seiner Ausführungen dazu: auch hier bestehe der ungeheure Irrtum Smiths darin, daß er nicht unterschieden habe zwischen einer Nation und den Individuen, welche diese Nation ausmachen; zweitens darin, daß er Nationalreichtum und Individualreichtum verwechselt habe, und drittens daß er die Nation nicht als Einheit (unity) betrachtet habe.

Ich glaube, mit dem Vorstehenden wenigstens eine in seinen Grundzügen erschöpfende Darstellung des Raymondschen Werkes gegeben zu haben. Ich glaube auch, dem aufmerksamen Leser, zumal demjenigen, der die Briefe Lists kennt, wird es nicht entgangen sein, welch ungeheure Ähnlichkeit zwischen den „Systemen“ Lists und Raymonds besteht, wenn man überhaupt von Systemen sprechen will. Man hat wenigstens Raymond den Vorwurf gemacht, daß diese seine hier inhaltlich kurz skizzierten „Gedanken über politische Ökonomie“ nicht ein System darstellten und man hat dies gegenüber dem Listschen „Nationalen System“ ausgespielt; so wenigstens tut es Neill. Ich vermag mich diesen Ausführungen keineswegs anzuschließen. Wenn ich auch zugeben kann, daß Raymond vielleicht auf der Hälfte von Seiten dasselbe hätte sagen können, was er in seinem Buche gesagt hat, so möchte ich doch gerade hier hervorheben, daß auch List nicht freizusprechen ist von einer, wie man es genannt hat, „journalistischen“ Art seiner Darstellung. Es ist wunderbar, zu beobachten, wie beide Männer immer wieder die wenigen neuen Gedanken,

die sie bringen, in weitläufiger Form variieren. Man kann wohl auch das Listsche „Nationale System“ und nicht minder natürlich die „Letters“ Lists auf wenige Grundsätze zurückführen; wenn man dies aber tun wird und desgleichen versucht, ebenfalls die Raymondsche Schrift auf diese Leitsätze zurückzuführen, so wird man wohl, glaube ich, bei beiden Schriftstellern dieselben Prinzipien finden. Raymond betont vor allen Dingen, die Schriftsteller der politischen Ökonomie vor ihm, vor allen also Smith und seine Anhänger, hätten vergessen, zu unterscheiden zwischen individualer und nationaler Ökonomie, des weiteren zu unterscheiden zwischen National- und Individualreichtum. Beide, Raymond ebenso wie später dann List, machen Smith und seiner Schule den nicht unbegründeten Vorwurf, daß bisher nicht genau der Unterschied zwischen den einzelnen Individuen einerseits und der Nation andererseits festgestellt worden wäre. Des weiteren betonen Beide, daß die Nation sei eine organische, unzertrennbare und ewige Einheit. Von diesem Standpunkte ausgehend, kritisieren sie dann die damals herrschenden Systeme in der politischen Ökonomie. Man möchte beinahe sagen, es wirkt ermüdend, wenn man bei Raymond fast in jedem Kapitel wieder denselben Vorwurf liest, daß Smith und seine Anhänger eben diese 3 Grundsätze nicht gekannt hätten und daß darin der Fehler liege, der ihren Systemen anhänge. Alle die Folgerungen nun, die Raymond aus seinen Leitsätzen gezogen hat, zieht später dann auch List, nur daß List vielleicht in diesem oder jenem Punkte über Raymond noch hinausgeht. Was Raymond nur andeutet, formuliert dann List wieder zu einer besonderen „Lehre“. Daß es nicht schwer ist, im Raymondschen Werke z. B. die Theorie der Werkfortsetzung zu finden, oder zu finden die Theorie der produktiven Kräfte, hatte ich teilweise schon angedeutet, dürfte im übrigen aber auch eine recht leichte Mühe sein, und das, was man List später dann in der deutschen Nationalökonomie als seine ureigenste Theorie zusprechen wollte, nämlich das sogenannte ökonomische Nationalitätsprinzip, ist von List nicht mit größerer Klarheit und Deutlichkeit ausgesprochen worden, als von Raymond.

Hier bei Raymond und nur bei ihm ist zum erstenmal das von Dühring getaufte „Nationalitätsprinzip“ zu finden. Raymond betonte immer und immer wieder zum erstenmal, daß man die Nation betrachten möge als eine Einheit und daß man aus diesem Gesichtspunkte die Gesetzgebung einer Nation regeln müsse. Hat er doch eine Politik als eine kurzsichtige zurückgewiesen, welche allein die Gegenwart betrachte und die Zukunft vergäße. Umsomehr kommt es ihm aber auf die Entwickelung der Nation an und es entspricht wohl vollkommen einem Listschen Gedankengange, wenn er hervorhebt, daß die Individuen als solche verständlicherweise nur in ihrem Tun berücksichtigen wollen und können den Augenblick oder aber höchstens mehrere Menschenalter. Pflicht der Regierung aber sei es, für den ewigen Bestand und für die ewige Unabhängigkeit der Nation als solcher Sorge zu tragen. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn hier der Grund liegt, von welchem List ausgehend seine Schutzzolltheorie im besonderen als industrielle Erziehungsmaßregel formulierte. Denn was sollen diese Erziehungszölle anderes bewirken, als die ewige Dauer der Nation in wirtschaftlicher und politischer Eigenart zu erhalten? Und wenn Dühring dann später hervorheben zu müssen glaubte, daß es ein weiteres Ruhmesblatt Friedrich Lists sei, im Gegensatz zur Tauschwerttheorie, wie sie von den Klassikern vertreten wurde, die Theorie der produktiven Kräfte gepredigt und erkannt zu haben, so möchte ich demgegenüber mit aller Entschiedenheit festgestellt haben, daß kein anderer als Raymond es gewesen ist, der diesen Gedanken in seiner Ursprünglichkeit zum erstenmale erfaßt hat. Hat Raymond doch selbst eingestanden, daß es in seinem System keinen Platz gäbe für Auseinandersetzungen über Wert, Tausch usw. Eine politische Ökonomie, welche nichts weiter berücksichtige als diese Streitfragen, sei eine elende Wissenschaft und hieße die Würde derselben herabdrücken „zu einer miserablen Wissenschaft von Dollars und Cents,“ (Es mag auch hier als auffallend bezeichnet werden, daß Friedrich List eine ähnliche Äußerung im Zollvereinsblatt machte; er spricht da von einer „Wissenschaft von Mark und Pfennigen“!). Raymond ist es ja

vor allen Dingen darum zu tun, die großen Prinzipien, die für die zukünftige Entwickelung einer Nation von Segen sein können, einmal zu erörtern, und wenn im Mittelpunkt dieser Gedanken die Überzeugung wurzelt, daß der Nationalreichtum nicht vermehrt werden könne etwa durch Sparsamkeit oder durch ein Überschreiten der Produktion über die Konsumtion, sondern daß man den Nationalreichtum nur vermehren könne, wenn man, wie Raymond sich immer so seltsam ausdrückt, vermehre „die Capacität zur Erwerbung der notwendigen und freien Güter des Lebens", so heißt dies wohl auch nichts anderes, als, eine Nation könne nur ihren Reichtum vermehren, wenn sie steigere ihre innere, produktive Kraft. Wer in diesen Raymondschen Gedankengang eingedrungen ist, wird zugeben müssen, daß hier bei Raymond zum erstenmale die Theorie der produktiven Kräfte entwickelt worden ist. Im einzelnen jetzt in diesem Zusammenhange noch nachzuweisen, daß auch alle die Theorien, die List später „entdeckt" haben sollte, Raymond bereits vorgebildet hatte, ehe List an diese gedacht hat, halte ich fast für überflüssig. Ich glaube, wenn man erst einmal den Gedanken von der Einheit der Nation erfaßt hat, konnte es nicht schwer fallen, zu allen den Schlußfolgerungen zu kommen, die sich aus diesem Grundprinzip ergeben.

Es ist wohl nicht zufällig, daß auch List dann in seinen Briefen von diesen Gedanken der organischen Einheit der Nation ausgeht und auf ihnen seine weiteren Ausführungen aufbaut. Alles steht oder fällt mit der gründlichen Erfassung dieses Nationalitätsprinzips.

Wir aber hatten gesehen, daß Friedrich List in seinen ersten Veröffentlichungen in Deutschland von diesem Gesichtspunkte noch weit entfernt war!

Es ist nicht wahr, oder kann zum mindesten nicht mit Beweisen belegt werden, was Losch und Eheberg behaupten, daß dieses ökonomische Nationalitäts-Prinzip von List schon in Deutschland erkannt worden sei.

Man soll mir nicht kommen und soll behaupten, List habe ja auch schon in Deutschland nationale Politik getrieben. Das ist nicht der springende Punkt in diesen Erörterungen!

Man kann nationale Politik treiben, ohne auch das Wesen der ökonomischen und politischen Einheit der Nationalitäten erfaßt zu haben. Hätte List das vielumstrittene Nationalitätsprinzip in Deutschland vor seiner Amerikareise erfaßt, so wäre es unmöglich und nicht zu verstehen, wie er seine sonstigen Forderungen handelspolitischer Art hätte so vertreten können, wie er es sowohl im „Organ“, als auch in seinen beiden Denkschriften getan hat. Hier hätte er dann nicht sprechen dürfen davon, daß eine Welt-Kommerz-Kommission die schwebenden Streitigkeiten zwischen den einzelnen Völkern schlichten sollte. Hier hätte er nicht sprechen dürfen von den schädlichen Wirkungen des sogenannten Merkantil-Systems; hier hätte er nie und nimmer ein Zollsystem lediglich und allein aus dem Gesichtspunkte der Retorsion verteidigen dürfen!

Natürlich sind die Ähnlichkeiten der Schriften beider Männer auch denen nicht entgangen, die vor mir diese Frage in der amerikanischen und französischen Literatur erörtert haben. Grundlegend für alle diese Arbeiten der Franzosen, vor allen die Rambauds und Lepelletiers, sind wohl die Ausführungen, die Neill in seinem oben bereits erwähnten Büchlein gemacht hat.

Neill beschäftigt sich allerdings nur auf seinen letzten Seiten mit dem Kapitel „Daniel Raymond und Friedrich List.“ Der größere Teil seiner Broschüre ist dem Raymondschen Werke und Raymond selbst gewidmet. Zudem scheint Neill doch nicht so genau die Listschen Veröffentlichungen zu kennen, wie es zu einer lückenlosen Erledigung der uns hier beschäftigenden Frage notwendig ist. Es soll dies natürlich kein Vorwurf sein, ich muß aber doch hervorheben, daß Neill die Listschen Veröffentlichungen vor Lists Amerikareise nicht kennt, und daß er sich hierbei vor allen Dingen auf die einseitige Darstellung Lesers in der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ und dann auf die Äußerungen Ehebergs und Häußers stützt. Ich lege gerade auf diese Hervorhebung besonderen Wert, weil ich glaube, man kann eben in dieser Frage nur dann zu einem richtigen Urteile kommen, wenn man die Aufsätze Friedrich Lists kennt, die er niederschrieb, ehe er mit der amerikanischen Literatur bekannt wurde. Des

weiteren möchte ich noch protestieren dagegen, daß Neill bei seinen Beweisen sich stützt auf Stellen aus Friedrich Lists „Nationalen System". Ich vermag nicht zu sagen, ob Neill die „Letters" Lists alle gekannt hat. Beinahe möchte ich dies bezweifeln, da er nur Brief 1 und 2 zitiert, zweifellos aber auch noch in den anderen Briefen Lists sich hätten Stellen finden lassen, die die Zitate aus seinem späteren Werke hätten ersetzen können.

Dies alles aber macht natürlich die Untersuchung sowie die Resultate der Neillschen Ausführungen nicht absolut unbrauchbar. So möchte ich hier einmal die Leitsätze hervorgehoben haben, die Neill sowohl bei List wie bei Raymond als gleichlautende gefunden zu haben glaubt. Beide Männer, List wie Raymond, sollen die Ansicht vertreten haben, daß:

1. „die herrschende Schule der Ökonomisten, Adam Smith und seine Schüler, nicht unterschieden haben zwischen privater und öffentlicher Ökonomie und daß sie daher die Ökonomie der Individuen anstatt die der politischen oder Nationalökonomie abgehandelt haben.
2. Die Schule Adam Smiths verfehlt ferner, zu unterscheiden die Interessen der Nation von den allgemeinen Interessen der Rasse, und ihre Lehrsätze sind daher zu kosmopolitisch, um eine Anwendung auf die gegenwärtig gegebenen Verhältnisse zuzulassen.
3. Die Schule Adam Smiths nimmt an, daß die Interessen der Individuen und die der Gesellschaft die gleichen sind, daß das Individuum am besten seine eigenen Interessen kennt und, wenn es ihm gestattet sei, diese auf seine eigene Art zu verfolgen, es notwendig die Interessen der Gesellschaft fördern wird. Aber diese Annahme ist ohne Garantie. Die unmittelbaren Interessen des Individuums und der Gesellschaft sind oft verschieden, und das augenblickliche Interesse des Einzelnen stimmt selten jemals mit dem dauernden der Gesellschaft überein.
4. Ein richtiges System der politischen Ökonomie kann nicht die Existenz gesonderter Nationen ignorieren. Jede Nation ist als eine organische Einheit zu betrachten usw.

5. Im Gegensatz daher zu der privaten oder Individualökonomie und der kosmopolitischen oder der Ökonomie der Menschheit gibt es eine Nationalökonomie, die aus der Tatsache entsteht, daß gesonderte Nationen existieren. Jede Nation hat entsprechend den Umständen ihr eigenes besonderes System der Nationalökonomie, und es ist Aufgabe der letzteren, die Mittel zu zeigen, durch die sich eine Nation zu dem höchsten Grade nationaler Prosperität und Macht erheben kann.
6. Das System des Adam Smith und seiner Schüler ist eine Theorie der Tauschwerte und diese sind der gegebene Gegenstand der Individualökonomie. Nationaler Reichtum bestehe aber nicht in Tauschwerten, sondern in produktiven Kräften und daher hat eine Nationalökonomie wenig Beziehung zu Werten. (little concern with values.) Sie ist interessiert an dem Studium der produktiven Kräfte.“

An einer andern Stelle zählt Neill einmal 9 Punkte auf, in denen List und Raymond übereinstimmen. Ich glaube, ich kann mir eine Gegenüberstellung von wörtlichen, gleichlautenden Stellen[1]) aus den Werken beider Männer um so eher hier ersparen, als ich ja ziemlich ausführlich das Raymondsche System dargestellt habe und die Listschen Briefe ja so wie so im Anhang zu finden sind.

Jedoch möchte ich es nicht unterlassen, noch einmal in diesem Zusammenhange auf die springenden Punkte aufmerksam gemacht zu haben. Ich beziehe mich auf die Ausführungen, die ich oben gemacht habe bezüglich des Nationalitätsprinzips und der aus dieser Idee von selbst aufkeimenden anderen „Theorien“. Es mag nun interessant sein, hier festzustellen, was List in dieser Beziehung in seinem „Umrisse einer amerikanischen politischen Ökonomie“ sagt. List erkennt in vielen Beziehungen die Verdienste Adam Smiths um die Wissenschaft rückhaltlos an und glaubt, daß „die fundamentalen Grundsätze der Wissenschaft allein durch seine Untersuchungen in der Ökonomie der Einzelnen und der Menschheit entdeckt

[1]) cf. Anhang . . .

werden könnten." „Sein Irrtum aber" fährt List fort, „besteht darin, daß er zu seinen allgemeinen Grundsätzen die Modifikation nicht hinzufügte, welche durch die Spaltung der menschlichen Rasse in nationale Körperschaften verursacht wird, und daß er zu den **Regeln nicht die Ausnahme** hinzusetzte oder zu den Extremen nicht die Mittelglieder." Ich möchte hier nur als beiläufig erwähnt haben, daß Raymond fast mit denselben Worten dasselbe sagt, wenn er einmal meint, Smith habe vergessen, zu den Regeln die Ausnahmen hinzuzusetzen und diese Ausnahmen eben machten das Schutzzollsystem aus. Auch List macht Smith den Vorwurf, daß er allein untersucht habe, auf welche Weise der Einzelne sich Reichtum verschaffen könne und wie der Betriebsfleiß und Reichtum der Menschheit den Betriebsfleiß des Einzelnen beeinfluße. Die Nationalökonomie aber lehre, auf welche Weise man eine gewisse Nation in ihrer besonderen Stellung den Einzelnen und der Weltwirtschaft gegenüber lenken und regieren müsse, entweder um fremden Beschränkungen oder fremder Macht zuvorzukommen oder die produktiven Kräfte in sich selbst zu vermehren. So teilt er dann nach „berühmten Mustern" die Wissenschaften in drei Teile, in die der individuellen, der nationale nund der kosmopolitischen Ökonomie und damit, meint er, sei die Wissenschaft geboren. Daß der Begriff Nationalökonomie mit dem der Nation entsteht, versteht sich ja wohl von selbst. Er ist sich wohl bewußt, daß mit dem Augenblicke, wo man bei der Betrachtung der politischen Ökonomie ausgeht von diesem Begriffe der Nation, von vorn herein ein anderer Boden betreten worden ist, als der, auf dem Smith und seine Schule stehen. Denn, so schreibt er an anderer Stelle, „die Einteilung der menschlichen Rasse in Nationen sei dazu angetan, das ganze alte System auf den Kopf zu stellen." List hat also hier mit wenigen Worten dasjenige gesagt, auf was ich besonderen Wert lege. Mag man dann auch über die Abhängigkeit Lists von Daniel Raymond denken, wie man will, so viel ist sicher, kein anderer vor Daniel Raymond hatte zum Ausgangspunkt seiner Untersuchungen in der politischen Ökonomie die Nation

als solche gemacht. Ich hatte schon oben nachzuweisen gesucht, daß in dem Augenblicke, wo der Begriff der Nation als organische Einheit aufgetaucht war, sich eine Gegnerschaft gegen Smith und dessen Schule eigentlich von selbst ergeben mußte. Daß nun Friedr. List und Daniel Raymond die gleichen Konsequenzen ziehen, ist nicht weiter wunderbar. Daß hiermit von selbst gegeben war, daß man bei ferneren Untersuchungen ökonomisch politischen Charakters dahin streben müßte, nachzuweisen und aufzudecken dasjenige, was der einzelnen Nation als solcher Vorteil zu bringen in der Lage wäre oder nicht, ist ebenfalls eine notwendige Konsequenz des Grundgedankens. Dann ergibt sich der Zweck jeder Untersuchung von selbst, nämlich Mittel und Wege zu zeigen, wie nationale Macht und Unabhängigkeit von einer besonderen Nation im Verhältnis zu anderen Nationen gewonnen werden kann. Deshalb macht sich dann List, ebenso wie Daniel Raymond vor ihm, mit Recht darüber lustig, daß die Schriftsteller vor ihnen einen unberechtigten Kosmopolitismus getrieben hätten. Wenn der Erdball nicht geteilt wäre unter Nationen, so wäre das Smithsche System anzuerkennen, oder wie List in seiner populären Schreibart sagt: „Wenn der ganze Erdball geeinigt wäre durch eine Union gleich wie die 24 Staaten von Nordamerika, so würde der Freihandel in der Tat so natürlich und wohltätig sein, wie er es jetzt innerhalb der Nation ist“ und für das Wort Freihandel hätte List ebenso setzen können, „so wäre das Smithsche System in der Tat ebenso wohltätig, wie seine Anwendung im Innern der Nation vielleicht günstig wäre“. Da dieser Stand der Dinge aber nicht existiert, so wäre die Erfüllung desselben wohl ersehnenswert und für das Herz eines Philosophen recht ehrenvoll, dies zu wünschen, aber es wäre ein unnötiger und schädlicher Kosmopolitismus, der nichts helfen könne.

Nach diesen wohl sehr allgemeinen Ausführungen möchte ich wenigstens kurz einmal die Gleichheiten aufgezählt haben, die sich sowohl in der Schrift von Raymond wie von Friedr. List finden.

Sie gehen also, wie schon vorhin hervorgehoben, beide von dem Begriffe der Nation aus und fügen in die Teilung der Ökonomie in individuelle und kosmopolitische die

nationale Ökonomie ein. Sie beide sind sich bewußt, wie wichtig diese Stellung für den Aufbau des ganzen Systems ist, ja, sie beide sind überzeugt davon, daß sich mit diesem Standpunkte das System der Smithschen Schule nicht vereinigen lasse. Sie leiten dann aus dem Begriffe der Nation, der nationalen Ökonomie die Pflicht der Regierung ab, alles dasjenige zu fördern, was dieser Nation als einer organischen Einheit gedeihlich sein könnte und setzen als Endziel aller Nationalökonomie die Erhaltung der Unabhängigkeit der Nation, Förderung der nationalen Macht, nicht durch Produkten-Austausch, sondern durch die Entwickelung und Großziehung von produktiven Kräften. Diese Pflicht der Regierung ist ihnen um so selbstverständlicher, als sie beide einsehen, daß das Streben des Individuums nach seinem eigenen Vorteil sich nicht immer decken muß mit dem allgemeinen Wohl. Sie erkennen aber zugleich für das Individuum an, daß man es ihm nicht verargen könne, wenn es nur für sich sorge und seinen persönlichen Reichtum zu vermehren trachte. Sie leiten aus diesem Gesichtspunkte Beide das Recht der Regierung her, im gegebenen Falle selbst den Einzelnen zu schädigen, wenn dadurch der Gesamtheit der Nation gedient sei. So verwerfen sie denn auch beide die Theorie des „Billigerkaufens" und verwerfen nicht einseitig den Krieg, sondern wissen Beide sehr wohl, daß auch ein Krieg dazu beitragen kann, die nationalen Kräfte in sich zu konsolidieren und zu kräftigen. So nehmen sie denn Beide auch den Vorwurf zurück, als ob Zölle etc. verwerfliche Monopole seien. Sie seien zwar Monopole, aber nur im kosmopolitischen Sinn mit der Wirkung, daß sie der einzelnen Nation Vorteil über eine andere Nation verschaffen. Raymond und List wissen aber auch, daß man ihr System nicht kritiklos an jeder Nation zu ihrem Vorteile anwenden könne und betonen Beide in diesem Zusammenhange ihren relativen Standpunkt.

Ich glaube, hat man erst einmal diese Grundzüge ein und desselben Systems aus den Schriften beider Männer herausgeschält, so kann man ruhig davon absehen, ob der eine viel-

leicht in dieser oder in jener Beziehung ein wenig systematischer auftritt oder nicht. Selbst zugegeben, daß Friedr. List manches Neue dann in seinem „Nationalen Systeme der politischen Ökonomie“ gebracht hat, entspringen wird auch dieses Neue aus diesen fundamentalen Gedankengängen, die ich zuerst in dem Raymondschen Werke gefunden habe. Es scheint mir deshalb beinahe müßig, nun noch nach Äußerlichkeiten zu forschen, auf Grund derer man die Abhängigkeit Lists von Daniel Raymond nachweisen könnte. Aber auch hierfür liegen eine ganze Menge Anhaltspunkte vor, die ich wenigstens einmal zusammengestellt haben möchte.

So gibt List ja selbst zu, daß er, ehe er seine Letters schrieb, die amerikanische schutzzöllnerische Literatur durchstudiert hat. Wir hatten aber schon aus Neills Munde gehört, daß die Raymondschen „Thoughts“ die erste und einzige zusammenhängende Abhandlung über diesen Gegenstand in der amerikanischen Literatur bildeten, abgesehen vielleicht von dem Hamiltonschen Manufakturbericht. So liegt wohl die Vermutung nahe, daß List diese einzige „systematische“ Abhandlung über diesen ihn interessierenden Gegenstand gelesen hat. Diese Vermutung wird beinahe bis zur Gewißheit gesteigert, wenn man im Auge behält, daß erstens auch Friedrich List mit denjenigen Kreisen zusammengekommen ist, in denen dieses Raymondsche Buch großen Anklang gefunden hatte, ja, daß Friedr. List mit demjenigen Manne in Berührung gekommen ist, der ein eifriger Anhänger und glühender Verehrer der Raymondschen Ausführungen war. Auch in diesem Zusammenhange will ich nicht unerwähnt lassen, daß in dem von List selbst genannten „Niles Register“ das Raymondsche Buch angezeigt gewesen ist (am 16. Dez. 1820). Daß Raymond sowohl wie List in Pennsylvanien und in dessen Hauptstadt Philadelphia wirkten, möchte ich nur so nebenbei erwähnen, vielleicht könnte man auch aus der Zufälligkeit des gemeinsamen örtlichen Aufenthalts schließen, daß List das Raymondsche Werk tatsächlich kannte. Ich halte aber alle diese Äußerlichkeiten eigentlich als Beweisgründe nicht für ausschlaggebend. Mir genügt es, festgestellt und mich davon

überzeugt zu haben, daß die „Systeme" beider Männer sich gleichen, daß sie vor allen Dingen entspringen aus ein und denselben grundlegenden Gedankengängen. Neill, der am Schluße seiner kurzen Abhandlung ebenfalls alle diese Äußerlichkeiten untersucht, um beurteilen zu können, ob man berechtigt sei, zu behaupten, Friedr. List habe aus Raymond geschöpft und ihm dann sein System entnommen, kommt zu dem Urteile, daß „Raymond und List dieselben Grundsätze als Basis ihrer Systeme haben, daß Raymond sein Buch einige Jahre vorher veröffentlicht hat, ehe List den Beweis erbrachte dafür, daß er zu ähnlichen Gedanken gekommen war, und daß List sein System erst dann der Welt gab, nachdem er Gelegenheit gehabt hatte, mit dem Raymondschen Werke bekannt zu werden, so daß es schwierig ist, zu glauben, daß er nicht wirklich Kenntnis von demselben besessen habe." Dieses Neillsche Urteil ist trotz aller seiner Vorsichtigkeit doch wohl dahin auszulegen, daß auch Neill an eine Beeinflußung Lists durch Raymond glaubt. Der Vollständigkeit halber füge ich hier die Beurteilung des Pariser Professors Lepelletier an, der in seinem Artikel „Un précurseur de List: Daniel Raymond" sich dahin resumiert: „Et si rien ne nous permet d'afirmer que l'auteur du système national d'économie politique fut en relations directes avec Raymond, du moins n'est il guerre possible de penser qu'il ignora son oeuvre puis qu'il fréquenta beaucoup l'un de ses plus ardents admirateurs M. Carey." Lepelletier findet es dann zum mindesten keineswegs ohne Interesse für die Geschichte der Nationalökonomie, festzustellen, daß 20 Jahre vor dem Erscheinen eines Werkes in Europa, eines Werkes, welches den Ruf eines der glänzendsten Repräsentanten der deutschen Nationalökonomie begründete, ein amerikanischer Nationalökonom sich uns als Gegner der kosmopolitischen Theorie der englischen Schule darstellt und als erster sehr präzis prinzipiell die fruchtbare Unterscheidung zwischen Privat- und Nationalökonomie vollzog. Ich führe das Urteil, wie gesagt, nur der Vollständigkeit wegen an, da Lepelletier Anspruch auf Originalität in diesem Punkte nicht beanspruchen kann. Er stüzt sich auf

Neill und bringt dessen Resultate nur in französischer Sprache. Dagegen scheint doch Rambaud das Raymondsche Werk selbst gekannt zu haben, zum wenigsten glaube ich, dies bei der sonst so gründlichen Arbeit des Verfassers annehmen zu sollen. Rambaud stellt dann seinerseits in seiner „Histoire des doctrines économies politiques" folgende 4 Punkte fest, die Raymond List vorausgebildet habe:

1. Die Unterscheidung des nationalen vom privaten Reichtum,
2. den Charakter der organischen Einheit, den die Nation als solche besitze.
3. die Unterscheidung von politischer und privater Ökonomie,
4. die Unterscheidung von produktiver und permanenter Arbeit.

Ich wäre beinahe geneigt, schon aus der Reihenfolge dieser 4 Punkte anzunehmen, daß auch Rambaud nicht tief genug in das Wesen der von List und Raymond neu vertretenen Systeme eingedrungen ist. Ich wenigstens hätte an die Spitze den 2. Punkt gestellt; denn auf die Feststellung des Charakters der organischen Einheit der Nation lege ich ja den Hauptwert In dem Jahre, in dem Neills Arbeit erschienen ist, hat auch noch ein anderer Amerikaner, der schon einmal genannte Sherwood in seiner Schrift „Tendencies in American economic thought", Baltimore 1897, den modernen Protektionismus zum größten Teile ein Werk der Amerikaner genannt. Das amerikanische Schutzzoll-System habe auch List die Idee gegeben, auf die er seinen Protektionismus und seine Agitation hinsichtlich des Zollvereines und der Entwickelung der deutschen Eisenbahnen gegründet habe. Der Hamiltonsche Bericht, Raymonds Werk, die Lektüre der schutzzöllnerischen Schriften habe List die ganze Macht, die das Schutzsystem auf die Produktionskraft eines großen Volkes ausüben könne, gelehrt. Ich vermag auch hier nicht festzustellen, ob sich dieser Sherwood auf Neill zurückführen läßt oder nicht; ich bin aber geneigt, das letztere anzunehmen. Diesen amerikanischen und französischen Kritikern und Beurteilern Lists stehen nun, wie bekannt, die deutschen Nationalökonomen

Dühring, Eheberg und Losch gegenüber. Bei allen dreien muß ich hervorheben, wie ich das schon oben getan habe, daß sie eben das Raymondsche Werk ebenso wenig wie die Listschen „Letters" kennen oder zu kennen scheinen. Dühring fällt wohl, wo es sich hier um die Abhängigkeit oder Unabhängigkeit Lists von Raymond handelt, aus, da er ja das Raymondsche Werk sicher nicht gekannt hat. Des weiteren ist ja Dührings einseitige Beurteilung Lists reichlich bekannt.

Immerhin interessant ist dasjenige, was in diesem Zusammenhange Prof. Dr. Carl von Eheberg schreibt, und ich möchte diese seine hierhergehörenden Ausführungen wenigstens kurz skizziert haben. Eheberg ist wohl bisher der geistvollste Interpret Friedr. Lists gewesen und schreibt über die uns hier interessierende Frage folgendes: Häußer sei Lists Freund und zu wenig Nationalökonom gewesen, um ein kompetenter Beurteiler sein zu können. „Bei Hildebrand finde ich, obwohl er sich alle Mühe gab, in der Kritik dem Verfasser des nationalen Systems gerecht zu werden und seine Unabhängigkeit von Adam Müller zu betonen, doch die Frage nach dessen Originalität nicht genügend erörtert. Roscher hat zu sehr den Menschen List, besonders auch den praktischen Agitator im Auge, um den Ursprung der Listschen Theorie eingehender zu verfolgen; Kautz, der unserer Auffassung ziemlich nahe steht, beachtet zu wenig, daß das „nationale System" bis zum Jahre 1820 zurückreicht; Kniess, bei dem es an geistreichen Worten, besonders über das Verhältnis zwischen Adam Müller und List nicht fehlt, verfolgt mehr die große, gesamte Entwickelung der nationalökonomischen Ideen und kann den Einzelheiten weniger Aufmerksamkeit schenken. Nur Dühring, der bekanntlich neben Adam Smith nur List und Carey als bedeutende und der Beachtung werte National-Ökonomen anerkennt, streift gelegentlich die Frage nach der Originalität Lists, ist aber meines Erachtens zu sehr spekulativer und abstrakter Kopf, um den realen Verhältnissen, in denen List wurzelt, Rechnung zu tragen." Und nach diesen im großen und ganzen treffenden Ausführungen fällt Eheberg sein eigenes Urteil. Eheberg findet in den Listschen Petitionen, die

ich oben besprochen habe, schon eine deutliche Hinweisung auf Lists nationale Wirtschaftspolitik und auf die Bedeutung der Nationalität für wirtschaftliche Verhältnisse. Er findet in diesen Petitionen, allerdings in embryonenhafter Gestalt, viele Kernpunkte seiner späteren Ausführungen, die Betonung der nationalen Politik gegenüber den Lehren des Weltbürgertums, die Forderung von Schutzzöllen als handelspolitische Maßregel (!) und den Hinweis auf die Bedeutung der Handelsbilanz. Nachdem dann Eheberg Arbeiten von Theoretikern und Praktikern als von List benutzte Quellen abgelehnt hat, meint er zu wiederholten Malen: „Die Grundlagen, auf denen später das nationale System sich aufbaute, sind schon 1820 in originaler Weise gelegt.“ Seltsamerweise stellt Eheberg an einer anderen Stelle im Handwörterbuch der Staatswissenschaften im Artikel „List“ einmal fest, daß List vor seiner Reise nach Amerika, sich im allgemeinen als Anhänger der englischen Nationalökonomie gezeigt habe, daß er dann in Amerika zum erstenmale Smith entgegenträte, die wirtschaftliche Bedeutung der Nation betone, die Lehre von den produktiven Kräften entwickele u. s. w.!

„Auch die Benutzung geschichtlicher Tatsachen als Beweismaterial zeige sich schon hier,“ meint Eheberg. — Diesem Widerspruch in dem Urteil Ehebergs über List nachzugehen, halte ich nicht für meine Aufgabe. Es genügt mir, denselben nicht unerwähnt gelassen zu haben. Das erste Urteil Ehebergs über List zu widerlegen, hier an dieser Stelle, hieße alles das wiederholen, was ich bereits ausgeführt habe. Ich glaube nicht, daß Eheberg Recht hat, und ich hoffe es mit dieser Abhandlung bewiesen zu haben, daß Eheberg und alle diejenigen, die seine Ansicht teilen oder die seinige nachsprechen, sich in einem Irrtum oder in einer Unkenntnis über die hier notwendig vorauszusetzenden Schriften befinden.

Man wird in Zukunft in der Dogmengeschichte der Nationalökonomie zu lehren haben, daß Friedrich Lists „Nationales System der politischen Ökonomie“ wurzelt in dem Raymondschen Werke. Ich denke, das ist interessant und wertvoll genug. Um so interessanter als man bei Lektüre der Listschen Arbeit fast nichts anderes glauben kann, als ob sein

nationales System allein für Deutschland geschrieben sei. Und da komme ich vielleicht auf Lists wahres Verdienst. Dieses besteht meiner Auffassung nach in seiner ganz hervorragenden Fähigkeit, das Wertvolle aus Raymonds Werke zu einem eigenen praktischen Systeme verwandt zu haben. Er hat wohl sofort die Tragweite der bei Raymond neu entwickelten Gedanken erkannt und fest in sein Inneres aufgenommen. Davon legen ja seine „Briefe" Zeugnis ab. Und nun möchte ich wieder einmal auf Lists so seltsames Schicksal hinweisen, das ihm keine Zeit ließ, die empfangenen Gedanken in der Muße der Studierstube auszuarbeiten oder denselben dort nachzugehen. Sein Leben sollte ihm vielmehr nach Abfassung seiner „Skizze eines neuen Systemes einer amerikanischen Ökonomie" die praktischen Unterlagen dieser seiner theoretischen Abhandlung bieten. Dazu verschafft ihm zunächst das amerikanische Wirtschaftsleben Gelegenheit genug, dann arbeitet er sich in Frankreich und zuletzt in Deutschland in die praktische Volkswirtschaft hinein. Diese internationalen Eindrücke liefern ihm dann 1839 in Paris das Fleisch zu dem Knochenbau, den er Raymond entlehnt hat. Und so wird auch sein Buch international; in mehrere Sprachen übersetzt, findet es überall Beifall und überall kann es nützen. Hinzu hatte List noch manche wichtige Erkenntnis auf dem Wege gefunden, den ihm Raymonds Buch gewiesen hatte; Erkenntnisse, die er, wie sie ihm kamen, in Zeitungsartikeln und sonstigen Abhandlungen niederlegte. 1841 sammelte er dann alle seine Resultate und es erschien das „Nationale System." Diesen Werdeprozeß hat List selbst geschildert und zugestanden; und hätte er es nicht getan, so wäre es keine große Mühe, hierfür aus seinen Veröffentlichungen den bindenden Beweis zu liefern.

Dühring redet ja wohl von einer amerikanisch-deutschen Schule der Nationalökonomie; ich möchte das Wort annehmen und als den hervorragendsten Vertreter dieser amerikanisch-deutschen Nationalökonomie Friedrich List bezeichnen; unbeschadet auch dessen, daß ich am Schlusse meines ersten Kapitels List als den Theoretiker des deutschen Zollvereins

hinstellte. Das bleibt er sowohl durch die Veröffentlichung seines „Nationalen Systems“ als auch besonders durch seine Bemühungen, die er in seinem Zollvereinsblatt niedergelegt hat. Trennen möchte ich so aber die Beurteilung des praktischen Agitators und Politikers List, der in Deutschland kaum seines Gleichen hat, von der des Theoretikers List, der sicher nicht ohne Verdienst ist, dessen Theorie ich aber doch nicht mehr als eine selbständig gefundene anzusprechen vermag.

So mag, was Roscher und vor ihm schon 1867 das „Journal des Economistes“ anstrebten, dann auch meinerseits geschehen sein. Schon am Schlusse seiner Kritik des „Nationalen Systems“ in den „Göttingischen gelehrten Anzeigen“ 1842 trennte Roscher den wissenschaftlichen Wert von seinem praktischen und fand den letzteren im höchsten Grade „respektierbar“. In diesem obigen Zusammenhang unterschreibe ich diese Trennung auch meinerseits. Was Roscher hier tadelt, das nationale System sei „ein Parteimanifest ganz auf die praktische Wirksamkeit berechnet“ macht letzten Endes das Wertvolle des Listschen Buches aus und deutet klar und deutan, wo Lists Verdienst, wo Lists Originalität zu suchen ist!

Es erübrigt sich nun auch, sich noch lange den Kopf zu zerbrechen, ob List von Adam Müller oder einem anderen Nationalökonomen „beeinflußt“ worden sei. Weil man bisher nicht zur Beurteilung der Originalität Lists die Amerikanischen Briefe in Betracht zog, ist man immer zu falschen Vermutungen und Schlüssen gekommen. Er steht jedoch wohl keinen Augenblick im Zweifel, daß in diesen seinen amerikanischen Briefen das Wesentliche seines nationalen Systemes, wie ich schon des öfteren betonte, enthalten ist. In seinen Veröffentlichungen vor seiner Amerikareise ist aber nichts zu finden, was darauf deuten könnte, daß List durch die Lektüre deutscher Nationalökonomen zu einem neuen Systeme gekommen ist. Somit bleibt übrig, daß Raymond's Werk allein die Quelle ist, aus der Friedrich List geschöpft hat. Und darüber werden in Zukunft alle Geistreichigkeiten nicht hinweg helfen können. Wer nicht zu beweisen vermag, daß zwischen den Raymondschen

„Gedanken über politische Ökonomie“ und dem Listschen „outlines“ keine Gleichheiten in allen in Frage kommenden prinzipiellen Fragen des neuen ökonomischen Systemes bestehen, wird auch nicht mehr von einer theoretischen Unabhängigkeit des Listschen „Systemes“ sprechen können. Daniel Raymond hatte, um mit Schmoller zu reden, „die Smithsche Art des ökonomischen Denkens mit einer freieren Methode vertauscht vor Friedrich List, und Raymond hatte schon vor List — ich zitiere wieder Gustav Schmoller — die gesellschaftliche, sozialpolitische Auffassung der Nationalökonomie im Gegensatz zur individualistischen, welche soziale Gemeinschaften weder kennt, noch begreift, zuerst begründen helfen. Damit war aber die ganze Wissenschaft der Nationalökonomie auf anderen Boden gestellt.

Friedrich List aber hat das andere große Verdienst, die Resultate eines theoretischen Denkens für die Praxis, für das Leben eines großen Volkes mit bewunderungswürdigem Talent verwandt und angewandt zu haben. Damit aber komme ich zu dem Politiker List, der mich im folgenden kurz beschäftigen soll.

III. Kapitel.

Friedrich List als Politiker.

Heinrich von Treitschke stellt in seiner deutschen Geschichte Friedrich List an die Seite von Robert Blum und Lasalle und damit in die Reihe der großen Demagogen im guten Sinne des Wortes, die Deutschland besessen hat. Er bedauert dann, daß unsere Zeit so wenig solcher Männer gehabt habe. Vielleicht ist mit dieser Charakterisierung ein Teil des Wesens getroffen, das Friedrich List als Politiker ausmacht; doch nicht alles ist damit erschöpft, was sich zur Charakterisierung des Politikers List sagen ließe. Es muß in diesem Zusammenhange bedauert werden, daß man bisher nicht versucht hat, die politische Arbeit Lists einmal näher zu untersuchen. Gewiß wäre vielleicht keiner geeigneter gewesen als Heinrich von Treitschke; er hat es unterlassen. Möglicherweise liegt hier ein Beweis dafür, daß es nicht all zu leicht sein wird, ein klares Bild von dem Politiker List zu geben. Es dürfte auch schon bei der Einteilung des Stoffes schwer sein, den richtigen Weg zu finden, und es wird vielleicht als unmöglich bezeichnet, den Nationalökonomen List von dem Politiker zu trennen. Ich lasse seine Tätigkeit als Handelspolitiker beiseite, da ich dann Lists ganze ökonomische Tätigkeit schildern müßte, und versuche einmal die Tätigkeit des „reinen" Politikers darzustellen. Ich weiß auch, daß dies schwer ist, und sollte mein Versuch mir nicht gelingen, oder sollte er von anderen als verfehlt gekennzeichnet werden, so bitte ich dies mir nicht all zu schwer anrechnen zu wollen. Ich glaube aber schon der Versuch wird sich lohnen.

Man muß, will man Friedrich Lists politische Tätigkeit psychologisch richtig verstehen, nicht aus dem Auge verlieren, woher Friedrich List kam. Er ist Reichsstädter und die Ideen, die wohl die deutschen Reichsstädter beseelten, finden

sich mit großer Deutlichkeit bei ihm wieder. So ist List ein liberaler Mann; aber sein Liberalismus hat trotz und alledem einen durchaus konservativen Zug. Ich darf wohl hier gleich die Worte Lists selbst anführen, die am besten dasjenige sagen, was ich ausdrücken wollte. In seiner Denkschrift an die österreichische Regierung im Anfang der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts charakterisiert sich List einmal so: „Von jeher und bis zu dieser Stunde bin ich ein Konservativer gewesen, wenn man unter diesem Worte denjenigen versteht, der die Völker, die Regierungen und die Staaten nicht nach Art des französischen Liberalismus über einen Kamm zu scheeren und sie ab ovo zu konstruieren, sondern auf die Grundlage des Bestehenden bauend, diejenige Reform allmählich zu realisieren strebt, ohne welche Staatskörper von weit vorgerückter Zivilisation nie zu einer festen und unwandelbaren Basis im Innern, nie zu einer dauerhaften Garantie ihrer Unabhängigkeit nach außen gelangen können". Und List fährt dann fort, „geboren in einer deutschen Reichsstadt, war mein Liberalismus historischen Ursprungs und an der Spitze meiner Republiken stand immer ein Kaiser". Und nun muß man sich in die Zeiten zurückdenken, in denen Friedrich List lebte, um eigentlich von vornherein die ganze tragische Tätigkeit des Mannes zu ahnen. Mitten hineingestellt in eine Zeit des Überganges, in eine Zeit, die ganz zaghaft versuchte, die überbrachten Formen des alten Regimes zu sprengen, um sich lebendiger und siegreicher entwickeln zu können, mußte Friedrich List, weit den Forderungen seiner Zeit voraus, an der Kirchturmspolitik seiner Zeitgenossen und an den autokratischen Gelüsten der Herrschenden unfehlbar scheitern.

List hätte sonst erkennen müssen, daß man eine ganze Generation, aufgewachsen in tyrannischer Erziehung nicht mit einem Male einer liberalen Weltauffassung zuführen kann; denn für List handelte es sich nicht darum, hier und da an das alte Gebäude der Staatsverfassung ein neues Ornament zu setzen, sondern er wollte die Staatsorganisation von innen neu gestalten. Ihm war es darum zu tun, die Lehren einer liberalen Weltanschauung in dem überbrachten aristokratisch-autonomen

Staatsbau praktisch zu verwirklichen. Daß sich ihm bei diesem Bestreben alle diejenigen widersetzten, die in dem alten Bau eingenistet waren, kann man wohl verstehen, um so mehr verstehen, als List mit einer Lebhaftigkeit und Tatkraft seine Reformen auffaßte, die diesen verstaubten Gesellen unheimlich vorkommen mußte. Man hat hier den Konflikt aufgedeckt, in welchen Friedrich List mit der württembergischen Bürokratie verwickelt wurde. So gewinnt dann auch der Fall List, wie man schon richtig hervorgehoben hat, einen typischen Charakter. So wie ihm mußte es allen denjenigen ergehen, welche ein ähnliches Ziel wie er verfolgten. Es ist deshalb auch nicht wunderlich, daß wir die Mitarbeiter Lists aus der ersten Zeit seiner politischen Tätigkeit wiederfinden in dem Staatsgefängnis in Württemberg, auf dem Hohen Asberg. Man hatte sich eben damals noch nicht daran gewöhnt, Politik von großen Gesichtspunkten aus zu treiben. So mußte ein Mann, der von vornherein mit wunderbarer Energie die großdeutschen Fragen behandelte, den engherzigen, nur die Interessen des Tages kämpfenden Menschen zum mindesten verdächtig erscheinen. „Schon durch die Geburt ein Deutscher schlechtweg" meinte Treitschke „gleich dem Reichsfreiherrn von Stein, ging er mit seinem kühnen Entwurf sogleich über die Grenzen seiner schwäbischen Heimat hinaus, so daß er seinen verschwiegerten und verschwägerten Württembergern als ein wildfremder Störenfried verdächtig wurde : Eine neue Zeit handelspolitischer Größe, dauerhafter als einst die Herrlichkeit der Hansa, sollte dem deutschen Vaterlande tagen". Auch hierin ist die Formel zum Verständnis des Politikers List gefunden. Was er anstrebte durch seine auch rein politischen Reformen, galt der handelspolitischen Größe seines Vaterlandes, und weil der Handel und die Industrie niemals in kleinen Verhältnissen gedeihen können, so wurden die Augen Lists von selbst auf die großen Zusammenhänge eines national-politischen Lebens gelenkt.

Ein Beweis für diese meine Behauptung wird man finden, wenn man sich die allerdings sehr kurze parlamentarische Tätigkeit Lists daraufhin einmal ansieht. Kaum in die Kammer

eingetreten suchte er für seine handelspolitischen Ideen die württembergischen Volksvertreter zu gewinnen. Dann Konsulent des deutschen Handelsvereins geworden, arbeitet er für die Niederlegung der Zollschranken im Innern und für die Befreiung des deutschen Wirtschaftslebens im allgemeinen. Von Amerika zurückgekommen greift er wieder diesen Gesichtspunkt heraus und sucht durch Popularisierung des Eisenbahngedankens die noch schlummernden industriellen Kräfte Deutschlands zu wecken. Als ihm dies gelungen ist, kämpft er in seinem Zollvereinsblatt und vorher schon in seinem „Nationalen System" für die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands. Und auch seine letzte Reise nach England und die auf derselben verfaßte Denkschrift an die englische und die preußische Regierung hatte nur den einen Zweck, die Stetigkeit der ökonomischen Entwicklung Deutschlands zu sichern.

Es gewinnt dieser Kampf aber für uns hier eine um so größere Bedeutung, als Friedrich List sehr wohl erkannt hatte, daß die Vorstufe jeder politischen Einigkeit die ökonomische sein werde und sein müsse. Was schon von Motz in seinem Memoria gekennzeichnet hatte, führte auch List ausführlich in seiner schon oben erwähnten Denkschrift an die preußische Regierung ausdrücklich aus. So gewinnt dann für uns Friedrich List eine nationale Bedeutung. Wenn es wahr ist, daß sein politisches Streben dahin ging, durch die Einigkeit der wirtschaftlichen Interessen die politische Einigkeit vorzubereiten, so wird man ihm in Zukunft nicht länger den Ehrentitel eines „Bismarcks des deutschen Wirtschaftslebens" vorenthalten können. In dieser Beleuchtung erscheint List sogar als die notwendige Vorstufe unseres Bismarck. List mußte erst durch sein Leben die Grundzüge der wirtschaftlichen Einigkeit Deutschlands vorbereiten, ehe Bismark dann die politische Einheit Deutschlands mit starker Faust gestalten konnte. Schon dieser Gesichtspunkt allein genügt wohl, um uns das Streben dieses kühnen Württembergers so recht nahe zu bringen. Man könnte sogar versucht sein, seiner Tätigkeit mehr Dank zu zollen als der seines großen Nachfolgers; denn wenn man die Fundamente zum Bestehen eines Gebäudes für notwendiger

erachtet als den äußeren Aufbau, so muß man auch Lists Arbeit dementsprechend einschätzen. Ich will hier natürlich nicht gegen das große Verdienst Bismarcks zu Felde ziehen; ich möchte nur einmal das Wertvolle der Listschen Lebenstätigkeit in das richtige Licht gerückt haben. Wenn ich auch oben dargelegt habe, daß man Friedrich List nicht als den Gründer, oder als den Vater, odes als den Erdenker des deutschen Zollvereins hinstellen darf, so gebührt ihm doch das weitgrößere Verdienst, die Massen vorbereitet zu haben für die Möglichkeit des Bestehens und Dauerns des deutschen Zollvereins. Was dann die preußische Regierung vollzog, war nichts als die Konsequenz dessen, was Friedrich List angestrebt hatte.

Doch ich wollte ja von dem Politiker List gesprochen haben. Ich muß hier auf ein Wort von Alexander von Peez's zurückgreifen, der da so treffend ausführte: „man kann sagen, daß Lists politische Ökonomie eigentlich Politik ist, nur die vorzugsweise den wirtschaftlichen Interessen zugewandte Seite der Politik". Ich muß dem durchaus zustimmen. Daß List dies selbst empfunden und gewollt hat, geht wohl am ehesten aus seinen Bestrebungen hervor, eine Politik der Zukunft zu schaffen.

So überschreibt er den ersten Abschnitt seiner Ausarbeitungen „über den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland 1846" selbst: „Die Politik der Gegenwart und die Politik der Zukunft". Und ein anderes Mal meint List: „Ja, uns hat sogar die Ahnung beschlichen, es möchte auf diesem Wege eine ganz neue Wissenschaft zu finden sein, nämlich die Wissenschaft der Zukunft. — Die Politik war allerdings bis jetzt ihrem Wesen nach eine Wissenschaft der Zukunft, allein da sie bisher von den Wissenschaften der Gegenwart, der Statistik und Nationalökonomie nicht zureichend unterstützt war, so bleibt sie bis auf die neueste Zeit nur eine schwache und unzulängliche Krücke der Diplomatie". Und er glaubt dann, daß durch eine reformierte Nationalökonomie die Wissenschaft der Zukunft, die natürlich „reine Politik" sein müsse, geschaffen werden

könne. Leider hat sich dieser Wunsch Lists nicht erfüllt und die Nationalökonomie ist zu den Zwecken, wie sie List verfolgte, wohl kaum ausgebaut worden. Der Gedanke aber hat etwas so Bestechendes für sich, daß man es lebhaft bedauern muß, daß Friedrich List nicht mehr als diese wenigen Worte zu diesem Thema uns hinterlassen hat; sie geben vielleicht aber zur Würdigung des Politikers List den richtigen Maßstab. Wie überall, so strebte eben auch hier List zu den großen Zusammenhängen des menschlichen Lebens und seiner Erscheinungsformen hin. An einer anderen Stelle führte List einmal aus: Der Politiker, der durch Geschichte, Statistik, Nationalökonomie und vor allem durch Selbstschau der Menschen und Völker die nötigen Hilfskräfte an seine Seite gestellt hat, vermag in mancher Hinsicht die Schleier der Zukunft zu lösen; er weiß, daß große Gemeinwesen an Bevölkerung, Reichtum und Macht von Jahr zu Jahr wachsen und gedeihen und die Wissenschaft lehrt ihn, warum sie wachsen und in welchem Verhältnis sie wachsen. Er vermag aus ihren bisherigen Zuständen, Bestrebungen und Leistungen auf ihre künftigen zu schließen. Er vermag vorauszusehen, wie und wozu jede große Nation durch die Fortschritte aller anderen großen Nationen angespornt wird, oder zurückgehalten wird, wie und in welchen Verhältnissen Staaten die infolge der ihrer Nationalität anklebenden Mängel oder schlechter Verfassungen an Macht und Reichtum zurückbleiben, nach und nach in das Nichts versinken und in Unterwürfigkeit fallen, wofern sie nicht Geist und Kraft genug besitzen, die ihrem Wachstum entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen." Man sieht, List sucht die Wissenschaft der Politik auf völkerpsychologische Momente zu stützen und arbeitet vielleicht so der Politik vor, die auf die neuesten Forschungen der Soziologie gestützt, sich als neue Wissenschaft zu etablieren versucht. Und mit allen den Hilfsmitteln müsse dann nach List jede Politik eine gewisse Prophetie werden. Das sei der hohe Beruf des Politikers in seiner höchsten Bedeutung — nicht des Diplomaten, der bloß in Beziehung auf die auswärtigen Verhältnisse die Vorteile des Augenblicks zum Besten seines

Landes zu benutzen trachtet — nicht des Gesetzgebers, der nur die Herrschaft des Rechts und der Ordnung im Innern zu begründen und zu erhalten sucht, noch weniger des bloßen Administrators, dessen Tätigkeit und Umsicht lediglich auf die Besorgung der laufenden Regierungsgeschäfte sich beschränkt, am wenigsten des bloßen Finanzmannes, dessen Aufgabe es nur ist, die Einnahmen mit den Ausgaben des Staates im Gleichgewicht zu erhalten. Alle diese, meint List, könne eine Nation sehr wohl entbehren und doch ihrem unausbleiblichen Untergange entgegengehen, besäße sie keine Staatsmänner, die hoch genug stehen, um den künftigen Lauf der Weltangelegenheiten vorher zu sehen und Richtung und Ziele zu bezeichnen, wohin die Staatsorgane zu steuern haben. Besser konnte man selbst List den Politiker nicht würdigen, als wie es List hier selbst getan hat; denn wenn Einer, so war wohl er einer von den großen Staatsmännern, deren Dasein List selbst als eine unbedingte Notwendigkeit der gesunden Fortentwickelung des Staatswesens bezeichnete. Es sprechen diese Zeilen wohl auch dafür, wie hoch Friedrich List von seiner eigenen Tätigkeit gedacht hat. Und um so schmerzlicher mußte er empfinden, daß seine politischen Prophezeihungen von seinem deutschen Volke gleich Kassandrarufen in den Wind geschlagen wurden. Auch hierin liegt vielleicht eine weitere Möglichkeit, sich den tragischen Tod Lists zu erklären. — „Schrecklich ist es, Deiner Wahrheit sterbliches Gefäß zu sein!“ —

Nach diesen allgemeinen Erörterungen muß ich nun zunächst versuchen, die politische Tätigkeit Lists im Rahmen der württembergischen Verfassungskämpfe in der ersten Zeit seiner öffentlichen Tätigkeit darzustellen.

Ich tue dies um so lieber, weil ich überzeugt bin, daß die Vorgänge, die sich damals in Württemberg abspielten, als typisch auch für die anderen deutschen Bundesstaaten gelten können. Es war nirgends besser und nirgends schlechter als in Württemberg! Überall mußte man sich erst zu den Forderungen einer neuen Zeit durchringen. Was das 18. Jahrhundert dem 19. in politischer Hinsicht hinterlassen hatte, war nichts als

Dumpfheit und Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Leben, weil es dem Untertanenverstande nicht erlaubt war, anderes zu denken als seine intimsten und eigensten Angelegenheiten Ist es doch noch später vorgekommen, daß sich der preußische König beschwerte darüber, daß man es gewagt hatte, mit einer untertänigen Petition sich an ihn zu wenden! Das ist charakteristisch genug. Vielleicht hat in dieser Beziehung der Befreiungskrieg mit seiner nationalen Begeisterung einen gewissen Fortschritt gebracht. Das Volk hatte doch eingesehen, daß es auch etwas zu bedeuten habe, und hatte wohl auch gefühlt, daß sich die Fürsten vertrauensvoll auf sein Kraft verlassen hatten. Freilich sprach ja das Benehmen der Fürsten selbst wenig dafür, daß sie ihre Untertanen für mündig hielten. In Württemberg lagen die Verhältnisse nun so, daß der König von sich aus eine Verfassung gegeben hatte. Aber was sollte denn Württemberg eine Verfassung helfen, wenn sie nicht die ürger in die Lage versetzte, tatsächlich an dem Staatsleben teilzunehmen? Auch hier hat List das richtige Wort gefunden. „Pflicht gegen uns selbst und gegen das Vaterland" schreibt List, „fordert jedoch das freimütige Bekenntnis, daß dem Bürger eine Verfassung bloß insofern von Wert sein könne, als sie Gesetze und Verwaltungseinrichtungen bewirke, welche ihm Freiheit des Wohlstandes gewähren". Denn, wie überall in Deutschland, hatte die Entwicklung dahin geführt, daß man die gewährte Konstitution durch eine um so starrere Verwaltung wieder auszugleichen versuchte. Der Konstitutionalismus bediente sich zwar konstitutioneller Formen, diesen aber stellte man die „kompakte Macht einer wohlorganisierten bürokratischen Regierungsgewalt an die Seite".[1] Und gerade hiergegen begann man unter Lists und Wangenheims Führung Front zu machen. Die Fürsten faßten die gegebenen Verfassungen überall auf als ein Geschenk und wunderten sich dann, daß die Bürger sie „als eine einseitige Rede der höchstseligen Regenten betrachteten". Deshalb erhob man sich überall, um zu Felde zu ziehen gegen den

1) cf. Häußer S. 18.

Mechanismus erstorbener Formen, gegen das fressende Gift bewußtlos gewordener despotischer Regierungsmaximen, gegen die Verstocktheit der Vorurteile, um mit Görres zu reden. Einer der eifrigsten Vorkämpfer gegen diese veralteten bürokratischen Maximen war Friedrich List. Bekannt ist ja, daß er seine Laufbahn begann als Verteidiger der Regierung und das deswegen, weil er glaubte, daß es König Friedrich von Württemberg ernst meinte mit seinem Konstitutionalismus. Und so lange der geistreiche Freiherr von Wangenheim im Namen des Königs gegen die württembergischen Stände kämpfte, welche ihrerseits von einer Konstitution nichts wissen wollten, hatte List in ihm eine Stütze, die ihn vor Verfolgungen schützte. Es ist ja bekannt, daß Wangenheim den ernstlichen Versuch machte, das Schreiberunwesen zu brechen, daß er versuchte, den Schlendrian in der Verwaltung zu beseitigen und den neuen Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen. Sein Mitkämpfer war hier Friedrich List. Was List forderte, war eine freie Verfassung, die es dem einzelnen Bürger ermöglichte, von den Chikanen einer übermächtig gewordenen Beamtenschaft seinen eigenen politischen Überzeugungen zu leben. Sein Fehler war es, daß er glaubte, mit einem Schlage alles umändern zu können, was Jahrzehnte lang erstens notwendig gewesen war und zweitens sich bereits die Macht erobert hatte. Man stürzt nicht in wenigen Jahren Produkte eines historischen Prozesses um. Hier in dieser Erkenntnis fehlte List, weil er, wie immer in seinem Leben, die großen Ziele vor Augen sah, ohne zu bedenken, daß man nur durch langsame, mühselige und allmähliche Arbeit zur Realisierung dieser Ziele kommen konnte. So wurde er eigentlich ein Opfer seines kühnen und edlen Idealismus, des Glaubens, daß es ihm gelingen könne, in wenigen Jahren seine Freiheitsgedanken ins Leben umzusetzen.

Seine Forderungen, die er in diesem Kampfe stellte, sind bekannt: Reform des Beamtenstaates, Preßfreiheit, Trennung von Verwaltung und Rechtspflege, Geschworenengerichte, Entlastung der Bürger und Bauern von den vielen Abgaben, Volksvertretung in einer unabhängigen Zweiten Kammer, Selbst-

verwaltung etc. Bezeichnend für sein politisches Programm, das da eine Art „konstitutioneller Opposition" begründen sollte, ist ja seine bekannte Petition an die Kammer, die ihm dann so verhängnisvoll werden sollte. Diese Petition im Einzelnen zu besprechen, versage ich mir, da sie ja bereits Häußer in seiner List-Biographie veröffentlicht hat. Interessant ist sie und wohl auch wertvoll genug, um einmal genauer studiert zu werden. Man wird aber auch verstehen, daß sich die württembergische Beamtenschaft die in derselben geführte kühne Sprache nicht hat gefallen lassen. Nicht weniger bedeutsam ist für Lists politische Denkweise dann die Einleitung zu dem „Grundriß über die Staatskunde und Staatspraxis Württembergs." Gehörte doch schon Mut dazu, die französische Revolution mit so beredten Worten zu preisen, wie es List in dieser Schrift getan hat. Nicht allein rohe Gewalt habe die Revolution geschaffen, nein, das Erwachen des menschlichen Geistes, welcher sich in den alten Formen beengt und bedrückt fühlte. Napoleons Knechtherrschaft habe uns denken gelehrt und uns erst den hohen Wert der bürgerlichen Freiheit erkennen lassen. Die Macht eines Tyrannen könne wohl Zeitungsartikel, niemals aber den Geist der Völker nach seinem Zwecke modeln. Grundpfeiler jeder guten Verfassung sind ihm dann die Gewährung einer Volksrepräsentation und die Öffentlichkeit der Verhandlungen. Auch hier schon fordert List, den Einzelnen und den Korporationen sollten so viel Freiheiten gegeben werden, als sie im Zusammenhange im ganzen Staatsleben logischerweise vertragen könnten. Eine der großen Forderungen des Listschen Programms war es ja, die Freiheit der Gemeinden als heilsam für das Gedeihen des Gesamtstaates zu verlangen.

Daß er diese politischen Gedanken dann auch in das Ökonomische übertrug, wird wohl kaum wundernehmen. Es wird interessieren zu erfahren, wie sich Friedrich List als Parlamentarier benahm. Nachdem am 6. Dezember 1821 endlich die Genehmigung zu seinem Eintritt in die Kammer gegeben war, kündigte er bald darauf eine Motion an, die darauf hinauszielte, alljährlich einen Landtag abzuhalten und den Staats-

bedarf an Geld und Mannschaften immer nur auf ein Jahr zu bewilligen.

Am 16. Dezember trägt List darauf an, die Finanzkommission zu beauftragen, die Einkünfte der Nation zu berechnen, um die Kräfte des Landes zur Entrichtung der ihm auferlegten Abgaben danach ermessen zu können. Am 18. bringt er dann wiederum einen Antrag ein, die Kammer möchte der Finanzkommission aufgeben, vor allen Dingen die Kräfte des Landes und das Verhältnis des reinen Einkommens zu den Abgaben in Erwägung zu ziehen. Auch diese Anträge charakterisieren wohl die Wege seines politischen Denkens. Später, als er dann durch seine theoretischen Schriften und Studien dazu gekommen war, das Wesen der Nation als solcher noch tiefer zu erfassen, geht auch sein politisches Streben mit dieser Auffassung proportional. Er hat dann mit aller Entschiedenheit hervorgehoben, daß nicht der Einzelne, sondern der soziale Körper in der Wirtschaft Gegenstand der Politik sein müsse. Mit der intuitiven Kraft des Genius, wie sich Schmoller ausdrückt, erfaßte List den Gedanken, daß nicht die Einzelpersonen, sondern die sozialen Gemeinschaften es sind, die in der Geschichte der Volkswirtschaft handelnd auftreten. Er begriff, daß die Einrichtungen, welche den sozialen Gemeinschaften einheitliches, wirtschaftliches Leben geben, welche aus großen Gesamtinteressen herauswachsen, den Kern aller wirtschaftlichen Politik ausmachen. Damit hatte er sogleich seine Nationalökonomie auf einen den Klassikern ganz entgegengesetzten Standpunkt gestellt, einen Standpunkt allerdings, von dem lediglich und allein ein Fortschritt erwartet werden konnte. Und weil List dann mit aller Schärfe erkannt hatte, was ich schon oben angedeutet, daß die ökonomische Einheit die politische bedinge und derselben vorausgehen müsse, ist seine Bedeutung für das Wirtschaftsleben eben so groß, wie für unser politisches Leben. List hat es zu wiederholten Malen ausgesprochen, daß die Einigung des Handels und überhaupt der materiellen Nationalinteressen das Fundament sei, auf dem notwendigerweise und naturgemäß im Laufe der Zeit das Gebäude einer engeren politischen Einigung der deutschen Volks-

stämme sich erheben müsse. Der Zollverein, den List durch seine unermüdliche Agitation dem Gedankengange der Deutschen nähergebracht hatte, sollte die Deutschen ökonomisch und materiell zu einer Nation verbinden. Er sollte in dieser Beziehung nach außen die Nation als ein Ganzes vertreten, und durch die Wahrung seiner Gesamtinteressen, wie durch Beschützung seiner inneren Gesamtproduktivkräfte, die materiellen Kräfte der Nation stärken. Er sollte durch Verschmelzung der einzelnen Provinzialinteressen zu einem Nationalinteresse das Nationalgefühl wecken und heben. Er sollte nicht bloß die Gegenwart, sondern auch die Zukunft der Nation im Auge haben. An einer anderen Stelle führte er einmal an, Smith und seine Schüler hätten nicht gesehen, daß alle das Schutzsystem betreffenden Fragen viel mehr politischer als ökonomischer Natur seien. So meint er dann auch, daß auf deutschem Boden das Schutzsystem viel mehr von der politischen, als von der ökonomischen Seite betrachtet werden müsse. Die ökonomische Einheit sei auf diesem Gebiete der Vorläufer und die Grundlage der politischen Einheit. Nachdem die Nation, wie er drastisch meint, eins geworden sei in der Baumwolle, eins in der Wolle, eins in allen Bedürfnissen des Lebens, werde sie auch eins werden wollen in der Politik. Jeder neue industrielle Erfolg, den das Schutzsystem zutage fördere, sei eine praktische und handgreifliche Demonstration von dem großen Vorteil der nationalen Einheit, und durch so viele ökonomische Erfolge, die Deutschland infolge des nationalen Schutzsystems zu erringen und zu erwarten habe, müsse die Nation auch von der Richtigkeit und Notwendigkeit der politischen Einheit durchdrungen werden. (Häußer II S. 459.)

Ich habe alle diese Stellen so weitläufig angeführt, weil ich sie zur Beurteilung des Politikers für eminent wichtig halte. Hat er doch damit klipp und klar ausgesprochen, wohin sein wirtschaftliches Streben zielte. Und schon die Erkenntnis allein, daß zur Möglichkeit eines politisch-geeinten Deutschlands erst das deutsche Volk die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Einheit erkannt haben müsse, spricht für Lists

politische Begabung. Auch im preußischen Kabinett war es allein Motz gewesen, der dieselbe Überzeugung hatte, wie hier List, und wir wissen, von welcher ungeheuren Bedeutung diese Erkenntnis des leitenden Staatsmannes für Preußens Handelspolitik werden sollte. Erst von Motz ab verfolgte ja Preußen konsequent den Plan, sich an die Spitze der ökonomischen Einheitsbestrebungen, dargestellt im Zollverein, zu stellen, um so auch später die führende Macht zu werden. Preußens Haltung später Österreich gegenüber ist ja nichts anderes als die Fortsetzung dieses Gedankens. List freilich dachte über die österreichische Stellung zu Deutschland anders. Dennoch aber gewinnen die Listschen Bestrebungen mit der so deutlichen Hervorkehrung der obengekennzeichneten Gedanken unendlichen Wert. Was Bismarck mit dem Schwerte schuf, mußte List vorbereiten und wie aus dem Zollverein das Deutsche Reich entwuchs, so ist die Lebensarbeit Bismarcks die Fortsetzung der wirtschaftspolitischen Bestrebungen Lists.

List und Bismarck, der Vergleich ist schon des öfteren gezogen worden. Most hat als Titel einer kleinen, sonst ziemlich wertlosen Schrift gewählt: „Friedrich List, der Bismarck des deutschen Wirtschaftslebens". Brodnitz erörterte dies Thema schon kurz in seiner Schrift „Bismarcks nationalökonomische Ansichten" und hebt da ganz richtig den Schluß des Listschen „Nationalen Systems" hervor, wo List schreibt: „Alles was von Seiten der Regierung erforderlich sein wird, läßt sich in ein einziges Wort fassen, es heisst — Energie." Sie fand sich, diese Energie, verkörpert in dem eisernen Kanzler. Es ist sicher, daß sich die zollpolitischen Ansichten Bismarcks dann mit denen Lists deckten. Man weiß ja, daß Bismarck anfangs der Freihandelstheorie zuneigte, dass er aber seit Gründung des Reichs zum Schutzsystem als praktischer Staatsmann überging. Er wollte den deutschen Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten, als dies mit unseren Gesamtinteressen verträglich ist. Damit sprach er ja nur dasjenige aus, was Friedrich List immer gewollt hatte. Aber auch noch in anderer Beziehung könnte man diesen Vergleich Bismarck-

List weiter ausspinnen. In der Reichstagsrede vom 9. Juni 1879 sagte Bismarck einmal: „Ich habe von Anfang meiner Karrière an nur den einen Leitstern gehabt: Durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und sowie dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freien Stücken aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird." Oder ein anderes Mal führte er aus: „Als ich ins Amt kam, hatte ich vor allem eine politische Aufgabe: die Einigung Deutschlands unter Preußen; dem mußte ich das wirtschaftliche soweit es in Betracht kam, unterordnen." Ähnliche Äußerungen Lists ließen sich in Menge anführen. Aus seinem ganzen Trachten und Leben geht aber hervor, daß er, um das oben zitierte Bismarcksche Wort umzuändern, es vor allem als seine Aufgabe betrachtet hat, die Einigung Deutschlands in wirtschaftlicher Beziehung herbeizuführen und dabei mußte er das Politische so weit es in Betracht kam, dem Wirtschaftlichen unterordnen. Nach Lists Tode wurden ja dann die handelspolitischen Fragen ein Teil der Frage, die bereits 1848 allen anderen Fragen voranstand: der deutschen Frage. Und Lotz führt in seinen „Ideen der deutschen Handelspolitik" ganz richtig aus, daß: auf dem Gebiete der Handelspolitik schon vor Königgrätz der Kampf ausgefochten wurde, ob das neue Deutsche Reich unter Österreichs oder Preußens Hegemonie erstehen sollte. Noch in einem anderen Punkte berühren sich die Listschen und die Bismarckschen Anschauungen. So wie List war auch Bismarck einer der besten und erbittertsten Hasser der preußischen Bürokratie. Auch hier kann ich mich wieder auf Brodnitz berufen, der da schon anführt, daß Bismarck sich nie genug habe tun können, seine Abneigung gegen den doktrinären Bürokratismus auszusprechen: „Die Bürokratie habe ich nie geliebt," erklärte Bismarck schon als Abgeordneter; er erbost sich über die „geheimrätliche Allgewalt und die dünkelhafte Professorenweisheit hinter dem grünen Tisch, ein notwendiges Produkt derjenigen preußischen Erziehungsmethode, die dem Individuum, welches ihren Experimenten auf dem Gymnasium und den Universitäten unterworfen

wird, den Glauben an jede Autorität in dieser und jener Welt nimmt und ihm nur den Glauben läßt an die eigene Weisheit und Unfehlbarkeit." Noch im Ruhestande hat ja Bismarck über die Räder der Geheimratsmaschine geklagt, die aus den sozialpolitischen Gesetzen, wie sie ihm vorgeschwebt hätten, einen „parlamentarischen und geheimrätlichen Wechselbalg" gemacht hätten. Für List verkörperte sich der von ihm so gehaßte Bürokratismus vor allen Dingen in der preußischen Beamtenschaft. Er urteilte ja einmal, der nationale Geist könne in Preußen, als in einem Lande nicht aufkommen, wo die Bürokratie den Ton angäbe, eine Macht, die, selbst ohne Geist, auf den Nationalgeist keinen Wert lege und wo sie hintrete, alles Gras verdorren mache. Wir haben ja schon oben kurz angedeutet, daß sein erstes politisches Auftreten in Württemberg vor allen Dingen der Beseitigung dieser auf dem Volke so unendlich schwer lastenden Bürokratie galt. Unter dem Reformministerium Wangenheim suchte man den schädlichen Einflüssen dieser Bürokratenwirtschaft ein für alle Male den Garaus dadurch zu machen, daß man die jungen Verwaltungsbeamten in neuen staatsrechtlichen Auffassungen erziehen wollte. Zur Beseitigung des Unpraktischen, des Verschleppenden, des Unhöflichen und alles sonstigen Fehlerhaften der aus der absoluten Monarchie übernommenen Bürokratie sollte ja die Professur der Staatswirtschaft an der Landesuniversität in Tübingen helfen. List und Wangenheim glaubten, durch eine praktische Erziehung der künftigen Staatsbeamten dem Fehlerhaften des herrschenden Systems erfolgreich entgegenarbeiten zu können. An diesem Versuche sind ja beide gescheitert und List wurde das Opfer der beleidigten Beamtenschaft. Sie hat sich für seine Reformpläne, die er an ihr vornehmen wollte, bitter genug gerächt. Dennoch aber kämpft in der späteren Zeit Friedrich List vor allen Dingen gegen die preußische Bürokratie, weil er glaubte, daß sie dort um so gefährlicher wirken könne, da Preußen als größter deutscher Bundesstaat sich nicht zu einer vernünftigen Konstitution bekennen wollte. So hat er denn auch als einziges erfolgreiches Mittel gegen die preußische Bürokratie immer und immer wieder die Einführung eines

preußischen Volksparlamentes verlangt. Aber auch dieser Forderung mußte erst die Revolution zur Realisierung verhelfen; man sperrte sich in Preußen so lange, bis man der Gewalt weichen mußte. Daß auch unsere heutige Zeit an einer den veränderten Zeitumständen nicht mehr gewachsenen Bürokratie krankt, ist ja ein öffentliches Geheimnis und man könnte nur wünschen, daß in dieser Beziehung ein zweiter List den Kampf gegen die erdrückende Geheimratsmaschine aufnähme.

Das aber hat mich schon in die Betrachtung gedrängt, wie stellte sich Friedrich List zu Preußen?

Man hat Friedrich List den Vorwurf gemacht, daß er das preußische Zollgesetz von 1818 nicht richtig verstanden habe, er soll die Absicht Preußens nur geahnt, dann aber den prophetisch richtig gesehenen Weg leider verlassen haben. So wenigstens urteilt W. Oncken. Ich vermag dem nicht zuzustimmen; List konnte nämlich nicht aus dem preußischen Gesetze etwas erkennen, was mit dem preußischen Gesetz gar nicht erreicht werden sollte. Ich verweise hier auf das erste Kapitel meiner Abhandlung. Später allerdings hat List sein hartes Urteil über dieses preußische Gesetz zurückgenommen und seine segensreiche Wirkung für Preußen sehr wohl anerkannt. Er hat dann auch des öfteren hervorgehoben, daß er den historischen Entwicklungsgang richtig erkannt hätte: daß Preußen allein die Einigung Deutschlands herbeiführen könne. So führte er auch aus: „kaum wird es nötig sein, in Erinnerung zu bringen, daß Deutschland seine Wiedergeburt nur von Preußen zu erwarten hat. Nun ist der Zollverein, dessen Gründung Deutschland hauptsächlich der preußischen Regierung zu verdanken hat, der erste und der erfolgreichste Schritt zu dieser Wiedergeburt, er ist die materielle Grundlage einer künftigen politischen Einigung. Durch diese Maßregel hat daher Preußen die Herzen aller derer gewonnen, die das Wohl des deutschen Vaterlandes im Herzen tragen." Oder in einem Brief aus seiner späteren Zeit an von Mohl meinte er „Meiner Ansicht nach wird uns der König von Preußen allerdings zu einem Zollverein über ganz Deutschland,

zur Marine und zum deutschen Parlamente führen, aber nur anders als er glaubt, nämlich durch eine Revolution.“ Frappant ist auch hier wieder die Sehergabe Lists; denn kaum war er zwei Jahre tot, so hatte Preußen seine Revolution, und das preußische Volk mußte sich durch sein Blut das erkämpfen, was Friedrich List auf friedlichem Wege erreichen wollte. — Aber weil eben Friedrich List die feste Überzeugung geworden war, daß, sollte es in Deutschland besser werden, es vor allem erst in Preußen anders werden müsse, deswegen kämpfte er auch gegen den preußischen Bürokratismus mit so großer Entschiedenheit, weil er richtig in ihm den Feind gewittert hatte, der allen seinen großen Plänen hindernd entgegenstand. So erklärt sich dann auch aus seiner Liebe zu der Größe seines deutschen Vaterlandes, sein Haß und seine wegwerfende Beurteilung der preußischen Beamtenwirtschaft. Süddeutschland sei durch seine Konstitution politisch reifer als der Norden und Preußen müsse erst durch die Öffentlichkeit der Verhandlungen nationaler Angelegenheiten in einem preußischen Parlamente zu der politischen Freiheit erzogen werden, deren sich Süddeutschland bereits erfreue. Deshalb blickte List ja schon immer so sehnsüchtig auf die englischen Zustände hinüber und konnte nicht müde werden, das Selfgovernement Deutschland zu empfehlen.

Daß Friedrich List mit der Haltung Preußens in handelspolitischen Fragen nicht einverstanden war, versteht sich eigentlich von selbst. In der ersten Periode sei zwar der Erfolg der leitenden Zollvereinsmacht in der öffentlichen Meinung ein glänzender gewesen, in der zweiten aber sei ihr Guthaben bedeutend gefallen, sodaß bei längerer Fortsetzung ihrer schwankenden Politik binnen kurzem der Betrag ihres Saldos sich noch geringer stellen dürfte, als die Summe ihres Beibringens. Diese schwankende Haltung Preußens führt List dann wieder auf den fehlerhaften Staatsorganismus zurück, der entschieden einer Reform bedürfe. Aus diesen Widersprüchen könne sich Preußen nur retten, wenn es unumwunden das von der deutschen Nationalität geforderte Handelssystem annähme und einen zeitgemäßen Staatsorganismus adoptiere. In Preußen

herrsche viel zu viel Vorliebe für den freien Handel und eine fast ausschließliche Sorgfalt lediglich für die Finanzzwecke. So habe Preußen dann auch den deutschen Völkern die Hoffnung genommen, daß das Schutzsystem von Seiten der leitenden Vereinsmacht auf kräftige, entschiedene und beharrliche Weise verfolgt werde.

List wirft dann Preußen vor, daß es in bezug auf die Gewinnung der Uferstaaten viel zu langsam vorgegangen sei, ferner habe es mit Ausnahme des Vertrages mit Belgien nur unglückliche Verträge mit dem Auslande geschlossen. List verkannte hier in gewisser Beziehung den Wert, den für Preußen sein infolge des Freihandels damals blühender Ackerbau haben mußte. Es hängt dies mit seinen wirtschaftspolitischen Ansichten zusammen; weil er glaubte, daß der Ackerbau am besten gefördert werde durch ein nationales Schutzsystem, das die Industrie zur Blüte bringen könne. Er argumentierte, blüht die Industrie, so muß notwendigerweise auch der Ackerbau gedeihen.

Wenn List auch glaubte, daß die Wiedergeburt Deutschlands nur durch Preußen bewerkstelligt werden könnte, und wenn er hier richtig den Gang der Geschichte vorausgesehen hatte, so irrte er sich doch in dem Verhältnis dieser führenden Zollvereinsmacht zu dem Kaiserstaate Österreich-Ungarn.

Alexander von Peez bedauert in seiner kleinen Abhandlung „Die Bedeutung von Friedrich List für die Gegenwart, Wien 1906“ daß es immer noch an einer Darstellung der Beziehungen Lists zu Österreich gebräche. So soll dann wenigstens versucht sein, in großen Zügen die Stellung Lists zu der österreichischen Monarchie darzustellen.

Bekanntlich weilte List während der Ministerkonferenz von 1819/20 in Wien als Konsulent des deutschen Handels- und Gewerbevereins. Die verschiedenen Eingaben, welche Friedrich List in dieser Eigenschaft der österreichischen Regierung machte, tendieren dahin, zu beweisen, daß die Ausdehnung des österreichischen Merkantilsystems auf ganz Deutschland für dieses und für Österreich selbst vorteilhaft sein müsse. Für Österreich, da die österreichische Industrie nicht unter der

deutschen leide, sondern unter der englischen und französischen, und diese könnten durch ein gemeinsames System am vorteilhaftesten von Österreich abgehalten werden. Er führt dann des weiteren aus, daß er die Uberzeugung hegt, daß nur in Verbindung mit dem übrigen Deutschland die österreichischen Staaten die Wohltaten eines Prohibitivsystems in vollem Maße genießen könnten und daß unter dieser Voraussetzung es dem eigenen wohlverstandenen Interesse Österreichs entspreche, wenn es mit dem übrigen Deutschland in möglichst unbehinderten Verkehr träte.

Alle die anderen kommerziellen Vorschläge Lists hier eingehender zu erörtern, würde uns nicht weiter führen in der Beurteilung des Politikers List Österreich gegenüber. Es mag wohl mit seiner Eigenschaft als süddeutscher Reichsstädter zusammenhängen, daß er sich ein machtvolles deutsches Reich nicht ohne die Mitwirkung des österreichischen Kaiserstaates denken konnte. So führte er z. B. auf dem ihm zu Ehren gegebenen Festmahle in Wien anläßlich seiner österreichisch-ungarischen Reise aus: „Geboren und zum Teil erzogen unter dem beglückenden Szepter der deutschen Kaiser habe ich den Namen Österreichs von Jugend auf im Herzen getragen. Nicht aber Gefühl allein leitete unsere Schritte nach dieser Hauptstadt, sondern die Überzeugung, daß in allen großen und nationalen Angelegenheiten der Deutschen, sollen sie zur Vollendung reifen, das Kaiserreich an der Spitze stehen müsse.

Tendierten doch damals alle süddeutschen Bundesstaaten vielmehr nach Österreich als nach Preußen! Es war der Gedanke, Österreich als führende Macht in Deutschland zu betrachten, eine liebgewordene Angewohnheit, ohne die man nicht leben zu können glaubte. Daß List diesen Tendenzen als süddeutscher Politiker Rechnung trug, wird man um so eher verstehen können, wenn man gesehen hat, wie List sich damals zu der führenden Macht, Preußen, stellt. Weil List glaubte, daß Preußens Fortschritt gehindert werde durch seine unfreie Verfassung, so suchte er den Gedanken, daß Österreich mit an der Spitze Deutschlands stehen werde, nicht ernstlich

von sich abzuschütteln. Auffallend aber ist es immerhin, zu sehen, mit welcher eifrigen Liebe List den Plan eines Zollanschlusses Österreichs an Deutschland bei den Ministerialkonferenzen betrieb. Er bittet in verschiedenen Denkschriften den Kaiser, doch den gekennzeichneten Plan zur Ausführung zu bringen. Immer wieder hebt er hervor, daß Österreich durch diese Zolleinigung mit Deutschland nur gewinnen solle und gewinnen könne. List sieht damals im dem Kaiser von Österreich das Haupt auch Deutschlands; so will er durch die väterliche Sorgfalt Sr. Majestät 100 000 von deutschen Familien durch diesen Zollanschluß an Deutschland aus ihrer kommerziellen Not retten. Der Kaiser erwiderte aber auf alle Bitten Lists, daß er wohl das Heil des deutschen Vaterlandes zu befördern verspreche und beabsichtige — aber nur solange, als das Wohl seinen eigenen Untertanen keinen Schaden erleide. Auch in den 40er Jahren vermochte sich List eine große Entwicklung Deutschlands ohne Österreich nicht zu denken. Österreich sei viel zu fest mit allen Wurzeln in Deutschland und in den deutschen Nationalgeist eingewurzelt; hier stamme es her, hierin lebe und webe es, hierin liege die Garantie der Größe der ganzen Zukunft der österreichischen Monarchie. Gehe doch durch ganz Deutschland die allgemein verbreitete Meinung, daß nicht nur der Anschluß der norddeutschen Staaten und Städte, sondern auch der von Österreich erfolgen müsse, wenn der Zollverein kein Stückwerk bleiben solle. Dieser Gedanke Lists, auf den sich dann ja noch 1885 von Dorn ausdrücklich berief, hat gewiß etwas Bestechendes und Reizendes an sich. Leider, so bedauert von Peez, erkannte Österreich die ihm von List zugeteilte Mission nicht und versah den richtigen Moment, um sich in Deutschland festzusetzen. Frühauf führt in seiner Abhandlung in „Unserer Zeit“ (1886) „Das Projekt einer Zollunion Österreichs mit Deutschland in geschichtlicher Entwicklung“ aus, daß man 1833 einen Aufruf an einzelne hervorragende österreichische Industrielle und Politiker gerichtet habe, sie sollten sich äußern über den Anschluß des österreichischen Zollsystem an Deutschland. Die Antwort fiel damals verneinend aus. Dann versuchte man dasselbe Manöver

bei Ablauf der Vereinsverträge. 1849, als man schon dem preußischen König die Kaiserkrone angetragen hatte, ergriff Österreich diesen Listschen Gedanken mit größerem Eifer, fand aber in Preußen selbst, das ja jetzt seine historische Aufgabe erkannt hatte, einen hartnäckigen Gegner. 1853 entwickelte dann der Freiherr v. Bruck seinen Plan eines mitteleuropäischen Zollvereins, ohne aber denselben verwirklichen zu können. Noch später verlor sich dann der Reichsrat von Schönerer in Breslau in dem verlockenden Gedanken einer Interessengemeinschaft beider Staaten. Man weiß ja, daß der von freihändlerischem Geiste getragene Handelsvertrag, der in den 60er Jahren von Bismarck mit Frankreich geschlossen wurde, den politischen Hintergedanken hatte, durch das Zustandekommen desselben ein für alle Male ein Eintreten Österreichs in den Zollverein unmöglich zu machen.

Hervorgehoben aber muß werden, daß List stets betonte, daß nur ein eng mit Ungarn verbundenes Österreich eine große nationale Zukunft haben könne. So galt ja auch seine ungarische Reise dem Bemühen, diesen Gedanken in Österreich-Ungarn populärer zu machen. Diesem geeinten großen Österreich in Gemeinsamkeit mit dem Zollverein, hatte ja List dann auch große Aufgaben im Orient zugeschrieben. Österreich sollte darüber wachen, daß die beiden Wege aus dem Mittelmeer und nach dem persischen Meerbusen weder „in den ausschließlichen Besitz von England kommen, noch durch asiatische Barbarei unzugänglich bleiben sollten.“ Zu diesem Vorschlage führt schon von Peez ganz richtig aus, daß List hiermit die Unterstellung des Suezkanals und der Euphratbahn unter Österreichs Einfluß im Auge gehabt habe. „Wenn in Betracht gezogen wird,“ fährt von Peez dann fort, „daß dieser Vorschlag im Jahre 1841 gemacht wurde und wenn wir uns fragen, ob er heute noch denkbar wäre, so können wir leider die ungeheuren Verluste ermessen, welche der Kampf der Nationalitäten und besonders die „Entwicklung des Dualismus über Österreich gebracht hat.“ List wollte Österreich diese Obhut anvertrauen, um so England auszuschalten.

Über seine Stellung zu England ist ja im Zusammenhange

auch noch nicht geschrieben worden. Die Engländer haben ihn gehaßt, oder wenigstens in ihm ihren eifrigsten Gegner gesehen. Das ist gewiß richtig. List hat ja von Anfang an seiner öffentlichen politischen Tätigkeit darauf hingearbeitet, den schädlichen Einfluß Englands auf die deutsche industrielle Entwicklung zu hemmen und unmöglich zu machen. Hier ist er sich ja bis zu seinem Tode durchaus konsequent geblieben. Nicht weniger hat aber von vornherein List in England das Musterland gesehen, dessen Einrichtungen er stets den Deutschen vorhielt. Seinem Vaterlande wünschte er, daß es immer mehr England ähnlicher werde. Mit neidischen Blicken hat er so auf die freie Konstitution dieses mächtigen Landes geblickt, und es mag ihm wohl schmerzlich gewesen sein, daß seine Deutschen, deren wirtschaftliche Tüchtigkeit er sehr wohl erkannt hatte, von den rücksichtslosen Engländern so schmachvoll ausgebeutet wurden. Daß List nicht der Mann war, einseitig über England zu urteilen, versteht sich beinahe von selbst. Weil List nichts weiter wollte als die wirtschaftliche und politische Freiheit seines Vaterlandes, wurde er ein Vorkämpfer gegen England; denn Großbritannien, diese Welt für sich, wie List dasselbe genannt hat, war der große Feind, vor dem man auf der Hut sein mußte. Seit List im April 1819 in Frankfurt a. M. mit dem Verein der deutschen Kaufleute zusammengetroffen und seitdem er Rechtskonsulent dieses Vereins war, ist sein Lebensziel stets dasselbe geblieben: Freiheit Deutschlands von Englands erdrückender Handelssuprematie. Daß er kein einseitiger Gegner dieses England war, sagte ich schon oben und List führt selbst einmal im Zollvereinsblatt aus: „Daß wir kein blinder Gegner der englischen Nation, sondern im Gegenteil ein aufrichtiger Verehrer der großen Vorzüge dieses größten aller Völker sind, die je existiert haben, ist von uns nicht bloß tatsächlich durch unsere Darstellungen ihrer Größe gezeigt, sondern mehr als einmal ausdrücklich anerkannt worden.“ Hier vergleicht er dann auch England mit Rom und stellt jenes weit über dieses, und, da immer eine Nation die anderen überragen werde, „so wird sich nach unserer festen Überzeugung die Menschheit am besten stehen, wenn diese Nation England heißt.“ Und in

seiner König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen überreichten Denkschrift. „Über den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland“ führt er aus, jeder vernünftige Philantrop müsse sich um der Menschheit willen freuen, daß der hohe Beruf: Zivilisation, Freiheit, Friede und Wohlfahrt in der Welt zu verbreiten, England als einer Nation zu teil geworden sei, die nicht ihres gleichen auf Erden habe, ob man sie betrachte nach ihrer industriellen und kommerziellen Entwicklung, oder nach ihrem Sinn für Recht und Gerechtigkeit, für Freiheit und Aufklärung. Was List haßte und von ganzer Seele haßte, das war nur jene John Bullsche Handelstyrannei, die „alles allein verschlingen, die keine andere Nation aufkommen und gelten lassen und uns überdies noch zumuten will, wir sollen die von ihrer Habsucht fabrizierten Pillen als ein reines Produkt der „Wissenschaft“ oder der „Philantropie“ verschlucken.“ England sei so lange edel, bis sein Handelsmonopol in Frage komme. Auch hier berührte sich List in seiner Denkweise über England und den einzelnen Engländer mit Bismarck, der den einzelnen Engländer für anständig, achtbar und zuverlässig erachtete; der Vorwurf der Lüge, meinte Bismarck, sei der schwerste, den man ihm machen könne. Die englische Politik hingegen sei von allem das Gegenteil; ihre hervorstechendste Eigenschaft sei die Heuchelei, sie wende alle Mittel an, die der einzelne Engländer verabscheue.

In seiner praktischen Politik England gegenüber forderte List eben den deutschen Zollverein, um die Briten zu zwingen, auch uns Konzessionen zu machen, und um die vernichtende Konkurrenz der englischen Industrie für Deutschland auszuschalten. Schon frühe suchte List den Engländern klar zu machen, wie töricht es sei, ihre Korngesetze bestehen zu lassen, Gesetze, die allein im Interesse der Torys gegeben seien. Für die Industrie seien billige Lebensmittel nötig!

So verging denn auch kein innerpolitisches englisches Ereignis, das List in seinen Wirkungen für England sowohl als auch für Deutschland nicht einer oft äußerst feinsinnigen und treffenden Kritik unterwarf. Mochte England einen Handels-

vertrag mit Nationen abschließen, die der deutschen Handelspolitik damals noch ganz fern lagen, sofort belehrte List im Zollvereinsblatt seine Zeitgenossen über die eventuellen Folgen einer solchen Maßregel für Deutschlands wirtschaftliches Gedeihen. Wie treffend hierbei List auch beurteilte, was England selbst am besten nützen könne, beweist wohl am ehesten die Tatsache, daß er schon Anfang der 40er Jahre die Chamberlainschen Bestrebungen Englands Politikern empfahl. Schon 1845 setzt List auseinander, je mehr England das „Nationale System der politischen Ökonomie" verwirkliche, d. h. je mehr es den Handel mit seinen vielen Kolonien an sich reiße, je mehr die Kolonialpartei und das Kolonialsystem festen Fuß faßten, um so vorteilhafter werde dies für England sein müssen. Er glaubt, daß das „Kolonialsystem" Englands keine Chimäre sei, daher ableiten zu müssen, daß es bereits die Lieblingsidee aller weitersehenden Geister im Lande, daß es das Nationale System der politischen Ökonomie Englands sei und daß für die Verwirklichung dieses Kolonialsystems sich bereits eine Schule habe bilden können. In den 90er Jahren erfüllte bekanntlich dann England das Listsche Programm. List hatte ja schon immer für England allein den Freihandel für ersprießlich gehalten und als man sich später wieder mit dem Gedanken an Schutzzölle befreundete, geschah dies nicht zugunsten des Great-Britain, sondern zu dem des Greater Britain. Der erste offizielle Schritt auf dem Wege zu diesem größeren Britannien ist dann bekanntlich mit der Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland 1897 erfolgt, wodurch England für diese großen Pläne sich freie Hand schuf. In seiner oben schon erwähnten Denkschrift an den preußischen König, die er zugleich auch dem englischen Ministerium einreichte, entwickelt List seine Ansichten über ein engeres Verhältnis Englands zu Deutschland und umgekehrt. Am 30. Juli 1845 hatte Lord Palmerston im englischen Parlament eine Rede gehalten, in welcher er die wachsende Streitkraft Frankreichs zu See und zu Lande besprochen und die daraus für England sich ergebende Gefahr geschildert hatte. List besprach auch diese Rede und kommt zu dem Schluß: Bei dieser Sachlage sei ein Bündnis mit Deutsch-

land England am allernotwendigsten, und man müsse sich wundern, daß Deutschland England gegenüber so wenig seinen eigenen Wert geltend mache, oder daß England Deutschland gegenüber so sehr seine eigenen wahren Interessen verkenne. Je stärker Deutschland als Nation werde, und je unabhängiger in jeder Beziehung, um so besser könne es England ein Freund sein. Es sei deshalb um so verwunderlicher, daß England sich Deutschland auf jeden Fall abhängig erhalten wolle; es sei dies Krämerpolitik, wobei den untergeordneten kommerziellen Interessen die höchsten politischen Zwecke geopfert würden. Am Ende aber liegt dies an uns, meint List. „Warum lassen und müssen wir uns denn alles gefallen lassen vom Vetter überm Kanal?“ Indem England Deutschland schwäche, schade es sich selbst. Der Herrscher auf dem Kontinent werde stets auch England gefährlich und England brauche auf dem Festlande einen Verbündeten und dies umsomehr, je schneller Nordamerika emporwachse und an Macht gewinne; je näher der gänzliche Verfall des türkischen Reiches und damit internationale Verwicklungen herannahten. So wird für alle Fälle die Allianz mit Deutschland für England das einzige wahre Mittel bleiben, um Asien und Afrika seiner künftigen Größe dienstbar zu machen, „aber nicht Deutschland wie es gegenwärtig ist, sondern Deutschland wie es sein sollte und wie es mit Hilfe Englands werden könnte.“ Diese Gedanken Lists fielen damals wohl auch in England auf günstigen Boden, da England zu Lists Zeiten in Frankreich seinen Rivalen sah. Seit 1871 und dem großen wirtschaftlichen Aufschwung des Deutschen Reichs, sagt schon ganz treffend von Peez, ist es Deutschland, welches rastloser, ununterbrochener und rücksichtsloser Anfeindung von Seiten der englischen Diplomatie unterliegt. — — Sollte einmal wieder die Walze sich drehen und Deutschland von Frankreich besiegt werden, so würde alsbald Deutschland zum umworbenen Freunde und Frankreich zum Feinde Englands werden. „Wie lange“, fragt von Peez dann traurig, „werden Frankreich und Deutschland fortfahren, in diesem anmutigen Spiel abwechselnd ihre Rollen zu spielen? Sollte es so schwer sein, einzusehen, daß das ganze Spiel auf

ihre Kosten geht und nur England die Früchte genießt?“ Wer die Entwicklung der neuesten englischen Politik kennt, wird wohl an der Wahrheit der oben mitgeteilten Worte kaum noch zweifeln. Vielleicht aber erkennt man in England sowohl als in Deutschland doch bald das Unnütze des gegenseitigen Befehdens.

Hätten wir so Lists politische Stellung gegenüber den hauptsächlich in Frage kommenden Staaten: Preußen, Österreich, England gesehen, so müssen auch noch einige Worte, der Vollständigkeit halber, hier Platz finden über Lists Verhältnis zu Amerika.

Ganz unbestritten ist die Listsche Entwicklung von amerikanischen Verhältnissen stark beeinflußt worden. Als Friedrich List nach Amerika kam, befand sich das Wirtschaftsleben Amerikas in einer Krise, die Friedrich List neue Gesichtspunkte der Betrachtung wirtschaftlicher Verhältnisse lieferte. Schon im zweiten Kapitel versuchte ich kurz auszuführen, welche Tendenzen damals um die Vorherrschaft kämpften. Die Frage ob Freihandel oder Schutzzoll hatte ja in dem Ende der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts zum ersten Male eine Aufregung und einen heißen politischen Kampf entfacht, und zum ersten Male sah Amerika wirtschaftliche Momente als Gründe zu politischen Parteibildungen. List versuchte selbst an seinem Teil an der Lösung dieser Frage mitzuwirken. Hier wurzeln seine Briefe und in den Studien zu denselben erwarb sich F. List diejenigen ökonomischen Überzeugungen, die dann die Grundlage zu seinen späteren Arbeiten werden sollten. Mögen schon diese persönlichen Verhältnisse ein gewisses Gefühl der Dankbarkeit in List geschaffen haben, so war er doch auch durch die persönliche Berührung mit dem amerikanischen Leben von der Großartigkeit desselben überzeugt. Er wußte, was diese jung aufstrebende Nation noch leisten würde, er sah auch den riesenhaften Aufschwung des amerikanischen Wirtschaftslebens voraus. Losch führt schon ganz richtig in einem kleinen Aufsatze in „Patria“ Jahrbuch der Hilfe 1906 „Ein deutscher Amerikafahrer“ aus, daß List mit einer geradezu überraschenden Genauigkeit die Produktionsverhältnisse dieses Landes der „un-

begrenzten Möglichkeiten“ im Jahre 1837 vorauszeichnete. Und das Bewußtsein von der wirschaftlichen Entwicklung Amerikas beeinflußte dann auch sein Urteil über die politische Stellung, die Amerika dereinst in der Welt einnehmen werde. List hat zu wiederholten Malen ausgeführt, daß er glaubte, die alte Welt, vor allem also England, werde noch einmal einen entscheidenden Kampf mit der neuen Welt führen müssen. Dieser Entscheidungskampf zwischen England und Amerika sei eben notwendig infolge der aufstrebenden Kraft des amerikanischen Staates. List empfahl deshalb England ein engeres Zusammengehen mit den anderen europäischen Staaten, damit es in diesem gewaltigen Ringen als Führer der alten europäischen Kultur Sieger bleiben könne.

In diesem Zusammenhange entwickelt dann List auch einen Überblick über die zukünftige weltpolitische Lage, der von neuem den Beweis liefert, wie richtig List die zukünftige politische Konstellation vorauszusehen vermochte. Er empfiehlt England und Amerika, beizeiten zu rüsten zu dem Kampf, der zwischen Mutter und Tochter noch geführt werden müsse, bevor jene die volle Macht dieser anerkenne. Er weiß, daß zu diesem einem Kriege die Zeit noch nicht gekommen ist; deshalb gerade entwickelt er die Notwendigkeiten, die beide Staaten vorbereiten müssen, um sich gegenseitig konkurrenzfähig zu erhalten. Er sieht die Rettung Englands allein in der Gründung einer asiatisch-ozeanischen Riesenmacht, d. h. England müsse den Geboten der Selbsterhaltung als auch dem Gebote der politischen Notwendigkeit folgend, alle von dem Nil, dem Euphrat und dem Tigris, von dem roten Meer und dem persischen Meerbusen bespülten Länder gänzlich und für immer in seine Gewalt bekommen und sie auf das Festeste an sich ketten, weil dadurch England nach dem ganzen südlichen Asien und nach Australien einen kürzeren Weg als die Vereinigten Staaten hätte. List meint, daß die Engländer alles daran setzen müßten, anstatt des Weges über das Kap einen kürzeren Weg über Gibraltar, Sardinien, Kairo, Suez nach Damaskus und Basora früher zu finden, bevor Amerika die Westküste des Kontinents für sich erobert habe. Schon

aus diesen kurzen Betrachtungen wird man finden, mit welcher erstaunlichen Prophetie List die Wege der englischen Politik in den 40er Jahren kennzeichnete. Nur, wenn England die europäische Riesenmacht geworden sei, werde sie der sich noch entwickelnden Riesenmacht das Gleichgewicht halten können. List spricht davon, daß in den 50er Jahren des 20ten Jahrhunderts nur zwei Riesenmächte und nur 3 oder 4 unabhängige Nationen existieren würden. Und wie sich nun innerhalb dieser unabhängigen Mächte die politischen Verbindungen ergeben werden, ist für den Europäer wohl klar. List meint, es müßten sich die europäischen Nationen zusammentun, um gegen die neue Welt erfolgreich auftreten zu können. Er ist davon überzeugt, daß Nordamerika einen durchaus günstigen Einfluß auf die alte Welt ausüben werde. Es könne nur „befruchtend und belebend auf die gesunden und lebenskräftigen Nationalitäten der alten Welt zurückwirken, und je mehr der politische Einfluß Europas auf die westliche Halbkugel fällt, desto mehr wird es angespornt, ihn auf Afrika und Asien zu erstrecken". So hätte also das Verblassen des europäischen Einflusses in Amerika die Expansionspolitik der europäischen Staaten zur Folge. Für England bedeute aber das Aufblühen der amerikanischen Staaten einen Ansporn, sich zu der westlichen Riesenmacht empor zu arbeiten, deren Entwicklungsmöglichkeit er, wie ich oben ausführte, in der Stiftung der asiatisch-ozeanischen Riesenmacht erblickt.

Es ist nicht möglich, den weit angelegten und großartigen Plan Lists in diesem Zusammenhange weiter zu entwickeln, es ist aber immer reizvoll, den Ausführungen Lists zu folgen. Wer sich noch nicht davon überzeugt hat, daß List ein großer Politiker gewesen ist, ein Politiker, wie er das Wesen eines solchen selbst gekennzeichnet hat, der wird sich gerne davon überzeugen lassen, wenn er den Ausführungen Lists über die zukünftige weltpolitische Lage folgt.

Ich hätte so wohl einen kurzen orientierenden Überblick über Lists Denken über die damals führenden europäischen Staaten gegeben. Gewiß, Lists politische Bedeutung liegt mehr auf seiner Einwirkung auf Deutschlands innere Politik, liegt mehr

in der Bedeutung die er gewonnen hat durch alle die mannigfaltigen Anregungen, die er durch sein unermüdliches Streben, durch seine unermüdliche politische Kleinarbeit der Entwicklung der inneren Verhältnisse Deutschlands gab. Durch seine Lebensarbeit machte er alle die Forderungen, die in den Frühlingstagen des deutschen Liberalismus gestellt wurden, möglich. Er bereitete sozusagen das Programm vor und arbeitete die Plattform aus, welche dann seit der Schaffung der politischen Parteien in Deutschland von den „Liberalen" vertreten wurde. Es ist schwer zu sagen, ob List unter die Liberalen, unter die Radikalen, oder unter irgend eine andere parteipolitische Schattierung einzureihen ist. Es bestanden wie gesagt zu seiner Zeit keine politischen Parteien in Deutschland, sondern ihm ist ja das Verdienst zuzuschreiben, daß er die Gründung dieser politischen Parteien vorbereiten half, daß er die wirtschaftspolitischen Interessen in die Diskussion des Volkes schob, daß er der Masse die Notwendigkeit lehrte, sich mit wirtschaftlichen und politischen Fragen zu beschäftigen. So möchte ich List als den Wegweiser der politischen Entwicklung in Deutschland kennzeichnen; auch hier ist er der große Anreger, ohne seine Anregungen selbst erleben zu können. Erst als er gestorben war, erfüllten dann die Überlebenden sein Programm, führten dann die Männer der 40er und 50er Jahre seine Träume der Wirklichkeit entgegen. Alles was man dann als charakteristisch an dem Frühliberalismus in Deutschland hinstellte, läßt sich auch bei List nachweisen Und wenn Fritz Friedrich in der Besprechung des Buches von Josef Hansen „Gustav von Mevissen, Ein rheinisches Lebensbild 1815—1869" Berlin, Reiner, in den preußischen Jahrbüchern Jan. 1907 I. Heft hervorhebt, daß die Mevissen, Camphausen, Hansemann, von Beckerath und die anderen rheinischen Liberalen nicht für ein ausgeklügeltes Vernunftssystem, sondern für die Verwirklichung von Überzeugungen gekämpft hätten, so hat er wohl auch Lists politische Arbeit damit charakterisiert. Auch bei List zwingt uns die unlösliche Verbindung theoretischer Einsicht mit praktischem Schaffensdrang Bewunderung ab. Lists ganze politische Laufbahn und sein

tragisches Schicksal zeigen wohl, daß es ihm zu tun war, Überzeugungen zu vertreten, Überzeugungen, von denen er glaubte, daß ihre Durchsetzung allein seinem Volke helfen könnte. Er ist ja der große Empiriker, der auf die Erfahrungen der Geschichte und des allgemeinen Lebens gestützt, seine wissenschaftlichen Lehrsätze auf die Erfahrung und nicht auf ein logisches Vernunftssystem aufbaute. Und hieraus ergibt sich dann Lists unverwüstlicher Optimismus. Wer im politischen Leben arbeiten wolle, der müsse, wie er einmal ausführte, auch den Mut haben, an die Zukunft seines Volkes zu glauben. Es hängt das vielleicht mit tieferen Gründen zusammen, mit der Auffassung von dem Wesen der Nation, mit der Bedeutung, welche im F. List-System überhaupt die Nation einnimmt und einnehmen mußte. Und wer, wie List, überzeugt war, daß der Politiker vor allem arbeiten müsse, als ob er die ewige Dauer seines Volkes vorbereiten wolle, der muß ja von einem Optimismus beseelt sein, dessen vornehmster Teil der Glaube an die große Zukunft seines Volkes ausmacht. Daß sich für List und auch für die rheinischen Liberalen die Geschicke des deutschen Volkes nur dann günstig entwickeln könnten, wenn die deutschen Stämme zu einer nationalen Einheit zusammengefaßt seien, ist für List wenigstens von mir schon oben ausgeführt worden. Er schob immer die großdeutschen Gesichtspunkte in den Vordergrund, er kämpfte nicht für die Größe Württembergs oder eines kleinen Staates, sondern was er erstrebte, das war die Einheit und die Größe Gesamtdeutschlands. Hier liegen seine Forderungen für ein nationales Eisenbahn-Transport-System, für Einheit der deutschen Rechtssprechung usw. begründet. Das Interesse für die Allgemeinheit war eben in jenen Männern größer, als das Interesse für den kleinen Staat, dem sie vielleicht selbst angehörten. Sie hatten wohl erkannt, daß sollte etwas Großes geleistet werden, zur Verwirklichung dieses Großen, auch ein Staatswesen notwendig sei, das geeignet war, die Kräfte aufzubringen, welche zur Verwirklichung ihrer nationalpolitischen Ziele notwendig waren. Wenn sich List auch nie im Zusammenhange über seine Auffassung vom Staate geäußert hat, so kann man doch aus seinen

Bestrebungen, sowohl in Württemberg als auch dann gegenüber den Verhältnissen des preußischen Staatswesens erkennen, von welchen Ansichten er bei dieser Frage geleitet war. Ich glaube, er teilte, um mit Friedrich zu reden, auch hier die Auffassung der rheinischen Liberalen, denen es darauf ankam, nicht auf Teilung der Gewalt, wie im französichen Verfassungsschablonismus, sondern auf eine einheitliche starke Staatsgewalt hinzuarbeiten, der man nur im Parlament ein neues Organ schaffen wollte, weil man die alte für unzulänglich hielt. Auch List strebte ja in seiner Reformation der Staatsgewalt nichts anderes an, als der Regierung in dem Parlament eine Vertretung des Volkes zu schaffen, die gesetzlich mit der Macht ausgerüstet werde, auch die Interessen des regierten Volkes vertreten zu können. Wir haben ja gesehen, mit welcher Energie List darauf hinarbeitete, die Verhältnisse in seinem Sinne in Preußen umzugestalten. Preußen, so glaubt List, könnte nur dann die Hoffnungen erfüllen, die die großdeutschen Liberalen auf es gesetzt hätten, wenn sich der preußische König und die preußische Regierung dazu entschlössen, dem preußischen Volke eine Volksvertretung zu gewähren. Daß er am Ende an der Möglichkeit und zugleich auch an der Einsicht der preußischen Regierung zweifelte, von sich aus dieses Parlament zu schaffen, hatte ich schon oben ausgeführt. Hier mußte eben die Revolution helfen, die Pläne Lists und die Wünsche der Patrioten zu verwirklichen. Der große Segen, den ein preußisches Parlament vor allem schaffen sollte, war die Beseitigung der Autokratie der preußischen Bürokratie. Auch hierin arbeitete List wohl den Forderungen der rheinischen Liberalen voraus; so wie er hat ja wohl selten jemand in diesen Jahren seinen Haß dem absolutistischen Regiment der Beamtenschaft ausgesprochen, so wie er hat ja wohl niemand gekämpft, um diese den Nationalgeist ertötende Bürokratie zu beseitigen. Und wenn Friedrich es als ein weiteres Verdienst der Führer des Frühliberalismus hervorhebt, daß sie konsequent die politische Einigung Deutschlands im Auge behielten und keine Gelegenheit versäumten auf sie hinzuweisen, so brauche ich wohl nicht noch einmal ausdrücklich darauf zurück zu kommen, daß List schon

immer in seinem öffentlichen Wirken auf ein geeintes Deutschland hingearbeitet hat, weil er glaubte, daß nur ein solches Vaterland in der Lage sei, die Aufgaben zu erfüllen, die es erfüllen müsse. Und auch das möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß, wie der Frühliberalismus, so auch List nicht etwa die wahre Freiheit in schrankenloser Zügellosigkeit sah, sondern daß auch er eine staatliche Intervention befürwortete in dem Augenblick, wo das Individual- und das gesamte Interesse in Konflikt geraten. Freilich hat List Konsequenzen für eine Sozialpolitik noch nicht gezogen.

So möchte ich List als einen der Väter des deutschen Frühliberalismus gekennzeichnet haben; ich betone ausdrücklich als einen der Väter, weil ich weiß, daß neben ihm und mit ihm auch andere deutsche Männer gewirkt haben, um das Programm des Frühliberalismus dann möglich zu machen. Sie alle aber zeichnete ein Idealismus aus, der uns klar und deutlich beweist, daß alle diese Männer nicht kämpften für eigene Zwecke, sondern für die Allgemeinheit, für ihr deutsches Volk. Und Friedrich hat recht, wenn er die resignierte Frage aufwirft: „Beschleicht uns nicht etwas wie Heimweh nach einer entschwundenen Welt, wenn wir im Zeitalter der Realpolitik und des Interessengezänks von dem flammenden Idealismus, der reinen Selbstlosigkeit und der gesunden und undoktrinären Art der vormärzlichen Führer des deutschen Liberalismus lesen?“ Man wird wohl geneigt sein, diese Frage mit einem bedauerlichen Ja zu beantworten. Wir sind ja heute dahin gekommen, daß wir alle Politik nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet betreiben. Daß wir uns nicht mehr daran gewöhnen können, aus den eigenen kleinlichen Verhältnissen heraus auf die großen Zusammenhänge zu blicken, daß wir das Gemeinsame zu betonen verlernen, da wir uns allzusehr mit dem, was uns allein gut tut, beschäftigen. Und doch scheint man schon das Gefühl empfunden zu haben, daß man auch diese Zeit der wirtschaftlichen Interessenspolitik überwinden müsse. Vielleicht ist es auch das Gefühl des Unbefriedigtseins, das in uns die Sehnsucht erweckt, wieder einmal Männer im politischen Leben zu sehen, welche wie List und

die Führer des deutschen Frühliberalismus gewillt sind, auch jenen bewunderungswürdigen Idealismus und Optimismus in die Kämpfe des politischen Lebens hineinzutragen. Was uns heute aber gerade an der Lebensarbeit Lists zu begeistern vermag, das ist wohl der Umstand, daß List stets in seinem Leben gekämpft hat für diese idealen Güter des deutschen Volkes, und wir können uns nicht ohne Schmerz von ihm und seinem Lebensschicksal verabschieden, weil wir fühlen, daß mit ihm ein Mann dahinschied, dem es ehrlich war mit seiner Liebe und seiner aufopfernden Tätigkeit für sein deutsches Volk. Vielleicht wird man, wenn die Realpolitik überwunden ist, wieder in List einmal den Führer des deutschen Volkes erblicken, den getreuen Ekkehardt, der da starb, weil er verzweifeln mußte daran, daß **die** Segnungen seinem deutschen Volke zuteil wurden, die er ihm erarbeiten und erkämpfen wollte.

Umriss einer amerikanischen politischen Ökonomie.

In einer Reihe von

Briefen

von

Friedrich List,
früherem Professor für politische Ökonomie an der Tübinger Universität in Deutschland

gerichtet an

Charles J. Ingersoll, Esq.,
Vice-Präsident der Pennsylvanischen Gesellschaft zur Beförderung von Manufakturen und Handwerkskünsten;

unter Beischluß der

berühmten Briefe

von Mr. Jefferson an Benjamin Austin und von Mr. Madison an den Herausgeber des

„Lynchburg Virginian."

Philadelphia,
Druck von Samuel Parker, Market-Street, Nro. 48.
1827.

Da Professor Lists Name in die Öffentlichkeit gebracht wurde als der Name eines Mannes von hohen Charaktereigenschaften, der in der gesetzgebenden Versammlung seines Heimatlandes einen hervorragenden Platz einnahm, so wird es sich unfehlbar als höchst interessant erweisen, das mit der eigenhändigen Unterschrift des „Gastes der Nation" versehene Zeugnis zu Gunsten des Professors vor sich zu haben.

Der folgende an Herrn List vom Bord der „Brandywine" gerichtete Brief spricht für sich selbst und beugt der Notwendigkeit vor, sich wegen der Veröffentlichung desselben zu entschuldigen.

* * *

An Bord der „Brandywine", am 7. Sept., 1825.

Mein geschätzter Herr Professor List!

Ich verlasse diese geliebte Küste, bedauernd, daß es nicht in meiner Macht liegt, Ihnen die Dienste zu leisten, die angemessen sind, ihrem Verdienste, ihren Leiden für die Sache der Freiheit, dem Interesse, welches die ausgezeichnetsten Männer von Bildung und edlem Empfinden in Europa an Ihnen nehmen. Ihre Fähigkeit als Professor, Ihre Hingebung an die Sache der Freiheit als Abgeordneter, (so nennt man es im Parlamente von Württemberg) und die gegen Sie gerichteten absonderlichen Verfolgungen würden nicht nur die Aufmerksamkeit, sondern die guten und herzlichen Wünsche vieler Freunde in Amerika auf Sie lenken, wäre es nicht in diesem Lande eine nötige Vorbedingung, die englische Sprache zu sprechen, ehe Sie irgendetwas unternehmen.

Seien Sie meiner freundlichen Teilnahme an Ihrem und Ihrer Familie Wohlbefinden versichert. — Übermitteln Sie meine Empfehlungen an Frau List.

Ihr aufrichtiger

Lafayette.

Professor List, welcher die eingeschlossenen Briefe an mich gerichtet hat, ist ein Mann von ehrenwertem Charakter und schätzbaren Kenntnissen, der infolge politischer Proscription aus Deutschland verbannt wurde und den Wunsch hegt, dieses Land zu seiner Heimat zu machen. Nachdem er mehrere Jahre hindurch Professor der politischen Oekonomie an der Universität von Tübingen im Königreich Württemberg gewesen war, wurde er zum Rechtskonsulenten der Gesellschaft der Kaufleute und Fabrikanten gewählt zwecks Erlangung eines Systemes deutscher Nationalökonomie von den Gesandten in Wien (1820). Dann wurde er zum Mitglied des Repräsentantenhauses des Königreiches Württemberg gewählt, wo er den Versuch machte, das Geschworenengericht und die Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens in Kriminal- und Civil-Prozessen durch ein Gesetz einzuführen. Da es sich erwies, daß seine Reformpläne der Regierung verhasst waren, wurde Herr List des Hochverrates angeklagt und ins Gefängnis geworfen. Nachdem er im Laufe mehrerer Jahre Verfolgungen erduldet hatte, wurde es ihm schließlich gestattet, jenes Land zu verlassen mit einem Paß zu einer wissenschaftlichen Reise nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Hier kam er vor ungefähr zwei Jahren an, in mehreren Empfehlungsschreiben warm empfohlen von General Lafayette, die ihn als einen proscribierten Patrioten und Mann der Wissenschaft schildern.

Er wohnt nun hier in Reading in diesem Staate; da er zur Zeit seiner Professur in Deutschland sich mit Studien und Vorlesungen über die Lehren der politischen Ökonomie beschäftigt hatte, so richtete er, da der letzhin in Harrisburg abgehaltene Kongreß seine Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand lenkte, eine Reihe von Briefen freiwillig an mich.

Indem ich ihnen diese Briefe zur Veröffentlichung unterbreite, entspreche ich seinem Wunsche, der dahin ging, seinem neuen Vaterlande, das ihn aufgenommen hat, einen Dienst zu erweisen, dadurch, daß ich seine Sachkenntnisse in höchst interessanten und viel umstrittenen Fragen allgemein bekannt mache. Einige von Ihren Korrespondenten dürften vielleicht Professor List als einen Gegner betrachten, der ihrer Aufmerk-

samkeit wert ist, und für diesen Fall ermächtigt er mich, Ihnen die Versicherung zu geben, daß ihm jegliche redliche und wohlunterrichtete Erwiderung auf seine Lehrsätze ein Vergnügen machen wird, als eine Gelegenheit zur billigen Besprechung von Gegenständen, die mit Rücksicht auf die öffentliche Belehrung nicht genug erörtert werden können.

Ich bin ehrfurchtsvoll Ihr ergebener Diener

C. J. Ingersoll.

Umriss einer amerikanischen politischen Ökonomie.

Brief I.

Reading, 10. Juli, 1827.

Geehrter Herr!

Da ich mich durch Ihre Einladung sehr geehrt fühle, würde ich nicht einen Moment gezögert haben, dieselbe zu erfüllen, wenn ich nicht durch eine zeitweilige Krankheit daran gehindert worden wäre. Nachdem ich mich nun erholt habe, beeile ich mich, Ihnen die Ergebnisse meiner Betrachtungen über politische Oekonomie mitzuteilen, die nicht nur das Produkt eines langjährigen Studiums sind, sondern auch das einer langen praktischen Tätigkeit in meiner Eigenschaft als Rechtskonsulent der Gesellschaft deutscher Fabrikanten zwecks Erlangung eines Systems deutscher National-Ökonomie.

Nachdem ich die verschiedenen Denkschriften der Philadelphia-Gesellschaft für die Beförderung nationaler Industrie durchgelesen habe, die verschiedenen Reden, die auf dem diesbezüglichen Kongresse gehalten wurden, Niles Register etc etc., wäre es nur eine Anmaßung meinerseits, wollte ich versuchen, das praktische Material zu ergänzen, das von den ersten Politikern der Nation so geistreich und scharf beleuchtet worden ist. Ich beschränke mich daher einzig und allein auf die Widerlegung der Theorie von Adam Smith & Co., deren Grundirrtümer noch nicht so klar erfaßt worden sind, als sie es sein sollten.

Diese Theorie ist es, mein Herr, welche den Gegnern des amerikanischen Systems die geistigen Waffen zu ihrer Opposition in die Hand gibt. Es ist die Vereinigung der sogenannten Theoretiker mit denjenigen, welche ein Interesse an dem sogenannten freien Handel zu haben glauben, welche der Gegenpartei so viel scheinbare Stärke verleiht. Prahlend mit ihrer imaginären Überlegenheit in Wissenschaft und Kenntnissen, behandeln diese Schüler von Smith und Say jeden Verteidiger des gesunden Menschenverstandes wie einen Empiriker (!), dessen Geisteskräfte und literarische Kenntnisse nicht stark genug sind, um die erhabene Lehre ihrer Meister zu begreifen. Unglücklicher Weise waren die Gründer dieser gefährlichen Lehre Männer von großem Verstande, und ihre Talente versetzten sie in die Lage, ihren Luftschlössern das Aussehen fester, wohlgegründeter Gebäude zu verleihen. Die bedeutenden Wahrheiten, welche sie an das Licht brachten, waren die unglückliche Ursache, die ihrem ganzen System den Ruf einer Lehre verschaffte, die zu hoch steht, um von Generationen der Zukunft angezweifelt zu werden. Diese Lehre, mein Herr, wurde von dem größeren Teile jener angenommen, die die Politik zu ihrem besonderen Studium machten; und nachdem sie eine Lehre zehn oder zwölf Jahre lang bewundert haben, fanden sie es schwer, sich derselben zu entledigen. Vollkommene Unabhängigkeit des Geistes ist erforderlich, um anzuerkennen, daß wir eine so lange Zeit hindurch einem irrigen System vollen Glauben geschenkt haben, besonders wenn dieses System von Privatinteressen verfochten wird.

Zufolge dieser Auseinandersetzung halte ich es für eine Pflicht der Generalversammlung in Harrisburg nicht nur die Interessen der Wollproduzenten und Wollfabrikanten zu unterstützen, sondern die Axt an der Wurzel des Baumes anzulegen, indem sie ihm von Seiten des amerikanischen Systems den Krieg erklärt, dadurch daß sie Schriftsteller einladet, die Irrtümer desselben aufzudecken und volkstümliche Vorträge über das amerikanische System zu halten und schließlich, indem sie die Regierungen der verschiedenen Staaten ersucht, ebenso wie die gemeinsame Regierung, das Studium des amerikanischen

Systems in den verschiedenen Schulen, in den Universitäten und literarischen Instituten, die unter ihrem Schutz stehen, zu fördern.

Das letzte Werk des Dr. Cooper zeigt recht klar die Notwendigkeit solcher Maßnahmen von seiten der Förderer des amerikanischen Systems. Diesem Werke (das nur eine Kompilation ist) zufolge sind Sie und ich und alle Männer des Kongresses und alle Förderer des amerikanischen Systems nichts anderes als Idioten; denn es ist „Unwissenheit, eine Industrie durch Zölle zu fördern, wenn die Waren billiger durch den Außenhandel beschafft werden können", — „Unwissenheit, wenn eine Regierung die industriellen Unternehmungen von Individuen hütet und schützt" etc. etc. (Siehe Seite 195, wo Sie elf Unwissenheiten aufgezählt finden, die Sie auf sich anwenden könnten, dadurch daß Sie nach Harrisburg gehen.) Dieses, mein Herr, ist gegenwärtig das einzige Elementarbuch, aus welchem unsere Jugend und unser Volk die Grundsätze dessen, was man politische Ökonomie nennt, lernen kann. Was für eine Frucht kann man von einer solchen Aussaat erwarten? Und wenn die Förderer des amerikanischen Systems von der Überlegenheit ihrer Lehre überzeugt sind, ist es da nicht ihre Pflicht, sowohl theoretisch als auch praktisch weiterzuarbeiten? Sollten sie nicht im Interesse des Volkes und hauptsächlich im Interesse der Jugend ihres Landes für Elementarbücher und Berufslehrer sorgen, welche die Grundsätze der politischen Ökonomie gemäß ihrem eigenen System erläutern, ein System, das schließlich das Übergewicht erlangen muß in dem Verhältnis als die nationale, gesetzgebende Versammlung von seiner Richtigkeit sich überzeugt.

Ich erinnere an eine Anekdote von einem Arzte, der, als er seinen Patienten fand, wie dieser ein medizinisches Werk in bezug auf seine Krankheit zu Rate zieht, ihn ermahnte, Sorge zu tragen, damit er nicht an einem Druckfehler sterbe. So, mein Herr, würde ich das Volk dieser Vereinigten Staaten ermahnen, das sich auf das gefeierte System von Adam Smith verläßt, Sorge zu tragen, daß es nicht an einem schönen Ideale zu Grunde gehe. Fürwahr, mein Herr, es würde fast einem

Sarkasmus gleichen, wenn in späteren Zeiten ein Historiker des Niederganges dieses Landes mit folgenden Worten gedenken würde:

„Sie waren ein großes Volk, sie waren in jeder Hinsicht auf dem Wege, das erste Volk der Erde zu werden, aber sie wurden schwach und starben — da sie der Unfehlbarkeit zweier in ihr Land eingeführter Bücher vertrauten; das eine von Schottland, das andere von Frankreich, Bücher, deren allgemeine Schwäche kurz nachher von jedem Menschen anerkannt wurde."

Da der Gedanke, im Namen einer erleuchteten Gesellschaft jene Theorie der politischen Ökonomie zu brandmarken, nutzlos sein würde, wenn diese Brandmarkung nicht durch genügende Beweise ihres (der Theorie) Fehlers unterstützt werden kann, so fühle ich mich verpflichtet, die folgenden Ansichten einer Prüfung durch Ihren überlegenen Verstand zu unterbreiten. Die kurze Spanne Zeit und der enge Raum, die meinen Mitteilungen eingeräumt sind, gestatten mir die Hauptpunkte der Wissenschaft nur flüchtig zu berühren.

Auf Grund meiner Untersuchungen fand ich, daß die Bestandteile der politischen Ökonomie folgende sind: 1. Individuelle Oekonomie, 2. Nationalökonomie, 3. Ökonomie der Menschheit.

Adam Smith behandelt die Individualökonomie und die Ökonomie der Menschheit. Er lehrt wie der Einzelne in Gesellschaft mit anderen Individuen Reichtum schafft, denselben vermehrt und konsumiert, und wie der Betriebsfleiß und Reichtum der Menschheit den Betriebsfleiß und den Reichtum des Einzelnen beeinflussen. Er hat ganz vergessen, wovon der Titel seines Buches „Wealth of Nations" zu handeln versprach. Da er den verschiedenen Stand der Macht, der Verfassung, der Bedürfnisse und der Kultur der verschiedenen Nationen nicht in Betracht zieht, so ist sein Buch einzig eine Abhandlung über die Frage, in welchem Zustande sich die Wirtschaft der Individuen und die der Menschheit befinden würden, wenn die menschliche Rasse nicht in Nationen geschieden wäre, sondern durch ein gemeinsames Gesetz und eine gleiche Geisteskultur

geeint wäre. Diese Frage behandelt er ganz logisch und unter dieser Annahme enthält sein Buch große Wahrheiten. Wenn der ganze Erdball geeinigt wäre durch eine Union, gleichwie die 24 Staaten von Nordamerika, so würde der Freihandel in der Tat ebenso natürlich und wohltätig sein, wie er es jetzt innerhalb der Union selbst ist. Es gäbe keinen Grund, das Interesse eines gewissen Landgebietes abzusondern, und ebenso das einer gewissen Anzahl menschlicher Wesen von den Interessen des ganzen Erdballs und der ganzen Rasse. Es gäbe kein nationales Interesse, kein nationales Gesetz, das der Freiheit der ganzen Rasse entgegenstünde, keine Einschränkungen, keinen Krieg. Alles würde seinen natürlichen Gang nehmen. Englisches Kapital und Geschick würde, falls es sich auf jener Insel im Überflusse finden würde, überfließen nach den Ufern der Seine und der Elbe, des Rheins und des Tajo; sie hätten die Wälder Böhmens und Polens viel früher fruchtbar gemacht, ehe sie an die Ufer des Ganges und des St. Lorenzo geströmt wären, und hätten überallhin Freiheit und Gesetzlichkeit mit sich geführt. Ein Engländer würde ebenso bereitwillig nach Galizien und Ungarn auswandern, wie nun ein Mann von New-Jersey nach Missouri und Arkansas wandert. Keine Nation müßte um ihre Unabhängigkeit, um ihre Macht und ihren Reichtum infolge der Maßnahmen anderer Nationen besorgt sein.

Dieser Stand der Dinge mag ja sehr ersehnenswert sein, — es mag für das Herz eines Philosophen sehr ehrenvoll sein dieses zu wünschen, — es mag sogar in dem großen Plane der Vorsehung liegen, dies nach Jahrhunderten zu erfüllen — aber, mein Herr, es ist nicht der Zustand der gegenwärtigen Welt. Adam Smiths System hält daher, in dem gegenwärtigen Zustande der Welt, gleichen Schritt mit den Systemen derjenigen, die von Gesetzen zwischen Nationen träumen. Ich selbst in der Tat glaube, es sei eine Forderung der Vernunft, daß die Nationen ihre Zwistigkeiten nach einem Gesetze schlichten, wie es jetzt die Vereinigten Staaten unter einander tun. Krieg ist nichts anderes als ein Duell zwischen Nationen, und Beschränkungen des Freihandels sind nichts

anderes, als ein Krieg zwischen den industriellen Mächten verschiedener Nationen. Aber was würden Sie, mein Herr, von einem Kriegsminister denken, der, indem er die Lehre der Freunde annimmt, sich weigerte Festungen und Kriegsschiffe zu bauen und für Militärakademien zu sorgen, deshalb, weil die Menschheit glücklicher wäre, wenn es keinen Krieg auf der Erde gäbe? Und doch, mein Herr, würde das Benehmen dieses Kriegsministers ebenso weise sein, als das Benehmen derjenigen, welche, indem sie das System von Adam Smith in seiner gegenwärtigen Unvollkommenheit annehmen, ihre nationalen Interessen der Leitung fremder Nationen und fremder Gesetze überlassen, weil in einem vollkommneren, aber durchaus eingebildetem Zustande der menschlichen Rasse der Freihandel eine Wohltat für die Menschheit sein würde.

Doch bin ich keineswegs der Meinung, mein Herr, daß das System von Adam Smith vom wissenschaftlichen Standpunkte betrachtet, ohne Verdienst ist. Ich glaube im Gegenteil, daß die fundamentalen Grundsätze der Wissenschaft allein durch seine Untersuchungen in der Oekonomie des Einzelnen und der Menschheit entdeckt werden konnten. Sein Irrtum besteht darin, daß er zu diesen allgemeinen Grundsätzen die Modifikationen nicht hinzufügte, welche durch die Spaltung der menschlichen Rasse in nationale Körperschaften verursacht werden, und daß er zu den Regeln nicht die Ausnahmen hinzusetzte, oder zu den Extremen nicht die Mittelglieder.

Die Individualökonomie und die Ökonomie der Menschheit, wie sie Adam Smith behandelt hat, lehren uns, auf welche Weise der Einzelne in Gesellschaft mit anderen Individuen Reichtum schafft, vermehrt und verzehrt, und wie der Betriebsfleiß und Reichtum der Menschheit den Betriebsfleiß und den Reichtum des Einzelnen beeinflussen. Die Nationalökonomie lehrt, auf welche Weise eine gewisse Nation in ihrer besonderen Stellung, die Oekonomie der Einzelnen lenken und regulieren und die Weltwirtschaft beschränken muß, entweder um fremden Beschränkungen und fremder Macht zuvorzukommen, oder die produktiven Kräfte in sich selbst

zu vermehren, — mit anderen Worten: Wie man, beim Fehlen eines gesetzlichen Zustandes im Bereiche des ganzen Erdballs, eine Welt für sich schaffen müsse, um an Macht und Reichtum zuzunehmen, um eine der mächtigsten, reichsten und vollkommensten Nationen der Erde zu sein, ohne die wirtschaftliche Tätigkeit der Einzelnen und das Wirtschaftsleben der Menschheit mehr zu beschränken, als es die Wohlfahrt des Volkes gestattet.

In meinem nächsten Briefe werde ich länger bei diesem Gegenstande verweilen. Augenblicklich bleibt mir noch Raum genug, um Sie ob meiner Unfähigkeit, mich in der Landessprache correkt und elegant auszudrücken, um Entschuldigung zu bitten.

Ihr ganz ergebener

Fr. List.

Brief II.

Reading, am 12. Juli 1827.

Geehrter Herr!

Sodald die drei Bestandteile der politischen Oekonomie aufgedeckt sind, ist die Wissenschaft in klares Licht gesetzt und die Irrtümer der alten Theorie liegen offen zu Tage. Das Ziel der Individualökonomie ist einzig und allein, das zu erlangen, was zum Leben nötig ist, was das Leben angenehm macht. Das Ziel der Weltwirtschaft, oder genauer gesagt, der kosmopolitischen Oekonomie, ist, der ganzen menschlichen Rasse die größte Menge dessen zu sichern, was zum Leben nötig ist, was das Leben angenehm macht. Ein einzelnes Lebewesen in Pennsylvanien, einzig als Teil der Menschheit betrachtet, hat kein besonderes Interesse daran, daß Reichtum und Produktionskräfte lieber in Vermont oder Main, denn in England vermehrt werden. Wenn dieses Einzelwesen zufälligerweise der Vertreter einer ausländischen Fabrik ist, so mag es sogar durch das Wachsen der Industrie seiner nächsten Nachbarn in seinem Lebensunterhalte geschädigt sein. Noch auch hat die Menschheit ein Interesse daran welcher Fleck der Erde oder welches Volk sich in der In-

dustrie auszeichnet; jedes Wachsen der Industrie gereicht ihr zum Wohle, und Beschränkungen sind der Menschheit im Ganzen und Grossen ebenso schädlich, wie Beschränkungen des freien Verkehres zwischen den vierundzwanzig Vereinigten Staaten dem Reichtum und den Produktionskräften dieser Nation nachteilig wären. Der Begriff Macht ist weder auf ein Individuum, noch auch auf die ganze menschliche Rasse anwendbar. Wenn der ganze Erdball durch ein gemeinsames Gesetz geeinigt werden sollte, so würde es mit Bezug auf die Freiheit und die Unabhängigkeit keinerlei Bedeutung für ein besonderes Volk haben, ob es eine starke oder schwache Bevölkerung, Macht und Reichtum hat, ebenso wie es jetzt für den Staat Delaware mit Bezug auf seine Freiheit und Unabhängigkeit von keiner Bedeutung ist, daß sein Reichtum, seine Bevölkerung und sein Gebiet zehnmal kleiner ist, als die seines nächsten Nachbarn, des Staates Pennsylvanien. Dies, mein Herr, ist die Theorie von Adam Smith und seines Schülers Dr. Cooper. Nur mit Bezug auf die beiden extremen Fälle der Wissenschaft sind sie im Rechte. Aber ihre Theorie sieht weder Frieden, noch Krieg vor; weder besondere Länder, noch besondere Völker; sie übersehen ganz die Spaltung der menschlichen Rasse in Nationen. In diesem Sinne tadelt Mr. Say die Regierung seines Landes dafür, weil sie französische Schiffe verwendet hat, um französische Militärvorräte von Rußland nach Frankreich zu schaffen, während dies die Holländer um fünfzehn Francs pro Tonne billiger besorgt haben würden.

Der Vorteil, fügt er hinzu, der sich aus diesen Schiffsfrachten für unsere Flotte ergab, betrifft nicht die Oekonomie, er betrifft die Politik! Und da Schüler gemeiniglich die Gewohnheit haben, es ihren Meistern in der Schärfe der Behauptungen zuvorzutun, so haben einige unserer Kongreßmitglieder ganz ernstlich versichert, daß es besser sein würde, Schießpulver von England zu importieren, wenn es dort billiger gekauft, als hier hergestellt werden könnte. Es wundert mich, daß sie nicht den Vorschlag machten, unsere Kriegsschiffe zu verbrennen, da es eine bessere Oekonomie

wäre, in Kriegszeiten Schiffe und Matrosen in England zu mieten. In demselben Sinne läßt unser amerikanischer Vorkämpfer der alten Theorie, Mr. Cooper, in seinem Vortrag über politische Oekonomie den bemerkenswerten Satz fallen: „Politik ist, das muß man festhalten, nicht wesentlich ein Teil der politischen Oekonomie." (Siehe S. 15.) Was würde Dr. Cooper, der Chemiker, denken, wenn ich mich erkühnen würde zu sagen, daß die Chemie, das muß man festhalten, nicht wesentlich ein Teil der chemischen Technologie sei?

In der Tat, diese Anhänger der schottischen Theorie sind so verkehrt, daß sie uns ungeachtet des Namens selbst, den sie ihrer Wissenschaft zu geben belieben, glauben machen wollen, daß es in der politischen Oekonomie keine Politik gebe. Wenn ihre Wissenschaft mit Recht politische Oekonomie genannt ist, dann muß sich darin genau so viel Politik als Oekonomie vorfinden, und wenn es keine Politik darin gibt, dann hat die Wissenschaft nicht den richtigen Namen; dann ist sie nichts anderes als Oekonomie. Die Wahrheit ist die, daß der Name richtig ist und gerade das ausdrückt, was diese Herren zu bearbeiten glauben, aber das, was sie bearbeiten, stimmt nicht mit dem Namen. Sie behandeln nicht die politische Oekonomie, sondern die kosmopolitische Oekonomie.

Um die Wissenschaft zu vervollständigen, müssen wir die Grundsätze der nationalen Oekonomie hinzufügen. Der Begriff „nationale Oekonomie" entsteht mit dem Begriffe der Nationen. Eine Nation ist das Bindemittel zwischen Individuen, die, im Besitze einer gemeinsamen Regierung, gemeinsamer Gesetze, Rechte, Institutionen, Interessen, einer gemeinsamen, ruhmreichen Geschichte, gemeinsamer Verteidigung und Sicherheit ihrer Rechte, Reichtümer und Leben, eine Körperschaft bilden, frei und unabhängig, mit Bezug auf andere unabhängige Körperschaften nur den Vorschriften ihres eigenen Interesses folgend, und im Besitze von Macht, um die Interessen derjenigen Individuen zu regulieren, welche diese Körperschaft bilden, um so die größte gemeinsame Wohlfahrt im Innern und die größte Sicherheit mit Hinsicht auf andere

Nationen zu schaffen. Das Ziel der Wirtschaft dieser Körperschaft ist nicht nur Reichtum, wie in der Individual- und kosmopolitischen Oekonomie, sondern Macht und Reichtum, denn nationaler Reichtum wird vermehrt und gesichert durch nationale Macht. Ihre leitenden Grundsätze sind daher nicht nur ökonomische, sondern auch politische. Die Individuen mögen sehr reich sein: aber wenn die Nation nicht die Macht besitzt, sie zu schützen, dann können die Nation und die Individuen an einem Tage den Reichtum verlieren, den sie im Laufe von Jahrhunderten gesammelt haben, und ebenso ihre Rechte, ihre Freiheit und Unabhängigkeit. In rein ökonomischer Hinsicht mag es für einen Pennsylvanier ganz gleichgiltig sein, ob der Fabrikant, der ihm im Tausch für seinen Weizen Tuch liefert, in Altengland oder in Neuengland lebt, aber in der Zeit des Krieges und der Verkehrsbeschränkung kann er weder Weizen nach England senden, noch auch Tuch von dort importieren, wohingegen der Austausch mit Neuengland immerdar ungestört sein würde. Wenn der Fabrikant durch diesen Tausch reich wird, vermehrt der Pennsylvanier die Macht seines Feindes in Kriegszeiten, während der Fabrikant von Neuengland die Verteidigungskraft seiner Nation erhöht. Zur Friedenszeit mag der Bauer von Pennsylvanien gut daran tun, englische Gewehre und englisches Schießpulver zu kaufen, um Wild zu schießen; aber die Engländer werden ihn zur Zeit des Krieges nicht damit versehen, womit sie totgeschossen werden.

Wie die Macht den Reichtum sichert und der Reichtum die Macht erhöht, so ziehen Macht und Reichtum zu gleichen Teilen Nutzen aus einem harmonischen Zustande des Ackerbaues, des Handels und der Manufakturen innerhalb der Grenzen des Landes. Fehlt diese Harmonie, so ist eine Nation niemals mächtig und reich. Ein Nur-Ackerbaustaat ist sowohl mit Rücksicht auf seinen Markt, als auch auf seine Zufuhr auf fremde Gesetze, auf fremdes Wohlwollen oder fremde Feindseligkeit angewiesen. Manufakturen sind außerdem die Ernährer der Künste, der Wissenschaften und der Geschicklichkeit, die Quellen der Macht und des Reichtums.

Ein Nur-Ackerbauvolk bleibt stets arm (sagt Say selbst) und ein armes Volk kann, da es nicht viel zu verkaufen hat und noch weniger, womit es kaufen soll, niemals einen blühenden Handel besitzen, weil der Handel im Kaufen und Verkaufen besteht.

Niemand kann diese Wahrheiten leugnen. Aber es ist fraglich, mein Herr, ob die Regierung ein Recht hat, den Betriebsfleiß des Individuums zu beschränken, um so die drei Bestandteile des nationalen Betriebsfleißes in Übereinstimmung zu bringen: und zweitens ist es fraglich, ob die Regierung gut tut, wenn sie es in ihrer Macht hat, diese Übereinstimmung durch Gesetze und Beschränkungen zu schaffen.

Die Regierung, mein Herr, hat nicht nur das Recht, sondern es ist ihre Pflicht, alles zu fördern, was den Reichtum und die Macht der Nation vermehren kann, wenn dieser Zweck durch Einzelne nicht erreicht werden kann. So ist es ihre Pflicht, den Handel durch eine Flotte zu schützen, weil die Kaufleute sich nicht selbst schützen können: so ist es ihre Pflicht, den Zwischenhandel durch Schiffahrtsgesetze zu schützen, weil der Zwischenhandel die Seemacht fördert, sowie die Seemacht den Zwischenhandel schützt; so muß das Schiffahrtsinteresse und der Handel durch Hafendämme, der Ackerbau und jede andere Industrie durch Kunststraßen, Brücken, Kanäle und Eisenbahnen gefördert werden, — neue Erfindungen durch Patentgesetze, — so müssen Manufakturen ins Dasein gerufen werden durch Schutzzölle, wenn fremdes Kapital und fremde Geschicklichkeit die Einzelnen hindern, solche zu betreiben.

Was die Zweckmäßigkeit von Schutzmaßnahmen anbelangt, so bemerke ich, daß es ganz und gar von dem Zustande einer Nation abhängig ist, ob dieselben wirksam seien oder nicht. Nationen sind ihren Zuständen nach ebenso verschieden, wie Individuen. Da gibt es Riesen und Zwerge, Jünglinge und Greise, Krüppel und wohlgebaute Personen; einige beherrschen andere Nationen, einige sind unabhängig, und einige leben mehr oder weniger in einem Zustande der Abhängigkeit. Wie weise Männer allgemeine Regeln auf

diese verschiedenartigen Körperschaften anwenden können, das kann ich nicht verstehen. Ich betrachte ein derartiges Vorgehen nicht weiser, denn das eines Arztes, der dasselbe für ein Kind und einen Riesen verschreibt; für die Alten und Jungen in allen Fällen dieselbe Diät und dieselbe Medizin.

Schutzzölle in Spanien würden die spanische Nation der unbedeutenden Industrie berauben, die sie noch behalten hat. — Wie könnte sie derartige Maßnahmen unterstützen, da sie keine Flotte hat? Ein dummes, träges und abergläubisches Volk kann niemals aus ihnen einen Vorteil ziehen, und kein Ausländer von gesundem Verstande würde sein Kapital und sein Leben einer brutalen, absoluten Macht unterordnen. Eine solche Regierung kann nichts besseres tun, als Dr. Coopers Werk übersetzen zu lassen, um das Volk zu überzeugen, daß „laissez faire et laissez passer" die weiseste Politik auf Erden sei. Mexico und die südlichen Republiken würden ebenso töricht handeln, wenn sie in ihrem gegenwärtigen Zustande das Manufaktursystem annehmen würden; ein freier Austausch ihrer Rohstoffe und ihrer wertvollen Metalle für fremde Manufakturen ist die beste Politik, um der Industrie und dem Verstande jenes Volkes aufzuhelfen und um reich zu werden. Sicherlich würde jedermann lachen, wenn jemand den Schweizern raten würde, Schiffahrtsgesetze zu erlassen, den Türken, Patentgesetze zu geben, den Hansastädten, eine Flotte zu schaffen und den Hottentotten oder Indiern, Eisenbahnen zu bauen. Selbst die Vereinigten Staaten haben, nachdem sie sich kaum aus einer Kolonie in eine unabhängige Nation verwandelt haben, gut getan, eine Zeit lang in ökonomischer Vassalität zu verbleiben. Aber wenn man die Kraft eines Mannes erworben hat, so würde es lächerlich sein, gleich einem Kinde zu handeln, wie die Schrift sagt: „Als ich ein Kind war, da handelte ich wie ein Kind, aber als ich ein Mann wurde, da handelte ich als Mann."

Der Stand dieser Nation kann nicht mit dem Stand irgend einer anderen Nation verglichen werden. Dieselbe

Regierungsart und dieselbe Gesellschaftsstruktur hat man nie zuvor gesehen; noch auch eine solch allgemeine und gleichmäßige Verteilung des Eigentums, der Bildung, der Industrie, der Macht und des Reichtums; noch auch eine ähnliche Fülle an Gaben der Natur, die diesem Volke natürliche Reichtümer und die Vorteile des Nordens, des Südens und des gemäßigten Klimas, all die Vorteile weitausgedehnter Seeküsten und eines ungeheuren, unbesiedelten Kontinentes und all die Lebhaftigkeit und Kraft der Jugend und Freiheit verleiht. Es gibt kein Volk, noch gab es jemals ein Volk, das die Zahl seiner Staaten in fünfzig Jahren verdoppelte, das in solchem Grade durch seine Industrie, seine Gewandtheit und seine Macht sich auszeichnete, das in wenigen Jahren eine Flotte schuf und in kurzer Zeit öffentliche Verbesserungen zustande brachte, die allein in früheren Zeiten eine Nation für immer ausgezeichnet hätten.

Da der Zustand der Nation ein beispielloser ist, so werden die Wirkungen ihrer Anstrengungen, die Manufakturen in die Höhe zu bringen, beispiellos sein; während kleinere Staaten sich der englischen Überlegenheit zur See beugen müssen, können die Amerikaner ihr Haupt erheben und ihr frank in's Gesicht sehen. Wenn arme, ungebildete, dumme und bedrückte Völker sich durch ihre eigenen Anstrengungen nicht erheben können, dieses freie, unternehmende, gebildete, fleißige und reiche Volk vermag es. Wenn andere Völker ihrem Ehrgeiz Zügel anlegen müssen, um in erträglicher Abhängigkeit und ökonomischer Vassalität zu leben, so würde diese Nation dem Rufe der Natur nicht gerecht werden, wenn sie nicht nach vollkommener Unabhängigkeit ausschauen würde, wenn sie nicht auf einen beispiellosen Grad der Macht Anspruch erhöbe, um ihre beispiellose Freiheit und Glückseligkeit zu bewahren. Aber ein hoher Grad von Macht und Reichtum, eine volle Unabhängigkeit kann nie erworben werden, wenn die Fabrikationsindustrie nicht mit der ackerbaulichen und Handelsindustrie in Einklang gebracht ist. Die Regierung würde daher nicht nur gut tun, diese Industrie zu unterstützen, sondern sogar Unrecht, wenn sie es nicht täte.

Die amerikanische Nationalökonomie ist gänzlich verschieden von der englischen Nationalökonomie, gemäß dem verschiedenen Zustande der Nationen. Das Ziel der englischen Nationalökonomie ist, für die ganze Welt zu fabrizieren, die ganze Fabrikationsmacht zu monopolisieren, selbst auf Kosten des Lebens der englischen Bürger, die Welt und insbesondere die eigenen Kolonien in einem Zustande der Kindheit und Vassalität zu erhalten, sowohl durch politische Leitung, als auch durch die Ueberlegenheit von Englands Kapital, Geschicklichkeit und Flotte. Das Ziel der amerikanischen Oekonomie ist, die drei Zweige der Industrie in Einklang zu bringen, da ohne dieses keine nationale Industrie zur Vollkommenheit gelangen kann. Es ist ihr Ziel, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen vermittelst ihrer eigenen Rohstoffe und ihrer eigenen Industrie, — ein unbesiedeltes Land zu bevölkern, ausländische Bevölkerung, ausländisches Kapital und ausländische Geschicklichkeit heranzuziehen, — seine Macht und seine Verteidigungsmittel zu vermehren, um die Unabhängigkeit und das zukünftige Wachsen der Nation zu sichern. Es ist schließlich ihr Ziel, frei, unabhängig und mächtig zu sein, und jeden anderen Freiheit, Macht und Reichtum genießen zu lassen, wie es ihm gefällt. Die englische Nationalökonomie sucht zu beherrschen; die amerikanische Nationalökonomie sieht es nur darauf ab, unabhängig zu werden. Da es keine Aehnlichkeit in den beiden Systemen gibt, so gibt es auch keine Aehnlichkeit in ihren Folgen. Das Land wird mit Wollwaren nicht mehr überfüllt sein, als es jetzt überfüllt ist mit Zierwaren; die Fabriken werden keine Laster hervorbringen, denn jeder Arbeiter kann genug verdienen, um seine Familie ehrlich zu erhalten; niemand wird leiden oder verhungern wegen Mangels an Arbeit, weil, wenn der Arbeiter nicht genug verdienen kann, um seine Familie auf andere Weise zu unterhalten, er die Erde bebauen kann, denn es gibt noch Raum genug für hunderte von Millionen, um freie Bauern zu werden.

Nachdem ich den fundamentalen Irrtum von Smith und Say aufgeklärt habe, der darin besteht, daß sie kosmopolitische

Oekonomie mit politischer Oekonomie zusammengeworfen haben, werde ich in meinem nächsten Briefe versuchen zu zeigen, infolge welcher Irrtümer beide dieser gefeierten Autoren veranlaßt worden waren, zu versichern, daß der Reichtum und die Industrie einer Nation nicht durch Beschränkungen vermehrt werden können.

Mit Ergebenheit ihr gehorsamer Diener

Fr. List.

III. Brief.

Reading, am 15. Juli, 1827.

Geehrter Herr!

Das System von A. Smith hat ein so großes Ansehen gewonnen, daß diejenigen, die sich demselben zu widersprechen oder auch nur seine Unfehlbarkeit anzuzweifeln unterfangen, sich der Gefahr aussetzen, Dummköpfe genannt zu werden. Mr. Say pflegt in seinem ganzen Werke durchaus jede Einwendung gegen seine erhabene Theorie als Meinung des Pöbels, vulgäre Ansichten etc. etc. zu bezeichnen. Mr. Cooper seinerseits fand es wahrscheinlich nicht ganz angemessen, in diesem Lande ebensoviel, wie der Pariser von Pöbel, gemeinem Volk etc. zu sprechen und benützt die Bezeichnung „Unwissenheit“. Er beklagt es sehr, daß die beiden Pitt ebensowie Mr. Fox solche harte Köpfe besaßen, daß sie nicht einmal die Grundprinzipien der erhabenen Theorie erfaßten. Diese unfehlbaren Theoretiker versichern uns ebenso ernsthaft, als bescheidentlich, daß Geister wie jene von Eduard III., Elisabeth, Colbert, Turgot, Friedrich II., Joseph II., Pitt, Fox, Napoleon Bonaparte, Washington, Jefferson, Hamilton, eine Reihe der erleuchtesten Männer aller Zeiten, nicht genug erleuchtet waren, um die wahren Grundsätze der politischen Ökonomie zu erfassen. Obwohl sich daher ein Gegner Says in erträglich guter Gesellschaft befindet unter den Unwissenden, so erachte ich es doch für nötig, festzustellen, daß ich viele Jahre lang nicht nur ein getreuer Schüler von Smith und Say war, sondern ein sehr eifriger Verkünder der unfehlbaren Lehre; daß ich nicht nur die Werke der Meister, sondern auch jene ihrer fähigsten

Schüler in England, Deutschland und Frankreich und zwar mit Emsigkeit und Ausdauer studierte, und daß ich mich erst dann bekehrte, als ich das reife Mannesalter erreicht hatte. Dann sah ich in meinem Heimatlande die wunderbaren Wirkungen des sogenannten Kontinentalsystems und die vernichtenden Wirkungen der Wiederkehr des sogenannten Frei-Handels nach dem Sturze Napoleons. Obwohl die deutsche Industrie nur zum Teil durch das Kontinentalsystem begünstigt war, da sie nur Schutz gegen die englische Konkurrenz genoß und der französischen Konkurrenz ausgesetzt blieb, während die Grenzen Frankreichs ihr verschlossen waren, machte sie in jener Zeit bewundernswerte Fortschritte, nicht nur in den verschiedenen Zweigen der Fabrikationsindustrie, sondern auch in allen Zweigen des Ackerbaues, der, trotzdem er unter all den Nachteilen des Krieges und der despotischen Maßnahmen der Franzosen litt, in Blühte stand. Nach allen Arten von Kenntnissen war die Nachfrage groß und sie erzielten hohe Preise und Löhne, Renten, Kapitalinterressen, die Preise von Grund und Boden und von Eigentum aller Art wurden demgemäß in die Höhe getrieben. Aber nach dem Zusammenbruch des Kontinentalsystems, nachdem man sich den Gebrauch englischer Güter um vieles billiger verschafft hatte, als die Nation dieselben erzeugen konnte, lag die Manufaktur darnieder. Die Ackerbauer und adligen Landeigentümer waren zunächst sehr erfreut, um so billigen Preis zu kaufen, insbesondere die Schafzüchter, die ihre Wolle zu sehr hohen Preisen nach England verkauften. Die Grundsätze von Smith und Say wurden obend besprochen. Aber nachdem die Engländer den deutschen Markt für ihre Manufakturen erworben hatten, zögerten sie nicht, das Interesse ihrer eigenen Landbebauer durch Korn- und Wollengesetze zu pflegen; der Preis von Wolle und Getreide, und infolgedessen von Renten, Löhnen und Eigentum in Deutschland sank mehr und mehr, und die verderblichsten Wirkungen folgten nach. Heutigentags sind dort Ackerbauprodukte drei und viermal billiger, als unter dem Kontinentalsystem und das Grund-Eigentum überhaupt hat kaum einen Preis. Der Schafzüchter und der Ackerbauer ebensowohl, als

der Fabrikant sind ruiniert und unter den gegenwärtigen Umständen nicht in der Lage, den dritten Teil jener Menge von billigen englischen Gütern zu beschaffen, die sie früher von den teuerern heimischen Fabrikanten bezogen.

Die Betrachtung dieser Wirkungen veranlaßte mich zunächst, an der Unfehlbarkeit der alten Theorie zu zweifeln Da ich nie scharfsichtig genug war, um auf einen Blick die Irrtümer eines Systems zu erkennen, das so geistvoll konstruiert und von vielen schätzenswerten Wahrheiten gestützt war, so beurteilte ich den Baum nach seinen Früchten. Ich verstand, daß, sowie eine medizinische Theorie, sie mag noch so geistvoll erfunden und von den glänzendsten Wahrheitssätzen unterstützt sein, von Grund aus irrig sein muß, wenn sie das Leben ihrer Anhänger zerstört, ebenso ein System der politischen Ökonomie falsch sein muß, wenn es genau das Gegenteil von dem bewirkt, was, wie man annehmen kann, jeder Mann von gesundem Menschenverstande von demselben erwarten muß. Infolge dieser Überzeugung begann ich offen gegen die Anhänger dieser Theorie aufzutreten, und diese Opposition war so volkstümlich, daß in wenigen Wochen eine Gesellschaft von vielen Tausenden hervorragendsten Fabrikanten, Kaufleuten etc., die durch das ganze alte deutsche Reich zerstreut waren, gegründet wurde zum Zwecke der Errichtung eines Systems deutscher nationaler Ökonomie. Zu ihrem Konsulenten gewählt, besuchte ich in Begleitung von Abgeordneten der Gesellschaft die verschiedenen Höfe Deutschlands (und den in Wien im Jahre 1820 abgehaltenen Kongreß deutscher Minister), um die verschiedenen Regierungen von der Notwendigkeit eines solchen Systems zu überzeugen. Jedermann war schließlich in seinem Innern von dieser Notwendigkeit überzeugt, Ackerbauer, Schafzüchter, Landbesitzer ebenso wie Fabrikanten. Nirgends ließ sich eine Opposition vernehmen, ausgenommen in den Hansastädten und in der Stadt Leipzig, und selbst da nahm niemand anders als die Agenten englischer Firmen und die Bankiers, deren Geldinteresse auf dem Spiele stand, an dieser Opposition Teil. Diese Gegner der allgemeinen Wohlfahrt wurden von einigen wenigen gelehrten Schülern von Smith und Say

angeführt und unterstützt, die, entweder verletzt in ihrem Stolze durch die Opposition gegen eine Theorie, deren Fortentwicklung und Erläuterung ihren literarischen Ruhm bildete, oder gezwungen durch persönliche Interessen und durch ihre Stellung, noch immer auf dem alten Steckenpferde des Freihandels ritten und dessen wohltätigen Wirkungen in allen Tonarten sangen, während der freie Verkehr auf jede mögliche Weise durch fremde Beschränkungen gehemmt war. Die erleuchtesten Theoretiker im Innern des Landes hingegen bahnten den von der Gesellschaft vertretenen Grundsätzen den Weg und viele von ihnen (insbesondere Graf Soden, der berühmteste deutsche Schriftsteller auf dem Gebiete der politischen Ökonomie) steuerte viel wertvolles Material bei zu einer Wochenschrift, die ich damals herausgab, um das Publikum für ein nationales System vorzubereiten. Alle deutschen Regierungen zweiten und dritten Ranges (ausgenommen Hannover und die Hansastädte) waren schließlich von der Notwendigkeit desselben überzeugt, und ein den Interessen der Nation angepaßter Präliminarvertrag wurde im Jahre 1820 in Wien abgeschlossen. Wenn dieser Vertrag selbst jetzt noch nicht praktisch durchgeführt ist, so ist dies nur den Schwierigkeiten der Durchführung eines solchen Vertrages unter verschiedenen Staaten zuzuschreiben, von denen jeder von dem anderen unabhängig ist und die sich nicht des Vorteiles einer allgemeinen gesetzgebenden Körperschaft für ihre gemeinsamen Interessen erfreuen. Aber wenn das Gerücht wahr ist, so wird der gegenwärtige König von Bayern, ein Regent, der sich ebenso durch seine aufgeklärten Ansichten und durch seine Charakterstärke, als durch sein liberales Empfinden mit Bezug auf die Wohlfahrt der ganzen deutschen Nation auszeichnet, jene Schwierigkeiten bald überwinden. — Indem ich pflichtgemäß mehrere Jahre hindurch gegen die Schüler von Smith und Say tagtäglich ankämpfte, wurden schließlich alle Teile der alten Theorie durch diese Bemühungen und diese Ausdauer aufgedeckt und die Umstände bewirkten, was bescheidene Talente nie zustande gebracht haben würden.

Ich belästige Sie, mein Herr, mit dieser langen Ent-

schuldigung, um mich diesbezüglich zu rechtfertigen, daß ich mit so bescheidenen Mitteln eine so große Aufgabe auf mich genommen habe, wie es die Widerlegung der literarischen Produktionen der gefeiertesten Männer der politischen Ökonomie ist. Ich ging in derselben Weise vor, in welcher die Patrioten der Vereinigten Staaten vorgingen und in welcher Say selbst einen mächtigen Gegner in seinem Landsmann, dem Grafen Chaptal fand, einem Chemiker und Staatsmanne, der sowohl durch seine Forschungen in der Chemie, als auch durch seine politische Tätigkeit mehr für die Förderung der Industrie Frankreichs tat, als je ein Mann in irgend einem anderen Lande. Lesen Sie, ich bitte, das 15. Kapitel (I. Band) seines berühmten Werkes „De l' Industrie Française" 1819 und sie werden hier eine äußerst praktische und sachliche Widerlegung von Says Theorie finden, obwohl er ihm nicht direkt zu widersprechen scheint.

Ich hoffe, daß die Autorität von Männern, wie Chaptal, selbst in den Geistern derjenigen, die den Namen mehr Glauben zu schenken pflegen, als den Beweisgründen, eine Entschuldigung für mich sein wird dafür, daß ich diese Aufgabe unternommen habe, und vielleicht eine Veranlassung für andere, in eine unparteiische Untersuchung dieser Beweisgründe einzutreten. Für diejenigen, die den letzten wunderlichen Umschwung des englischen Ministeriums dem System von Smith und Say zuzuschreiben pflegen um dessen allerobernde und unwiderstehliche Macht zu erweisen, stelle ich hier nur die Resultate meines Nachdenkens fest, indem ich es mir vorbehalte, in einem anderen Briefe von diesem interessanten Gegenstande zu handeln und von der englischen Nationalökonomie im allgemeinen. Diese Resultate sind: daß die scheinbare Anhängerschaft der Herren Cannings und Huskisson zu der Theorie der Herren Say und Smith eines von den außerordentlichsten und feinsten politischen Manövern ist, die jemals der Leichtgläubigkeit der Welt vorgeführt wurden. Diese Herren planen mit kosmopolitischen Prinzipien auf den Lippen, alle anderen Mächte zu überreden, daß sie ihre politische Macht aufgeben, um die produktive und politische Macht Englands allmächtig

zu machen. Mr. Canning ging mit Mr. Says Abhandlung in den Händen nach Paris und er zeigte Mr. de Villèle die Kapitel, laut denen es für die Menschheit äußerst wohltätig wäre, wenn er, Mr. Villèle, das ganze französische Fabrikationsinteresse seiner, Mr. Cannings, Gnade anheimstellen würde im Tausch gegen den Vorteil, Wein und Spirituosen in das britische Reich einführen zu dürfen. Nun, mein Herr, was wären die Folgen gewesen, oder was werden die Folgen sein, wenn der französische Minister höflich genug wäre, ein zweitesmal der Gimpel Mr. Cannings zu werden? Die französischen Fabriken und mit ihnen die große französische Geschicklichkeit und Kraft zu fabrizieren, würden zweifellos in wenigen Jahren vernichtet sein. Es ist wahr, die Franzosen würden ein gut Teil mehr an Wein und Spirituosen verkaufen und daher produzieren und fabrizieren, als früher. Aber, mein Herr, wird es nicht später in der Macht des Herrn Cannings oder irgend eines anderen nachfolgenden Premierministers von England liegen, ihren Weinmarkt in einer Stunde zu vernichten? Und wenn er einmal zerstört ist, entweder durch ein beschränkendes Gesetz oder durch einen offenen Krieg, können die Franzosen ihre Fabrikation in derselben Stunde wieder aufnehmen, in welcher die Engländer ihren Weinmarkt zerstören? Nein, mein Herr, es würde ein paar Menschenalter kosten und Hunderte von Millionen, um das wieder aufzubauen! Würde nicht infolgedessen Frankreich von dem Tage des Abschlusses dieses Vertrages an sich ebenso abhängig von England fühlen, wie sich Portugal seit dem Tage des berühmten Vertrages von Mr. Methuen im Jahre 1703 fühlt, mit dessen Abschluß es seine Stellung als unabhängiger Staat in die eines Weingartens und einer Provinz von England verwandelte? Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß Mr. Villèle nach einer kurzen Zeit aus dem „Londoner Courier“ erfahren würde, Mr. Canning habe eine Rede im Parlamente des prahlerischen Inhaltes gehalten, daß Mr. Villèle von ihm in einer so lebenswichtigen Frage zum Besten gehalten worden sei, wie es der Fall war im letzten Jahre in Hinsicht auf seinen politischen Kurs betreffs der Besetzung von

Spanien durch französische Truppen. Diese beiden Fälle sind in der Tat wunderlich parallel. Als Spanien nahe daran war, von französischen Truppen überschwemmt zu werden, sagte Mr. Canning, sich auf das Völkerrecht beziehend, daß es den Gesetzen desselben widerspreche, daß England sich in diese Sache hineinmische; aber im letzten Jahre, in einem Anfall von Selbstlob, versicherte er freimütig und öffentlich im Parlamente, daß er der französischen Regierung einen Streich gespielt habe, indem er sie in Spanien beschäftigte, sie mit der Besetzung dieses Landes betraute, und indem er hierdurch ihre Macht schwächte und lahmlegte, versetzte er sich durch diesen Streich selbst in die Lage, die Republiken Südamerikas ins Leben zu rufen und den englischen Fabriken einen ungeheueren Markt zu eröffnen. Gut gemacht, Mr. Canning; aber nachdem Sie die wahren Beweggründe ihrer Hochachtung vor dem Völkerrechte enthüllt haben, wird da nicht jeder, der im Besitze von gesundem Menschenverstande ist, und ich hoffe auch Mr. Villèle, die wahren Beweggründe Ihrer Hochachtung für die Grundsätze der kosmopolitischen Ökonomie erraten? Es ist wahrlich nicht sehr schlau, sich öffentlich zu rühmen, daß wir diejenigen zum Besten gehabt haben, welche wir nochmals zum Besten haben wollen, da der einzige Vorteil, den ein Mensch daraus ziehen kann, daß er zum Besten gehalten, dieser ist, daß er lernt, sich ein zweites Mal nicht zum Besten halten zu lassen; und ich möchte denken, daß dies, von Seiten Mr. Villèle's ein bei weitem besserer Plan wäre, als Mr. Canning zu bitten, daß er seine Rede ändere und sie anderes mache, als sie damals war, als er sie hielt.

Ich hoffe über diesen Gegenstand genug gesagt zu haben, um jeden amerikanischen Bürger von einer Teilnahme an der Begeisterung des Präsidenten Cooper zurückzuhalten, wenn dieser auf die wundersame Bekehrung der Herren Canning und Huskisson anspielt. In der Tat es gibt kein Ereignis, das dem Ruhme Says und seines Systems wesentlicheren Abbruch tun könnte, als die Überführung dieses Systems in die Praxis durch die Schlauheit des Herrn Canning. Ich bin sicher, die Geschichte seines Landes würde seinen Namen nicht

als den eines Wohltäters des Staates überliefern, da ich überzeugt bin, daß der Freihandel mit England unter gegenwärtigen Verhältnissen der Unabhängigkeit Frankreichs mehr Schaden zufügen würde, als die beiden Einfälle der heiligen Alliance.

Bevor ich neuerdings auf die Sache selbst eingehe, muß ich einige weitere Bemerkungen machen, um zu zeigen, wie es möglich war, daß diese Theorie einen solchen Grad der Autorität über gelehrte Männer aller Nationen gewinnen konnte. Smith brachte gar viele wertvolle Wahrheiten an das Licht, die nie vorher anerkannt waren, und sein Werk enthält viele schöne Stellen über einzelne Sachen, welche mit überlegenem Talente, mit Scharfsinn und Erfahrung geschrieben sind. Diese Vorzüge waren für sein System umso verdienstlicher, da es der einzige Ersatz für das System der Ökonomisten war, dessen Fehlschlagen und Schwäche von der ganzen Menschheit anerkannt wurde. Die literarische Welt wünschte ein System der politischen Ökonomie, und das von Smith war das beste, welches vorhanden war. Diktiert vom Geiste des Kosmopolitismus wurde es von dem Zeitalter des Kosmopolitismus, in dem es auftauchte, aufgegriffen. Freiheit über den ganzen Erdball hin, ewiger Friede, natürliche Rechte, Vereinigung der ganzen menschlichen Familie etc., waren die Lieblingsgegenstände der Philosophen und Philanthropisten. Freiheit des Handels über den ganzen Erdball hin stand in vollem Einklange mit jenen Lehren. Daher der Erfolg der Smithschen Theorie. Überdies bot sie den schwächeren Nationen einen guten Trost. Da sie nicht genug Kraft hatten, ein nationales System zu unterhalten, appellierten sie an das geliebte System des Freihandels, in der gleichen Weise, wie sie an Grotius und Vattel, an Pufendorf und Martens appellierten, wenn sie nicht genug Kraft hatten, um sich mit dem Argument des Bayonnets zu verteidigen. Schließlich war es eine sehr leichte Aufgabe, in seine Geheimnisse einzudringen; diese konnte in einigen wenigen Sätzen dargestellt werden: „Weg mit den Beschränkungen in der Industrie — macht sie frei — last sie laufen!“ Nachdem diese Vorschriften gegeben waren, bedurfte es weder großer Talente, noch großer Anstrengungen,

noch einer großen Praxis, um die Rolle eines gar weisen Staatsmannes zu spielen. Man hatte nichts anderes zu tun, als alles gehen zu lassen, wie es mochte, — alles allein zu lassen — um unter die weisesten und gelehrtesten Männer auf Erden gezählt zu werden. Das ist in der Tat eine leichte Aufgabe. An solch einem System passiver Regelung konnten die großen Männer Englands keinen Geschmack finden, wie Mr. Fox im Parlamente eingestand; da jene Männer nicht gewillt waren, den Dingen ihren Lauf und alles allein zu lassen, so gedachten sie durch ihre politischen Maßnahmen ihr Land an Reichtum und Macht emporzuheben, daß es unerreichbar sei beim Wettbewerb mit anderen Nationen. Und wenn in unseren Tagen die großen Männer Englands vorgeben, das System von Adam Smith anzunehmen (nur in Parlamentsreden, nicht in der Tat), so tun sie nichts anderes, als Napoleon getan haben würde, wenn er inmitten seines Ruhmes und seiner Macht den Nationen der Erde vorgeschlagen haben würde, ihre Armeen zu entlassen und ihre Flotten abzurüsten, um zusammen in gemeinsamem Frieden zu leben als Brüder und Schwestern, die kein Interesse daran haben könnten einander zu töten und zu morden, und dem allgemeinen Wohle zu schaden, indem sie mit schweren Kosten die Kriegsmittel unterhalten.

Aber die Welt hat wunderbare Fortschritte in Erfahrung und Klugheit seit der Zeit von Ad. Smith gemacht. Zwischen ihm und uns liegen die amerikanische und französische Revolution — die englische Allmacht zur See und die französische Allmacht auf dem Kontinent, die Wiederherstellung der alten Regierung in Frankreich, die heilige Allianz und die Emanzipation der südamerikanischen Republiken. Ein neues Volk mit einer neuen Regierungsform und neuen Ideen von allgemeiner Wohlfahrt und Freiheit ist erstanden. Dieses Volk hat durch allgemeine und freie Besprechung jeder politischen Angelegenheit gelernt, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden, traumhafte Systeme von klaren Wahrnehmungen, kosmopolitische Grundsätze von politischen, Worte von Taten. Dieses Volk kann nicht der Selbstsucht geziehen werden, wenn es sich durch seine eigenen Anstrengungen zu dem höchsten

Grade der Macht und des Reichtums zu erheben bestrebt, ohne andere Nationen zu schädigen, ohne aber in gleicherweise den Vorwurf auf sich zu nehmen, daß es die Menschheit fördere, weil, wenn es nicht diese Politik verfolgen würde, seine Stellung unter den mächtigen Nationen der Erde und sein ganzes Gesellschaftssystem verloren sein würden. Napoleon würde sehr geneigt gewesen sein, sich der Mühe der Einigung der ganzen Erdoberfläche zu unterziehen und der menschlichen Rasse die Segnungen eines allgemeinen freien Verkehres zu verschaffen; aber es scheint, die Engländer mochten die Aussichten auf eine derartige allgemeine Glückseligkeit nicht. So würden die Amerikaner, wie ich annehme, niemals ihre nationale Unabhängigkeit und Macht gegen ein allgemeines auf englischer Macht begründetes Völkerrecht eintauschen wollen, — sie würden eine derartige Aussicht nicht mögen.

Es scheint daher, daß kosmopolitische Institutionen, gleichwie jene des Freihandels, noch nicht reif sind, um in die Praxis eingeführt zu werden. Zuerst muß festgestellt werden, ob das soziale System Napoleons, oder das Englands, oder das der Vereinigten Staaten auf Erden sich behaupten wird. Es können noch mehrere Jahrhunderte vergehen, ehe diese Entscheidung getroffen ist, und diejenigen, die ernstlich so handeln, als ob sie schon wirklich getroffen wäre, mögen sehr ehrenhafte, sehr hochherzige Menschen sein, aber sie sind kurzsichtige Politiker. Indem sie wünschen der Sache der Menschlichkeit zu dienen, ruinieren sie ihr Land. Die Geschichte wird sie dafür tadeln, daß sie nationalökonomische von nationalpolitischen Ansichten getrennt haben, wie sie Portugal tadelt, daß es seine Unhabhängigkeit um den Vorteil des Wein-Verkaufens verschachert hat, wie sie Esau verlacht, daß er sein Erstgeburtsrecht lieber für ein Linsengericht verkauft hat, als sich zwecks Beschaffung der Existenzmittel auf seine eigene Macht zu verlassen.

Nach dieser langen Abschweifung werde ich in meinem nächsten Briefe wieder in die Sache selbst eintreten.

Ich bin mit Hochachtung ihr ergebener Diener

Fr. List.

IV. Brief.

Reading, am 18. Juli 1827.

Geehrter Herr!

Indem ich wiederum auf die Sache selbst eingehe, möchte ich zuerst die Hauptstützpfeiler des Systems von Smith und Say angreifen, indem ich die Aufgabe, weniger wesentliche Punkte zu attakieren, jenen überlasse, die sich nicht in der Lage fühlen, das ganze Gebäude umzustürzen. Wie diese Politiker kosmopolitische mit politischen Grundsätzen verwechselten, so mißverstanden sie auch gänzlich das Endziel der politischen Oekonomie. Dieses Endziel ist nicht Produkte zu gewinnen, indem man Produkte gegen Produkte eintauscht, wie dies in der individuellen und kosmopolitischen Oekonomie der Fall ist und insbesondere im Kaufmannsgewerbe, sondern es ist, produktive und politische Macht vermittelst des Austausches mit anderen Nationen zu gewinnen; oder das Sinken der produktiven und politischen Macht zu verhindern, indem man diesen Austausch beschränkt. Sie handeln daher insbesondere von den Wirkungen des Austausches von Produkten, statt von der Produktivkraft. Und da sie nicht die Produktivkraft und die Ursachen ihres Steigens und Fallens in einer Nation zu dem hauptsächlichen Gegenstande ihrer Untersuchung machten, so würdigten sie weder die wahre Wirksamkeit der verschiedenen Bestandteile der Produktivkraft, noch die wahre Wirksamkeit des Austausches von Produkten, noch auch die der Verzehrung derselben. Sie nannten den vorhandenen Vorrat von Produkten, den der menschliche Fleiß geschaffen hat, mit dem allgemeinen Namen Kapital, und sie schrieben den verschiedenen Bestandteilen dieses Vorrates nicht nur eine gemeinsame und gleiche, sondern eine allmächtige Wirkung zu. Der Betriebsfleiß eines Volkes ist nach ihrer Meinung auf den Kapitalsmarkt beschränkt, oder auf den Vorrat an Produkten; sie bedachten nicht, daß die Produktivität dieses Kapitals von den von der Natur zur Verfügung gestellten Mitteln abhänge, und von den intellektuellen und sozialen Verhältnissen einer Nation. Es

wird später gezeigt werden, daß, wenn die Wissenschaft für den vorhandenen Vorrat von Produkten den allgemeinen Ausdruck Kapital beansprucht, es gleicherweise nötig ist, für den vorhandenen Vorrat von natürlichen Mitteln, sowie für den gegenwärtigen Stand der sozialen und intellektuellen Verhältnisse einen allgemeinen Ausdruck zu schaffen: mit anderen Worten, es gibt ein natürliches Kapital, ein geistiges Kapital und ein Produktenkapital, und die produktiven Kräfte einer Nation hängen nicht allein von dem letzten ab, sondern auch und hauptsächlich von den beiden ersteren.

Ich kann nicht erwarten, daß irgend jemand auf Grund dieser kurzen Darstellung imstande sein wird, die Grundsätze des neuen Systems oder die Verfehltheit der alten Theorie zu erfassen. Dieselben verlangen eine wissenschaftliche Entwicklung. Aber da diese Briefe hauptsächlich dazu bestimmt sind, eine praktische Frage zu erläutern, will ich zuerst versuchen, die Richtigkeit meiner Gedanken aufzuzeigen, indem ich dieselben auf den Fall des Woll- und Baumwoll-Handels zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien anwende. Nehmen Sie an, mein Herr, die Vereinigten Staaten verkauften Rohbaumwolle etc. im Werte von zwölf Millionen an Großbritannien und nehmen in Tausch dafür zwölf Millionen an Woll- und Baumwoll-Gütern. Say sagt, dieser Handel sei für beide Nationen vorteilhaft; es sei besser, Baumwolle zu bauen und sie für englisches Tuch zu tauschen, wenn es eine günstigere Gelegenheit gibt Baumwolle zu pflanzen, denn Tuch und Baumwollgüter zu fabrizieren, und wenn wir fabrizierte Güter billiger kaufen, als zu Hause herstellen können. Er sieht den Gewinn nur in Produkt gegen Produkt, wie ein Kaufmann; er urteilt nach den Grundsätzen der Individual-Oekonomie. Aber als Bürger der Vereinigten Staaten oder als Nationalökonom sollte er folgendermaßen schließen: Eine Nation ist so unabhängig und mächtig, wie ihre Industrie mächtig und ihre Produktivkräfte entwickelt sind. Dieser Austausch macht uns abhängig von England, sowohl was unseren Absatzmarkt betrifft, als auch mit Bezug auf unsere Versorgung, uns, die mächtigste und

fleißigste Nation auf der Erde; und indem man Baumwoll- und Wollwaren von England kauft, geht eine ungeheure Produktivkraft verloren. Wenn unsere Kaufleute ein paar Millionen Geld gewinnen und unsere Baumwollzüchter den Vorteil haben, sich in feine Woll- und Baumwoll-Waren zu kleiden, so wollen wir mal sehen, was die Nation im Allgemeinen verliert, indem ihre Kraft zu fabrizieren unterdrückt wird.

Es ist Tatsache, daß eine Bevölkerung von 17 Millionen in Großbritannien infolge der Ausgestaltung seiner Produktivkräfte imstande ist, für 55 Millionen Pfund oder 235 Millionen Dollars an Woll- und Baumwoll-Fabrikaten zu konsumieren und zu verkaufen.

Die Bevölkerung dieser Vereinigten Staaten wird sich nach dreißig Jahren wenigstens auf dreißig Millionen belaufen und, wenn wir in dieser Zeit unsere Produktivkräfte so ausgestalten, um sie jenen Englands gleich zu machen im Verhältnis zur Bevölkerung, so wird der Wert der Woll- und Baumwoll-Fabrikate sich auf die ungeheure Summe von 413 Millionen jährlich belaufen, und dies wird ganz und gar von unserer eigenen Arbeit produziert sein, da wir Land und Weiden in genügender Menge besitzen, um soviel Baumwolle und Wolle zu züchten, als wir brauchen. Aber nehmen wir an, wir bringen nicht mehr als den vierten Teil der englischen Fabrikationskraft auf, d. i. 100 Millionen, in welchem Verhältnisse steht diese Kraft, jedes Jahr eine unendliche Zeit hindurch eine solch ungeheure Masse von Produkten zu schaffen, zu diesem Bettel von zwölf Millionen Austausch von Produkten, wenn wir es nur im Wert des Geldes vergleichen? Bedenke man des weiteren, welch einen Zuwachs an Bevölkerung und Kapital, an Geist sowohl als auch an Produkten, und in Folge dessen, welch ein Zuwachs an nationaler Kraft, durch diese Ausgestaltung unserer Produktivkraft hervorgebracht werden muß, und man wird ohne Zweifel verstehen, daß das System von Smith und Say, wenn wir nur den Produktenaustausch ins Auge fassen, von Grund aus falsch sein muß.

Say sagt, daß diese Ausgestaltung der Produktivkräfte

nur durch den Freihandel und die Vermehrung unseres Kapitals bewirkt werden kann; durch politische Maßnahmen kann man das Kapital nicht vermehren, man kann ihm nur eine andere Richtung geben, als ihm die Industrie ohne Beistand geben würde, denn wenn es einträglicher wäre, feines Tuch und Baumwollwaren zu erzeugen, statt Weizen und Rohbaumwolle zu bauen, so würden die Einzelnen die erstere Art der Industrie vorziehen und die Produktivkräfte ohne Beihilfe ausgestalten.

Dieser Schluß, der in der Individual- und kosmopolitischen Oekonomie zum Teil richtig ist, ist in der politischen Oekonomie ganz unrichtig.

I. In erster Linie haben Bevölkerung, Kapital und produktive Gewandtheit ihrer Natur nach das Bestreben, sich über den ganzen Erdball auszubreiten, ohne Hilfe und Dazwischenkunft der politischen Macht und nationaler Interessen, überzuströmen von jenen Ländern, in denen sie im Überflusse vorhanden sind, nach jenen, wo es Mangel an ihnen gibt. Hunderte von Millionen, aufgewendet zum Bau und zur Unterhaltung der Seemacht, Flotten und Festungen Englands würden anderswohin gegangen sein, um dort die Industrie zu vermehren; englisches Kapital würde daheim mit zwei oder dreiprozentigen Interessen wegen seines Ueberflusses nicht zufrieden sein; englische Gewandtheit und Erfahrung in den Fabrikationskünsten würde lieber anderswohin gegangen sein, um fremde Industrie zu vergrößern, als geblieben sein, um daheim unterzugehen. Englisches Kapital an Geist und Produkten ist daher von der englischen politischen Macht und dem gesonderten nationalen Interesse in eine Masse geformt worden, wodurch die Ueberlegenheit jener Insel auf dem ganzen Erdball bewirkt wird und seine natürliche Tendenz in Unterdrückung der Fabrikationskraft aller anderen Nationen verwandelt wird. Dieser verderbliche Umschwung in der Wirkung kann nicht durch die Gewandtheit und den Fleiß der Individuen anderer Nationen verhindert werden; ein einzelnes Individuum ist ebenso unfähig, die vereinigte Kraft des Kapitals und der Gewandtheit einer ganzen

Nation durch seine individuelle Stärke zu überwinden, wie ein amerikanischer Kaufmann unfähig sein würde, sein einzelnes Schiff durch seine eigene Kraft gegen die Angriffe der englischen Flotte zu verteidigen ohne die Hilfe einer amerikanischen Flotte.

II. Es ist nicht wahr, daß die Produktivkraft einer Nation durch ihr Produktenkapital beschränkt ist. Say und Smith haben nur den Austausch von Produkten im Auge, um Produkte zu gewinnen, sie schreiben dem Produkte eine allmächtige Wirkung zu, die es nicht hat. Der größere Teil der Produktivkraft besteht in der intellektuellen und sozialen Lage der Einzelnen, was ich geistiges Kapital nenne. Nehmen wir an, daß zehn Wollweber im Lande jeder 1000 Dollars Kapital besitzen; sie spinnen die Wolle mit dem Rade, sie besitzen sehr unvollkommene Werkzeuge, sie sind nicht gewandt in der Färbekunst, jeder von ihnen fabriziert für sich selbst, muß alles selbst tun und erzeugt daher jeder nicht mehr als für 1000 Dollars Tuch pro Jahr. Nehmen wir nun an, die zehn Fabrikanten vereinigen ihr Kapital und ihre Arbeit, sie erfinden eine Spinnmaschine, eine vollkommenere Webemaschine, sie werden in der Färbekunst unterwiesen, sie teilen die Arbeit unter sich, und auf diese Weise sind sie in den Stand gesetzt, monatlich für 10 000 Dollars feines Tuch zu fabrizieren und zu verkaufen. Dasselbe Produktenkapital im Betrage von 10 000 Dollars produziert nun infolge des verbesserten sozialen und intellektuellen Zustandes oder infolge des erworbenen geistigen Kapitals feines Tuch im Werte von 100 000 Dollars. So kann eine Nation mit derselben Menge vorhandener Produkte seine Produktivkraft zehnfach verbessern, indem sie ihre sozialen und intellektuellen Zustände verbessert.

III. Die Frage ist nur, ob die Nation in der Lage ist,

1) vermittelst ihrer natürlichen Hilfsmittel ihre Produktivkraft zu steigern, indem sie Baumwoll- und Woll-Fabriken fördert? (Natürliches Kapital);
2) ob es bei ihrem gegenwärtigen Fleiß, Unterricht, Unternehmungsgeist, ihrer Ausdauer, ihren Armeen, ihrer See-

macht und Regierungsform (geistiges Kapital) vernünftigerweise erwartet werden kann, daß sie die nötige Gewandtheit erwerben kann, um in kurzer Zeit ihre Produktivkraft durch die Fabriken auszugestalten, und ob sie diese durch ihre politische Macht, wenn sie eine solche erworben hat, schützen kann? Und schließlich

3) ob ein so großer Ueberfluß an Nahrung, Utensilien, Materialien, Rohstoffen etc. (Produktenkapital) vorhanden ist, um durch die Benutzung des natürlichen und die Anwendung des geistigen Kapitals gute Fortschritte zu machen?

I. Es gibt Weide genug, um hundert Millionen Schafe zu züchten, und Land genug, um Baumwolle für die ganze Welt zu pflanzen, neben allen anderen Materialien und Vorräten. Wenn es für die schwedische Regierung reine Narrheit wäre, diese Manufakturen zu gründen, weil sie weder die günstige Gelegenheit besitzt, eine genügende Menge von Wolle und Baumwolle zu pflanzen, noch auch die nötige Seemacht, um ihre Zufuhr von auswärts, oder einen ausländischen Markt für ihre Fabrikate zu sichern, wäre es nicht ebensolche Narrheit für die Vereinigten Staaten, diese nicht zu gründen und zu fördern?

II. In den Vereinigten Staaten gibt es solchen Betriebsfleiß, Unterricht, Wetteifer, Unternehmungsgeist, solche Ausdauer, solchen unbeschränkten Verkehr im Innern, ein Fehlen aller Hindernisse der Industrie, eine Sicherheit des Eigentums, einen Markt und eine Verzehrung von Gütern für die Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens, und eine Freiheit, wie sie in keinem anderen Lande zu finden sind. Wenn die Regierung von Spanien durch was für Vorkehrungen auch immer in hundert Jahren nicht zehn gedeihende Fabriksunternehmungen gründen und die gegründeten nie schützen könnte, so kann dieses Land in wenigen Jahren hundert gründen und ihnen jeglichen Schutz gewähren.

III. Es gibt in den Vereinigten Staaten eine ungeheure Menge, einen Ueberfluß an allen Arten von für das Leben nötigen Dingen und von Arbeit, um das Doppelte der gegen-

wärtigen Zahl von Bewohnern zu ernähren, um ihnen Häuser und Werkstätten und Mühlen zu bauen, um ihnen Materialien und Werkzeuge zu verschaffen. Was anderes ist notwendig, um Fabriken zu gründen, und welcher Zweig der Industrie kann bei solchen Hilfsmitteln nicht im größten Maßstabe betrieben werden? Sehen sie doch auf die Rohbaumwollfabriken und sagen sie mir, ob das in diesem Zweige benützte Kapital von irgend einem anderen Industriezweige hergenommen ist, wo es einträglicher angelegt war? Die Fabrikanten bauten Häuser und konstruierten Maschinen; sie brauchten Materialien, Bauholz, Eisen, Ziegel; verlor deshalb der Ackerbau Arbeitskräfte, (die er an sich gezogen hat) oder einen Balken oder ein Pfund Eisen? Nein, mein Herr, diese Dinge gab es alle in Ueberfluß. Der Fabrikant brauchte Rohbaumwolle, aber gab es nicht innerhalb unserer eigenen Grenzen genug von dem Material? Konnte es nicht von New-Orleans herbeigeschafft werden, in rohe Baumwollware umgewandelt, und nach New-Orleans zurückgeschafft werden als Zahlung für das Rohmaterial in der halben Zeit, in der es früher nach Liverpool geführt worden ist, um dort zu liegen, bis es verkauft und in Fabrikate umgewandelt und zurückgebracht worden war in unser eigenes Land? Sie brauchten Vorräte für jene Leute, welche ihre Gebäude und Maschinen bauten, und sie brauchen sie tagtäglich für diejenigen, welche ihre Waren erzeugen; aber vermißte der Ackerbau in Pennsylvanien ein Bushel Weizen, nachdem er 600 000 Barrels Mehl nach Neu-England verkauft hatte? Geld wurde durch das Unternehmen ausgegeben, aber dieses Geld war nicht vom Ackerbau genommen, es war dem Ackerbau gegeben, es diente, um den Ackerbau zu heben. Aus diesem Beispiel, mein Herr, mögen sie erkennen, wie sehr Unrecht Smith und Say haben, wenn sie versichern, daß das Produktenkapital nur langsam wächst. Das war in früheren Zeiten wahr, solange die Industrie in jeder Weise behindert war, als die neuen Mächte der Chemie, der Mechanik etc. etc. noch nicht bestanden; es war in altbesiedelten Staaten wahr, wo fast alle natürlichen Hilfsmittel benützt waren; aber es ist nicht wahr in einem

neuen Lande, wo nicht der zehnte Teil des natürlichen Kapitals in Gebrauch ist, wo neue Erfindungen Wunder tun, wo die Industrie frei ist von allen Hindernissen, kurz, wo ein neuer Gesellschaftszustand ein beispiellos großes geistiges Kapital gebildet hat. Wenn die Bevölkerung in einem solchen Lande in einem beispiellosen Grade zunimmt, so wird das Anwachsen des Produktenkapitals selbst das Anwachsen der Bevölkerung übertreffen, wenn die Gemeinde klug genug ist, ihr geistiges Kapital zu verwenden, um das natürliche Kapital, mit dem sie gesegnet ist, zu entwickeln und zu nutzen.

IV. Wenn die Schüler der alten Theorie versichern, daß es nicht ökonomisch sein würde, einen sicheren Profit einer Nation zu opfern, welcher von dem Produktenaustausch hergeleitet ist, um eine künftige Produktivkraft zu erwerben, so will ich sie durch ein schlagendes Beispiel widerlegen. Nehmen wir an, ein Bauer sei überzeugt, daß er seine Lage um das Doppelte verbessern könnte, wenn er eine Walkmühle einrichten würde, da er Wasserkraft, Bauholz, Wolle, alles Nötige besitzt, ausgenommen die Geschicklichkeit und Erfahrung, um das Werk zu errichten und zu betreiben. Er opfert einen großen Teil seines Produktenkapitals, und seine Rechnungsbilanz würde sich zu seinem Nachteile stellen, so daß ihn ein Narr tadeln würde, der nicht tiefer sieht als die Oberfläche. Aber die Summe, welche er in diesem Produktenkapital verlor, schlug er mehr denn zehnfach heraus durch den Zuwachs an seiner Produktivkraft. Dieser Bauer, mein Herr, ist Bruder Jonathan. Es ist wahr, manche Leute wollen sich schon im ersten Jahre durch politische Maßnahmen und zum Schaden von Individuen bereichern; aber das ist die Auslage, welche unbedingt zusammenhängt mit der Ausgestaltung der Produktivkraft der Nation, und diese erste Ausgabe wird nach einigen Jahren durch die Vorteile, die aus einer vollkommneren Nationalökonomie erwachsen, zehnfach wiedererstattet werden. Indem man Patente für neue Erfindungen verleiht, läßt man sich von denselben Ansichten leiten. Es wird dies zu neuen Erfindungen ermutigen, indem

die ersten Vorteile derselben dem Erfinder gesichert werden. Die Gemeinde zahlt für diese Vorteile aber nicht mehr, als den Wert der neuen Erfindungen und ihrer Sicherung für die ganze Gemeinde. Ohne diese Privilegien würden viele von den wertvollsten Erfindungen mit dem Erfinder sterben, wie in früheren Zeiten. Wenn die Leute die Behauptung von Smith und Say wiederholen, daß Einfuhrzölle für die Fabrikanten daheim ein Monopol schaffen, so ziehen sie den vorgeschrittenen Zustand der Gesellschaft nicht in Betracht. In früheren Zeiten, als Kapital und Fabrikationsgewandtheit gering und selten waren, als der größere Teil der chemischen Technologie und der Mechanik ein Geheimnis war, da mag ein Monopol durch Schutzzölle hervorgerufen worden sein. Aber in unseren Zeiten und hier in diesem Lande hat ein anderer Stand der Dinge Platz gegriffen. Jedermann weiß oder kann aus Büchern lernen, wie Bleiweiß, Schwefelsäure und alles andere erzeugt werden kann. In jedem Teile des Landes gibt es Kapital und Unternehmungsgeist genug, um in irgend einen lohnenden Zweig der Industrie einzutreten, und die Erfahrung lehrt, daß jede Fabrikation, die einen außerordentlichen Vorteil verspricht, bald durch Konkurrenz auf die Höhe gebracht wird; ein glänzendes Beispiel hierfür wurde durch die amerikanischen Fabriken für rohe Baumwollwaren geliefert, die jetzt ihre Waren um 100 Proz. billiger verkaufen, als wie die Engländer früher.

V. Selbst wenn im Lande nicht genug Kapital und Geschicklichkeit vorhanden wären, so könnten sie durch politische Maßnahmen von auswärts herbeigezogen werden. Unter Nummer I erwähnte ich, daß Kapital und Wissen die Tendenz haben, sich über die ganze Erde hin auszudehnen und daß sie von jenen Teilen, wo sie im Ueberflusse vorhanden sind, nach jenen gehen, wo sie mangeln. (Soviel ich weiß, haben die Theoretiker niemals diese Tendenz beobachtet, noch auch ließen sie ihr Gerechtigkeit widerfahren. Da diese Tendenz durch die Politik etc. anderer Nationen aufgehalten wird, so kann sie wiederhergestellt werden, indem man dieser Politik ein Gegengewicht schafft. Indem man ausländischem Kapital

und ausländischer Geschicklichkeit im Inlande einen Vorzug sichert, wird man sie von auswärts heranziehen. Die Vereinigten Staaten haben dies mehr in ihrer Macht als irgend eine andere Nation, denn sie besitzen mehr natürliches Kapital (das noch nicht in Besitz genommen ist) und mehr geistiges Kapital. Hier hat noch eine ungeheure Menge von natürlichen Reichtümern keinen Eigentümer gefunden. Hier findet ein Engländer seine Sprache, seine Gesetze, seine Lebensart; das Einzige, was er nicht findet, sind die ungeheueren Steuern und die anderen Uebel seines eigenen Landes. Jedermann, der hierherkommt, von welchem Lande immer er kommen mag, verbessert seine Lage, wenn er Kapital, Gewerbefleiß und nützliche Kenntnis besitzt. Ich kenne kein anderes Land, daß sich solcher günstiger Gelegenheiten und Hilfsmittel erfreut, um fremdes Kapital und fremde Geschicklichkeit anzuziehen.

Während die Vereinigten Staaten durch Schutzzölle fremdes Kapital und fremde Geschicklichkeit heranziehen würden, würden sie im Inneren eine sehr unvorteilhafte Ausdehnung der Bevölkerung und des Kapitals über einen ungeheuren Kontinent verhindern. Mein Herr, ich bin nicht einer von denjenigen, welche die Macht und den Reichtum dieser Union nach der Zahl von Staaten schätzen. Wie die römische Militärmacht durch die Ausdehnung ihres Gebietes geschwächt war, so, fürchte ich, würde die Macht, der Fortschritt der Zivilisation, die nationale Stärke dieser Union durch einen weiteren Zutritt von Staaten gehemmt werden. Was würden fünfzig Millionen Amerikaner in hundert Staaten über den ganzen Kontinent zerstreut tun? Land urbar machen, Weizen bauen — und ihn essen. Die ganze amerikanische Geschichte der nächsten hundert Jahre wird in diesen drei Worten enthalten sein, wenn sie das nicht tun, was Jefferson sagte, — nämlich den Fabrikanten an die Seite des Bauern stellen. Das ist das einzige Mittel, um zu verhindern, daß sich die Bevölkerung und das Kapital nach Westen hinziehen. Ohio wird bald so bevölkert sein, wie Pennsylvanien, Indiana wie Ohio, Illinois wie Indiana; dann werden sie über

den Mississipi gehen, dann über das Felsengebirge, und schließlich ihr Antlitz nach China wenden, anstatt nach England. Pennsylvanien und alle östlichen und mittleren Staaten können an Bevölkerung zunehmen, an Künsten und Wissenschaften, an Zivilisation und Reichtum, und die Union kann nur mächtig werden, wenn sie das Fabriksinteresse fördert. Das, mein Herr, glaube ich, ist die wahre amerikanische politische Oekonomie.

Mit Hochachtung Ihr ganz ergebener und gehorsamer Diener

Fr. List.

V. Brief.

Reading, am 19. Juli 1827.

Geehrter Herr!

In der Nationalökonomie ist die Wirkung von Maßnahmen und Ereignissen, von Verhältnissen und Fertigkeiten der Individuen ebenso verschieden, wie es die Umstände sind, unter denen die verschiedenen Nationen existieren; und alles, was man im Allgemeinen sagen kann, ist, daß, wenn sie die Produktivkräfte der Nation fördern, sie wohltätig sind, wenn nicht — nicht. Jede Nation muß bei der Entwicklung ihrer Produktivkräfte ihren eigenen Weg verfolgen oder, mit anderen Worten, jede Nation hat ihre eigene politische Oekonomie.

Ferner: Umstände, Ereignisse etc. mögen in der Individualökonomie für gewisse Personen von Vorteil sein und nachteilig für die Gemeinde; oder sie mögen im Gegenteil, nachteilig für die Individuen sein und sich höchlichst wohltätig für die Gemeinde erweisen: Individualökonomie ist nicht politische Ökonomie.

So können Verhältnisse, Grundsätze für die Menschheit wohltätig sein, wenn sie von allen Nationen befolgt werden, und doch können sie sich für gewisse besondere Länder nachteilig erweisen und umgekehrt. Politische Ökonomie ist nicht kosmopolitische Ökonomie.

1. Jede Nation hat ihre besondere Ökonomie.

Fördert ein Wachsen der Bevölkerung das Ziel der politischen Ökonomie? Für die Vereinigten Staaten ist es so;

in China und Hindostan ist es nicht so. Die Auswanderung von Menschen aus jenen Ländern, wo Nahrung spärlich und Arbeit im Überflusse vorhanden sind, ist eine öffentliche Wohltat; ganz im Gegenteil ist es ein beklagenswerter Anblick, die Bürger der Vereinigten Staaten nach Kanada auswandern zu sehen, während die Ausfuhr von Schwarzen, obwohl sie unsere Zahl vermindert, als wohltätig betrachtet werden kann; es ist eine Ausfuhr von Schwäche, nicht von Kraft.

Fördert die Arbeit jenes Ziel? Sie tut es in Ländern, wo sie gut verteilt ist, andernfalls geht sie zum Teil verloren. Daher produzieren Ackerbauländer, die keinen Abfluß für ihre Überproduktion besitzen, die nicht in der Lage sind, dieses Zuviel für andere Bedürfnisse der Notwendigkeit und Bequemlichkeit einzutauschen, nichts mittelst dieses Zuviel, — außer einen Zuwachs an Bevölkerung. Die Leute ziehen es vor, lieber einen Teil ihrer Zeit in Trägheit zuzubringen, als daß sie durch ihre Arbeit nichts produzieren. Ausländische Prohibitionen zerstören daher einen Teil unserer Arbeit, welcher nur durch eine entgegenwirkende Politik wiederbelebt werden kann, indem man andere Produktionskräfte ins Leben ruft, welche jenen Überschuß konsumieren und ihr Produkt tauschen.

Kann das allen Nur-Ackerbauländern gesagt werden? Nein; in neubesiedelten Ländern wird der Überschuß an Arbeit und Produkt eine lange Zeit hindurch vorteilhaft angewendet in der Rodung und Amelioration des Bodens, in der Errichtung von Häusern und Farmen, in der Vermehrung des Viehstandes. Wir sehen infolgedessen, daß die westlichen Staaten ihre Produktion durch Ackerbau schnell entwickeln, während die östlichen Staaten stille stehen. Nachdem sie ihre natürlichen Hilfsmittel bis zu einem gewissen Grade entwickelt haben werden, werden sie auch stillestehen und werden mit ihrem Mehrprodukt, je größer es wird, um so mehr den Ackerbau der östlichen Staaten niederdrücken, wenn diese nicht Fabriken gründen.

Sind Beschränkungen in allen Ländern in gleicherweise wirkungsvoll und ratsam? Nein. — Mexiko und die südlichen

Republiken würden unklug handeln, wenn sie nicht fremde Waren im Tausch gegen ihre edlen Metalle und Rohprodukte einführen würden. Ihre Bevölkerung, die noch ungebildet, dumm und an viele Genüsse nicht gewohnt ist, muß zunächst durch ein Bedürfnis nach Genuß zu gewohnheitsmäßiger Arbeitsamkeit geführt werden und zur Verbesserung ihrer intellektuellen und sozialen Zustände. Rußland wird es niemals gelingen, eine mächtige Manufaktur zu gründen, wenn nicht die Herrscher jenes gewaltigen Reiches ihren Städten Freiheitsbriefe gewähren, wie die Kaiser von Deutschland, deren Gründungen in wenigen Jahrhunderten von der Barbarei zu einem wunderbar hohen Grade des Reichtums und der Zivilisation emporwuchsen; Spanien muß zuerst seinen Aberglauben, seine absolute Herrschaft und seine Klöster los werden. Es muß zuerst ein gewisses Maß von Freiheit, von Sicherheit, von Unterrichtetsein etc. geben, um Manufakturen zu pflegen, ein Ding, mit dem die Vereinigten Staaten reichlich versehen sind.

Würden die Vereinigten Staaten vernünftig handeln, wenn sie alle Arten von Manufakturen mit gleicher Sorgfalt pflegen würden? Keineswegs. Jeder Fortschritt muß schrittweise fortgeführt werden. Ein neues Land, wie dieses, vermehrt seine Produktivkräfte nur, indem es diejenigen Manufakturen pflegt, welche eine Anzahl von Arbeitern beschäftigen und große Mengen von Ackerbauprodukten und Rohmaterialien konsumieren; welche maschinenmäßig betrieben und durch einen großen inneren Verbrauch unterhalten werden können, (wie chemische Produkte, Woll-, Baumwoll-, Stahl-, Eisen-, Tonwaren- etc. Fabriken) und welche nicht leicht geschmuggelt werden können. Durch die gleich sorgfältige Pflege feinerer Artikel würden sie die Entwicklung der produktiven Kräfte der Nation schädigen. Ihre Konsumtion wird nach und nach bedeutender, und nach und nach wird die Zeit kommen, in der diese Artikel, bei mäßiger Ermunterung, ebenfalls innerhalb unserer Grenzen erzeugt werden werden.

Sind Känäle und Eisenbahnen für ein Land von Vorteil? Bedingungsweise. Indem sie die Leute und die Produkte einander näher bringen, unterstützen sie den Aus-

tausch und fördern die Arbeit, wenn die Arbeit angemessen verteilt ist. Wenn nicht, so können sie gewisse Teile des Landes zum Vorteil anderer Teile schädigen, indem sie die Konkurrenz in dem Überschuß an Ackerbauprodukten vergrößern. So glaube ich fest, daß die östlichen Teile von Pennsylvanien einen Vorteil von jenen Verbesserungen nur erlangen können, wenn sie eine Manufakturindustrie gründen und den Überschuß ihrer Manufakturen gegen die Ackerbauprodukte des Westens eintauschen.

Maschinen und neue Erfindungen? Für dicht besiedelte Länder, die keinen Handel, wenig Industrie und einen Überfluß an Arbeitern besitzen, können sie ein öffentliches Unglück sein; während jede derartige Verbesserung in den Vereinigten Staaten als ein allgemeiner Segen zu betrachten ist. Ich hoffe, daß im Laufe der Zeit die Sklaven dieses Landes aus Eisen und Bronze gemacht sein und durch Steinkohle, anstatt durch Peitschenhiebe, in Bewegung gesetzt werden.

Konsumtion? Ist sie reproduktiv, sagt Say, so vermehrt sie den Reichtum. Aber die Frage ist, ob sie Produktionskräfte vermehrt? In einer Nation von Faulenzern mögen Hunderte von Millionen verzehrt werden, ohne daß sich eine Wirkung zeigt, aber in einer Nation von fleißigen Menschen, wie diese es ist, kann ich mir kaum eine ehrliche und unschuldige Konsumtion vorstellen, die für die Produktivkräfte nicht ein Ansporn sein würde, vorausgesetzt, daß die Arbeit angemessen verteilt ist (ausgenommen Whisky-Fabrikation, die eine Produktion von Schwäche, nicht von Kraft ist). Konsumtion und Genuß gehen Hand in Hand. Der Wunsch, zu genießen, — wiederholt, — mehr, — für unendliche Zeit, — ja sogar unserer Nachkommenschaft Genuß zu sichern, erzeugt Arbeit und Produktion, und Produktion erleichtert die Konsumtion. Konsumtion erzeugt daher Produktion, ebenso wie Produktion Konsumtion erzeugt.

Sparsamkeit? Wenn in den alten Ländern von Menschen geübt, die nach dem Geburtsrechte im Besitze von ungeheuren Landgütern sind, wäre es gewiß nicht ein Segen für die Allgemeinheit; es würde nur die Ungleichheit des Eigen-

tums vermehren auf Kosten der unteren Klassen. Die Sparsamkeit eines Bauern, der in einer neuen Siedelung lebt, all sein Einkommen spart und all seine Zeit und Arbeit auf die Verbesserung seines Bodens verwendet, auf die Vermehrung seines Kapitals, indem er barfuß geht und selbstbereitetes Leder trägt, vermehrt die Produktivkräfte, denn das Land würde nicht ohne dieses verbessert werden. Derselbe Grad der Sparsamkeit würde in einem besiedelten Lande die Produktivkräfte vermindern; denn das Land würde ohne diese verbessert werden. Derselbe Grad von Sparsamkeit in einem besiedelten Lande würde die Produktivkräfte vermindern: es gibt keinen Hutmacher, keinen Schuhmacher, der Brot ißt, wo es keinen Bauern gibt, der Hüte und Schuhe trägt.

Vermehren Advokaten, Ärzte, Prediger, Richter, Gesetzgeber, Verwalter, Literaten, Schriftsteller, Lehrer, Musiker, Schauspieler die Produktivkräfte? In Spanien tun sie es zum größten Teile nicht: Gesetzgeber, Richter, Advokaten halten das Volk nieder, die Pristerschaft verzehrt das Fett des Landes und pflegt eine lasterhafte Dummheit, die Lehrer unterrichten nur jene lästigen Klassen, daß sie noch lästiger werden; Musiker, Schauspieler dienen nur dazu, die Trägheit den Faulenzern angenehmer zu machen. Selbst die Wissenschaften sind dort verderblich, denn sie dienen nicht dazu, die Lage des Volkes zu verbessern, sondern zu verschlechtern. All das ist in den Vereinigten Staaten anders, wo die Bemühungen dieser Männer die Tendenz haben, die Produktivkräfte mächtig zu vermehren: Advokaten, Gesetzgeber, Verwalter, Richter verbessern die allgemeine Lage; Prediger, Lehrer, Schriftsteller, Drucker heben den Geist und die Moralität des Volkes; und selbst jene Männer, die nur für eine ehrenhafte Vergnügung des Volkes sorgen, sind nutzbringend, indem sie Genuß und Erholung für diejenigen schaffen, die deren bedürfen, um sich neue Kraft für neue Anstrengungen zu erwerben.

Vermehrt die Einfuhr von Geld die Produktivkräfte? In Spanien bewirkte sie das Gegenteil. Die Art und Weise, in welcher es erworben und verbraucht wurde,

der Zustand des Volkes und der Regierung machten eben dieses kostbare Produkt für das Volk und die Regierung verderblich, das Produkt, welches den Vereinigten Staaten ungeheuere Macht und Stärke geben würde, wenn es in dieses Land im Tausch gegen seine Produkte eingeführt werden möchte. Ein Land mag an edlen Metallen Überfluß haben, wie Mexiko, und die Ausfuhr derselben ist vorteilhaft für die Produktivkräfte. Es mag zu wenig haben im Vergleich zu seiner Industrie, und in diesem Falle ist die Einfuhr hiervon vorteilhaft.

Man muß festhalten, daß ich es nicht beabsichtigte, diese Gegenstände hier zu erschöpfen, sondern nur soviel von ihnen anzuführen, als nötig war zu beweisen, daß jede Nation bei der Entwicklung ihrer Produktivkräfte ihren besonderen Weg verfolgen muß.

Mit Hochachtung Ihr ergebenster und gehorsamster Diener

Fr. List.

VI. Brief.

Reading, am 20. Juli 1828.

II. Individual-Ökonomie ist nicht politische Ökonomie.

Ein Individuum sorgt nur für seine persönlichen und familiären Bedürfnisse, es kümmert sich selten um andere oder um die Nachwelt; seine Meinungen und Ansichten sind beschränkt, selten den Kreis seines privaten Geschäftes überschreitend; sein Betriebsfleiß ist begrenzt durch den Stand der Gesellschaft, in der er lebt. Eine Nation sorgt für die sozialen Bedürfnisse der Majorität ihrer Mitglieder soweit, als die Einzelnen diese Bedürfnisse nicht durch ihre eigenen Bemühungen befriedigen können; sie sorgt nicht nur für die gegenwärtigen, sondern auch für die zukünftigen Generationen; nicht nur für Frieden, sondern auch für Krieg; ihr Blick erstreckt sich nicht nur über den ganzen Raum des Landes, das sie besitzt, sondern über die ganze Erde. Ein Einzelner, der sein eigenes Interesse fördert, mag das allgemeine Interesse schädigen; eine Nation, die das allgemeine Wohl fördert, mag das Interesse eines Teiles ihrer Mitglieder stören. Aber die allgemeine Wohlfahrt muß die Anstrengungen der Einzelnen beschränken und regulieren,

gerade sowie die Einzelnen einen Vorrat von ihrer Kraft von der sozialen Macht herleiten müssen. Individuen ohne die Regeln einer Gemeinde sind Wilde; und der Grundsatz, jeden Einzelnen gehen zu lassen, blüht am meisten unter den Indianern. Auch hier liegt die Wahrheit in der Mitte. Es ist eine schlechte Politik, vermittelst sozialer Macht alles zu regulieren und alles zu fördern, wenn die Dinge sich selbst besser regulieren und besser gefördert werden können durch Privatanstrengungen; aber es ist eine nicht weniger schlechte Politik, jenen Dingen ihren Lauf zu lassen, welche nur durch das Eingreifen der sozialen Macht gefördert werden können.

Man halte Umschau, und man wird überall die Anstrengungen und Handlungen der Einzelnen beschränkt oder gefördert sehen, nach dem Grundsatze des allgemeinen Wohles. Der von einem Kaufmanne erfundene Gemeinplatz des „Laissez faire, laissez passer" kann daher nur von diesen Kaufleuten ernst genommen werden. [1])

Dieser Grundsatz würde nur dann richtig sein, wenn das Einzelinteresse und das Nationalinteresse niemals im Gegensatz stünden. Aber das ist nicht der Fall. Ein Land mag viele außerordentlich reiche Männer besitzen, aber das Land ist um so ärmer, weil es keine gleichmäßige Verteilung des Eigentums gibt. Die Sklaverei mag ein allgemeines Unglück für ein Land sein, nichtsdestoweniger mögen einige Leute durch den Betrieb des Sklavenhandels und durch Sklavenhalterei recht gute Geschäfte machen. Mag auch das Fehlen von liberalen Institutionen der vollen Entwickelung der Produktivkräfte einer Nation ungemein schädlich sein, so mag doch irgend eine Klasse bei diesem schlechten Stande der Dinge ihre Rechnung finden. Die Nation mag durch den Mangel einer Manufakturindustrie leiden, aber einige Leute können durch den Verkauf von fremden Manufakturen gedeihen. Kanäle und Eisenbahnen mögen einer Nation zu großem Wohle gereichen, aber alle Fuhrleute werden sich über diese

1) Dieser Gemeinplatz wurde Mr. de Gournay, von einem französischen Importeur, erfunden.

Verbesserung beklagen. Jede neue Erfindung hat gewisse Nachteile für eine Anzahl von Individuen und ist doch der Allgemeinheit zum Segen. Ein Fulton mag sein ganzes Vermögen in seinen Experimenten aufbrauchen, aber die Nation kann eine ungeheure Produktivkraft aus seinen Austrengungen schöpfen. Ein Einzelner mag durch außergewöhnliche Sparsamkeit reich werden, aber wenn eine ganze Nation seinem Beispiele folgen würde, da würde es keine Konsumtion geben und infolgedessen keine Unterstützung für die Industrie. Je mehr sich die Individuen der südlichen Staaten bestreben, den niedrigen Preis der Baumwolle in England zu erhalten, indem sie größere Mengen pflanzen, um so weniger wird die Baumwolle in England einbringen; um so weniger Einkommen von diesem Industriezweige wird die Nation bekommen. Einzelne mögen reich werden durch gewagte Bankspekulationen, aber die Allgemeinheit kann durch sie verlieren.

Ohne Eingreifen der nationalen Macht gibt es keine Sicherheit, keinen Glauben an gemünztes Geld, an Maße und Gewichte, keine Sicherheit für Gesundheit und Seehäfen, keine Sicherheit für den Handel zur See mit Hilfe einer Flotte, kein Einschreiten für die Bürger in fremden Seehäfen und Ländern durch Konsuln und Gesandte, keine Ansprüche auf Grund und Boden, keine Patente, kein Verlagsrecht, keine Kanäle und Eisenbahnen, keine Heeresstraßen. Die Industrie, gänzlich sich selbst überlassen, würde bald dem Ruin anheimfallen, und eine Nation, die alles gehen ließe, wie es mag, würde Selbstmord verüben.

Die Anhänger der alten Theorie fühlen das sehr wohl, aber — sonderbarerweise — um nicht an den Folgen zu Falle kommen zu müssen, verleugnen sie voll Verzweiflung die Bevölkerung. Mr. Cooper, der wohl fühlt, daß die Anerkennung des wahren Charakters einer Nation (wie ich ihn definiere) und all die Folgen der Teilung der menschlichen Rasse in Nationen, (wie ich sie in meinen früheren Briefen darlegte), das ganze alte System auf den Kopf stellen würden, leugnete diesen Charakter von Grund aus, indem er in seinem Buche über politische Ökonomie behauptet: „Daher ist die moralische

Wesenheit, — das grammatische Wesen, genannt Nation mit Attributen bekleidet worden, die in Wirklichkeit nicht existieren, außer in der Einbildung derjenigen, die ein Wort in ein Ding umwandeln und eine rein grammatische Erfindung in ein existierendes und verständiges Wesen verzaubern. Es ist von großer Bedeutung, daß wir diesen Fehler gewahren, um Beschränkung, Beschreibung und Umschreibung zu vermeiden, — grammatische Erfindungen und nichts mehr: genau so, wie wir Zeichen und Buchstaben in der Algebra zum Rechnen benützen statt der verwickelteren Zahlen, die sie vertreten." (S. S. 19.)

Je mehr ich mich von den großen Talenten und der tiefen Gelehrsamkeit des Präsidenten Cooper überzeuge, um so mehr staune ich, wenn ich sehe, daß er auf so falscher Grundlage ein System der politischen Ökonomie aufbaut, durch welches er eine ganze Nation über ihr Interesse aufklären und die Jugend dieser Nation für das politische Leben vorbereiten will; ein System, das diese Nation zum Ruin führen würde, zum Selbstmord. Ein paar Worte genügen, um den großen Irrtum darzulegen, in welchen Mr. Cooper in diesem grundlegenden Satze verfallen ist, geblendet durch seinen Eifer für die Aufrechterhaltung der alten Theorie. Mr. Cooper verwechselte ein grammatisches Sein mit einem moralischen Sein oder was die Zivilbeamten juristische Person nennen (eine eingetragene Gesellschaft, eine Mehrzahl von Menschen, die gemeinsame Rechte und Pflichten, gemeinsame Interessen und Einrichtungen besitzen). Ein grammatisches Wesen ist ein bloßer Name, der verschiedene Dinge oder Personen bezeichnet, die nur im Sprachgebrauche geeinigt sind, um (wie Mr. Cooper sagt) Beschränkungen, Beschreibungen usw. zu vermeiden. Die Namen Bar, Yeomanry, Mob sind solche grammatische Wesen; die durch diesen Namen bezeichneten Personen besitzen weder soziale Rechte noch soziale Pflichten; sie können unter diesem Namen keinen Prozeß vor einem Gerichtshof führen, noch auch können sie angeklagt werden. Wohl aber die amerikanische Nation, wie Mr. Cooper aus dem Titel vieler Klagen ersehen kann. Ein Wesen, das Präsidenten und Abgeordnete wählt,

das eine Flotte, Land und Schulden besitzt, das Krieg führt und Frieden schließt, das mit Bezug auf andere Nationen besondere Interessen hat und bezüglich seiner Mitglieder Rechte ebenso wie Pflichten, ist nicht eine nur grammatische Erfindung; es ist nicht ein nur grammatisches Wesen es hat alle Eigenschaften eines vernünftigen Wesens und wirkliches Leben. Es hat einen Körper und wirklichen Besitz; es hat Verstand und gibt seinen Entschlüssen den Mitgliedern gegenüber durch Gesetze Ausdruck, und spricht mit seinem Feinde, — nicht in der Sprache der Einzelnen, sondern aus dem Munde der Kanonen.

Infolge dieser falschen Grundlagen stürzt das ganze System des Mr. Cooper in Stücke. Vergeblich sind seine geistreichen Reflexionen und Parallelen, vergeblich all seine gelehrten Ausführungen; der gesunde Menschenverstand verwirft seine Schlüsse, da sie aus einem falschen Grundsatze hervorgegangen sind. Es ist eine sehr lehrreiche Betrachtung, einen Mann von so hervorragenden Talenten ein System der politischen Ökonomie aufbauen zu sehen auf einem Grunde, den er als Gesetzeskundiger und Philosoph und als gelehrter Politiker verdammen muß. Was würde Mr. Cooper als Staatsanwalt gesagt haben, wenn der Anwalt des Angeklagten einer seiner Anklagen entgegengehalten hätte, daß die amerikanische Nation nur ein grammatisches Wesen ist, nur ein Name sei? Ein Name, der nur durch menschliche Erfindung in ein lebendes und verständiges Wesen verwandelt wurde und der daher nicht einen Prozeß vor einem Gerichtshofe führen kann.

Ihr ergebener

Fr. List.

VII. Brief.

Reading, am 22. Juli 1827.

Geehrter Herr!

Ich gehe daran, den dritten Satz in meinem fünften Briefe zu entwickeln.

Es scheint im Plane der Vorsehung gelegen, die Lage der menschlichen Rasse zu verbessern und ihre Macht und ihre Fähigkeiten durch einen ewigen Kampf zu heben, einen

moralischen und psychischen Kampf, zwischen Meinung und Meinung, Interesse und Interesse, Nation und Nation. Die Geschichte scheint diesen Gedanken zu bestätigen, die italienischen und deutschen Städte, die infolge des Mangels an Sicherheit im offenen Lande gegründet wurden, wurden durch den Kampf gegen die Räuber der Zeit mächtig und reich, von denen sie gezwungen wurden, ihre individuelle Stärke zu vereinigen. Philipps Henker schufen den Bund der Niederlande, und die Kriege der neuen Republik gegen Spanien hoben sie zu einem Grade des Reichtums und der Macht, an den man früher nie gedacht hatte. So wurden Ereignisse, die zunächst für die Einzelnen vernichtend schienen und die in der Tat vernichtende Folgen für die vorhandene Generation hatten, eine Ursache großen Glückes für die Nachwelt. So diente das, was die menschliche Rasse zu schwächen schien, zur Erhöhung ihrer Macht. Sehen sie in die Geschichte von England und Frankreich, und jede Seite wird diese Wahrheit bestätigen. Und ihre eigene Geschichte, mein Herr, bietet mehr als irgend eine andere, leuchtende Beispiele hierfür. Nehmen sie an, England hätte diese Vereinigten Staaten freiwillig selbstständig gemacht, würden sie dann so erstaunlich rasch zu Macht und Reichtum vorgerückt sein ohne den Ansporn eines Revolutionskrieges? Schuf nicht der letzte Krieg eine Flotte und legte den Eckstein zu einer Manufakturindustrie?

Obwohl sich daher die Philosophen einbilden mögen, daß ein ewiger Friede, eine Vereinigung der ganzen Menschenfamilie unter einem Gesetze den höchsten Grad menschlicher Glückseligkeit hervorrufen würde, so ist es nichtsdestoweniger wahr, daß die Kämpfe zwischen Nation und Nation, die für die Zivilisation oft so verderblich und vernichtend waren, ebenso oft Ursachen ihrer Förderung waren, als ein Volk um seine Freiheit und Unabhängigkeit gegen Tyrannei und Bedrückung rang; und daß ebenso oft, als dies geschah, es eine Erhöhung all seiner Fähigkeiten und hierdurch ein Vorrücken der ganzen menschlichen Rasse zu höherer Vollkommenheit hervorrief.

Dasselbe kann man von dem industriellen Kampf zwischen Nationen sagen. Obwohl wir uns einbilden können, daß der

Freihandel für die Menschheit sehr vorteilhaft wäre, so ist es doch fraglich, ob ein freier und unbehinderter Verkehr unter dem Schutze eines gemeinsamen Gesetzes die Entwicklung der Produktivkräfte in gleicher Weise fördern würde, wie die vorhandenen Kämpfe.

Doch sei dem, wie ihm wolle; jener Stand der Dinge, bei dem ein freier unbeschränkter Handel möglicher Weise bestehen könnte, ist nicht der wirkliche Stand der Welt, und solange als die Teilung der menschlichen Rasse in unabhängige Nationen besteht, wird die politische Ökonomie ebenso oft von den kosmopolitischen Grundsätzen abweichen, als die Individualökonomie von der politischen Ökonomie abweicht. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge würde eine Nation unklug handeln, wenn sie sich bestrebte, die Wohlfahrt der ganzen menschlichen Rasse auf Kosten ihrer eigenen Stärke, Wohlfahrt und Unabhängigkeit zu fördern. Es ist eine Weisung des Gesetzes der Selbsterhaltung, den eigenen Fortschritt an Macht und Stärke zum ersten Grundsatz seiner Politik zu machen, und je mehr man im Vergleich mit anderen Nationen an Freiheit, Zivilisation und Industrie fortgeschritten ist, um so mehr hat man durch den Verlust seiner Unabhängigkeit zu fürchten, um so stärker sind die Beweggründe, alle möglichen Anstrengungen zu machen, um seine politische Macht durch Vermehrung seiner Produktivkräfte zu fördern und umgekehrt.

Mr. Cooper ist nicht dieser Meinung. Nachdem er den Charakter der Nationen gänzlich geleugnet hat, schließt er ganz logisch folgendermaßen:

„Kein Handelszweig, keine Manufaktur ist einen Krieg wert. Ich bin geneigt zu denken, daß, wenn ein Kaufmann die Küsten seines eigenen Landes verläßt und überall handelt, er dies auf sein eigenes Risiko tun sollte, und daß es ihm nicht gestattet werden sollte, den Frieden der Nation auf's Spiel zu setzen und einen nationalen Streit auf Kosten der friedlichen Konsumenten daheim zu veranlassen. Seine Beschäftigung ist den Schutz nicht wert, den sie verlangt.“ (Seite 120.)

Unsere großen Rheeder mögen durch diesen Auszug erfahren, daß auch sie dem von dem kosmopolitischen System

beabsichtigten Selbstmorde nicht entgehen würden. Mr. Cooper stellt ihre Schiffe der Gnade des Bey von Tunis anheim und der des Bey von Algier, sowie er die Manufakturen der Gnade der englischen Konkurrenz anheimstellt und glaubt, daß beide des Schutzes durch die nationale Macht nicht wert seien. Mr. Cooper glaubt nicht an einen nationalen Handel oder an eine nationale Fabrikationskraft; er sieht nichts, nur Individuen und individuelle Gewinne. Was würde denn nun die Folge einer solchen Politik sein? Das erste in einer fremden See straflos genommene Schiff würde das Signal sein zu einer Jagd auf das Eigentum aller amerikanischen Kaufleute; unsere Schiffszahl würde in kurzer Zeit auf null gebracht sein, — wir könnten mit fremden Nationen nur in Schiffen handeln und abhängig von fremden Vorschriften und Interessen, — wir würden der Gewalt der englischen Flotte ausgeliefert sein; kurzum, unsere ganze Unabhängigkeit würde verloren sein. Das verlangt eine gewisse Selbstbeherrschung, nicht mit einigen passenden Beiwörtern gegen solch ein System nationalen Selbstmordes herauszuplatzen.

Wie der Handel eines Landes Schutz gegen fremde Angriffe verlangt, selbst wenn es dem Lande große Kosten bereitet, und selbst auf das Risiko eines Krieges hin, ebenso muß das Agrikultur- und Manufaktur-Interesse gefördert und geschützt werden, selbst durch Opfer von der Mehrzahl der Individuen, wenn es erwiesen werden kann, daß die Nation niemals die nötige Vollkommenheit erlangen würde, oder sich selbst eine schon erworbene Vollkommenheit nicht sichern könnte ohne solche Schutzmaßnahmen. Das kann erwiesen werden und ich will es erweisen. Und wenn die Meister und Schüler der kosmopolitischen Theorie von dieser Notwendigkeit nicht überzeugt werden, so ist dies kein Beweis hierfür, daß dieselbe nicht existiere, sondern es beweist nur, daß sie die wahre Natur der politischen Ökonomie nicht verstehen.

Eine Manufakturmacht, ebenso wie eine Seemacht, (unter diesem Namen verstehe ich nicht nur die Flotte, sondern das ganze Schiffsmaterial eines Landes) kann nur durch langdauernde Anstrengungen erworben werden. Es braucht eine

lange Zeit, bis die Arbeiter in den verschiedenen Arten der Arbeit erfahren und daran gewöhnt sind; und bis die nötige Anzahl für jedes Geschäft jederzeit zu haben ist. Je mehr Kenntnis, Erfahrung und Gewandheit erforderlich sind für einen besonderen Beruf, um so weniger Individuen werden sich willig demselben widmen, wenn sie nicht die volle Gewißheit haben, daß sie in der Lage sein werden, hierdurch für die ganze Zeit ihres Lebens ihren Unterhalt zu erwerben. Jedes neue Geschäft ist mit großen Verlusten verbunden infolge Mangels an Erfahrung und Geschicklichkeit für eine ziemlich lange Zeit. Der Fortschritt jeder Art von Fabriken hängt von dem Fortschritt vieler anderer Arten, von der richtigen Konstruktion der Häuser und Werkstätten, der Instrumente und Maschinen ab. Alles das macht den Beginn eines neuen Unternehmens äußerst schwierig, während die Unternehmer mit einem Mangel an gewandten und erfahrenen Arbeitern zu kämpfen haben; die ersten Kosten, um ein Geschäft anzufangen, sind die schwersten von allen, und die Löhne der ungelernten Arbeiter in Ländern, welche erst Fabrikationen beginnen, sind höher, als die Löhne der gelernten in Ländern, die schon lange Zeit Fabrikationen betreiben. Alle Kosten verdoppeln die Preise, und jeder Fehler beim Beginne eines Geschäftes verursacht schwere Verluste und manches mal das Mißlingen des ganzen Unternehmens. Überdies besitzen die Unternehmer in den meisten Fällen nicht eine genügende Kenntnis der Mittel und Wege, um vorteilhaft in den Besitz der ersten Materialien zu gelangen, und während sie gegen all diese Schwierigkeiten ankämpfen, müssen sie große Anstrengungen machen, um Kunden zu bekommen, und müssen oft die Vorurteile ihrer Landsleute bekämpfen, die, nicht geneigt, den alten Weg bei der Betreibung der Geschäfte zu verlassen, in den meisten Fällen die ausländischen Manufakturen begünstigen. Oft mögen sie ja im Rechte sein. Neue Etablissements sind selten in der Lage, so vollendete Artikel im ersten und zweiten Jahre zu liefern, wie sie es in dem dritten und vierten könnten, falls man sie unterstützte, und trotzdem ihre Artikel teuerer verkauft werden müssen. Man kann nicht erwarten, daß die Konsumenten als

Individuen auf eigenen Antrieb eine Manufaktur unterstützen sollten, indem sie weniger vollkommene Artikel kaufen zu höheren Preisen, selbst wenn sie überzeugt sind, daß sie, indem sie dieselben kaufen, die Manufakturen ermutigen würden, ihre Produkte zu verbessern und sie nach einiger Zeit billiger als fremde Manufakturen zu liefern.

Alle diese Umstände sind die Ursache, warum so viele neue Gründungen fehlschlagen, wenn man sie sich selbst überläßt. Jeder Fehlschlag bricht einen Mann nieder, weil der größte Teil der Auslagen durch den Aufbau von Maschinen, durch Beschaffung von Arbeitern aus dem Auslande etc. verloren ist. Ein einziges Beispiel eines solchen Fehlschlages bewirkt eine Entmutigung aller anderen neuen Unternehmungen und das vorteilhafteste Geschäft kann später keine Unterstützung durch Kapitalisten finden.

In Ländern, die die Manufaktur schon lange betreiben, beobachten wir das gerade Gegenteil. Da sind genug gelernte Arbeiter für jede Art von Geschäft unter billigen Bedingungen zu haben. Alle Gebäude, Maschinen, Werkzeuge sind in dem besten Zustande; die Auslagen für dieselben sind zum größeren Teil gedeckt durch schon gemachte Gewinne. Auf Grund der schon gewonnenen Erfahrung und Gewandtheit kann der Fabrikant täglich seine Gebäude und Werkzeuge bei bescheidenen Kosten verbessern. Er kann Ausgaben sparen und seine Fabrikate verbessern. Der Fabrikant selbst ist ein Besitzer der Geschicklichkeit, des Unternehmens und des Kapitals und er kann nicht Verlegenheiten ausgesetzt werden durch den Entzug eines dieser wesentlichen Teile, wie dies der Fall ist bei neuen Unternehmungen, wo oft der Unternehmer, und der Ausführer und der Kapitalbesitzer verschiedene Leute sind und das ganze Geschäft durch den Austritt eines derselben zum Stillstande gebracht werden kann. Der Kredit und das Vertrauen zu den alten Manufakturen sind begründet; es ist daher ebenso leicht für den Besitzer, neue Unterstützung von Kapitalisten zu erhalten, wie es für einen neuen Unternehmer schwer ist. Der Kredit seiner Manufakturen und sein Markt sind begründet; er kann vollendete Waren zu mäßigen

Preisen produzieren und doch seinen Kunden einen liberalen Kredit gewähren.

Dies sind die natürlichen Unterschiede zwischen einem schon seit langem Manufakturen treibenden Lande und einem neuen Lande, das gerade ins Geschäft eintritt. Das alte Land wird, solange es seine Freiheit, seine Stärke, seine politische Macht bewahrt, im freien Verkehr immer eine aufstrebende Manufakturmacht niederhalten. Die Niederlande würden nie ihrer überlegenen Manufakturmacht von den Engländern beraubt worden sein, ohne die Verfügungen Eduard II., Elisabeths, und der folgenden Regierungen und ohne die Torheiten der Könige von Frankreich und Spanien. Ein neues Land ist überdies umsoweniger in der Lage, gegen die Manufakturmacht eines alten Landes anzukämpfen, je mehr der innere Markt dieses alten Landes durch Zölle geschützt ist und je mehr seine Konkurrenz in dem neuen Lande durch Rückzölle gestützt ist und durch ein Fehlen von Zöllen in den fremden Märkten. Die Wirkungen, welche diese künstlichen Mittel hervorrufen, werde ich in dem nächsten Briefe behandeln.

Ihr ergebener

Fr. List.

VIII. Brief.

Reading, am 25. Juli 1827.

Die Vorteile, welche ein vernünftiges Tarifsystem gewährt, sind die folgenden:

1) Indem wir den inneren Markt unserer nationalen Industrie sichern, wird die Fabrikationskraft gegen alle Ereignisse, Preisschwankungen und gegen jeglichen Umschwung in den politischen und ökonomischen Zuständen anderer Nationen gesichert. Es können Ereignisse eintreten, durch die eine fremde Nation in die Lage versetzt würde, Fabrikate eine Zeit lang billiger zu verkaufen, als die Inlandsfabrikanten sie herstellen können. Obwohl dieser Stand der Dinge ein vorübergehender ist, so kann er dennoch die Fabrikationsmacht der Nation beeinflussen, weil eine Stauung von wenigen Jahren im Fabrikationsgeschäft den Ruin der Etablissements

bewirken kann: die Gebäude würden in Ruinen zerfallen oder würden anderen Zwecken verfügbar gemacht werden; die Maschinerie würde aus der Ordnung geraten oder als altes Eisen oder Brennholz verkauft werden; die Arbeiter würden entweder das Land verlassen oder sich einem anderen Industriezweig zuwenden; das Kapital würde ins Ausland gehen oder andere Anlage finden, die Kunden würden verloren sein zugleich mit dem Vertrauen der Kapitalisten. Eine einzige in einem fremden Lande gemachte neue Erfindung, die nicht sofort nachgeahmt würde, weil sie noch geheim gehalten wird, würde in einem freien Lande einen ganzen Zweig der Fabrikationsindustrie in kurzer Zeit vernichten, während ein Schutzsystem ihn bewahren würde, bis das Geheimnis enthüllt ist und unsere Produktivkraft dadurch vergrößert wird.

2) Indem wir den heimatlichen Markt den heimatlichen Manufakturen sichern, wird nicht nur die Fabrikationskraft für die Versorgung unserer eigenen Bedürfnisse für alle Zeiten gegen Wechselfälle und Ereignisse im Auslande gesichert, sondern es ist hierdurch unseren Fabrikationskräften eine Ueberlegenheit gesichert in der Konkurrenz mit anderen, die diesen Vorteil in ihrem eigenen Lande nicht genießen. Es ist derselbe Vorteil den ein Volk genießt, das durch natürliche und künstliche Befestigungen gegen ein Nachbarvolk verteidigt ist, das in einer offenen Gegend wohnt. Alle Kämpfe werden für ein solches ungeschütztes Volk nachteilig sein; es wird sogar durch seine Siege ruiniert werden; es wird nie die Früchte vollständiger Sicherheit genießen; der Feind, der heute mit einem Verluste von seinen Grenzen fortgetrieben ist, kann morgen seinen Angriff wiederholen, und in jedem Falle wird das Land verwüstet werden. Genau dasselbe ist der Fall, in einem von einem klugen Tarifsystem geschützten Lande und in einem anderen, das die Grundsätze des Freihandels befolgt.

Jeder, der mit dem Fabrikationsgeschäfte vertraut ist, weiß, daß der Bestand eines Unternehmens von dem hinreichenden und raschen Verkauf einer solchen Menge von Fabrikationsgütern abhängt, welche die Kapital-Interessen

decken wird, die Produktionskosten und einen angemessenen Gewinn für den Unternehmer. Solange, als eine Fabrik diesen Punkt nicht erreicht hat, solange kann das Geschäft nur in der Hoffnung, denselben zu erreichen, betrieben werden, und wenn sich diese Erwartung nach einer längeren oder kürzeren Zeit nicht erfüllt, so wird das Unternehmen zu nichts werden. Jedermann weiß ferner, daß die Produktionskosten im Fabrikationsgeschäfte zum großen Teile von der erzeugten Quantität abhängen. Ein Mann kann 1000 Yards feines Tuch per Jahr erzeugen und ein Yard für sechs Dollars verkaufen, und doch mag er Geld verlieren; aber er kann 20 000 Yards von derselben Qualität erzeugen und nicht mehr als vier Dollars per Yard bekommen, und doch kann er Geld machen. Dieser Umstand hat einen mächtigen Einfluß auf das Steigen und Fallen der Fabrikationskraft. Wenn die umfangreiche Versorgung des heimischen Marktes einer englischen Fabrik gesichert ist, so ist ein stetiger Absatz von jener Quantität, die zur Unterhaltung ihrer Anstalten nötig ist, ihr hierdurch gesichert. Er muß z. B. für sechs Dollars per Yard, hiermit die Auslagen seiner Anstalt decken und außerdem eine genügende Geldsumme für sich selbst zur Seite legen. Durch diesen heimischen Markt wird er in die Lage versetzt, andere 10 000 Yards von feinem Tuche für den ausländischen Markt herzustellen und seine Preise den im Auslande herrschenden Zuständen anzupassen. Da die Ausgaben für sein Etablissement schon durch den Verkauf daheim gedeckt sind, so kommen die Produktionskosten anderer 10 000 Yards für den Außenmarkt bei weitem weniger hoch und er kann noch profitieren, wenn er sie um drei oder vier Dollars per Yard verkauft, — er kann sogar in der Zukunft profitieren, wenn er gegenwärtig nichts gewinnt. Wenn er sieht, daß die Fabrikanten eines fremden Landes sich in einer Notlage befinden, so kann er einige Jahre lang ohne Profit verkaufen, in der Hoffnung, sieben oder acht Dollars per Yard zu bekommen und jährlich eine lange Zeit hindurch 20 000 oder 30 000 Dollars rein zu machen, nachdem die fremden Fabriken tot und begraben sind.

Er führt diesen Kampf mit vollkommener Ruhe: er verliert nichts, und die Hoffnung auf einen zukünftigen Gewinn ist ihm sicher, während der Fabrikant des offenen Landes gegen einen täglichen Verlust ankämpft, leere Hoffnungen nährt, die ihn schließlich zu einem sicheren, unvermeidlichen und gründlichen Ruin führen. Dieser unglückliche Mann ist in einer Lage, ganz verschieden von der seines geschilderten Konkurrenten. Er kämpft, wie wir vorher erwähnten, mit all den Schwierigkeiten bei der Gründung eines neuen Geschäftes, die sich alle verschwören, so daß er nicht verkaufen kann, selbst nicht um so einen Preis, wie er ihm nach einigen Jahren einen schönen Profit abwerfen würde; er kämpft gegen die Vorurteile seiner eigenen Landsleute; sein Kredit ist erschüttert, das Wenige, was er verkauft, macht sein Produkt teuerer und seine Verluste größer. Er ist gezwungen, im ersten Jahre seine Preise zu erhöhen, während sie sein Konkurrent erniedrigen kann. Es muß, insbesondere bei feinem Tuche, am Anfang ein Unterschied von 50 bis 80 Proz. vorhanden sein. Dieser Kampf kann nicht lange dauern ohne ein nationales Eingreifen, dieses Geschäft wird zu nichts und bildet ein warnendes Beispiel für all seine Mitbürger: keinen Unternehmungsgeist zu haben in einem Lande, wo man für die nationalen Interessen kein Verständnis hat, — lieber das Kapital in der Unterdrückung der produktiven Kräfte der Nation anzulegen, — lieber überhaupt nichts zu tuen, — alles gehen zu lassen, gerade so wie es der Fall wäre mit den Kauffarteileuten, wenn ihre Industrie nicht durch Schiffahrtsgesetze geschützt wäre, durch die Ausgaben für eine Flotte, oder dadurch, daß er einen ausländischen Krieg riskiert im Falle fremder Angriffe, wenn ihre Schiffe (wie Mr. Cooper vorschlägt) dem Bey von Algier preisgegeben würden. Sie dürften besser tuen, wenn sie den Boden umgraben würden in den Hinterwäldern und ihre Anker in Pflugscharen umwandeln.

Daraus ersehen wir, daß Zölle, Rückzölle, Schiffahrtsgesetze mit Unrecht von den Herren Smith und Say Monopolien genannt werden, sie sind nur in kosmopolitischem Sinne Mo-

nopolien, indem sie einer ganzen Nation ein Privilegium für gewisse Industriezweige geben. Aber auf dem Boden der politischen Oekonomie verlieren sie diesen Namen, weil sie jedem Individuum der Nation das gleiche Recht zur Anteilnahme an den Vorteilen des nationalen Privilegiums verschaffen. Und das der englischen Nation von der englischen Regierung verliehene Privilegium der Versorgung des inländischen Marktes ist solange ein Unrecht für die amerikanische Nation, als deren Regierung nicht dasselbe Privilegium ihren eigenen Bürgern verschafft.

3) Wie ein anderer alter Gemeinplatz der kosmopolitischen Theorie, „im Auslande zu kaufen, wenn man dort billiger kaufen als fabrizieren" kann, gegen eine solche Darstellung bestehen kann, das kann ich nicht verstehen. Nur für wenige Jahre kaufen wir billiger von fremden Ländern, aber für Menschenalter kaufen wir teuerer, — wir kaufen billig für die Zeit des Friedens, aber wir kaufen teuer für die Zeit des Krieges, — wir kaufen offenbar billiger, wenn wir die Preise nach ihrem augenblicklichen Geldwerte schätzen, aber wir kaufen unvergleichlich teuerer, wenn wir die Mittel schätzen, mit denen wir in Zukunft kaufen können. Von unseren eigenen Landsleuten könnten wir unser Tuch im Tausch gegen unseren Weizen und unser Vieh kaufen; von fremden Ländern können wir das nicht. Unsere Tuchkonsumtion ist infolgedessen durch unsere Mittel beschränkt, welche fremde Nationen an Zahlungsstatt nehmen, die täglich abnehmen; unsere Konsumtion von in der Heimat erzeugtem Tuche würde wachsen mit dem Wachsen unserer Produktion an Nahrungsmitteln und Rohmaterialien, die fast unerschöpflich sind, und mit unserer Bevölkerung, die sich alle zwanzig Jahre verdoppelt.

In solch gewaltige Irrtümer verfallen weise und gelehrte Männer, wenn ihre Theorie eine schlechte Grundlage hat, wenn sie kosmopolitische Prinzipien für politische halten, wenn sie die Wirkungen des Produktenaustausches behandeln, anstatt die Ursachen des Steigens und Fallens der Produktivkräfte. Smith und Say raten uns, billiger zu kaufen, als wir selbst erzeugen können, indem sie nur den Gewinn an Pro-

dukten bei dem Austausch von Produkt gegen Produkt ins Auge fassen. Aber wäge man den Gewinn an Produkt mit dem Verlust an Kraft, und wie steht das Gleichgewicht? Wir wollen sehen:

Smith und Say selbst schätzen den Wert der inneren Industrie um ein gut Teil höher als Auslandhandel; sie wagen eine genaue Berechnung nicht, sie sagen, in allen Ländern sei der Außenhandel von geringer Bedeutung in der Konkurrenz mit der einheimischen Industrie (Say B. J. Kap. IX.) Aber andere französische Schriftsteller schätzen, daß die innere Industrie den Außenhandel 20 bis 30 mal übertreffe. Mr. Cooper schätzt ihn 10 bis 12 mal höher. Wir wären nicht weit von der Wahrheit, wenn wir zwischen den zwei Extremen das Mittel nehmen würden (20 mal), aber um ganz bescheiden zu sein, wollen wir Mr. Cooper folgen. Wenn wir nun unter Nr. 2 sonder Zweifel bewiesen haben, daß die fremde Industrie unterstützt von einem Schutz-System die ganze Tuchfabrikationskraft unseres eigenen Landes zerstört, wird der Vorteil, acht Millionen feinen Tuches ungefähr zwei oder drei Millionen billiger von England zu kaufen, als wir selbst es in den ersten zwei oder drei Jahren erzeugen könnten, nicht mit dem Opfer einer Manufakturkraft erworben, die, wenn sie mit Hilfe des nationalen Systems emporgebracht werden würde, für immer zwölf mal mehr Tuch produzieren würde, als wir einführen, d. h. 72 Millionen feinen Tuches oder, nachdem wir unsere Bevölkerung und unsere Konsumtion verdoppelt haben (nach zwanzig Jahren) 144 Millionen? Um diese Ansicht zu rechtfertigen, müssen wir nur den Wert des importierten feines Tuches (nach dem Durchschnitt der drei letzten Jahre 8 Millionen) unter die Einwohner unseres Landes verteilen, und das ergibt für drei Viertel Dollars feines Tuch und Wollwaren im allgemeinen für jedes Individuum. Wenn die Manufakturen angemessen geschützt und die Arbeit angemessen verteilt wäre, so würde jedes Individuum hier in den Vereinigten Staaten ebenso gut gekleidet sein, wie es jetzt ernährt ist, und wäre dies der Fall, so würde jedes Individuum für wenigstens sechs Dollars an

Wollwaren per Jahr konsumieren, was eine Manufakturkraft von 72 Millionen per Jahr oder 144 Millionen nach zwanzig Jahren macht. Der jetzige Gewinn beim Tausche von Produkt gegen Produkt beträgt ungefähr zwei oder drei Millionen jährlich. Das ist der Unterschied zwischen dem Schlusse gemäß den kosmopolitischen Grundsätzen und dem Schlusse gemäß den wahren, gesunden politischen Grundsätzen.

4) Es gibt eine allgemeine Regel, die auf alle Unternehmungen anwendbar ist, welche aber von den Gründern und Schülern der kosmopolitischen Theorie gänzlich übersehen worden ist, obwohl von ihrer Uebertragung in die Praxis in den meisten Fällen ein glücklicher Erfolg individueller als auch nationaler Industrie abhängt. Diese Regel ist die Stetigkeit in der Verfolgung eines gewissen Industriezweiges, der einmal für nötig erachtet und praktisch gefunden wurde. Jedes neue Unternehmen ist mit großen Auslagen verbunden, mit Mißgriffen und Mangel an Erfahrung und Kenntnis in tausend kleinen Dingen bei der Fabrikation, beim Kaufen und Verkaufen. Je länger ein Geschäft betrieben wird, um so einträglicher wird es, um so mehr ist das Verfahren verbessert, um so mehr werden die erzeugten Artikel vervollkommnet, um so mehr und billiger kann man verkaufen. Das ist der Grund, warum wir so viele Menschen gedeihen sehen, die genau der einmal eingeschlagenen Richtung folgen, und warum wir soviele zugrunde gehen sehen, wenn sie die Gewohnheit haben, oft zu wechseln. Dieselben Folgen sind in der nationalen Oekonomie zu erblicken. Es ist nichts verderblicher für die Industrie einer Nation, als Ereignisse und Umstände, welche ungleichmäßig auf die Produktivkräfte einwirken, zu einer Zeit einen gewissen Industriezweig auf eine ungewöhnliche Höhe heben, zu einer anderen ihn gänzlich lahm legen.

Wird solch ein Zweig zu einer ungewöhnlichen Höhe gehoben, so zieht das Geschäft Kapital, Arbeit und Geschicklichkeit von anderen ab; der ungewöhnliche Profit steigert den Preis des Eigentums ungewöhnlich; er steigert die Löhne, er steigert die Konsumtion und die Bedürfnisse der Arbeiter,

sowie der Unternehmer und Kapitalisten; und eine solche Periode ungewöhnlichen Gedeihens, wenn sie nur momentan und gelegentlich ist, und von einer Periode ungewöhnlichen Niederganges gefolgt wird, bewirkt genau das entgegengesetzte Extrem: Eigentum, die gewöhnlichen Geschäfte geben nicht einmal die Lebensnotwendigkeiten; Kapital hat keine Verwendung, Häuser und Maschinen verfallen — kurz, überall kann man Bankrott und Elend sehen, und was zuerst öffentliches Gedeihen zu sein schien, das erweist sich als der erste Schritt zum allgemeinen Unglück.

Eine der ersten Ansichten, die eine Nation in ihre Oekonomie aufzunehmen hat, ist daher, durch politische Maßnahmen eine Stetigkeit zu bewirken, um soviel als möglich jeden Rückschritt zu verhindern, und das Hauptmittel zur Erlangung dieser Stetigkeit ist ein vernünftiger Tarif. Je mehr eine Nation durch dieses Mittel eine Stetigkeit im Markte und in der Versorgung, in den Preisen, Löhnen und Profiten, in der Konsumtion und den Bedürfnissen, in Arbeit und Unternehmung hervorruft, — (immer den Fortschritt fördernd, den Rückfall hindernd) um so mehr wird diese Nation die Entwicklung ihrer Produktivkräfte bewirken.

Indem Smith das ökonomische Gedeihen Englands seiner Konstitution, dem Unternehmungsgeiste und der Sparsamkeit seiner Bewohner zuschreibt und indem er die heilsamen Wirkungen der englischen Tarifgesetze leugnet, fehlten ihm durchaus richtige Ansichten betreffs der Ursache des nationalen Gedeihens. Seit der Zeit Elisabeths ist keine englische Tuchfabrik zerstört worden, entweder durch einen ausländischen Krieg auf englischem Boden, oder durch fremde Konkurrenz. Jede folgende Generation konnte von dem Gebrauch machen, was die frühere Generation aufgebaut hatte, und konnte deren Mittel und Kräfte verwenden zur Verbesserung und Vergrößerung jener Gebäude. Betrachten sie den Gegensatz in Deutschland; wie weit war es fortgeschritten in jenen alten Zeiten, und wie unbedeutend ist sein Fortschritt im Vergleich mit jenem Stande der Dinge; Ereignisse und auswärtige Konkurrenz zerstörten oft zweimal in einem Jahr-

hundert die Schöpfungen der früheren Generationen, und jede Generation mußte wiederum von Anfang beginnen.

Betrachten Sie, mein Herr, in dieser Beziehung das Schicksal Ihres eigenen Landes. Wie oft war das Manufakturinteresse und selbst das Agrikulturinteresse durch Ereignisse gefördert, und wie oft wiederum durch ausländische Konkurrenz zum größten Unglück des Landes niedergedrückt worden. Betrachten Sie nur die Periode vom letzten Kriege bis heute. Der Krieg machte die Gründung von Fabriken und das Schafzüchtergeschäft nötig und ertragreich; der Friede zerstörte Fabriken und Schafe. Der Krieg ermunterte den Ackerbau und steigerte die Preise der Produkte, die Löhne und das Eigentum zu ungewöhnlicher Höhe; der Friede und die Auslandspolitik brachten alles dies auf einen solchen Grad herab, daß die Bauern, welche während der vorhergehenden Periode ihre Konsumtion ihrem Einkommen angepaßt hatten, welche Verbesserungen angelegt hatten gemäß dem angenommenen Werte ihres Grundes, etc. ruiniert waren. Nun sind die Fabriken wieder zu einer kleinen Lebhaftigkeit gebracht, aber die englische Konkurrenz ist in diesem Momente dabei, sie neuerdings niederzuwerfen. Sollten wir im Laufe der Zeit einen Krieg haben, so würde er sie zweifelsohne wieder beleben, aber Friede würde sie neuerdings zerstören. Und in dieser Weise werden wir durch Jahrhunderte hindurchgehen, indem wir zu einer Zeit aufbauen, was in einer anderen zerstört worden war und was wieder zerstört werden wird, wenn wir nicht durch vernünftige Gesetze Festungen errichten zur Sicherung unserer Produktivkräfte (wie wir solche errichten zur Sicherung unseres Gebietes) gegen fremde Angriffe, fremde Ereignisse, fremde Gesetze und Verfügungen, fremdes Kapital, Industrie und Politik.

Bei dem Schutze der Fabriken dieses Landes würde Stetigkeit allein unsere Produktivkräfte heben, höher, als es sich die lebhafteste Einbildung vorstellen kann.

Eine Nation, die ihre Industrie dem geringsten Sturme von außen preisgibt, wie kann sie mit einer Nation konkurrieren, die ihre Etablissements für alle Zukunft schützt?

Ihr ganz ergebener Fr. List.

Anhang

zu dem

Umriss einer amerikanischen politischen Ökonomie

in

drei angefügten Briefen

No. IX, X, XI

an

Herrn Charles J. Ingersoll,

Vize-Präsident der Pennsylvanischen Gesellschaft zur Förderung der Manufakturen und Handwerkskünste

von

Friedrich List,

Professor der Universität Tübingen in Deutschland

Philadelphia.

Druck von Samuel Parker, Marktstrasse 48.

1827.

Anhang.

Brief IX.

Politische Ökonomie ist keine kosmopolitische Ökonomie.
(Fortsetzung.)

Reading, am 26. Juli 1827.

Geehrter Herr!

Können Sie nach Durchsicht der vorgehenden Briefe glauben, daß Mr. Canning und Mr. Huskisson von der Wahrheit der kosmopolitischen Theorie von Smith und Say überzeugt wurden? Nein, mein Herr; Mr. Canning war ebenso weit davon entfernt, von dieser Wahrheit überzeugt zu sein, als Pitt es war; obwohl der letztere (wie uns Smiths Schüler triumphierend versichern) die Gewohnheit hatte, einen Band von Adam Smith überall mit sich zu tragen. Gewiß trug Mr. Pitt jenen Band zu keinem anderen Zwecke in seiner Tasche, als um dem Rate des Verfassers ganz entgegengesetzt zu handeln; und Mr. Canning hat, so scheint es, diese Bände auswendig gelernt, um die Ansicht Adam Smiths anzuführen, so oft er derselben entgegenzuhandeln beabsichtigt. Diese neue Art einen Schriftsteller anzuführen, ist sicherlich nicht für den Hausgebrauch erfunden worden, sondern für den Export, wie ein noch lebender Mann in diesem Lande witziger Weise bemerkte.

Je mehr die englische Politik im gegenwärtigen Augenblick sich selbst zu widersprechen scheint, und je unheilvoller das mystische Dunkel, in welches sie sich hüllt, für dieses Land werden mag, und je mehr es andererseits für dieses Land nötig ist, dieselbe deutlich zu verstehen, so wie sie wirklich ist, um so eher hoffe ich entschuldigt zu werden, wenn mir mein Unternehmen, dieselbe zu enthüllen, mißlingen sollte.

Es ist in der Tat sonderbar anzusehen, wie das gegenwärtige Ministerium von England zu gleicher Zeit von den Ultramontanen Frankreichs und Spaniens etc. gehaßt wird, aber vom Könige Englands unterstützt, von dem Britischen Volke geliebt, sich nichtsdestoweniger zu einer kosmopolitischen Theorie bekennt, die, wenn dieselbe wirklich in die Praxis umgesetzt würde, die englische Nation des Monopols berauben würde, dessen sie sich bisher erfreute, und wie es doch eifersüchtig wacht, um jeden Fortschritt einer anderen rivalisierenden Nation, insbesondere der Vereinigten Staaten, zu verhindern. Es muß da — das fühlt jedermann, — irgend einen Unterschied zwischen Worten und Taten geben. Wer wagte wohl daran zu zweifeln, daß Mr. Canning ein edeldenkender, liberaler Mensch ist? Nichtsdestoweniger wissen wir doch aus seinem eigenen Geständnis, daß er es litt, daß die spanische Nation drei Ungeheuern überliefert werde, dem Despotismus, der Anarchie und feindlicher Invasion und Okkupation, um die südamerikanischen Republiken ins Leben zu rufen. Und sicherlich, diese Tat entsprang nicht uneigennütziger Freiheitsliebe und Menschlichkeit, sondern, wie er selbst zugab, dem Wunsche, für England ungeheure Märkte zu öffnen. Es ist in der Tat sehr liberal gehandelt, Portugal eine freie Verfassung zu geben (denn das kann niemand glauben, daß der Kaiser von Brasilien diese Verfassung aus eigenem Antriebe verliehen hätte) und vierundzwanzig Stunden nach eingelangter Nachricht mit einer Armee nach Portugal zu eilen, um diese neue Verfassung gegen die Angriffe von Spaniens Fanatikern zu verteidigen: aber selbst wenn wir Englands Pflicht anerkennen, die Verfassung seines Verbündeten zu stützen, so sehen wir, daß die Expedition mit so viel Eile und Eifer ausgeführt wurde, daß niemand im Zweifel sein kann, daß ein gut Teil Eigeninteresse dahinter gewesen sein müsse. Im gegenwärtigen Augenblick unterhandelt Mr. Canning über die Zurückziehung der Truppen aus Spanien; zu welchem Zwecke? Falls das Ungeheuer „Okkupation“ das Land verlassen sollte, so wird es dem Ungeheuer „Anarchie“ ausgesetzt sein.

Mr. Canning mag in Europa den verschiedenen Völkern verschiedene Gründe für seine verschiedenen politischen Maßnahmen geben, je nachdem es ihm in den Kram paßt. Aber hier in diesem Lande steht uns frei, die Absichten eines Mannes nach seinem Benehmen zu beurteilen, nicht aber nach den Vorwänden, die er erfinden mag, um die wahren Beweggründe seiner Handlungen zu maskieren. Wir haben die Gewohnheit, zuerst das Ziel eines Menschen herauszufinden, und manchesmal befragen wir die Geschichte, aus der wir lernen, daß Nationen im Laufe von Menschenaltern und Jahrhunderten, gleichwie Einzelmenschen, irgend ein Hauptziel verfolgen. Fragen wir nach dem Ziele Englands, so finden wir, daß dasselbe in der Hebung seiner Manufaktur-, Handels- und See-Macht besteht, so hoch, daß der Wettbewerb aller anderen Nationen ausgeschlossen ist. Wir sehen, daß es, um dieses Ziel zu erreichen, daheim liberale Grundsätze unterstützt — in Asien den Eroberer spielt und seine despotischen Mächte benützt und unterstützt, — während es sich auf den westindischen Inseln und in Kanada mit einer väterlichen Regierung, gemischt und versüßt mit einigen Rechten und einigen freien Institutionen, begnügt. Wir sehen, wie es die Republik Genua, seinen früheren Bundesgenossen, einem Monarchen überliefert, und die Hansastädte in ihrer früheren Unabhängigkeit wiederherstellt (um für seine Manufakturen in Deutschland Stapelplätze zu haben): wir sehen, wie es Armeen gegen die französische Republik wirbt und eine freie Verfassung für Sizilien fabriziert: wir sehen, wie es die Armeen der europäischen Monarchien mit Geld unterstützt, um Frankreich zu erobern, und wie es die Republik von Holland in ein Königreich umwandelt: wir sehen, wie es die Vernichtung einer freien Verfassung in Spanien duldet, eine Anzahl von Republiken in Südamerika ins Leben ruft, eine freie Verfassung für Portugal entwirft, dieselbe gegen die Angriffe der Fanatiker verteidigt und mit Frankreich über die Zurückziehung der Truppen aus Spanien verhandelt. Wenn wir dieses Vorgehen nach Grundsätzen beurteilen, so gibt es nichts als Widerspruch; aber wenn wir nach dem Ziele des

Landes sehen, so gibt es nichts als Übereinstimmung. Sein Ziel war es immer und immer, seine Manufakturen und seinen Handel, und dabei seine Flotte und seine politische Macht zu heben, hoch hinaus über die Möglichkeit eines Wettbewerbes seitens anderer Nationen, und immer paßte es sein Benehmen den Umständen an — indem es zu einer Zeit und an einem Orte liberale Grundsätze anwandte, an anderen Gewalt oder Geld, — um entweder die Freiheit zu heben oder zu unterdrücken, wie es ihm gerade paßte. Man sagt sogar, daß seine Maßnahmen gegen den Sklavenhandel seinem Interesse entsprungen seien und ihm einen Vorwand gaben, um die Kolonien anderer Nationen zu verhindern, sich mit Sklaven zu versorgen, während seine eigenen Kolonien schon die nötige Menge besaßen.

Kann irgend jemand, der einen gesunden Verstand besitzt, glauben, daß dieses Ziel Englands von Mr. Canning geändert wurde oder geändert werden könnte, selbst wenn er die Absicht hätte, nationale Absichten und nationale Interessen zu opfern, um kosmopolitische Ansichten und Interessen zu fördern? Nein, — Mr. Canning hat nur die Mittel geändert, um dieses nationale Ziel zu erreichen, gemäß den gegenwärtigen Umständen. Wenn es vor fünfzehn oder zwanzig Jahren dem Interesse Englands diente, halb Europa mit Geld zu unterstützen, um Napoleons Kontinentalsystem zu zerstören, und Armeen dorthin zu senden, so stehen gegenwärtig eben dieselben Mächte, die das Reich Napoleons stürzen halfen, nachdem sie selbst nun ein Kontinentalsystem zum Teil wieder ins Leben gerufen haben, seinem (Englands) Ziel im Wege, indem sie nicht nur den Einfluß englischer Macht auf dem Kontinente zu vernichten, sondern sogar ihren Anteil am Handel mit Südamerika zu nehmen drohen. Demzufolge hat England keine Verwendung mehr für die Grundsätze von Lord Castlereagh; im Gegenteil, jetzt gibt es Verwendung für solche Mittel und Grundsätze, die darauf berechnet sind, den Einfluß Englands auf dem Kontinente zu heben und der Politik der kontinentalen Mächte entgegen zu wirken. Mr. Canning gibt das recht deutlich in seiner berühmten Rede

zu verstehen, indem er sehr nachdrücklich auf die Riesenmacht anspielt, die England dadurch besitze, daß es liberale Ideen auf dem Kontinent zum Bundesgenossen habe. Um seinen Drohungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, scheint er jüngst Portugal mit einer freiheitlichen Verfassung ausgerüstet zu haben, um auf dem westlichen Gliede des europäischen Kontinentes für seine neuen Allierten, die liberalen Ideen, Boden zu gewinnen; sein Vorgänger, Lord Castlereagh, aßte zuert mit seinen Bayonnetten und seinem Gelde in jenem Lande festen Fuß in dem Kampfe gegen Napoleons Kontinentalsystem. Ob Mr. Canning die Absicht hat, durch seine Drohungen die Kontinentalmächte zu zwingen, für sie ungünstige Handelsverträge einzugehen, oder ob er die Absicht hat, die öffentliche Meinung auf einen Kampf zwischen absoluter Gewalt und liberalen Ideen vorzubereiten, das kann niemand sagen, der nicht mit den Geheimnissen der Kabinette innig vertraut ist; aber soviel ist sicher, daß er sein Ziel erreichen will, entweder auf dem einen oder auf dem anderen Wege. Seine Rede zeigt deutliche Spuren der Unzufriedenheit mit dem französischen Ministerium, woraus wir schließen, daß er von jenem Ministerium in einem Lieblingsplane enttäuscht worden sein muß. Er war kurze Zeit vorher am französischen Hofe zu Besuch, und es verlautete, daß man daran war, einen Handelsvertrag abzuschließen. Wir haben gewisse Gründe einen solchen Schluß nach der Haltung der englischen Zeitungen zu ziehen, die zu jener Zeit ungewöhnlich eifrig waren in dem Lobe der großen Vorteile, welche das kosmopolitische System von Smith und Say, wenn es zur Tat würde, für beide Nationen hätte, indem dasselbe den Engländern es möglich machen würde, in ihrem Fabrikationsgeschäfte gedeihlich fortzuschreiten, und den Franzosen, ihre Weinstockpflanzungen zu vermehren. Indem Mr. Canning solchen Gefühlen der Unzufriedenheit Ausdruck gab, handelte er sicherlich aus tieferen Gründen, als aus einem Verlangen, sich persönlich Genugtuung zu verschaffen; ein englischer Minister würde es sich niemals erlauben, Gefühlen persönlicher Enttäuschung Ausdruck zu verleihen, auf die Gefahr hin,

durch ein derartiges Benehmen auf die Politik seiner Nation einzuwirken. Die Drohungen von Mr. Canning waren nicht von der Art, um in Frankreich mißverstanden zu werden; und das jüngste Verlangen, die französischen Truppen aus Spanien zurückzuziehen, zeigt recht deutlich, daß Mr. Canning die Absicht hat, vorläufig die ganze Halbinsel als neuen Bundesgenossen zu gewinnen.

Es ist jedoch nicht meine Absicht, die europäische Politik zu behandeln. Ich ging nur soweit, um im allgemeinen das Ziel von Mr. Cannings Politik festzustellen, welches darin besteht, den kontinentalen Mächten von Europa entgegenzuwirken und den südamerikanischen Markt zu monopolisieren. In Hinsicht auf dieses Land hat Mr. Canning gegenwärtig keine andere Manufakturmacht zu fürchten, außer unserer emporblühenden, die das Interesse der englischen Manufakturmacht in dreifacher Weise bedroht: erstens, indem sie den englischen Manufakturen unseren inneren Markt raubt; zweitens, indem sie mit ihnen den südamerikanischen Markt teilt; und drittens, indem sie unsere inländische und ausländische Schiffahrt, die die Basis des künftigen Aufschwunges unserer Seemacht ist, ungeheuerlich vermehrt. Es gab keine Gelegenheit und es wird vielleicht im Laufe von Jahrhunderten solch eine günstige Gelegenheit nicht wieder erscheinen, wie das Ereignis der Emanzipation des südamerikanischen Volkes für einen erstaunlichen Aufschwung der Manufakturmacht der Vereinigten Staaten in wenigen Jahren und für die Einnahme einer gleichen Stellung an Macht und Reichtum, wie sie England inne hat, indem wir unsere inneren Produktivkräfte entwickeln und unseren Auslandhandel, unsere in- und ausländische Schiffahrt ausdehnen. Man lasse nur wenige Jahre vorübergehen und England wird im Süden ausschließlich Fuß gefaßt haben und wird seine Macht und seinen Reichtum durch Mr. Cannings Politik höher gehoben haben, als man es sich vorstellen kann. Dann wird es für einen amerikanischen Wettbewerb mit England weder in der Industrie, noch auch in politischer Macht eine Möglichkeit geben. Mein Herr, in den Beziehungen zwischen zwei wetteifernden Nationen ist

an Kraft nicht zuzunehmen, und, schwach zu werden, gleichbedeutend. Wenn England zweimal so mächtig wird, als es ist, während Sie stetig bleiben, so werden Sie zweimal so schwach, als es England ist. Es ist ganz klar, daß Mr. Canning ein Interesse daran hatte, dieses Land in der Durchführung eines nationalen Systems zu hindern. Aber welche Mittel hat er, das zu tun? Auf unserem eigenen Kontinent gibt es keinen Feind, der sich zu unserem Schrecken erheben könnte. Nichts kann er tun, außer von dem Interesse derjenigen Kaufleute Gebrauch machen, welche Kommissionsgeschäfte haben, und von der Verkehrtheit der sogenannten Theoretiker, um die Empfindlichkeit unserer Rheder und der südlichen Pflanzer aufzustacheln, indem man sie durch falsche Vorspiegelungen täuscht, als ob das Interesse der Schiffahrt und der Baumwollpflanzung unterdrückt würde, um das Individualinteresse einiger Fabrikanten zu fördern. Wir werden später sehen, aus welchen guten Gründen dies geschieht, und jedermann mit gesundem Verstande muß erstaunt sein, eine solche Aufregung gegen Maßnahmen zu sehen, welche letzten Endes alle Interessen fördern.

Ihr ergebener

Fr. List.

Brief X.

Politische Ökonomie ist nicht kosmopolitische Ökonomie.

(Fortsetzung.)

Reading, am 27. Juli 1827.

Geehrter Herr!

Eine Nation kann sowohl durch ihre Ausfuhr, als auch durch ihre Einfuhr von anderen Nationen abhängig werden und ein großer Absatz von Rohmaterialien und Nahrungsmitteln an fremde Länder kann öfter eine Quelle des Unglücks, der Schwäche im Inneren und der Abhängigkeit von fremden Mächten, denn des Gedeihens werden.

Mr. Canning, des großen Interesses wohl gewahr, das England hat, das Manufakturinteresse dieses Landes niederzuhalten und den südamerikanischen Markt zu monopolisieren,

würde, — ich bin davon überzeugt, — unserem Weizen bereitwillig die Häfen Englands öffnen, wenn er das Landinteresse in beiden Häusern des Parlaments von der Vorteilhaftigkeit einer solchen Maßnahme überzeugen könnte.

Es ist zweifelhaft, ob die Bauern dieses Landes einen augenblicklichen Gewinn um eines künftigen und dauernden Vorteiles willen von der Hand weisen würden; es ist wahrscheinlich, daß Mr. Canning durch eine solche Maßregel das Landinteresse dieses Landes für seine Freihandelstheorie gewinnen würde.

Was würde die Folge einer solchen Maßregel sein? Die Fabriken dieses Landes, der Gnade der freien Konkurrenz überlassen, würden sofort ruiniert sein. Der größte Teil des im Fabrikationsgeschäfte angelegten Kapitals würde verloren sein und alles, was gerettet würde, würde im Landbau angelegt werden. Arbeit, Geschicklichkeit und alle in den Manufakturen beschäftigten produktiven Kräfte würden zum Landbau zurückkehren. Der Preis des Weizens und Kornes würde auf eineinhalb Dollars emporschnellen, der Preis des Bodens und die Löhne würden im gleichen Verhältnis steigen und der Bauer würde wieder seine Konsumtion und seine Meliorationen dem erhöhten Profite anpassen, den er machen könnte. Die Banken würden in einem gleichen Verhältnis ihr Geschäft vergrößern. In der Zwischenzeit würde England seine Manufakturkraft ganz ungeheuerlich vergrößern und die südlichen und alle anderen Märkte monopolisieren. Das wäre ja noch ganz gut, hätte England es nicht in seiner Macht, in einer Stunde dieser unserer ganzen Industrie einen tödlichen Schlag zu versetzen. Irgend ein Umschwung in den Ansichten von Mr. Canning, oder in der Verwaltung oder in der Regierung oder in den beiden Häusern des Parlamentes könnte eine solche vernichtende Wirkung hervorrufen. Nachdem England seine Manufakturen verbessert hat, würde es sehr wahrscheinlich den alten Plan einer Verbesserung der Lage seiner Grundbesitzer durch Erneuerung der Korngesetze aufnehmen; zwischen den beiden Ländern könnte ein Krieg ausbrechen, oder das feindselige Gefühl eines Ministers könnte ihm den

Plan eingeben, den Reichtum und die Macht der Vereinigten Staaten zu schwächen und ihre Ruhe und ihren inneren Frieden zu stören, indem wieder die amerikanischen Getreide ausgeschlossen werden und den Produkten von Preußen, Polen etc. etc. der Vorzug gegeben wird, wie es letztes Jahr der Fall war hinsichtlich der englischen Besitzungen in Westindien. Sicher ist, daß von dem Tage einer solchen ökonomischen Abhängigkeit die Mehrzahl der Bewohner der Vereinigten Staaten vor jeder neuen Eröffnung des englischen Parlamentes zu zittern hätte, da sie von den Vorgängen und Erlässen in Westminster mehr zu fürchten und zu erwarten hätten, als von jenen in Washington, und daß die Unabhängigkeit der Interessen und der Gefühle in den Vereinigten Staaten verloren sein würde. Denn was würde die Folge eines jeden Hindernisses der Ausfuhr unseres Getreides sein? Das, was man in den letzten vierzehn Jahren gesehen hat: ein Sinken der Löhne, der Profite, des Kapitals und des Bodenpreises, ein Mißverhältnis zwischen einer wirklichen Konsumtion und einem verminderten Einkommen, zwischen Meliorationen und Rente und in Folge dessen Bankerotte, Zwangsverkäufe, niedergebrochene Banken und nationales Unglück. Würde es nicht besser gewesen sein, wenn wir nicht ein einziges Getreidekörnchen an England verkauft hätten? Würde es nicht in der Macht eines Ausländers, eines Rivalen, einer feindlichen Macht stehen, unser nationales Gedeihen in einer Stunde niederzuschmettern und uns um ein ganzes Jahrhundert zurückzuwerfen?

Hier, mein Herr, ist der richtige Ort, um eines innigen Zusammenhanges zwischen unserem gegenwärtigen Banksystem und dem System unserer Nationalökonomie Erwähnung zu tun, welches, wie ich glaube, bisher nur unvollständig verstanden war. Dieses Banksystem steht und fällt mit dem Preise von Grund und Boden. Die Banken geben in der Regel ein gut Teil mehr Noten aus, als sie Bargeld haben. Mr. Cooper gestattet ihnen, den dreifachen Wert ihres Barbestandes in Noten auszugeben, woraus ich schließe, daß sie wenigstens soviel ausgeben. Wenn nur der dritte Teil ihrer umlaufenden Noten Bargeld repräsentiert, was repräsentieren die anderen zwei

Drittel? Denn, da sie an und für sich nichts anderes sind, als gestempelte Fetzen, so würde sie niemand nehmen, wenn sie nicht irgend etwas von Wert repräsentieren würden. Sie repräsentieren eine nominelle Menge von Geld, bestehend in dem Werte des Grundes und Bodens. Aber der wirkliche Wert des Grundes und Bodens hängt von dem Marktpreise des Bodens ab; wenn dieser Preis steigt, so steigt die Sicherheit des Papiergeldes — wenn er fällt, so fällt die Sicherheit. Wenn überhaupt kein Preis realisiert werden kann, so gibt es keine Möglichkeit, Bodeneigentum in Bargeld zu verwandeln und die Sicherheit für die Inhaber der Noten ist verloren, sofern die Bank auf Grund und Boden fundiert ist. Der Preis des Bodens und die Möglichkeit, denselben in Geld zu verwandeln steigt und fällt mit dem Preise der Produkte. Wenn der Preis des Weizens hoch ist, so ist auch der Preis des Weizenbodens hoch; und wenn das Produkt kaum soviel Geld einbringen wird, als um die Arbeit zu zahlen, so würde niemand ein solcher Narr sein, viel Geld für Weizenland zu bezahlen. Daher bewirkt jede Ursache, die ein Fallen der Preise der Rohprodukte bewirkt, in gleicher Weise ein Fallen der Bodenpreise und des Bankgeschäftes im Lande und vice versa. Die Hauptbedingung für ein Banksystem, wie dieses, ist daher Stetigkeit des Marktes der Ackerbauprodukte, bewirkt durch ein nationales System, welches große Schwankungen verhindert und zu welchem man nur dadurch gelangen kann, daß man den Produkten durch eine Manufakturindustrie den heimischen Markt sichert. Unter diesen Umständen arbeitet ein Banksystem als eine Produktivkraft, während es in einem offenen Lande von Zeit zu Zeit die Wurzeln der Industrie, den Kredit, vernichtet. Man sehe vierzehn Jahre zurück: Hätte die Regierung der Vereinigten Staaten unmittelbar nach dem letzten Kriege die Manufakturindustrie geschützt, so würden Weizen, Löhne, Bodenpreise und Profite niemals so tief gesunken sein, — Banken würden niemals ruiniert worden sein —, nicht der zehnte Teil der Bürger würde von Haus und Hof gejagt worden sein. Dieses Elend so vieler Landeigentümer entstand nicht der Hauptsache nach aus der

Bankmanie, wie man allgemein glaubte, sondern aus einer Umwälzung in den Preisen von Produkten und Boden, welche durch unsere Abhängigkeit von ausländischen Märkten, ausländischen Preisschwankungen, ausländischen Verordnungen und Beschränkungen verursacht wurde. Es mag sein, daß Pläne von Schwindelbanken und die Fehler der Gesetzgebung das Unglück vergrößerten; aber die Wirkung, — der Ruin einer Anzahl von Grundbesitzern, — hätte nicht auf andere Weise verhindert werden können, als durch Verhütung der Hauptursache durch ein nationales System und diese Wirkung wird sich ebenso oft wieder einstellen, als die Ursache wieder erscheinen wird, selbst wenn es überhaupt keine Landbank in den Vereinigten Staaten gibt. Ein Steigen der Bodenpreise infolge eines ungewöhnlichen Steigens der Getreidepreise wird, wenn es keine Bank gibt, die Grundbesitzer veranlassen, ihr Land um nominelle Summen zu verkaufen; sie werden zufrieden sein, wenn sie ein Drittel oder ein Viertel des Kaufgeldes in Bar erhalten uud werden bereitwilligst für den Rest . . . . . und Hypotheken auf den verkauften Besitz annehmen. Menschen ohne Grundbesitz, die einiges Bargeld besitzen, werden froh sein, auf diesem Wege in den Besitz von Land zu gelangen, da sie hoffen, daß sie in der Lage sein werden, mit Hilfe der hohen Kornpreise die Hypothek abzulösen; der größte Teil von denjenigen Leuten, die auf dem Erbschaftswege in den Besitz von Grund und Boden gelangen, dessen Eigentümer sie jedoch nur teilweise waren, werden sich in solcher Weise mit ihren Miterben abfinden. Andere, die ihr Land nicht verkaufen, werden Meliorationen unternehmen im Verhältnis zu der Wertsteigerung des Boden und werden hypothekarische Verpflichtungen auf sich nehmen. Wenn ein solcher Zustand der Dinge nur einige Jahre andauert und dann auf einmal niederbricht, so wird er immer die Mehrheit der Bürger niederschmettern und die Moral, die Industrie und den Kredit des Landes für ein halbes Jahrhundert lang vernichten. In Deutschland sahen wir dieselben Wirkungen infolge derselben Ursachen ohne Länderbanken. Solange als die Produkte und infolgedessen die Bodenpreise hoch standen, gab es große

Landverkäufe; der Kredit wuchs; ein Mensch mit einer verhältnismäßig kleinen Summe Geldes konnte hochbewertete Landgüter kaufen, indem er für den Rest Hypotheken gab. Durch Erbschaft, Käufe, Verträge etc. wechselte mehr als die Hälfte des Landes den Eigentümer und wurde bei dem hohen Preise mit Hypotheken belastet. Der Eigentümer einer Hypothek, auf die Stetigkeit der Getreide- und Bodenpreise bauend, ängstigte sich nicht wegen der Wiedereinbringung seines Geldes und selbst wenn er Geld wünschte, so verlangte er es selten von dem Schuldner; er konnte es leichter bekommen, indem er sein Papier an Kapitalisten verkaufte, die ihr Geld anzulegen wünschten und in die Sicherheit Vertrauen setzten. Aber mit dem Augenblick des Eintretens der sogenannten Restauration, mit dem Augenblick der Einführung des Freihandels, durch welchen Freihandel es den Engländern erlaubt wurde, die deutschen Fabriken zu vernichten, indem sie ihre Manufakturen einführten und ebenso das Landinteresse von Deutschland, indem sie die Einfuhr deutschen Getreides und deutscher Wolle in ihr Land durch Korn- und Wollengesetze verhinderten, in diesem Augenblick sanken die Preise von Grund und Boden, das Vertrauen in das Papier war verloren, sowie auch die Möglichkeit, das Geld durch Verkauf des Besitztums wieder zu erlangen, und es erfolgte derselbe Zusammenbruch der Mehrzahl der Bauern, wie in diesem Lande. In dem gegenwärtigen Augenblicke beläuft sich der Wert, welcher dort durch Verkauf der Besitztümer eingebracht werden kann, nicht auf die Summe der Hypotheken.

Die Begründer des kosmopolitischen Systems haben ganz und gar vergessen, irgend etwas über die Ursachen des Steigens und Fallens der Bodenpreise und über die Folgen desselben zu sagen. Dies erregt um so mehr Verwunderung, als das Gedeihen des größeren Teiles einer Nation von der Stetigkeit der Grund- und Bodenpreise abhängig ist (welcher Grund und Boden den größeren Teil des Reichtums einer Nation bildet.) Die Ursache dieser Unterlassung ist jedoch klar. In jenen Ländern in welchen Smith sein System zusammenstellte, ist der größere Teil des Bodenbesitzes nicht im freien Verkehr,

da er Fideikommisse bildet und daher beobachtete er nur Änderungen in den Renten und nicht in den Bodenpreisen. Say, welcher in einem Lande lebt, in dem fast alle Grundstücke im freien Verkehr sind, übersieht diese Unterlassung, da er seinem Meister blindlings folgt, wie er es immer tut, ausgenommen in einigen Dingen von geringer Bedeutung. In diesem Lande hier gibt es mehr Tausch in Grundbesitz, als in irgendetwas anderem und hier können wir auf einen besonderen Mangel der berühmten Theorie hinweisen, welcher, wenn er von einer Nation übersehen wird, wenigstens einmal in 25 Jahren die Grundbesitzer eines Landes vernichten kann. In der Tat, je mehr ich in der Entwicklung der Grundsätze, die ich in meinen früheren Briefen zum Ausdruck brachte, fortschreite, umsomehr bin ich geneigt, Says System als gänzlich mißlungen zu erklären, da es eher darauf berechnet ist, den gesunden Menschenverstand in der politischen Ökonomie und das Gedeihen jener Nationen, welche seine hohlen Phrasen als tiefe Weisheit annehmen, zu vernichten.

Ihr ergebener

Fr. List.

Brief XI.

Politische Ökonomie ist nicht kosmopolitische Ökonomie.

(Fortsetzung.)

Reading, am 29. Juli 1827.

Geehrter Herr!

Wie ein ausländischer Getreidemarkt, der tagtäglich durch die Verfügungen einer fremden Macht zerstört werden kann, eher eine Quelle der Schwäche, denn der Macht ist, so ist dies auch der Fall mit einem ausländischen Baumwollmarkt, der von einem Lande abhängig ist, das, gleich England, durch seine überwiegende politische Macht in der Lage ist, und durch seine Rivalität gegen andere Nationen veranlaßt wird, seinen Bedarf nach einer kurzen Zeit aus anderen unterworfenen Ländern zu decken. Die Redner des Südens würden sicherlich besser handeln, wenn sie ihre Mitbürger zur Ver-

nunft riefen, statt zu den Waffen, und sie werden es sicherlich tun, wenn sie die Sache kühl und vernünftig betrachten.

Wir wollen zunächst sehen, wer der dumme Junge ist, der die Gans tötete, welche goldene Eier legte, und auf den ein hervorragender Staatsmann des Südens jüngst so emphatisch toastete. Ich bin gezwungen, zu diesem Zwecke mich auf das zu beziehen, was Präsident Cooper mit einem gewissen Vergnügen „den jährlichen Unsinn von Finanzberichten“ (Seite 4) nennt, woraus ich nichtsdestoweniger etwas erträglich Vernünftiges herauszuziehen unternehme. Die Tabellen des Schatzamtes ergeben das folgende Resultat:

Ausfuhr.

1816:	81	Mill.	Pfund	Rohbaumwolle brachten	24 Mill. £
1826:	204	=	=	=	25 Mill. £

Zweieinhalb Pfund brachten demzufolge im Jahre 1826 genau so viel ein, als wie ein Pfund im Jahre 1816, weil Europa die Anzahl von Baumwollballen nicht verdauen konnte, die ihm die südlichen Staaten zu schlucken gaben. Hätte jeder der Pflanzer die Hälfte seiner Ernte in den Missisippi geworfen, so würde er für die andere Hälfte unzweifelhaft ebensoviel Geld erhalten haben, als er nun für das Ganze bekam, und er würde außerdem die Mühe des Packens bei der Hälfte der Ballen erspart haben. So wahr es ist, daß Menschen für nichts arbeiten mögen, daß eine produktive Kraft sich selbst zerstören kann, und daß eine Produktion, die für die Menschheit wohltätig ist, für ein einzelnes Land verderblich ist, — so wahr ist es, daß Einzelökonomie nicht politische Oekonomie, und politische Oekonomie nicht kosmopolitische Oekonomie ist. Der Pflanzer, der im Jahre 1825 sehr kleine Interessen für sein Kapital erhielt wegen des niedrigen Baumwollpreises, gedachte diesen Verlust durch Vergrößerung der Erntemenge auszugleichen, was eine sehr gute Individualökonomie war. Aber alle Pflanzer hatten den gleichen Plan; die Quantität der gesamten Baumwollernte wuchs infolgedessen in demselben Verhältnis, während die Nachfrage auf den europäischen Märkten nur

wenig gestiegen war, die Preise fielen demzufolge in demselben Verhältnis, in dem die Quantität sich vermehrt hatte, und die Pflanzer erhielten nicht einen Cent mehr für ihre vermehrte Menge, als im vorigen Jahre. Wir sehen hier deutlich in Zahlen, daß, wenn in der materiellen Produktion 2 mal 2 vier macht, dies in der Wertproduktion manchmal 1½ oder manchmal weniger ausmacht; und ich unterfange mich, vorauszusagen, daß die Baumwollpflanzer jedes Jahr dieses Resultat erzielen werden und daß sie schließlich 300 Millionen Pfund pflanzen werden und nicht mehr als 25 Millionen oder etwas weniger erhalten werden, bis sie bemerken, daß jedes Angebot mit der Nachfrage korrespondieren muß. Nach kosmopolitischen Grundsätzen jedoch ist es ohne jede Bedeutung, wieviel die Baumwollpflanzer durch ihre Industrie rein gewinnen. Der Reichtum der Welt wurde vermehrt, und alles ist gut. Aber ich bin geneigt zu zweifeln, ob nicht die Pflanzer aus dem Süden es vorziehen würden, die Bequemlichkeit der Menschheit ein wenig zu vermindern, dadurch, daß sie ihr privates Einkommen vergrößern.

Die Ursache des großen Nachteiles, unter welchem die Südstaatler jetzt leiden, ist genau dieselbe, welche die getreidebauenden Staaten niederdrückt; diese bauen zu viel Getreide, jene zu viel Baumwolle. Beiden fehlt eine angemessene Arbeitsteilung. Dort wie hier muß ein Teil der Bewohner eine andere, — eine einträglichere Beschäftigung suchen. Dies ist das ganze Geheimnis, um die Lage beider Länder zu verbessern.

Aber was anderes können die Südstaaten mit ihren Sklaven in einer einträglichen Weise anfangen? Einige sagen, sie sollten Seide bauen, andere, sie sollten Wein pflanzen. Ich für meinen Teil glaube, daß für den Augenblick weder das eine noch das andere einen genügenden Profit abwerfen würde, um ihre Verluste zu decken, eine Meinung, die ich an einem anderen Orte rechtfertigen will. Aber warum sollten sie nicht im Stande sein, rohe Baumwollstoffe anzufertigen (grobe Hemden, Ginghams etc. etc.)? Ich kann den Grund nicht sehen, warum nicht. Nachdem die Ma-

schinen aufgestellt sind, übersteigt die Arbeit des Spinnens und Webens der groben Baumwolle sicher nicht die Fähigkeiten der Sklaven. Der Pascha von Aegypten tut sehr wohl, daß er seine Sklaven für diese Art von Arbeit verwendet; und die alten Griechen betrieben alle ihre Manufakturen mit Sklavenarbeit. Nachdem einmal die Maschinen in Gang gebracht sind, würden sich die Bewohner des Südens sogar besonderer Vorteile erfreuen: — erstens, sie könnten ihre Arbeiter von der ersten Jugend an für einen gewissen Geschäftszweig verwenden, und ihre Geschicklichkeit würde für die Fabrik für die ganze Lebenszeit gesichert sein; zweitens könnten sie die Arbeit der Frauen und Kinder, die jetzt für sie von geringem Nutzen sind, in den Spinnereien besser verwenden; drittens würden sie die Baumwolle billiger haben und den südamerikanischen Markt näher; viertens könnten sie mit zu Hause angebauten Farbpflanzen färben, insbesondere Indigo, ohne irgendwelche Präparate.[1])

Wir wollen sehen, was das Ergebnis wäre, wenn sie mit dem vierten Teil ihrer Baumwolle pflanzenden Sklaven nur den achten Teil ihrer Baumwolle in grobe Ware verwandelten.

Sie pflanzen jetzt	204 Mill. Pfund
Wegen der Verwendung des vierten Teiles ihrer Sklaven in der Fabrikation roher Baumwollwaren werden sie an Rohbaumwolle weniger pflanzen um	51 Mill. Pfund
Bleiben	153 Mill. Pfund

Für diese verminderte Menge werden sie gemäß der Menge und dem Preise von 1820 (als sie 127 Mill. Ibs. für 22½ Mill. Dollar verkauften) bekommen: 24 Mill. £

Und 20 Mill. Ibs. zu 3½ Mill. fabriziert und der Wert versechsfacht 21 Mill. £

Zusammen 45 Mill. £

anstatt fünfundzwanzig Millionen per Jahr.

---

1) Über diesen wichtigen Gegenstand, wie die Sklavenarbeit in der Manufaktur zu verwenden sei, werde ich meine Meinung in einem besonderen Briefe darlegen.

So würde die ganze Fabriksarbeit reiner Gewinn sein, und obwohl nicht mehr als der vierte Teil der baumwollpflanzenden Arbeit, so würde sie doch beinahe ebensoviel einbringen, als die anderen drei Viertel.

Daraus mögen die Pflanzer aus dem Süden lernen, daß sie für all ihre Mühe des Sklavenhaltens und all ihren Boden nicht den zwanzigsten Teil von dem Werte bekommen, welcher in Europa aus ihrer Rohbaumwolle produziert werden kann. Wahrlich, wahrlich, die Pflanzer des Südens werden ebenso wie die französischen Ultras ihr Ziel verfehlen, indem sie den Ansprüchen der Gegenwart hartnäckig widerstehen, statt ihnen vernünftiger Weise nachzugeben. Die guten alten Zeiten können auf keine andere Weise wiederbelebt werden, als durch gute neue Ideen, die in Praxis umgesetzt werden, indem man sich an die Maschinen hält, nicht an die Waffen.

Während die Südstaatler die Früchte ihrer Arbeit vernichten, indem sie sich selbst Konkurrenz machen, ist es ganz sicher, daß England sich nach einem Angebot in anderen Ländern umsieht, die mehr unter seinem Kommando stehen als die Vereinigten Staaten. Die Engländer beabsichtigen, Brasilien und andere südamerikanische Länder zu diesem Geschäfte zu ermuntern. Der Niedergang des türkischen Reiches, welches, wenn es nicht von außen niedergeworfen wird, aller Wahrscheinlichkeit nach unter seinem eigenen Gewichte zusammenbrechen muß, wird überdies gewaltige Baumwolländer unter ihre Oberhoheit bringen. In einem solchem Falle haben sie es wahrscheinlich auf Aegypten und Kleinasien abgesehen, nicht nur in dieser Beziehung, sondern um den Schlüssel zum roten Meer und infolgedessen nach Ost-Indien zu bekommen. Das Beispiel der Südstaaten selbst lehrt uns, daß ein Land mit Hilfe von Sklaven und mit einem passenden Boden seine Baumwollproduktion ungeheuerlich erhöhen kann. Dann werden sie mehr und mehr amerikanische Baumwolle ausschließen und die Südstaaten mit ihren Baumwollgesetzen in dieselbe Lage versetzen, in welche sie die Getreide bauenden und Wolle züchtenden Länder mit ihren Korn- und Wollengesetzen versetzten.

Das Unglück, das aus einer solchen Maßnahme erwächst, kann nur vermieden werden, indem man zur rechten Zeit Vorsichtsmaßnahmen trifft. In seiner gegenwärtigen Lage kann England die amerikanische Baumwolle nicht entbehren; es muß sie kaufen. Indem man nun anfängt, eine Baumwollwarenindustrie ins Dasein zu rufen, werden die Südländer nach und nach die Menge der Rohbaumwolle vermindern und die heimischen Fabriken vermehren. Während sie so in doppelter Weise gewinnen, werden sie überdies ihren Baumwollmarkt in England sichern. Das wird in folgender Weise bewirkt: Wenn die Amerikaner Baumwollfabriken ins Leben rufen, so werden sie in fremden Ländern mit den englischen Manufakturen wetteifern; sollten dann die Engländer die Einfuhr von amerikanischer Baumwolle ausschließen oder erschweren, so würden die Preise der Rohbaumwolle in ihrem Lande erhöht werden und die amerikanischen Baumwollfabriken könnten billiger verkaufen in fremden Ländern. Dieses ist jedoch der größte von allen Vorteilen, welche aus einer amerikanischen Manufakturindustrie für die Südstaaten erwachsen würden, daß sie durch diese Maßnahme England in ein Dilemma versetzen, welches unbedingt in dem einen oder in dem anderen Falle zu ihren Gunsten sich wenden muß, während sie, wenn sie ihren alten Kurs beibehalten, auf jede Weise verloren sein werden, entweder durch ihre eigene Ueberproduktion oder durch fremde Maßnahmen.

Mr. Niles hat in seinem ausgezeichneten Aufsatz über amerikanischen Ackerbau mit gutem Grunde gezeigt, daß die Südstaaten noch einige Millionen weniger für ihre Baumwolle in Europa erhalten würden, wären nicht die Fabriken daheim, welche schon eine Menge von sechzig Millionen Pfund jährlich konsumieren. Diese Menge ist von einigen Gegnern der heimischen Industrie in Frage gezogen worden, aber meiner Ueberzeugung nach mit wenig Grund. Nach den Aufstellungen des Grafen de St. Crique, Direktors der französischen Zölle, war der Verbrauch Frankreichs im letzten Jahre nicht geringer als 30 Millionen Kilogramm, oder 60 Millionen Pfund, und der Verbrauch des vorhergehenden

Jahres war nicht größer als 24 Millionen Kilogramm oder 48 Millionen Pfund; der Verbrauch von Frankreich ist demzufolge in einem Jahre um 16 Millionen Pfund gewachsen. Dieser Verbrauch macht für jeden Bewohner zwei Pfund per Jahr. Aber in Frankreich, wo jedermann Leinwand als Hemden etc. trägt, ist Baumwolle nicht halb so viel in Gebrauch als in den Vereinigten Staaten; wir können daher den Durchschnittsverbrauch zum wenigsten auf vier Pfund per Kopf schätzen, was eine Menge von 48 Millionen ausmachen würde ohne die Ausfuhr.

Ich bedaure sehr, daß ich nicht im Besitze der statistischen Tabellen Englands bin, aus welchen ich den inneren Verbrauch jenes Landes ableiten könnte. Die Gesamteinfuhr an Rohbaumwolle wurde letztes Jahr auf 200 Millionen geschätzt, von welcher Menge sicherlich zwei Fünftel in England verbraucht werden.

Zufolge dieses Beispiels könnte Frankreich seinen Verbrauch in den nächsten zehn Jahren auf 100 Millionen erhöhen und das könnten auch die Vereinigten Staaten, was nahezu das Doppelte der Menge ausmachen würde, die wir jetzt nach England verkaufen. Das innere Deutschland und die Schweiz, welche sich auf dem Wege von Havre de Grace zu versorgen beginnen, werden in einem gleichen Verhältnis ihren Verbrauch steigern. In der Zwischenzeit, während diese Märkte ihre Nachfrage steigern, kann England ohne amerikanische Baumwolle nicht auskommen, und infolgedessen kann nichts verloren werden, während alles gewonnen werden kann. Frankreich ist weder im Besitze einer überwältigenden Seemacht, noch hat es das Ziel, die Welt mit seinen Manufakturwaren zu überfluten; es wird immer ein guter und sicherer Markt für amerikanische Baumwolle sein. Es sind gute Gründe vorhanden zu glauben, daß Frankreich bereitwilligst die Einfuhr anderer Produkte aus den Vereinigten Staaten vergrößern würde, namentlich Tabak, Schinken, Schmalz und Talg, wenn die Vereinigten Staaten geeignete Maßnahmen treffen würden, um ihre Einfuhr von Frankreich zu erhöhen. Die richtige Politik dieses Landes bezüglich

Englands uud Frankreichs ist sicherlich zu lange vernachlässigt worden. Die Vereinigten Staaten erwarben sich ihre politische Unabhängigkeit, indem sie sich von England trennten und mit Frankreich vereinigten, — und auf diesem Wege, — nur auf diesem Wege, — können sie ihre ökonomische Unabhängigkeit erobern.

Ihr ergebener

Fr. List.

Neill hat aus den Werken Lists und Raymonds folgende Stellen herausgenommen, von denen er glaubt, daß sie die Abhängigkeit Lists von Raymond illustrieren können. Ich veröffentliche diese Konfrontierung ohne überzeugt zu sein, daß Neill gerade die schlagendsten Stellen herausgegriffen hat.

List.	Raymond.
„The component parts of political economy are, individual economy, national economy, and the economy of mankind." Adam Smith treats of the economy of manking and forgets to treat of the wealth of nations. . . . . „his book is a mere treatise on the question of how the economy of individuals and of mankind would stand, if the human race were not separated into nations, but united by a general law and by an equal culture of mind." Letter 1.	„As national wealth is a distinct thing from individual wealth, so political economy is a distinct thing from private economy." P. 406. „The fundamental error, as I apprehend, into which Adam Smith and most other writers have fallen, ..., is their not having distinguished between public and private wealth." P. 155. „Instead of treating of public economy they in fact treat of private economy; instead of talking about nations they talk about individuals." P. 139. „We must be careful to keep in mind the distinct notion of a nation itself, and not confound it with the individuals or any portion of the individuals of which that nation is composed; a thing that is often done by the best writers on political economy. It is, indeed, the prevailing error of every writer on the subject I have read. Whilst they profess to treat of national interests, they depart from the subject and treat of individual interests." P. 34. „M. Say's work is liable to the objection of being a partial instead of a general treatise on political economy. It treats rather of private than of public wealth." P. 173.

„If the whole globe were united by a union like the twentyfour States of North America, free trade would be quite as natural and as benefical as it is now in the Union."

„There would be no reason for separating the interest of a certain space of land of a certain number of human beings from the interests of the whole globe and the whole race . . . .

„There would be no national interest . . .

„The state of things may be very desirable, — it may do honor to the heart of a philosopher to wich for it, — it may even lie in the great plan of Providence to accomplish it in after ages. But it is not the state of the actual world.

„Adam Smith's system, in the world's present condition, goes therefore along with the good Abbé St. Pierres dreams of eternal peace, with the systems of those who fancy the laws of nations. Let. I.

„Cosmopolitan institutions . . . are not yet ripe for being introduced into practice." Let. II.

„What is prudence in the conduct of every private family" says Adam Smith, „can scarcely be folly in that of a great kingdom.' Every individual in pursuing his own interests necessarily promotes thereby also the interests of the community. It is evident that every individual inasmuch as he knows his own local circumstances best and pays most attention to his occupation, is far better able to judge than the statesman or legislator how his capital can most profitably be employed." P. 162.

„Is the wisdom of private economy also as wisdom in national economy? Is it in the nature of individuals to take into consideration the wants of future centuries, as those concern the nature of the nation and the State? Let us con-

„If governments could be administered upon the perfect principles of universal philanthropy, perhaps a nation might be required to forego an advantage to itself, upon the ground that the interests of other nations required it, although even then it would be doubtful; for those principles, by such expansion, become so dissipated, as to have no efficacy or power, and the old adage, „charity begins at home", is, no doubt, the best commentary that ever was written upon the doctrines of universal philanthropy.

„But at any rate, in the present state of the world, it would be chimerical to the last degree for a political economist to discuss the question, how far a nation should be governed in its policy towards other nations, by the principles of universel philanthropy. At present the duties of government extend no further than the protection of its own citizens, and the promotion of its own national wealth; and any chimerical notions of universal philanthropy, which carry the duty of a government to the superintendence, or consideration even, of the interests to the citizens of a foreign country are as unwise as they are impracticable." P. 116. V. II.

„It seems to be an admitted dogma with Doctor Smith that national and individual interests are never opposed, but a more unsound doctrine in principle, or a more abominable one in its consequences can not well be imagined." P. 215, V. II.

„Public and private interests are often directly at variance." P. 220.

„Private citizens can only be expected to be wise for themselves— it is not their duty to look after the public interests—they are not the conservators of national wealth. This belongs to the department of legislation. If, from particular circumstances, . . . one species of industry is more profitable than another, it must be expected that individuals will embark in it, without any regard

sider only the beginning of an American town; every individual left to himself would care merely for his own wants, or at most for those of his nearest successors, whereas all individuals united in one community provide for the convenience and the wants of the most distant generations; they subject the present generation for this object to privations and sacrifices which no reasonable person could expect from individuals." P. 165.

„Nor does the individual merely by understanding his own interests best, and by striving to further them, if left to his own devices, always further the interests of the community. We ask those who occupy the benches of justice, whether they do not have to send individuals to the tread-mill on account of their excess of inventive power and of their all too great industry. Robbers, thieves, smuglers and cheats know their own local and personal circumstances and conditions extremely well, and pay the most active attention to their business; but it by no means follows therefrom that society is in the best condition where such individuals are least restrained in the exercise of their private industry In a thousand cases the power of the State is compelled to impose restrictions on private industry. It prevents the shipowner from taking on board slaves on the west coast of Africa, and taking them over to America." P. 166.

„We have proved historically that the unity of the nation forms the fundamental condition of lasting national prosperity;

and we have shown that only where to the evil consequences it may produce to succeeding generations; but it does not become a legislator, either to be blind to their consequences, or not to guard against them. . . . No man can be expected to forego a present advantage to himself, provided there is no immorality in the enjoyment of it, upon the ground that it may be prejudicial to posterity. He may have no posterity, or if he has, their interests at the distance of two or three generations, are too remote to influence his conduct. The influence of selfinterest on human conduct, like the laws of gravitation, is in the inverse compound ratio of distance and quantity.

„Legislators, however, are not permitted to take such limited short-sighted views of things, ... they are traitors to their high trust, if they do not look to the future as well as to the present. Even according to the laws of self-interest, the remoteness of the interests of future generations, should be counterbalanced by the magnitude of those interests." P. 222.

„As a general rule individuals understand the management of their own affairs and the art of getting rich better than any philosopher can teach them." P. 156.

„An individual may study his own advantage by smuggling goods, but it will hardly be pretended that that is 'an employment most advantageous to the society', or nation. An individual may study his own private advantage by employing his capital in the slave trade, but he would not thereby study the advantage of the nation." P. 214, V. II.

„A nation is as much a unity as an individual, and must always be so considered, when treating of national interests." P. 44.

„A nation is one, and indivisible; and every true system of political economy must be built upon this idea, as its fundamental principle." P. 44.

„When (public and private inter-

the interest of individuals has been subordinated to those of the nation, and where successive generations have striven for one and the same object, the nations have been brought to harmonious development of their productive powers, and how little private industry can prosper without the united efforts both of the individuals who are living at the time, and of successive generations directed to one common object . .“ P. 163.

„A nation is . . . a separate society of individuals, who,

possessing common government, common laws, rights, institutions, interests, common history and glory, common defense and security of their rights, riches and lives, constitute one body, free and independent,

following only the dictates of its interests, as regards other independent bodies, and

possessing power to regulate the interests of the individuals constituting that body, in order to create the greatest quantity of common welfare in the interior, and the greatest quantity of security as regards other nations.“ Let. II.

„As individual liberty is in general a good thing so long only as it does not run counter to the interests of society, so is it reasonable to hold that private interests can only lay claim to unrestrained action so long as the latter consists with the well-being of the nation. But whenever the enterprise and activity of individuals does not suffice for this purpose, or in any case where these might become injurious to the nation, there does private industry rightly require support from the whole power of the nation, then ought it for the sake of its own interests to submit to legal restrictions.“ P. 172.

„The State is not merely justified in imposing, but bound to impose ests are) at variance, it is not to be made a question which ought to prevail.“ P. 220.

„What is true as it respects the duty of government, in regard to the slave trade so far as national interests alone are concerned, is true of every other measure relating to national industry, which has a remote tendency to affect national wealth and prosperity. The true policy for every wise legislator is, to consider the nation immortal, and to legislate for it, as though it was to exist forever.“ P. 224.

„A nation is an artificial being or a legal entity, composed of millions of natural beings.“ P. 35.

„A nation is a unity, and possesses all the properties of unity. It possesses a unity of rights, a unity of interests and a unity of possessions.“ P. 35.

„Every nation is to consult its own interests exclusively, without any regard to the interests of other nations. P. 166, V. II.

„The internal policy of a nation, ... should be modeled with a view to the general good. The welfare of the many should never be sacrificed to that of the few.“ P. 166, V. II.

„The citizens should have as much liberty as is consistent with the good of the nation. To deprive him of this would be a tyranny. More than this he ought not to claim.“ P. 202, V. II.

„No citizen should have a right or an interest opposed to the general good of the nation.“ P. 201, V. II.

„The question whether individuals should be permitted to sell, where they can sell dearest, and buy where they can buy cheapest, ought not to be decided upon the narrow, contemptible principles of private interests, but upon the more expanded and noble precepts of public interests.“ P. 220.

„It is ever to be remembered that

chertain regulations and restrictions upon commerce, (which is in itself carmless) for the best interests of the nation." P. 167.

the public interests are paramount to individual interests—that a private mischief or inconvenience must be endured for the public good; and that when a political economist has shown that public and private interests are opposed, he has made out a case in which the interposition of the government is necessary—he cannot be required to prove that private interests ought to give way —that is to be taken for granted." P. 201, V. II.

„To complete the science, we must add the principles of national economy. The idea of national economy arises with the idea of nations." Let. II.

„National economy teaches how a certain nation in her particular situation may direct and regulate the economy of indivuals, and restrict the economy of mankind; i. e., how, in the absence of a lawful state including the whole earth, to create a world in itself in order to grow in power and wealth, to be one of the most powerful, wealthy, and perfect nations of the earth." Let. II.

„In political economy there must be as much politics as economy." Let. II.

„Foreign theories and systems of political economy, from the dissimilarity in the nature of the governments, are altogether unsuited to our country." P. 5, first ed.

„Political economy is a science which teaches the nature of public or national wealth. . . . It professes to teach the most effectual means of promoting a nation's wealth and happiness, and it embraces every subject which has a tendency to promote them." P. 9.

„It belongs to the depaitment of the political economist to ascertain the operation of political institutions, and when they are found defective, or prejudicial, to point out the proper remedy. His immediate object should be to instruct governments how to legislate, and not individuals how to get rich." P. 150.

„That Smiths school teaches nothing else than the theory of values, is seen not only from the fact that it bases its doctrine everywhere on the conception of 'value in exchange', but also from the definition it gives of its doctrine. It is (says J. B. Say) that science which teaches how riches, or exchangeable values, are produced, distributed and consumed. This is undoubtedly not the science which teaches how the productive powers are awakened and developed, and how they become depressed and destroyed." P. 138.

„Adam Smith's system is nothing more than a theory of values; a mere shopkeeper's or individual merchant's

„Another of the evil consequences of not distinguishing between public and private wealth, is a constant liability to mistake the proper subjects which belong to the science. Hence the tedious length to which most writers have investigated the subject of value, and the causes of its fluctuations, supposing it to be the measure of public as well as of private wealth." P. 181.

„It is very natural for merchants, when they turn politicians, to use their own terms and tools of art. . . . , but it is the business of a political philosopher not to be misled by these misapplications of terms, nor to misapply them himself, . . .

theory—not a scientific doctrine showing how the productive powers of an entire nation can be called into existence, increased, maintained and preserved,—for the special benefit of its civilization, welfare, might, continuance and independence.

„This system regards everything from the shopkeepers' point of view. The value of anything is wealth, according to it, so its sole object is to gain values." P. 350.

„In individual and cosmopolitical economy the object is to gain matter in exchanging matter for matter, as in the trade of a merchant." Let. II.

„We must say to M. Jean Baptiste Say at the outset that political economy is not, in our opinion, that science which teaches only how values in exchange are produced by individuals, distributed among them and consumed by them; we say to him that a statesman will know and must know, over and above that, how the productive power of a whole nation can be awakened, increased and protected, and how on the other hand they are weakened, laid to sleep, or utterly destroyed; . . . ." P. 356.

„The prosperity of a nation is not, as Say believes, greater in the proportion in which it has amassed more wealth (i. e., values of exchange), but in the proportion in which it has more developed its powers of production." P. 144.

and when treating of national wealth in gross, let him not use terms applicable to only a part of the nation, and wholly irrelevant and unmeaning when applied to the whole nation." P. 296.

„value has very little application to public wealth, . . . Property is the only subject of value, and as property alone, constitutes individual wealth, those writers who confound national and individual wealth have attached very great importance to the word value, and have displayed a great deal of ingenuity and talents in investigating its nature and cause, and in endeavoring to fix upon its true standard" P. 56.

„If there be no distinction between national and individual wealth, ... a treatise on national wealth will be a treatise on individual wealth, et e converso. This is degrading the dignity of te science of political economy into a miserable science of dollars and cents! Upon this supposition, it becomes the business of the political economist to teach individuals how to get rich, instead of teaching legislators how to legislate." P. 156.

„the comparative wealth of different nations will always depend upon the extent of this capacity. If one nation in proportion to its population, possesses a greater capacity for acquiring the necessaries and comforts of life than another, it possesses a greater share of national wealth." P. 48.

„So, if one nation has made greater improvements in the arts of sciences and in agriculture; if its lands are in a higher state of cultivation, if its roads, bridges, canals, mills, buildings and improvements are in a greater state of perfection than those of another nation, it has for all these reasons a greater capacity for acquiring the necessities and comforts of life, and therefore possesses a greater stock of national wealth." P. 50.

Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig.

University of British Columbia Library
DUE DATE

University of British Columbia Library

DUE DATE

FORM NO. ET-6

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 02048 5519